

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

106. Sitzung		6. Wahlperiode
	Donnerstag, 19. November 2015, Schwerin, Schloss	

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Fragestunde	Sylvia Bretschneider, SPD	10
- Drucksache 6/4694 4	Dr. André Brie, DIE LINKE1	12
	Julian Barlen, SPD1	
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN4, 9	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN1	15
Ministerin Uta-Maria Kuder4	Udo Pastörs, NPD	16
Michael Andrejewski, NPD4, 5, 6, 7	Jörg Heydorn, SPD	19
Minister Mathias Brodkorb		
Stefan Köster, NPD	Beschluss2	21
Udo Pastörs, NPD 5, 7, 8		
David Petereit, NPD		
Minister Lorenz Caffier6, 7, 8, 9		
Tino Müller, NPD7	Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	
Minister Dr. Till Backhaus9	zum Thema	
	Umsetzung der Beschlüsse vom 24.09.2015	
	zur Asyl- und Flüchtlingspolitik2	22
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,	Ministerpräsident Erwin Sellering2	22
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Helmut Holter, DIE LINKE2	24
Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen	Michael Silkeit, CDU	32
der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 35, 36, 3	37
n Rostock, Mecklenburg-Vorpommern,	Bernd Schubert, CDU36, 3	37
vom 30. August bis 1. September 2015	Tino Müller, NPD	39
- Drucksache 6/4644 10	Dagmar Kaselitz, SPD	41

Antrag der Fraktion DIE LINKE		Maika Friemann-Jennert, CDU		
Europabildung an Schulen praxis-		Michael Andrejewski, NPD	87	
orientiert gestalten und umsetzen		Jörg Heydorn, SPD		
- Drucksache 6/4645	44	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	90	
		Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE		
Simone Oldenburg, DIE LINKE	44, 49			
Minister Mathias Brodkorb46,		Beschluss	93	
Marc Reinhardt, CDU				
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				
Andreas Butzki, SPD				
David Petereit, NPD		Antrag der Fraktionen der SPD und CDU		
Dr. André Brie, DIE LINKE		Nachhaltigen Tourismus als		
DI. Aliale Bile, DIE LINKE	34	Chance für die wirtschaftliche,		
D		soziale und ökologische Entwicklung		
Beschluss	57	in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen		
		- Drucksache 6/4651	93	
Antrog der Frektion		Änderungsantrag der Fraktion		
Antrag der Fraktion		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		– Drucksache 6/4726 –	aз	
Moratorium für Glyphosat	_	DINORGANIE OFFI ZO	ჟა	
- Drucksache 6/4659	57	Änderungsantrag der Fraktionen		
		der SPD und CDU		
Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :		– Drucksache 6/4727 –	വാ	
Minister Dr. Till Backhaus	59	- DIUUNSAUTE 0/4121	ჟა	
Burkhard Lenz, CDU	63	Tilo Gundlack, SPD93,	102	
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	65			
Thomas Krüger, SPD	67	Minister Harry Glawe		
Stefan Köster, NPD	68	Helmut Holter, DIE LINKE		
•		Wolfgang Waldmüller, CDU		
Beschluss	70	Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
		Udo Pastörs, NPD		
		Jürgen Seidel, CDU	. 101	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD		Beschluss	.106	
Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für				
den Bildungserfolg – Deutschunterricht				
an Grundschulen stärken				
	70	Antrag der Fraktion DIE LINKE		
– Drucksache 6/4652 –	70	Freifunk in Mecklenburg-Vorpommern		
X I S I S DIE I DUCE		stärken – Störerhaftung abschaffen		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		– Drucksache 6/4647 –	106	
Drucksache 6/4724 –	70			
		Helmut Holter, DIE LINKE106,	116	
Torsten Renz, CDU		Minister Harry Glawe		
Minister Mathias Brodkorb	72	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN110,		
Simone Oldenburg, DIE LINKE	75	Susann Wippermann, SPD		
Andreas Butzki, SPD	78	Dietmar Eifler, CDU		
David Petereit, NPD		David Petereit, NPD		
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				
Beschluss	82	Beschluss	. 117	
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Antrag der Fraktion der NPD Asylbewerberbericht		
Aktionsplan "Zukunft für Kinder – Perspek-		– Drucksache 6/4655 –	117	
tiven für Eltern im SGB II" unterstützen			,	
- Drucksache 6/4646	83	Udo Pastörs, NPD117,	121	
	00			
Henning Foerster, DIE LINKE	ጸረ	Dagmar Kaselitz, SPD	. 119	
Minister Mathias Brodkorb		D. a. a. b. l. u. a. a.	104	
IVIII II IVIA II I	04	Beschluss	. IZ4	

Antrag der Fraktion	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Lehrbeauftragte an den Hochschulen	
des Landes endlich fair bezahlen	
- Drucksache 6/4660	124
	404
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .	
127,	•
Minister Mathias Brodkorb126,	128, 133
Egbert Liskow, CDU	128
Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE	128
Susann Wippermann, SPD	129
Michael Andrejewski, NPD	
B e s c h l u s s	134

Nächste Sitzung

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 106. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/4694 vor.

Fragestunde

- Drucksache 6/4694 -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Die Justizministerin wird in Vertretung die Frage beantworten. Dazu bitte ich den Abgeordneten Herrn Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 1** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Frau Ministerin! Ich darf die Frage vorlesen:

1. Welche Planungen hat die Landesregierung in den nächsten Jahren zur Weiterentwicklung der bestehenden Bahnverbindung zwischen Stralsund und Barth und welche Konsequenzen hat dies für die Wiederbelebung der sogenannten Darßbahn?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, eine kleine Vorbemerkung: Die Linie Regionalbahn Nummer 25 Barth-Stralsund ist kein Bestandteil des derzeit laufenden Vergabeverfahrens zum Teilnetz Usedom, da unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, verkehrlicher und betrieblicher Aspekte die Zuordnung dieser Linie zum Teilnetz Usedom nicht zweckmäßig war.

Zweitens: Die Entscheidung, im Rahmen der anstehenden Ausschreibung das Teilnetz Usedom auf Verkehrsleistungen auf der Insel Usedom und deren unmittelbare Anbindung zu konsolidieren, hat mit einer Entscheidung zur Darßbahn nichts zu tun. Grundsätzlich besteht nach Auslaufen des bisherigen Vertrages die Möglichkeit, die Regionalbahn Nummer 25 in geeigneten anderen Verkehrsverträgen als Mehrbestellung zu beauftragen. Hierüber ist zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der nach der Novellierung des Regionalisierungsgesetzes für den Schienenpersonennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern künftig erheblich geringer zur Verfügung stehenden Mittel zu entscheiden. Dabei wird jedoch auch die Inanspruchnahme des bisherigen Angebotes eine Rolle spielen.

Nach der letzten vorliegenden landesweiten Verkehrserhebung 2010 war diese auf dem Streckenast mit circa 350 Fahrgästen pro Tag im Jahresdurchschnitt bei 18 Zügen pro Tag eher gering. Inwieweit sich seitdem eine Änderung der Auslastung ergeben hat, werden die Ergebnisse der gegenwärtig laufenden landesweiten Verkehrserhebung 2015 zeigen.

Ungeachtet der zählbaren Ergebnisse ist nachvollziehbar die Verbindung ohne anschließende Darßbahn nur für Pendler auf der Strecke Stralsund-Velgast-Barth attraktiv. Daraus resultieren wiederum geringe Nutzerzahlen, denn wer von Stralsund nach Rostock oder weiter fahren möchte, wird in Stralsund sofort den durchgehenden Zug gen Rostock wählen und nicht in Velgast in einen Zug umsteigen, der ebenfalls aus Stralsund kommt und den er gleich dort etwas später hätte besteigen können.

Die Wiedererrichtung der Eisenbahnverbindung zwischen Barth und Zingst ist vom Land Mecklenburg-Vorpommern beim Bund zur Aufnahme in den nächsten Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagen worden. Derzeit prüft der Bund, welche der angemeldeten Projekte Aufnahme in dieses Ausbauprogramm der Bundesregierung für die nächsten 15 Jahre finden. Die Entscheidung des Bundes gilt es zunächst abzuwarten. Eine Finanzierung der Baumaßnahme aus Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern und eine Schienenpersonennahverkehrsbestellung sind jedoch in absehbarer Zukunft nicht ohne Weiteres darstellbar. Ein Zusammenhang dergestalt, dass die jetzige Entscheidung zur Konzentration bei der Ausschreibung für Usedom auf das Kernnetz der Darßbahn entgegenstünde, besteht nicht. Allenfalls lässt sich umgekehrt feststellen, dass das Fehlen der Darßbahn sich als Nachteil der Strecke Barth-Velgast-Stralsund erweist. Sofern die Darßbahn reaktiviert würde, wäre in diesem Zusammenhang auch dieser Streckenabschnitt sinnvollerweise in eine solche Bestellung einzubinden.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich möchte gerne eine Nachfrage stellen. Frau Ministerin, auch mit dem Verständnis, dass Sie das vielleicht jetzt nicht beantworten können,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

weil es nicht Ihr Fachressort ist, die Frage: Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt denn die Landesregierung, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob für diese Strecke eine neue Ausschreibung erfolgen soll?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, ich bitte, dass das schriftlich nachgereicht werden kann.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird in Vertretung die Fragen beantworten. Und dazu bitte ich den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 2** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

Inwieweit hält die Landesregierung die Einrichtung von Anstalten des öffentlichen Rechts zur Betreuung von Mimikids (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) durch die Landkreise für sinnvoll?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Abstrakte Aussagen zur Sinnhaftigkeit sind aus Sicht des Sozialministeriums nicht möglich und unbeschadet dieser Tatsache entscheiden hierüber im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ohnehin die örtlichen Träger.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Nachfrage: Da solche Anstalten des öffentlichen Rechts auf Dauerhaftigkeit angelegt sind, kann das Ministerium wenigstens etwas dazu aussagen, ob es den Zustrom unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge für dauerhaft hält?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Andrejewski, da die Landesregierung über keine wahrsagerischen Fähigkeiten verfügt, ist eine sachlich korrekte Aussage dazu nicht möglich.

Michael Andrejewski, NPD: Und auch sonst über keine Fähigkeiten. Danke.

(Beifall Tino Müller, NPD – Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Andrejewski, ich erteile Ihnen für diese Bemerkung einen Ordnungsruf.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Es ist a) ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung und b) eine Äußerung, die die Arbeit der Landesregierung in unzulässiger Weise hier bewertet.

(Stefan Köster, NPD: Das war ganz lustig.)

Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Frage 3** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

 Welche meldepflichtigen Krankheiten und/oder Krankheitserreger sind im Jahr 2015 bei Asylanten/Asylbewerbern/Flüchtlingen und/oder Personen mit einem anderen Aufenthaltsstatus in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt worden?

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist denn der Unterschied zwischen einem Asylanten und einem Asylbewerber? Erklär mir das mal!)

Minister Mathias Brodkorb: Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Köster! Es handelt sich seit dem 1. Januar 2015 um insgesamt 55 Fälle und mit Ihrem Einverständnis würde ich davon absehen, die Liste zu verlesen, und Ihnen dieses Dokument einfach aushändigen.

Stefan Köster, NPD: Sehr gerne.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Nächste Frage, der Abgeordnete Herr Udo Pastörs, Fraktion der NPD, den bitte ich jetzt, die **Frage 4** zu formulieren.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Das andere Mikro ist an.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, aber ich stehe jetzt hier, gnädige Frau. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt stehe ich hier und kann nicht anders.) Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Brodkorb!

4. Welche vor allem finanziellen Auswirkungen sind nach Erkenntnis der Landesregierung für die Kommunen und das Land Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund einer Feststellung der Bundesagentur für Arbeit, wonach nur 8 Prozent der sogenannten Flüchtlinge/Asylbewerber/Asylanten über einen akademischen Abschluss, 11 Prozent über eine berufliche Ausbildung und 81 Prozent über gar keine berufliche Qualifikation verfügen, in den Jahren 2016 und 2017 zu erwarten?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Pastörs! Da die Qualifikationen der Geflüchteten bisher ausschließlich im Rahmen von Stichproben ermittelt wurden, ist eine präzise Quantifizierung der finanziellen Bedarfe nicht möglich, schon gar nicht hier im Land, weil wir bisher auch keine abschließenden Erkenntnisse darüber haben, ob Flüchtlinge mit entsprechendem Aufenthaltsstatus in diesem Land bleiben oder in welchem Umfang sie in andere Bundesländer verziehen.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank.

Eine Zusatzfrage: Inwieweit, wenn überhaupt, und wie sind denn Vorbereitungen getroffen, sich in den Besitz realistischer Zahlen zu bringen?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Pastörs, diese Zahlen werden dadurch erhoben, dass die jungen Menschen, die in unserem Lande wohnhaft werden, entsprechende Ausbildungen antreten, sich bei den Einrichtungen melden, und in dem Umfang können wir dann auch Daten zur Verfügung stellen, wer eine Ausbildung und eine Qualifikation aufnimmt und wer nicht. Und auch nur in diesem Umfang werden entsprechende Kosten verursacht.

Udo Pastörs, NPD: Gestatten Sie noch eine weitere Zusatzfrage: Inwieweit sind denn die Zahlen, die vom Städte- und Gemeindetag in diese Richtung schon konkret benannt worden sind, realistisch und auf welcher Basis wurden diese dann erhoben? Ist Ihnen das bekannt?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Pastörs, Sie wissen, das ist nicht mein Zuständigkeitsbereich, deswegen sind meine Kenntnisse dort auch überschaubar. Nach meiner Kenntnis ist es aber so, dass es sich um reine Modellrechnungen handelt, die bezogen werden auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland, denen aber keinerlei Erkenntnisse über bindende Wanderungsphänomene für die einzelnen Bundesländer zugrunde liegen, und insofern ist über die Validität dieser Modellrechnungen bisher keine Prognose möglich. Jedenfalls für meinen Geschäftsbereich kann ich sagen, dass die Konsequenzen mit Blick auf das Schulsystem, die sich aus einer solchen Prognoserechnung ergeben, bisher nicht eingetreten sind.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich dafür.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Petereit, Fraktion der NPD, die **Frage 5** zu stellen.

David Petereit, NPD: Morgen!

5. Wie ist die medizinische Erstversorgung von Asylanten/Asylbewerbern/Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern geregelt und inwieweit ist eine praktische und flächendeckende Umsetzung sichergestellt?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die medizinische Erstversorgung von Flüchtlingen ist folgendermaßen organisiert: Es gibt zunächst ein Erstscreening, dann eine Erstuntersuchung gemäß Paragraf 62 Asylgesetz sowie Behandlungsmöglichkeiten gemäß Paragraf 4 Asylbewerberleistungsgesetz. Die medizinische Erstversorgung ist in diesem Lande flächendeckend sichergestellt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, da guckst du, ne?!)

David Petereit, NPD: Wie gestaltet sie sich im Einzelnen?

Minister Mathias Brodkorb: Sie gestaltet sich so, dass Ärzte Flüchtlinge untersuchen und behandeln.

David Petereit, NPD: Echt lustig.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ha! Toll!)

Danke.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie soll das denn sonst aussehen?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott, was für eine dämliche Frage!)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 6** zu stellen

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

6. Welche Möglichkeiten gibt es für die sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, im Rahmen der Familienzusammenführung Angehörige nachkommen zu lassen?

Minister Lorenz Caffier: Ja, schönen guten Morgen, Herr Abgeordneter! Ihnen ist ja einerseits bekannt, dass die minderjährigen Flüchtlinge im Bereich des Sozialministeriums sind, aber die Rechtsfragen bei uns, deswegen will ich da auch gerne drauf eingehen. Die Möglichkeit von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, die Angehörigen im Rahmen der Familienzusammenführung nachkommen zu lassen, richtet sich nach dem jeweiligen Einzelfall. Während der Dauer des Asylverfahrens kann ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling seine im Ausland lebenden Familienangehörigen nicht nachholen. Ist das Asylverfahren abgeschlossen, richtet sich die Möglichkeit des Familiennachzugs nach der daraufhin im Einzelfall erteilten Aufenthaltserlaubnis. Ein Anspruch auf

Familiennachzug besteht – ich gebe Ihnen nachher meinen Zettel, Herr Abgeordneter, der ist so umfangreich mit Paragrafen, ...

Michael Andrejewski, NPD: Okay.

Minister Lorenz Caffier: ... dann brauchen Sie das nicht noch mal nachfragen.

Ein Anspruch auf Familiennachzug besteht in folgenden Fällen:

- Das ist der Fall der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 25 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes, das sind anerkannte Asylberechtigte nach Artikel 16a des Grundgesetzes. Bei unbegleiteten Minderjährigen ist das nur sehr selten der Fall.
- Im Fall der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 25 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes, das sind anerkannte Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention oder subsidiäre Schutzberechtigte im Sinne des Paragrafen 4 Absatz 1 des Asylgesetzes.
- Wenn der Betroffene bereits Inhaber einer Niederlassungserlaubnis nach Paragraf 26 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes ist.

In allen drei Fällen ist Voraussetzung für den Familiennachzug, dass er dem Zweck des familiären Zusammenlebens im Bundesgebiet dient und dass sich im Bundesgebiet nicht bereits ein personenberechtigter Elternteil aufhält. Für diesen Nachzug sind die Sicherung des Lebensunterhaltes und ausreichender Wohnraum keine Voraussetzungen. Da auf die Erteilung ein Anspruch besteht, kann ferner von den Regelerteilungsvoraussetzungen des Paragrafen 5 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes (Visumerfordernis) abgesehen werden. Die Regelerteilungsvoraussetzung des Paragrafen 5 Absatz 1 Nummer 1a (Identität geklärt) und Nummer 2 (es liegt kein Ausweisungsgrund vor) des Aufenthaltsgesetzes müssen jedoch erfüllt sein. Ein Nachzug sonstiger Familienangehöriger eines unbegleiteten Minderjährigen ist nur bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte nach Paragraf 36 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes und bei Vorliegen der Regelerteilungsvoraussetzungen zulässig.

Wird der Antrag abgelehnt und eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes erteilt, weil der Ausreise rechtliche oder tatsächliche Abschiebungshindernisse entgegenstehen, mit deren Wegfall in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist und die der Betroffene nicht selbst verschuldet hat, ist ein Familiennachzug nicht gestattet. Dies trifft ebenso auf den Fall zu, dass der unbegleitete Minderjährige zwar keinen Asylantrag gestellt hat, seine Abschiebung jedoch aufgrund der nationalen Abschiebungsverbote des Paragrafen 60 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (Abschiebungsverbot nach der Europäischen Menschenrechtskonvention) oder Paragraf 60 Absatz 7 des Aufenthaltsgesetzes (konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit) unzulässig ist und ihm deshalb eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 25 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage bitte noch: Sind Ihnen konkrete Fälle bekannt, wo es schon zu Familiennachzug gekommen ist? In Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Lorenz Caffier: Zumindest in den zurückliegenden Monaten nicht.

Michael Andrejewski, NPD: Okay, danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Frage 7** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

 Welche Objekte, die als Notunterkünfte für Asylanten/Asylbewerber/Flüchtlinge Verwendung fanden, wurden wann den Eigentümern/Nutzern wieder zur anderweitigen Nutzung zurückgegeben?

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Es wurde zurückgegeben am 16.10. Schwerin-Lankow, die ehemalige Comenius-Schule, am 12.11. Zahrensdorf, am 15.10. Damshagen und am 01.10. Meetzen.

Stefan Köster, NPD: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

8. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung zur Unterbringung von Asylanten/Asylbewerbern/Flüchtlingen oder Personen mit einem anderen Aufenthaltsstatus in der ehemaligen Artilleriekaserne Karpin in Eggesin?

Minister Lorenz Caffier: Ja, schönen guten Morgen, Herr Abgeordneter! Die Landesregierung besitzt keine Kenntnis darüber, nicht, weil sie keine Kenntnisse besitzen würde, sondern weil nicht vorgesehen ist, Flüchtlinge oder Flüchtlinge ohne Bleiberechtsstatus in dieser Kaserne unterzubringen, aus Landeseinrichtungen, deswegen ist es derzeit auch nicht vorgesehen. Ich habe Ihnen das ja vor geraumer Zeit schon mal angekündigt und es hat sich an dem Status nichts geändert.

Tino Müller, NPD: Eine Zusatzfrage: Ist diese Entscheidung endgültig?

Minister Lorenz Caffier: Derzeit ist sie endgültig, aber wenn sich die Flüchtlingszahlen wieder erhöhen würden, würde ich nicht unbedingt in jedem Fall sagen können, wir können darauf verzichten. Aber derzeit und bei der derzeitigen Entwicklung ist es eine Festlegung, die ich getroffen habe, dass wir diese Kaserne nicht weiter ausbauen, renovieren oder Sonstiges. Das ist der aktuelle Status von letzter Woche und an dem ändert sich auch in naher Zukunft zunächst nichts.

Tino Müller, NPD: Meine zweite Frage.

9. In welchen Gemeinden im Land befinden sich Notunterkünfte zur Unterbringung von Asylanten/Asylbewerbern/Flüchtlingen oder Personen mit einem anderen Aufenthaltsstatus und welche Kapazitäten haben diese im Einzelnen? Minister Lorenz Caffier: Das ist Stern Buchholz, das Haus 20, mit 150 Kapazität, Schwerin-Gartenstadt mit 50, Schwerin-Süd, die Werkstraße, mit 385 Plätzen, Neubrandenburg-Fünfeichen mit 750 Plätzen, Basepohl mit derzeit 265 aufwachsend, Dargelütz mit 45, Lübtheen mit 178, Heidhof 80, Hagenow 50, Klütz 100, Wismar I mit 50 Plätzen, Wismar II – die Hochschule – mit 160 Plätzen, Mühlengeez mit 1.200 Plätzen, Waldeck mit 105 und Güstrow, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, mit 138. Es ist aber kein Geheimnis, dass wir in den nächsten Wochen eine ganze Reihe von diesen Einrichtungen, wie wir sagen, vom Netz nehmen, also nicht mehr belegen und entsprechend der vorhergehenden Frage auch wieder an die Nutzer/Eigentümer zurückführen.

Tino Müller, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Frage 10** zu stellen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Zuruf aus dem Plenum: Das Mikro schon wieder.)

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Caffier!

10. Wie ist der Stand der vom Land Mecklenburg-Vorpommern zu genehmigenden Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in der ehemaligen Kaserne in Dabel durch den Landkreis Ludwigslust-Parchim?

Minister Lorenz Caffier: Ja, schönen guten Morgen, Herr Abgeordneter! Ihnen ist ja die Antwort aus der letzten Fragestunde schon bekannt zu der Thematik, dass der Landkreis eine Unterkunft plant innerhalb der Einrichtung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt uns aber kein Antrag vor, der einer Genehmigung oder einer Ablehnung bedarf, sodass sich offensichtlich die Frage noch im Prüfstatus des Landkreises befindet.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Wie erklären Sie sich, dass in der Kreistagssitzung, in der letzten Kreistagssitzung, auf konkrete Nachfrage hier uns eine andere Antwort gegeben wurde, derart, dass man nur noch darauf warte, dass das Innenministerium hier genehmigt?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, einen Moment! Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Fragen nicht unterteilt sein dürfen. Das war jetzt eine sehr umfangreiche Frage.

Herr Minister, bitte.

Minister Lorenz Caffier: Vielen Dank, ich habe sie trotzdem einigermaßen behalten.

Udo Pastörs, NPD: Das ist sehr schön.

Minister Lorenz Caffier: Wir haben ein Schreiben des Landkreises vom 14.10. in der Tat ins Haus bekommen zu der Frage, wie damit umzugehen ist. Daraufhin hat die Fachabteilung dem Landkreis ein anderes Schreiben, was sie alles an Prüfkriterien und Sonstigem erwartet, zurückgeschickt, und entweder war die Kreistagssitzung in Überschneidung des Termins, wo sich die Schreiben

getroffen haben, oder ich kann Ihnen das nicht weiter ausführen, weil ich nicht an der Sitzung teilgenommen habe und weil ich auch nicht weiß, wer in welchem Referat dafür zuständig ist. Fakt ist, dass wir derzeit keine entscheidungsreife Vorlage vom Landkreis bei uns haben, dass aus meinem Haus insbesondere eine Reihe von Fragen mit detaillierten Angaben und Prüfungen, auch durch den Landkreis im eigenen Zuständigkeitsbereich, der will es ja auch selber nutzen, aufgegeben worden sind, aber bis dato, zumindest bis gestern Abend, sage ich jetzt mal einschränkenderweise, keine Antwort vorlag.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage, wenn Sie gestatten: Vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade ausführten und auch davor ausführten, wir haben im Moment die Zahl 47,4 Millionen im Raum an Kosten für die Unterbringung, dann auch in dieser ehemaligen Kaserne, und 41,4 Millionen jedes Jahr für die Betreuung, Kindergartenbetreuung der Flüchtlingskinder. Haben Sie eine Prognose

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, dass solche Arten von Formulierungen hier nicht zulässig sind.

Udo Pastörs, NPD: Ich formuliere es anders, ich formuliere es anders: Gibt es für das nächste Jahr Modellrechnungen, wonach diese Zahlen bestätigt werden, oder hat man damit zu rechnen, hat der Steuerzahler damit zu rechnen, dass sich das noch signifikant nach oben bewegt?

Minister Lorenz Caffier: Kann ich? (Zustimmung)

Also eine abschließende Prognose dazu ist aufgrund der Zahlen selbstverständlich nicht möglich. Sie wissen, dass die Landesregierung erklärt hat, dass sie alle Kosten in dem Zusammenhang der Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen zu 100 Prozent den Kommunen in Gänze erstattet. Der Haushaltstitel ist in meinem Haushalt eingearbeitet und da wir mal ursprünglich ausgegangen sind von einer Flüchtlingszahl von circa 5.000 Flüchtlingen, als die Haushaltsplanung war, und wir derzeit bei circa 18.000 sind, ist der Haushalt natürlich auch in Absprache mit den Finanzern dementsprechend angepasst beziehungsweise wird angepasst. Wenn sich die Flüchtlingszahlen innerhalb dieser Größenordnung im nächsten Jahr bewegen sollten, dann wird selbstverständlich in etwa die gleiche Finanzmenge wieder nötig sein.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Petereit, Fraktion der NPD, die **Frage 11** zu stellen.

David Petereit, NPD: Guten Morgen!

11. Entspricht es den Tatsachen, dass, wie in der aktuellen Ausgabe der Studentenzeitung "heuler" berichtet wird, die Polizei die sogenannte Antifa bei der Unterbringung von Flüchtlingen in Rostock um Hilfe bat, und, wenn ja, wie gestaltet sich die Kooperation des Staates mit der Antifa?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Petereit, zunächst erst mal möchte ich feststellen, dass nicht die Polizei für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig ist, sondern dass dies den Zuständigkeitsbereich des Landes beziehungsweise der Kommune, in dem Fall der Hansestadt Rostock betrifft,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

weil es hier ja im Wesentlichen um die Transitflüchtlinge geht. Dass die Polizeiinspekteure in Rostock in dem Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Rostock sehr eng mit der Hansestadt zusammenarbeiten, um die Sicherheit sowohl in den Unterkünften als auch in dem Umfeld sowie bei stattfindenden Veranstaltungen und Versammlungen im Zusammenhang mit der Asylpolitik zu gewährleisten, ist ja eine Forderung, die gerade von Ihnen immer wieder eingefordert wird und die natürlich durch die Polizei auch in Rostock gewährleistet wird. Welche politischen Auffassungen die Personen vertreten, die im Ehrenamt in den jeweiligen Einrichtungen tätig sind, entzieht sich sowohl der Kenntnis der Polizei als auch der Kenntnis des Innenministers. Das sind ehrenamtliche Helfer, die sich einbringen, um die Frage der Flüchtlingspolitik mit zu unterstützen. Und dafür müssen wir nicht erst einen Personencheck durchfüh-

David Petereit, NPD: Zusatzfrage: War Ihnen der Artikel vor meiner Anfrage bekannt und gab der Anlass für Ihre Behörde, dort mal nachzuforschen?

Minister Lorenz Caffier: Er war mir vorher nicht bekannt und ich sehe auch keine Veranlassung, warum ich ehrenamtliche Helfer, die sich in der Flüchtlingspolitik mit aktiv einbringen, jetzt erst zum Gesinnungscheck bringen muss.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir kriminalisieren die Leute nicht, Herr Petereit.)

David Petereit, NPD: Weitere Zusatzfrage: Nun ist es ja so, dass gerade die Flüchtlingshilfe ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Petereit, ich habe Ihrem Kollegen das nun schon mehrfach erläutert, Ihnen sicherlich auch schon etliche Male. Hier sind keine Erläuterungen zulässig. Sie können eine Nachfrage zu der Antwort des Ministers stellen.

(Tino Müller, NPD: Er hat noch gar nicht angefangen.)

David Petereit, NPD: Dadurch, dass die ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das eine Frage?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine Frage, Herr Petereit. Der Satzanfang lässt schon wieder darauf schließen, dass es nicht um eine Frage gehen wird. Also bitte!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das kann er nicht. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich finde, wir sollten noch mehr Deutsch in die Grundschule bringen.)

David Petereit, NPD: Wäre es aus Ihrer Sicht ein Grund, die Leute mal zu überprüfen, wenn am Ende Ihrer Flüchtlingshilfe oder während der Flüchtlingshilfe dort die Aus-

sicht auf eine Anstellung im öffentlichen Dienst oder teilöffentlichen Dienst bei der Stadt Rostock steht?

(Jochen Schulte, SPD: Fragezeichen!)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, für die Einstellung in den jeweiligen Bereichen des öffentlichen Dienstes gibt es ganz klare Kriterien. Die sind nicht einfach so per Unterschrift zu leisten, sondern dafür sind Prüfungen sowohl im kommunalen Bereich als auch bei Landesbediensteten notwendig. Und deswegen kann ich nicht die jeweilige Prüfung voraussagen. Ich schließe das nicht aus, dass, wenn derjenige sich bewirbt und dementsprechend auch die Voraussetzungen für den öffentlichen Dienst der Hansestadt Rostock erfüllt, er eine Einstellung bekommt. Ich schließe aber auch nicht aus, wenn er bestimmte Voraussetzungen nicht mitbringt, dass er sie nicht bekommt. Also das ist eine Frage, die Bedingungen sind ganz klar in Deutschland geregelt, unter welchen Voraussetzungen ich mich im öffentlichen Dienst bewerben darf, eingestellt werde, und dementsprechend besteht in der Hansestadt Rostock für jeden, sofern er diese Bedingungen erfüllt, die Voraussetzung wie auch auf der Landesebene gleichermaßen.

David Petereit, NPD: Das kommt in einer Kleinen Anfrage. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 12** zu stellen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Herr Minister!

Minister Dr. Till Backhaus: Guten Morgen!

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Frage lautet:

12. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum Gänsesterben in der Region zwischen Roggow und Rerik und was wird die Landesregierung unternehmen, damit sich Derartiges zukünftig nicht wiederholt?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Suhr! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Eine Vorbemerkung: Sie wissen, dass im Herbstzug um die 500 Millionen Zugvögel in Mecklenburg-Vorpommern rasten, mausern oder sich vorbereiten auf den weiteren Vogelzug. Es ist tatsächlich so, dass wir große Sorge hatten. Wir haben jetzt in dem Gebiet Salzhaff, um die Insel Poel beziehungsweise Wismar herum, feststellen müssen, dass bis zu 150, insbesondere Gänse, verschiedene Gänsearten dort tot aufgefunden worden sind. Es lag natürlich die Vermutung nahe, dass wir es wieder mit der Vogelgrippe zu tun haben. Das, kann ich heute sagen, konnten wir zum Glück sofort ausschließen. Darüber bin ich froh. Es gibt also keinen Hinweis – das auch an die Geflügelhalter des Landes –, dass wir ein aktives

Geschehen im Bereich der Vogelgrippe in Deutschland haben. Das ist eine gute Botschaft, gerade auch in Richtung Weihnachten und des Geflügelkonsums.

Zweitens sind wir der Sache natürlich sofort weiter auf den Grund gegangen, und das ist die nächste Botschaft. Ja, wir haben in Deutschland, das wissen Sie wahrscheinlich auch und viele von uns, zum Teil eine Mäuseplage, nicht in Mecklenburg-Vorpommern, aber es gibt erste Anzeichen dafür. Deswegen haben einige Landwirtschaftsbetriebe den Antrag gestellt, eine Maßnahme zur Bekämpfung von Mäusen auf Flächen zu genehmigen. In diesem Fall, muss man feststellen, ist keine Beantragung vorgenommen worden und es ist eine nicht sachgemäße Ausbringung von, wenn man es so will, Mitteln zur Bekämpfung von Mäusen breitflächig vorgenommen worden. Das scheint sich zu bestätigen. Aber wir haben hier noch mal die Universität Göttingen eingeschaltet, sodass auch die pharmakologischen und toxikologischen Untersuchungen bis heute nicht abgeschlossen sind. Wir müssen aber davon ausgehen, dass diese Tiere erstens tatsächlich an Schwäche und zum Zweiten, das kommt hinzu, an Vergiftungserscheinungen gestorben sind.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann möchte ich eine Zusatzfrage stellen, Frau Präsidentin, um noch mal auf die Frage zurückzukommen: Was unternimmt die Landesregierung, um Derartiges zukünftig zu verhindern? Das war ja Bestandteil der Frage.

Minister Dr. Till Backhaus: Also dann will ich Ihnen hoffentlich deutlich gemacht haben, erstens, die Untersuchungen sind vorgenommen worden. Wir haben zum anderen ein Ordnungswidrigkeitenverfahren. Das ist der zweite Teil, auf den Sie wahrscheinlich warten, es ist ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen den Betrieb eingeleitet worden. Und es wird auch im Rahmen der Cross-Compliance-Bewertung zu einem Abzug von finanziellen Zuwendungen im Rahmen der Agrarförderung kommen. Das heißt, hier auch noch mal der Appell – ich glaube, das ist wichtig -, dass, wenn es Probleme gibt mit Mäusen und Schadnagern, die Anträge zu stellen sind. Es gibt die Zulassung von beschränkten Mitteln, die dazu eingesetzt werden können, aber die müssen dann auch sachgerecht eingesetzt werden, das heißt, nicht breitflächig, sondern in das Mauseloch muss das ordnungsgemäß eingebracht werden.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann habe ich eine weitere Zusatzfrage: Sieht die Landesregierung denn vor, noch einmal umfassend über das gerade von Ihnen vorgestellte Verfahren zu informieren, um derartige Dinge zukünftig zu verhindern?

Minister Dr. Till Backhaus: Also das Landespflanzenschutzamt des Landes Mecklenburg-Vorpommern genießt eigentlich einen guten Ruf. Es ist insbesondere auf der Internetseite darauf hingewiesen worden, und auch die Öffentlichkeitsarbeit haben wir genutzt, um die Landwirtschaftsbetriebe darauf ausdrücklich hinzuweisen. Ich hoffe, auch mit dieser Frage heute wird das noch mal deutlich, dass wir die Landwirtschaftsbetriebe in den Herbstberatungen, die turnusmäßig stattfinden, wo unsere Häuser beteiligt sind, auf dieses Thema hinweisen.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Minister Dr. Till Backhaus: Bitte sehr.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Minister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern, vom 30. August bis 1. September 2015, Drucksache 6/4644.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock, Mecklenburg-Vorpommern, vom 30. August bis 1. September 2015 – Drucksache 6/4644 –

Das Wort zur Begründung hat die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Beschluss des Landtages zu dem Ihnen vorliegenden Entschließungsantrag aller demokratischen Fraktionen setzen wir in diesem Jahr nicht nur unsere im gesamten Ostseeraum hochgeschätzte parlamentarische Praxis zur Umsetzung der Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz fort,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

wir leisten damit auch unseren Beitrag zur Implementierung eines Konzeptes umfassender, grundlegender und weitreichender Forderungen zur Gesundheitspolitik im Ostseeraum, das wir aufgrund unseres Vorsitzes in diesem Jahr mit hohem Engagement auf der Basis des geballten Sachverstandes unseres Landes

(Gelächter und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

als Gesundheitsland Nummer eins in besonderem Maße mitgestaltet haben. Wir leisten damit aber auch erneut unseren Beitrag zur Umsetzung grundlegender aktueller Forderungen der Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Der Landtag ist in diesem Jahr seiner Verpflichtung aus Artikel 11 unserer Landesverfassung in besonderem Maße nachgekommen. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz im vergangenen Jahr zugestimmt haben, kann ich heute vermelden: Der Auftrag ist erfüllt, wir haben vom 30. August bis zum 1. September 2015 die Ostseeparlamentarierkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern ausgerichtet. Wir haben unser Land im Konzert der Ostseezusammenarbeit ein gutes Stück weiter nach vorne gebracht und wir sind unserem Anspruch,

(Udo Pastörs, NPD: Gerecht geworden.)

ein zentraler Akteur in der Ostseezusammenarbeit zu sein, in jeder Hinsicht gerecht geworden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Konferenz war für den Landtag und das Land Mecklenburg-Vorpommern ein voller Erfolg. Wir haben uns als verlässlicher und kompetenter Partner im Ostseeraum sowie als fähige und von allen hochgeschätzte Gastgeber einer Konferenz dieser Größenordnung präsentiert. Rund 200 Abgeordnete aus elf nationalen und elf regionalen Parlamenten sowie fünf parlamentarischen Organisationen, Experten und weitere geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft, Forschung und dem Nichtregierungssektor haben in Rostock zusammengearbeitet und waren von Rahmenbedingungen und Inhalten begeistert. Ich habe durchweg positive Rückmeldungen von unseren Kollegen aus der Ostseeregion bekommen.

(Udo Pastörs, NPD: War ein schönes Fest.)

Mich persönlich überzeugte vor allem, wie nahezu jeder Einzelaspekt, der während der vier Sitzungsabschnitte diskutiert wurde, auch seine Berücksichtigung in der Konferenzresolution fand. Dies bedurfte langer Vorarbeit und harter Arbeit vor Ort. Über 85 Änderungsanträge waren zum Teil intensiv zu diskutieren, bevor eine substanzreiche Resolution von allen Delegationen angenommen werden konnte. Dafür gilt ein Dank allen an dieser Konferenz beteiligten Abgeordneten und auch den Experten, die für den nötigen Input gesorgt haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dem Gesamterfolg dieser Konferenz gingen zwei Jahre intensiver Arbeit voraus. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle explizit bei unseren Kollegen Wolfgang Waldmüller und Julian Barlen, die den inhaltlichen Erfolg dieser Konferenz, die unter der Überschrift "Ostsee – Modellregion für Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen" stand, ganz wesentlich mitgestaltet haben.

(Stefan Köster, NPD: Das kann ich mir vorstellen.)

Als Mitglieder in einer Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz zu eben diesem Thema – Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen – haben sie die Erfahrungen Mecklenburg-Vorpommerns eingebracht und unsere regionalen Schwerpunkte in diesem Themenbereich selbstbewusst vertreten.

Diese Arbeit fand Eingang in den Zwischen- und in den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe, der der letztjährigen Jahreskonferenz in Olsztyn beziehungsweise der diesjährigen Konferenz in Rostock vorgelegt wurde. Insbesondere der Abschlussbericht war Grundlage für eine Vielzahl von Forderungen, die letztlich in der Resolution von allen Delegationen verabschiedet wurden.

Bevor ich zu den Einzelheiten der Konferenz und der Resolution komme, möchte ich mich aber auch noch bei allen anderen Mitgliedern unserer Delegation bedanken: bei Vizepräsidentin Silke Gajek, bei dem Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller, bei dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses Dietmar Eifler sowie bei unserem Kollegen Dr. André Brie für ihre Beiträge im Rahmen der Konferenz und für das Gelingen der Konferenz. Mein Dank gilt außerdem Jochen Schulte, der auch in diesem Jahr als Maritimer Berichterstatter der BSPC

(Jochen Schulte, SPD: War ich da. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

den Ostseeparlamentariern einen hervorragenden Bericht zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Integrierten Meerespolitik vorgelegt hat. Ein Dank auch an den Vorsitzenden der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" Jörg Heydorn, der die Sichtweisen des Landes zur Zukunft des Gesundheitswesens im Rahmen eines runden Tisches im vierten Sitzungsabschnitt eingebracht hat.

Inhaltlich stand die Konferenz unter der selbstbewussten Überschrift "Ostsee – Modellregion für Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen". Das Thema wird sicherlich in der Aussprache vertieft werden, sodass ich hier nur auf einige Einzelaspekte eingehe.

Die Ostseeregion ist Heimat einiger der besten Gesundheitssysteme weltweit, die die Gesundheit von circa 85 Millionen Menschen beeinflussen. Diese Region weist eine Vielzahl an innovativen Universitäten mit exzellenter Forschung sowohl in den Allgemeinwissenschaften als auch in den sogenannten Life Sciences auf. In ihr sind mehr als 5 Millionen Menschen im Gesundheitswesen sowie in angrenzenden Sektoren angestellt. Sie ist Heimat bekannter medizintechnischer Firmen und Pharmaunternehmen. Gleichzeitig weist die Ostseeregion bezogen auf diese Parameter jedoch auch teils große Disparitäten auf.

Die diesjährige Konferenz befasste sich also sowohl mit der Festigung der Position der Ostseeregion als Gesundheitsregion als auch mit der weitestmöglichen Angleichung der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gesundheitssysteme. In den Sitzungsabschnitten "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen", "Gesundheit und Wirtschaft" sowie "Nachhaltiges und zugängliches Gesundheits- und Sozialwesen" haben wir diesem Anspruch Rechnung getragen.

Im ersten Sitzungsabschnitt ging es zunächst grundsätzlich um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion – eines der Kern- und Gründungsthemen der Ostseeparlamentarierkonferenz. Traditionsgemäß werden wir von den Partnern der BSPC – dem Ostseerat der Regierungen, der Helsinki-Kommission und anderen – über den Status der Arbeit der jeweiligen Organisationen sowie über die Zusammenarbeit mit der BSPC sowie im Ostseeraum insgesamt informiert.

Ich danke unserem Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der zu Sitzungsbeginn die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns in der Ostseeregion hervorhob. Der Ministerpräsident machte deutlich, dass unser Land mittlerweile nicht nur allgemein ein geschätzter Partner im Ostseeraum geworden ist, sondern dass wir gerade auch mit unseren Stärken und Kompetenzen in der Gesundheitswirtschaft wichtige Impulse in diesem Bereich im gesamten Ostseeraum setzen.

Wichtig war an dieser Stelle aus meiner Sicht, die Bedeutung der Partnerschaft mit Russland hervorzuheben. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er hier die Forderung formulierte, zu einer konstruktiven Partnerschaft mit Russland zurückzufinden.

Das Thema spielte natürlich gerade vor dem Hintergrund der Ukrainekrise eine große Rolle und es wurde eine sehr unterschiedliche Einschätzung der Lage deutlich. Umso mehr begrüße ich, dass es gelungen ist, gemeinsam einen ausdrücklichen Appell zur Unterstützung der Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenar-

beit in Europa sowie zur gründlichen und konsequenten Umsetzung der in Minsk getroffenen Vereinbarung zu formulieren. Das ist der richtige Weg, um zu einer möglichst friedlichen Lösung des Konflikts in der Ukraine beizutragen.

Zum zweiten bis vierten Abschnitt möchte ich vor dem Hintergrund der Aussprache und der ausführlichen Begründung des vorliegenden Antrages nur so viel sagen: Wir hatten eine Reihe hochrangiger Rednerinnen und Redner – EU-Kommissar Herr Oettinger, nationale Minister und stellvertretende nationale Minister, Staatssekretäre und hochrangige Vertreter internationaler Organisationen. Ebenso haben wir den Sachverstand aus unserem Land mit eingebunden, insbesondere aus dem Kuratorium Gesundheitswirtschaft.

Wir konnten Manuela Schwesig, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für unsere Konferenz gewinnen, die am zweiten Konferenztag das Thema "Demografischer Wandel und Pflege" in einer Keynote-Rede vertiefte. Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel hob die Ministerin auch explizit auf die Flüchtlingsproblematik ab. Sie sprach sich klar für eine ostseeweite Verantwortung zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen in der Region aus. Für sie seien Flüchtlinge keine Bürde, sondern eine Bereicherung. Im Bereich der Pflege verwies Manuela Schwesig auf das neue Pflegegesetz, das Arbeitnehmern bis zu zehn Arbeitstage Anspruch auf ein Pflegeunterstützungsgeld für eine pflegebedürftige Person ermöglicht. Eingang in die Resolution hat eine Forderung an die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat, die WHO und die EU gefunden, eine anständige Behandlung der Flüchtlinge in Bezug auf deren Unterbringung und Gesundheitsversorgung zu gewährleis-

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, es haben eine ganze Reihe von Beteiligten zum Gesamterfolg dieser Konferenz beitragen. Wesentliche Beiträge und Handlungsempfehlungen unserer Delegationsmitglieder haben Eingang in die Resolution gefunden. Die Aktivitäten im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz und insbesondere die Arbeit im Zusammenhang mit der Konferenz in Rostock haben gezeigt, dass hoher Einsatz und intensive Arbeit die Interessen des Landes im Ostseeraum voranbringen und das Ansehen des Landes im Ostseeraum ungemein steigern können.

Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir sehr, dass der Landtag die mit seinem Engagement in der BSPC verbundenen Aufgaben weiterhin aktiv wahrnimmt. Dies wird in unserem Antrag faktisch untersetzt und es lohnt auch in der Sache. Wir haben uns im Ostseeraum einen Namen erarbeitet, den es zu wahren gilt. Wir sollten unsere erarbeiteten Kompetenzen in diesem Bereich unbedingt halten und weiter ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das bringt mich zur künftigen Arbeit. In der Resolution enthalten ist auch eine Forderung zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum nachhaltigen Tourismus. Wie die Gesundheitswirtschaft ist auch das ein landespolitischer Schwerpunkt. Und auch das werte ich als Erfolg, dass es uns gelingt, landespolitische Schwerpunkte auf der Agenda dieser Konferenz zu verankern. Es ist natürlich auch schön, dass gerade uns hier in Mecklenburg-Vorpommern, also unserem Landtag, die Aufgabe übertragen wurde, diese Arbeitsgruppe zu leiten. Ich werde diese Aufgabe wahr-

nehmen, und das wird sicherlich auch eine erfolgreiche Arbeit sein. Sie hat sich gerade konstituiert. Ich verspreche mir da weitere Erfolge.

Im weiteren Verlauf unserer Tagesordnung werden wir heute Nachmittag den Antrag auf Drucksache 6/4651 – Nachhaltigen Tourismus als Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen – beraten. Beim weiteren Ausbau eines nachhaltigen Tourismus sollen auch die ländlichen Räume, die grenzüberschreitenden Kooperationen, Werbung um ausländische Gäste, der barrierefreie Tourismus sowie Trends für Nachhaltigkeit, Ruhe und sanften Tourismus eine Rolle spielen – alles Themen, die ich als Vorsitzende der neu gegründeten Arbeitsgruppe der BSPC gedenke, auch prominent zu platzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz hat unser Ansehen im Ostseeraum deutlich erhöht.

(Udo Pastörs, NPD: Ein großer Erfolg!)

Unsere gemeinsamen Anstrengungen haben maßgeblich dazu und zum Erfolg dieser Konferenz beigetragen. Nun bitte ich Sie um Unterstützung für die Resolution und Ihre Zustimmung zum Antrag.

Und bevor ich jetzt meinen Redebeitrag beende, noch ein Wort an Sie, Herr Pastörs. Ihre Fraktion bringt sich ja in solche Dinge generell nicht ein, weil Sie,

(Udo Pastörs, NPD: Nein, weil ich gesehen habe, was da los ist.)

weil Sie sind nicht mal in der Lage, hier ordentliche Fragen zu formulieren.

(Udo Pastörs, NPD: Ich habe gesehen, was da los ist.)

Das muss man an der Stelle ja noch mal hervorheben.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Ein Engagement irgendeiner inhaltlichen Art haben wir in diesem Parlament von Ihnen noch nie erlebt.

(Stefan Köster, NPD: Solche Saufveranstaltungen brauchen wir nicht. – Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Tätä!)

Und dass Sie es sich wagen und anmaßen, sich hier abfällig über diese Bemühungen des Landes zu äußern,

(Udo Pastörs, NPD: Ich hab das erlebt, wie ihr feiert, wie ihr sauft, wie ihr fresst!)

das finde ich schon ein starkes Stück.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke.

(Stefan Köster, NPD: Da kommt nichts bei rum.)

Danke, Frau Präsidentin.

Ich möchte an dieser Stelle noch mal darauf hinweisen, dass sich alle Beteiligten hier befleißigen sollen, in ihrer Wortwahl einen parlamentarischen Ablauf sicherzustellen und die Worte so zu wählen, dass ich sie nicht als unparlamentarisch zurückweisen muss. Das befand sich mehr als im Grenzbereich.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Brie.

Dr. André Brie, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was soll ich noch ergänzen?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Och, da gibt es noch einiges.)

Die Präsidentin hat schon alles gesagt. Ich stimme ihr auch zu. Ich denke, dass die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz mit dem Thema Gesundheitspolitik ein besonders wichtiges Thema für unsere Region, für unser Land hatte. Ich selbst bin auf diesem Gebiet aber natürlich nicht kompetent, und ich bin auch sicher, dass andere in der Diskussion dazu noch viel Besseres sagen werden.

Ich habe für meine Fraktion an dieser Konferenz teilgenommen. Ich war beeindruckt, welches Fachwissen auch hier in Mecklenburg-Vorpommern eingebracht wurde. Ich denke da etwa an den Vortrag von Professor Dr. Dr. Klinkmann, dem Präsidenten von BioCon Valley. Es ist ein Glücksfall für unser Land, einen solchen international geachteten und anerkannten Wissenschaftler zu haben.

In der Tat ist Gesundheitspolitik ein sehr wichtiges Thema, gerade für uns in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind vom demografischen Wandel betroffen, unsere Bevölkerung wird weniger und älter. Um hier in Zukunft gut aufgestellt zu sein, erscheint mir eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen besonders wichtig.

Aber wie gesagt, ich möchte dieses Thema in meinem Beitrag nicht vertiefen. Das könnte ich nicht. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, generell ein paar Worte zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und in Europa insgesamt zu sagen. Ich habe das in ähnlicher Weise auch in Rostock selbst gesagt: Natürlich sind wir – und die Präsidentin ist darauf eingegangen – auch betroffen durch die Konflikte in der Ukraine, die Differenzen mit Russland oder durch die Flüchtlingskrise, die bei uns auf der Konferenz auch eine große Rolle gespielt hat, und das durchaus nicht mit einheitlichen Positionen. Aber wir waren in diesem Jahr genauso, obwohl es noch schwieriger war als im vergangenen Jahr, fähig, auf der Konferenz zum Konsens miteinander zu kommen.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Ich denke, dass das ein gutes Beispiel weit über diese Konferenz hinaus ist.

Beschlüsse, wie wir sie auf der Ostseeparlamentarierkonferenz getroffen haben, sind wichtig, nicht nur für die inhaltliche unmittelbare Wirkung, sondern auch wegen der symbolischen Wirkung. Wir haben einfach gezeigt, dass die demokratischen Parteien und Parlamentarier fähig sind, über Differenzen hinaus zusammenzuarbeiten, und auch fähig sind, bei ihren großen Unterschieden zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Ich betone das auch deshalb, weil man natürlich in Rostock merken konnte, dass nicht überall verstanden wird, dass wir gemeinsame europäische Antworten benötigen und dass nicht die einzelnen Nationalstaaten das allein lösen können. Ich bedauere auch, das merkt man manchmal, dass wir nicht immer verstehen und nicht überall verstehen, dass Europa mehr als die Europäische Union ist. Wir sind in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im südlichen Ostseeraum fähig, auch mit den Kollegen in Russland, in Kaliningrad und so weiter zusammenzukommen und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen.

Sie werden vielleicht sagen, es geht vor allen Dingen um Gesundheitspolitik, warum redet er darüber. Aber zum einen hat es wie gesagt auch in Rostock eine Rolle gespielt, zum anderen, wenn man sich ansieht, welche Rolle zum Beispiel Schweden in Bezug auf die Flüchtlingskrise spielt oder auch Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, dann wird meiner Meinung nach deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit in dieser Frage im Ostseeraum und darüber hinaus ist. Wir können uns Nationalismus und den Rückzug auf einen egoistischen Nationalstaat weder in dieser Frage noch in der Gesundheitspolitik oder in anderen Fragen leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Ich bin wirklich sehr froh, dass wir in Rostock genauso wie letztes Jahr in Olsztyn fähig waren, bei allen Unterschieden, die man natürlich in den baltischen Ländern oder in Polen sehr stark erlebt und auch verstehen muss, mit den Russen zusammen zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, und ich hoffe, dass das, was wir gekonnt haben, vielleicht auch ein Beispiel dafür ist, wie man im Syrienkonflikt zu einer Stabilisierung kommen kann. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

Julian Barlen, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sylvia Bretschneider hat in ihrer Rede vorhin den Ablauf und die Ergebnisse der Ostseeparlamentarierkonferenz ausführlich dargestellt und ich freue mich sehr darüber, dass wir dieses Mal hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern in eine Aussprache über diese wichtigen Themen, insbesondere auch für unser Bundesland, eintreten.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut.)

Zunächst gibt mir das die Gelegenheit, mich noch mal bei unserer Landtagspräsidentin und ihrem gesamten Team für die in unseren Augen inhaltlich und organisatorisch hervorragende Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock zu bedanken.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Ist das eine Blamage! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das sind Sie!)

Apropos Blamage – das wurde nämlich gerade von dem Fraktionsvorsitzenden der NPD-Fraktion hier wieder einmal unflätig in den Saal gerufen –, die Blamage ist in der Tat da zu beobachten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass sich die NPD-Fraktion offensichtlich hier im Rahmen dieser Aussprache das erste Mal mit den Inhalten dieser Ostseeparlamentarierkonferenz zu beschäftigen scheint,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

denn hätte sie es im Vorhinein getan, hätte sie festgestellt, dass es sich mitnichten, wie vorhin hier behauptet, um eine, Zitat, "Saufveranstaltung" handelt,

(Udo Pastörs, NPD: Sauf- und Fress..., Sauf- und Fress...!)

sondern um eine internationale Konferenz, die sich mit den Bedürfnissen und den Bedarfen der Menschen unter anderem in unserem Bundesland und auch im ländlichen Raum unseres Landes beschäftigt.

> (Stefan Köster, NPD: Mit null Prozent Auswirkung.)

Und wer die Interessen und die Versorgungsbedarfe der Bevölkerung auf eine derart, sagen wir mal, unflätige Weise abqualifiziert, muss am Ende damit leben, dass das auf einen selbst zurückfällt, in dem Fall auf die NPD.

Als Delegation unseres Bundeslandes ist es uns gelungen, nämlich ganz in diesem Sinne, einige für unser Bundesland wirklich gute und hilfreiche Punkte und Maßnahmen in diese Deklaration zu verhandeln – dazu im Weiteren mehr. Gleichzeitig ist es uns erneut gelungen – und da schließe ich noch mal an den Dank für die gute Vorbereitung und die Durchführung an –, wirklich als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern eine tadellose Visitenkarte als verlässlicher, als konstruktiver, aber vor allen Dingen auch als innovativer Partner in der Ostseeregion zu hinterlassen. Deshalb noch mal mein Dank an alle, die hierzu einen Beitrag geleistet haben!

Meine Damen und Herren, es ist ja schon eine gute Tradition, dass sich der Landtag die Forderungen und Maßnahmenvorschläge der Ostseeparlamentarierkonferenz zu eigen macht und dass anschließend in den Fraktionen und in den Ausschüssen daran gearbeitet wird, einzelne Aspekte voranzutreiben. Und auch die Landesregierung tut natürlich auf allen Ebenen aktiv alles dafür, dass die Maßnahmen und Forderungen aktiv umgesetzt werden.

Speziell mit Blick auf die im Vordergrund stehenden Innovationen im Bereich Gesundheit und Soziales, über die wir im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz ganz intensiv gesprochen haben, möchte ich zwei unserer Forderungen hervorheben, die eben nicht, wie das oftmals und vor allen Dingen in meinen Augen auch fälschlicherweise unterstellt wird, irgendwie abstrakt auf der EU-Ebene diskutiert werden, sondern ich möchte zwei Punkte hervorheben, wo es durch mehr Kooperation und durch mehr Zusammenarbeit im Ostseeraum ganz konkret darum geht, den Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes entgegenzukommen und insbesondere im ländlichen Bereich und im grenznahen Bereich tatsächlich die Wohlfahrt der Bevölkerung unseres Bundeslandes zu steigern.

Nach einem wirklich jahrelangen Hauptaugenmerk, sagen wir mal, auf zwischenstaatliche Harmonisierung, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, der Finanzen und des Arbeitsmarktes, geht es uns zunehmend darum, bei der sozialen Integration zwischen den Staaten der EU, aber auch in der gesamten Ostseeregion voranzukommen. Das in der Konferenzresolution, die Ihnen vorliegt, unter Nummer 2 formulierte Ziel, jede Zusammenarbeit zu unterstützen, welche die Ostseeregion zu einer Modellregion mit gleichberechtigtem Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen macht, setzt in der Tat zunächst einmal eine wirklich sehr seriöse differenzierte Analyse der in den Ländern teilweise stark unterschiedlichen rechtlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen voraus. Kollege Dr. Brie hat das eben in seiner Rede angedeutet.

In unserem Falle hier in Mecklenburg-Vorpommern bezieht sich natürlich diese Analyse und auch das Hinwirken auf eine solche gelingende Kooperation insbesondere auf unsere polnischen Nachbarn, das ist ja klar. Für unser Bundesland abgeleitet ist es nämlich daher eine der wichtigsten Aufgaben, bei der Kooperation im Gesundheitswesen mit diesem Ziel vor Augen Ostseeregionen als Modellregionen mit Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu schaffen, dass wir es gemeinsam hinbekommen, insbesondere in den ländlichen Räumen ein funktionierendes grenzüberschreitendes Rettungswesen zu schaffen. Die Rettung von Menschen, die in eine Notsituation geraten sind, darf eben nicht – und darin unterscheiden wir uns sehr deutlich von der Fraktion der NPD –

(Udo Pastörs, NPD: Zum Glück!)

an Grenzen und nicht an inkompatiblen Regeln zwischen zwei Ländern scheitern.

(David Petereit, NPD: Wer hat denn das behauptet?)

Das haben Sie implizit behauptet durch die Tatsache,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

dass Sie Veranstaltungen, die sich mit diesen inhaltlichen Fragen auseinandersetzen, sagen wir mal, mit Missachtung strafen,

> (Stefan Köster, NPD: Hohles Barlen-Geschwätz! – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sich damit nicht beschäftigen und Sie außerdem keinerlei Anstalten machen, im Bereich des Rettungswesens in-

ternationale Kooperationen und grenzüberschreitende Kooperationen zu befürworten

(Stefan Köster, NPD: Bla, bla, bla!)

mit unseren polnischen Nachbarn.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Sie haben gleich die Gelegenheit, ans Pult zu gehen und können ja mal Ihre gesamte Ideologie einreißen und das Gegenteil zeigen, wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen wollen, dass Ihnen wirklich etwas an ihren Interessen liegt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – David Petereit, NPD: Wahnvorstellung ist eine Unterstellung.)

So.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Sie müssen argumentieren und nicht pöbeln.)

Es kommt nichts, Argumente kommen von Ihrer Seite nicht. Ich glaube, das steht einfach für sich.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, um ein funktionierendes grenzüberschreitendes Rettungswesen starkzumachen und um dazu die laufenden und auch die kommenden Initiativen in unserem Land, aber auch auf der polnischen Seite zu unterstützen und auch dieses Vorhaben in der Agenda der Regierung noch mal zu betonen, haben wir für die Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz als Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern den Punkt 21 beantragt und erfolgreich eingebracht. Der besagt, dass bei der grenzüberschreitenden Notfallrettung jeweils die schnellste Versorgung helfen muss, unabhängig davon, aus welchem Land diese Versorgungseinheit stammt.

Das ist, so zeigt die Erfahrung, im Einzelfall nämlich nicht leicht. Wir sollten uns aber im Sinne der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger trotzdem sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigen und die gegenseitige Wertschätzung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungswesen fördern. Das zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, man kann fast sagen Jahrzehnte, in diesem Bereich.

Wir brauchen zunächst noch mal einen sehr klaren Blick auf die systemischen Hürden, die es zu überwinden gilt, erkennbar beispielsweise an der Tatsache, dass es trotz der vielfältigen Bemühungen unterschiedlicher Akteure in den letzten Jahren, hervorzuheben natürlich die Akteure des Rettungswesens selber in unserem Bundesland, aber auch auf der polnischen Seite, und die Initiativen unseres Sozialministeriums an dieser Stelle bis heute vor allem aus versicherungstechnischen Gründen keine regulären Grenzüberfahrten von Rettungswagen zwischen Deutschland und Polen gibt. Das beeinträchtigt die Rettung von Menschen im ländlichen Raum, aber auch in den touristischen Regionen unseres Landes deutlich. Dagegen wollen wir etwas unternehmen - gemeinsam, partnerschaftlich in der Ostseeregion und insbesondere mit unseren polnischen Nachbarn.

Da können wir, meine Damen und Herren, als Ostseeregion sicher einiges voneinander und auch von anderen europäischen Grenzregionen lernen, beispielsweise von der Euregio Maas-Rhein, wo die Niederlande, Belgien und Deutschland zusammenarbeiten, und das schon seit über 30 Jahren. Wir haben als Vorbereitung unserer Initiative auf der Ostseeparlamentarierkonferenz als Sozialausschuss dieses Landes auch eine entsprechende Exkursion unternommen und haben uns die entsprechenden Akteure in der Euregio Maas-Rhein vor dem Hintergrund der grenzüberschreitenden Notfallversorgung angesehen. Nur mal als kleine Randbemerkung: Auch da hat selbstverständlich die NPD-Fraktion,

(Stefan Köster, NPD: Wieder mal eine Urlaubsreise auf Steuerzahlerkosten. – Zuruf von David Petereit, NPD)

ich sage mal, durch Abwesenheit und durch Desinteresse geglänzt, als sich damit zu befassen, was man als Landespolitik tun kann, um den Menschen in solchen Grenzregionen tatsächlich zu helfen.

(Stefan Köster, NPD: Da müssen Sie nur einfach mal das Schloss verlassen!)

Da ist die NPD ein völliger Totalausfall, aber das nur mal als Randbemerkung.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Wir haben uns also schon in anderen Regionen, die wir durchaus als vorbildlich ansehen, mit diesen Dingen befasst.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich bin sehr froh und dankbar und wir betrachten das auch mit großem Wohlwollen, dass in diesem Kontext "grenzüberschreitender Rettungsdienst" auch gerade eine Initiative der Universität Rostock mit polnischen Partnern in den Startlöchern steht. Wir wünschen diesem Vorhaben viel Erfolg.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus hat unsere Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in der Redaktionsgruppe zur Deklaration einen weiteren Punkt erfolgreich eingebracht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

neben etlichen anderen, nämlich, dass – wie in Punkt 13 der Deklaration zur Ostseeparlamentarierkonferenz zu lesen – nicht nur allgemein die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sondern ganz explizit die grenzüberschreitende strategische Versorgungsplanung ausgebaut, gestärkt und vertieft werden sollte.

Mit der jeweiligen Versorgungsplanung – das heißt der Festlegung, wo eigentlich welcher stationäre Versorger stehen darf, wo welcher niedergelassene Fach- oder Allgemeinarzt tätig sein darf, wo welche Rettungswachen sind –, mit dieser Versorgungsplanung an den jeweiligen Grenzen der Länder aufzuhören, führt in der Regel gerade in unserem Bundesland mit den durchaus zahlreich vorhandenen ländlichen Gebieten zu erheblichen Unterversorgungen in allen genannten ambulanten und stationären Bereichen.

Eine solche Unterversorgung durch eine isolierte Planungsbetrachtung lässt sich nur verhindern, wenn die Planungsbeteiligten der benachbarten Länder schon bei der räumlichen Zuordnung von Versorgungsangeboten gegenseitig ihre Überlegungen einbeziehen und diese harmonisieren. Auch in diesem Bereich der grenzüberschreitenden Versorgungsplanung lässt sich unseres Erachtens gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn eine Menge Potenzial für Verbesserungen heben, das wir aktiv nutzen wollen.

Meine Damen und Herren, diese beiden Punkte sind für unser gemeinsames Ziel, in der Ostseeregion besser und für die Bürgerinnen und Bürger gewinnbringender zusammenzuarbeiten, in unseren Augen sehr beispielhaft. Dabei möchte ich es an dieser Stelle einmal bewenden lassen. Als SPD-Fraktion stimmen wir der Entschließung in Gänze selbstverständlich sehr gerne zu und werden uns engagiert daranmachen, die Forderungen und Maßnahmenvorschläge umzusetzen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich bedanken, weil ich finde, das war eine ausgesprochen gelungene Ostseeparlamentarierkonferenz.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtages, weil ich denke, da ist Großes geleistet worden

Und, Herr Pastörs, wissen Sie, wenn Sie nicht dabei waren, dann halten Sie doch den Mund, weil ich denke, Sie haben keine Ahnung davon und überspielen das immer wieder mit Zwischenrufen

(David Petereit, NPD: "Ich denke" war doch schon gelogen, oder?)

und irgendwo auch dummem Geschwätz.

(Beifall Sylvia Bretschneider, SPD)

Das, was ausprobiert wurde bei der Ostseeparlamentarierkonferenz, war eben etwas Neues. Ich erinnere daran, dass Herr Heydorn oben an einem sogenannten runden Tisch gesessen hat und hier der demografische Wandel diskutiert wurde. Ich denke, das war ein eher interaktives Moment in dieser Ostseeparlamentarierkonferenz,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Interaktives Moment!)

wo noch mal Erfahrungen ausgetauscht wurden und nicht nur von Redezetteln abgelesen wurde, wie es doch so oft ist.

Ich möchte auf zwei Punkte zu sprechen kommen. Herr Barlen hatte ja eben schon die Notfallversorgung genannt und ich denke, es geht um die grenzübergreifende Versorgung. Da möchte ich anfänglich gleich auf einen Punkt aufmerksam machen, wo wir vielleicht schon dieses Papier ein Stück weit als unsere Leitlinie nehmen, nämlich wenn ich an die Schließung der Geburtsstation in Wolgast denke, die ja in der Nähe der polnischen Grenze ist, dass wir hier schauen, wie wir perspektivisch Gesundheitszentren implementieren können,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

aber gleichfalls auch geriatrische Stationen aufbauen, so, wie das in der Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz in den Punkten 44 und 45 benannt wurde. Ich denke, wir dürfen dieses festgeschriebene Wort nicht nur so stehen lassen, sondern sollten das auch für uns als einen Arbeitsplan nehmen. Ich denke, hier sind viele gute Punkte dabei.

(Udo Pastörs, NPD: Das denke ich auch.)

Ein Punkt, der auch im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz diskutiert wurde, war die Bekämpfung von Antibiotika, und es wurde dort auch der Zusammenhang zur Landwirtschaft hergestellt. Ich fand das sehr interessant. Wir hatten ja vor zwei Wochen im Agrarausschuss gerade dieses Thema MRSA,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wo wir auch mit dem Sozialausschuss unterwegs waren. Es ist eben so, dass die Ostseeregion sich als Strategie vorgenommen hat, perspektivisch auch für gesunde Lebensmittel zu streiten und Handlungsstrategien umzusetzen. Wer das gerne nachlesen möchte, das sind die Punkte 22 und 23 der Resolution, wo ganz konkrete Vorschläge drinstehen.

Ein weiterer Punkt, und der ist, glaube ich, für Mecklenburg-Vorpommern von Interesse, ist die Frage der Prävention und die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die wir hier ja immer wieder diskutieren. Aber hier geht es darum, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und auch von anderen Ländern zu lernen, wie dort präventiv gearbeitet wird.

Ich fand den Punkt noch mal sehr interessant, wie ist das Kita-Essen. Wir haben ja, wie Sie alle wissen, im vergangenen Jahr hier viel über die Vollverpflegung diskutiert. Wir haben in dieser Zeit leider eine Rückwärtsbewegung dahin gehend, dass jetzt doch sehr viele Caterer das Essen anbieten. Über die Qualität muss man streiten und sie ist garantiert nicht immer so, wie wir uns das wünschen. Wir als Bündnisgrüne setzen uns ja schon lange dafür ein, dass mehr selbst gekocht wird und dass hier nach DGE-Standards verfahren wird.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Auch das ist während der Ostseeparlamentarierkonferenz diskutiert worden. Es gibt eben einzelne Länder wie Dänemark, wo Strategien, also regionale Strategien da sind, wo man die Selbstversorgung in den Kitas befördert. Vielleicht können wir uns im Sozialausschuss, Frau Tegtmeier, einzelne Punkte herausnehmen, um vielleicht dem Landtag ein paar Vorschläge zu machen.

Der Punkt, der noch mal eingehend diskutiert wurde, war die Frage der Fachkräfte und die Stärkung der Fachkräfte, nämlich insbesondere in den Gesundheits- und Pflegeberufen. Es scheint nämlich grenzübergreifend so zu sein, dass es doch in vielen Bereichen eine Ungleichgewichtung gibt. Viele, das wissen wir, Ärztinnen und Ärzte gehen derzeitig nach Norwegen, weil dort die Bedingungen eine bessere sind.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Eine bessere!)

Es gibt im Punkt 28 eine ganz klare Intention, dafür zu werben, dass die Fachkräfte im eigenen Land bleiben. Von daher sind das, was die NPD hier immer wieder bringt, Hirngespinste, denn hier werden ganz konkrete Vorschläge gemacht,

(Stefan Köster, NPD: Wir haben wenigstens Hirn.)

auch beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung in den Pflege- und Sozialberufen, die über die Bezahlung hinausgehen. Es geht insbesondere um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Rahmenbedingungen. Ich denke, da können wir in Mecklenburg-Vorpommern noch sehr viel lernen.

Also ich denke, es war eine sehr erfolgreiche Ostseeparlamentarierkonferenz, auf die wir hier in Mecklenburg-Vorpommern sehr stolz sein können. Ich denke und hoffe, dass wir zu den 57 Maßnahmen, die da drinstehen, bei der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz vielleicht mit den Regierungsfraktionen zwei/drei Antragsinitiativen hinkriegen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Meine Fraktion wird dem zustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Da ich bei meinen Hinweisen bisher nur auf die Wortwahl abgestellt habe, möchte ich noch mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass ich natürlich auch persönliche Beleidigungen hier nicht dulden werde.

Jetzt rufe ich auf für die Fraktion der NPD den Fraktionsvorsitzenden Herrn Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe mir ein paar Punkte mitgeschrieben, die ich ganz kurz abarbeiten möchte. Ich fange mal bei Herrn Barlen an.

Mein lieber Herr Barlen,

(Julian Barlen, SPD: Ich bin nicht Ihr "lieber Herr Barlen".)

dabei zu sein ist noch kein Prädikat. Wenn man irgendwo anwesend ist,

(Julian Barlen, SPD: Sie sind sogar gedanklich abwesend. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wenn man irgendwo anwesend ist, ist das kein Garant dafür,

(Heinz Müller, SPD: Reden Sie jetzt über Ihre Fraktion, oder was?! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nur pöbeln. – Glocke der Vizepräsidentin) dass die Veranstaltung, der man beiwohnt, auch von Erfolg gekrönt ist.

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Mit Ihrer Anwesenheit kann ich mir sehr gut vorstellen, dass das eher erfolgshemmend als erfolgsfördernd ist,

(Zurufe von Julian Barlen, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

wenn das Niveau tragend war bei Ihrem Beitrag in der Konferenz, was Sie hier heute dem Parlament zugemutet haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber bitte zur Sachlichkeit zurück.

(Julian Barlen, SPD: Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wir haben gerade die Expertise der GRÜNEN-Spezialistin Frau Gajek gehört, die uns damit beglückt hat, dass sie an der Grenze zu Polen über sogenannte Gesundheitszentren nachdenkt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Frau Gajek, machen Sie erst mal Ihre Mecklenburg-Vorpommern-Hausarbeiten

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jaja.)

was die Gesundheitsversorgung der Menschen hier in unserem Land angeht,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das sagen Sie, obwohl Ihr Kollege hier nichts sagt in der Enquetekommission!)

und dann reden Sie über die Beglückung

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Och ja!)

irgendwelcher Gesundheitszentren in der Nähe der polnischen Grenze! Sie bleiben schuldig zu sagen, dass in Mecklenburg-Vorpommern immer mehr Gesundheitsversorgung in der Fläche dichtgemacht wird, eine Konzentration stattfindet.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Konzentration stattfindet, bewirtschaftet von international operierenden Gesundheitsindustrieunternehmen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben nicht zugehört, aber das ist klar, das ist ja immer so. – Zuruf von Julian Barlen, SPD – Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Zweiter Punkt. Sie kamen auf den Punkt "gesunde Lebensmittel im gesamten Ostseeraum".

(Heinz Müller, SPD: Von nichts eine Ahnung, aber laut schwätzen.)

Wissen Sie, ich kann mich ganz gut daran erinnern, dass es noch keine drei Jahre her ist, dass man hier in Mecklenburg-Vorpommern unseren Kindern vergammeltes Obst in Plastikdosen zugemutet hat, dass dann zu 14.000- oder 15.000-fachen Stückzahlen zurückgenommen werden musste. Das ist ein Beweis dafür, dass Sie, bevor Sie sich für ausländische Interessen anderer Menschen einsetzen, wofür ich Verständnis habe,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben doch nichts kapiert!)

sich zunächst einmal um die Versorgung der Kinder hier in Mecklenburg und Vorpommern kümmern sollten,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Oh, ist das widerlich!)

bevor Sie Ihre idealtypische Vorstellung von einem Ostseeraum äußern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

wo alle glücklich, sehr gut ernährt und sozial und gesundheitsmedizinisch sehr hervorragend versorgt sind!

Ein letzter Punkt: Ärzte gehen. In Deutschland gehen die Ärzte, weil sie hier ausgebeutet werden. Ein Assistenzarzt hier im Krankenhaus macht 60/70/80 Stunden und wird mies bezahlt.

(Zuruf aus dem Plenum: Das ist zulässig.)

Dann geht der nach Norwegen oder Schweden

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Sie stellen sich hin und Sie haben die Lösung. Sie sind ein Populist!)

und Sie importieren dann demnächst aus Tschechien oder Bulgarien, wie man nachlesen konnte.

(Julian Barlen, SPD: Das ist derart schwach, was Sie hier sagen. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, kann man nachlesen. Das ist Hetze, was Sie hier machen, Hetze und gelogen, widerlich.)

Da sind im Moment Lehrgänge für Deutsch, dass diese Ärzte nach Deutschland kommen,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Das ist die Wahrheit, Frau Gajek.)

weil die sich wiederum in Deutschland mit einem Gehalt von 3.800 Euro hervorragend bezahlt fühlen. Also machen Sie erst mal Ihre nationalen Aufgaben, bevor Sie Ihre idealtypische Weltbeglückungstheorie umsetzen wollen!

Noch ein Wort zu der von mir sehr hochgeschätzten gnädigen Frau und Abgeordneten Bretschneider. Frau Bretschneider,

(Gelächter vonseiten der Fraktion der SPD)

Frau Bretschneider, ich hatte, ich hatte einmal das Vergnügen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Was für ein Hohn!)

mit Ihnen und Ihren Genossen eine sogenannte Ostseeparlamentarierkonferenz zu besuchen. Das war in Polen. Und ich muss Ihnen sagen, das war keine Konferenz, sondern das war eine Party,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Jaja.)

die da abgehalten wurde mit übermäßigem Genuss von Alkohol und Tanz

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch überhaupt nicht.)

bis in den frühen Morgen,

(Heinz Müller, SPD: Da müssen Sie sich doch zu Hause fühlen.)

mit einer Verhaltensweise,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie leben in einer Blase, ne?!)

nachdem der Alkoholspiegel bei zumindest einem Dritten Ihrer sogenannten Demokraten abends in einem Waldlokal fortgeschritten war, dass man sich angewidert abwenden musste.

> (Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Von Ihnen, ja!)

Und als ich mich dann,

(Heinz Müller, SPD: Das mache ich bei jeder Ihrer Reden.)

und als ich mich dann abgewandt habe,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das passiert uns schon nüchtern bei Ihnen. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke der Vizepräsidentin)

und als ich mich dann abgewandt hatte, entdeckte ich in einem Nebengebäude einer Gemüseküche die Angestellten der Verwaltung, der Landtagsverwaltung, die einen sogenannten Ostseeparlamentarierbericht schrieben. Während Sie sich vergnügten bei Alkohol

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist doch unerträglich, was Sie hier erzählen!)

und übermäßigem Genuss von anderen Mitteln, haben die dann den Bericht geschrieben, der hier,

(Gelächter vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

der hier im Parlament als ein hervorragendes Verhandlungsergebnis vorgestellt wurde.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Realitätsverlust, ne?!)

Wir von der NPD beteiligen uns an Volksverarschung in dieser Art und Weise nicht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, das sind Sie! Das sind Sie!)

Deswegen: Machen Sie so weiter!

(Julian Barlen, SPD: So einfach kommen Sie aus der Nummer nicht mehr raus, Herr Pastörs! So einfach kommen Sie aus der Nummer nicht mehr raus! – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das Volk wird sich auf der Zeitschiene durch diese Parlamentarier

(allgemeine Unruhe – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Glauben Sie eigentlich das, was Sie da sagen? – Glocke der Vizepräsidentin)

mit dieser Selbstvergessenheit am deutschen Volke,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oooh!)

mit diesem Volksverrat, mit diesem Volksverrat nicht noch einmal 25 Jahre

(Julian Barlen, SPD: Volksverrat?! Aha! – Zurufe von Stefanie Drese, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

an der Nase herumführen lassen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich muss ganz ehrlich sagen, ich weiß nicht mehr, wie ich noch erklären soll, was ich als parlamentarisch zumutbar und als unparlamentarisch betrachte. Ich habe versucht, es ruhig darzustellen, aber Ihre Wortwahl, Herr Pastörs, ist nicht geeignet, diesem Ansatz auch nur im Geringsten gerecht zu werden. Ich weise nochmals darauf hin,

(Udo Pastörs, NPD: Die auch nicht, was da kommt.)

ich weise nochmals darauf hin und fordere jetzt alle Parlamentarier auf, sich an die Gepflogenheiten hier zu halten. Im Übrigen werde ich, da es teilweise so laut war, dass hier vorne kaum ein Wort zu verstehen war, noch mal überprüfen lassen, was im Rahmen der Debatte gesagt wurde, und behalte mir ausdrücklich Ordnungsmaßnahmen vor.

Jetzt rufe ich auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Heydorn.

(Stefan Köster, NPD: Och, der auch noch! Der hat jetzt den Hammer wieder mitgebracht.)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Zunächst muss man erst mal feststellen, Herr Pastörs, Sie beteiligen sich nirgendwo,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, überhaupt nicht.)

nirgendwo, in keinem Fachausschuss. In der Enquetekommission, da kommen ihre zwei Vögel immer anmarschiert, setzen sich an den Tisch, sagen nicht piep und nicht papp und treten irgendwann wieder ab,

(Martina Tegtmeier, SPD: Nachdem sie reichlich Kaffee getrunken haben.)

aber hier blasen Sie dick die Backen auf. Und das Einzige, was von Ihnen kommt, ist, dass Sie sich hier hinstellen und Menschen veröffentlichen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Menschen veröffentlichen! Entlarven, Herr Heydorn! Entlarven, Herr Heydorn, und das gefällt Ihnen nicht.)

nee, Menschen verächtlich machen.

Ja, wissen Sie, auch Sie haben sich hier schon versprochen. Und wenn Sie jemanden belehren wollen, dann kümmern Sie sich mal bitte um Ihren Abgeordneten Herrn Tino Müller, der steht hier regelmäßig am Pult, auch gestern wieder, muss sich krampfhaft an seinem Zettel festhalten und hat immer noch nicht in der deutschen Sprache richtig die Dinge drauf.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Stefan Köster, NPD: Sie müssen sich an anderen Sachen festhalten, Herr Heydorn.)

Ja, so ist es. Das ist die Realität.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Herrn Köster, von Herrn Köster kam gerade am Anfang der Zwischenruf: "Kommt nichts bei rum." Ich habe die Rede von gestern noch in den Ohren, und wenn sich die Dinge erfüllen würden, die von Ihnen hier vorgetragen werden, dann müssen Sie sich mal vorstellen, was dabei rumkommen würde,

(Udo Pastörs, NPD: Eine Menge.)

was dabei wirklich rumkommen würde!

(Udo Pastörs, NPD: Sie wären dann hier verschwunden.)

Niedergang ohne Ende, flächendeckend,

(Stefan Köster, NPD: Den Niedergang, den haben wir jetzt, Herr Heydorn.)

Niedergang ohne Ende.

Ja, jetzt legen Sie Ihr Ding aus der Hand, jetzt werden Sie wieder munter.

(Stefan Köster, NPD: Den Niedergang haben wir jetzt!)

Wenn es krawallig wird, dann ist Köster immer der erste Mann an der Spritze.

(Stefan Köster, NPD: Herr Schreidorn! Herr Schreidorn, den Niedergang haben wir jetzt!)

So sieht es aus!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Wirf dir eine Tablette ein! – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Also ich brauche nichts einzuwerfen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Stefan Köster, NPD: Sie sind ja schon wieder rot wie eine Tomate.)

Das macht gar nichts. Was für krudes Zeug Sie zu sich nehmen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

das ist eine ganz andere Sache an der Stelle.

(Stefan Köster, NPD: Gleich platzen Sie wieder. – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Also kommen Sie ...

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Jörg Heydorn, SPD: Also kommen Sie doch einfach ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Heydorn! Herr Heydorn warten Sie mal bitte einen Moment.

Ich weiß nicht, wie ich es noch vorsichtig oder auch deutlich formulieren soll. Ich bitte hier wirklich alle Seiten, von persönlichen Beleidigungen Abstand zu nehmen und sich in der Sache auseinanderzusetzen, ansonsten muss ich wieder Ordnungsmaßnahmen nicht nur ankündigen, sondern diesmal auch vollziehen. Ich bitte also um entsprechende Disziplin.

Und jetzt, Herr Heydorn, jetzt können Sie Ihre Rede fortsetzen.

Jörg Heydorn, SPD: Wir können ja mal anfangen, ein bisschen sachlich zu argumentieren.

(Heinz Müller, SPD: Mach das! – David Petereit, NPD: Ja, das wäre mal was.)

Also ich bin dieses Jahr das erste Mal auf so einer Ostseeparlamentarierkonferenz gewesen und ich habe da von Party nichts gesehen und nichts erlebt (Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

und auch an keiner Party teilgenommen.

(Udo Pastörs, NPD: Das kann ja sein. Ich auch nicht, ich habe auch nicht an dieser Party teilgenommen.)

Aber eins kann ich Ihnen sagen: Ein Punkt, der hier aufgenommen wurde, der Punkt Nummer 43, wo drinsteht, man soll Strategien zum demografischen Wandel entwickeln und diese stärken und man soll sicherstellen, wie das Thema "Daseinsvorsorge in ländlich peripheren Räumen" sichergestellt werden kann,

(Udo Pastörs, NPD: Das machen wir doch schon. Das machen wir ja schon! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

das haben wir hier erarbeitet, und darauf will ich auch gleich noch zurückkommen. Also so viel zum Thema Party.

Die Kollegin Gajek sprach das Gesundheitszentrum an im Kontext mit dem Krankenhaus in Wolgast. Da kommt dann wieder so etwas von irgendwelchen Industrieunternehmen. Ich will darauf hinweisen, Herr Pastörs, das Krankenhaus in Wolgast ist im Eigentum der Universitätsklinik Greifswald.

(Udo Pastörs, NPD: Ich weiß das. Es geht mir um ganz Mecklenburg und Vorpommern und nicht um das eine Krankenhaus.)

Ich weiß nicht, inwieweit man dazu kommen kann, das Universitätsklinikum Greifswald als Industrieunternehmen zu bezeichnen. Das heißt, Sie machen hier blanken Populismus!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Wie es Ihnen in den Kram passt, legen Sie sich die Sachen zurecht. Sie lügen, dass sich die Balken biegen,

(Stefan Köster, NPD: Nee, nee, das machen Sie, Herr Heydorn! Das kommt immer von den Sozis.)

das ist ein Trauerspiel von hinten bis vorne.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und auch, was das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit angeht, muss man doch mal Folgendes sagen:

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Mein Kollege Barlen hat darauf aufmerksam gemacht, wenn jemand auf der Insel Usedom notfallmäßig auf einen Krankenwagen angewiesen ist, dann dauert es heute 20 Minuten, bis ihn der Krankenwagen erreicht. Wenn Sie sich bestimmte Diagnosen angucken, dann kann das lebensbedrohlich sein oder es ist sogar lebensbeendend. Das ist einfach deswegen der Fall, weil der Krankenwagen aus Swinemünde, der sieben Minuten brauchen würde, nicht fahren darf.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Unding, das sehen wir genauso.)

Und solche Dinge wegzubringen,

(Udo Pastörs, NPD: Herr Heydorn, das sehen wir genauso, dass das ein Unding ist.)

solche Dinge wegzubringen, das ist das Ziel unserer Arbeit an der Stelle, und das wird von Ihnen hier immer so.

(Udo Pastörs, NPD: Nein, nein, nein!)

das wird von Ihnen derart diskutiert,

(Udo Pastörs, NPD: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

dass Sie sagen, wir sollten uns doch mal um unsere Deutschen kümmern.

(Julian Barlen, SPD: Ja, kein Wort verlieren Sie dazu da vorne!)

Wir als SPD,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Julian Barlen, SPD: Ach, hören Sie doch auf! – Zuruf von Stefan Köster, NPD – Glocke der Vizepräsidentin)

wir als SPD sind im Land unterwegs. Also uns vorzuwerfen, wir kämen hier aus dem Schloss nicht raus, ist einfach ein Witz. Wir machen regelmäßige Veranstaltungen in allen Teilen des Landes und unter anderem waren wir in der Ecke von Torgelow. Ich habe mit einem Unternehmer am Tisch gesessen und habe den gefragt, sagen Sie, wie sieht das aus mit Ihrer Arbeitskräftesituation. Er sagte zu mir, das funktioniert bei mir noch ganz gut, weil wir Swinemünde in der Gegend haben und bei mir finden gute Leute aus Polen gute Arbeit, die ich gut bezahlen kann. Das ist doch in Ordnung! Das ist doch das, was wir letztendlich brauchen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Ich komme ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen und mein Kollege Julian Barlen hat die Euregio angesprochen, die Kooperation in der Region, also Nordrhein-Westfalen um Aachen, in die Niederlande und Belgien. Da funktioniert alles. Da fährt die Feuerwehr über die Grenze, hilft beim Löschen.

(Udo Pastörs, NPD: Und sogar die Polizei!)

Das Krankentransportwesen ist so organisiert, dass derjenige, der am nächsten dran ist und am ehesten Zeit hat, letztendlich die Rettung übernimmt, und so weiter und so fort. Das sind doch sinnvolle Modelle auch für unser Land. Da müssen wir doch sehen, dass wir an der Stelle weiterkommen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und wenn Sie meinen, hier mit Ihrem Spektakel die Leute vergackeiern zu können, dann wird das nicht durchtragen, denn jedes Mal,

(Udo Pastörs, NPD: Sie vergackeiern, und das machen wir nicht mit!)

denn jedes Mal, wenn wir anfangen zu argumentierten, Herr Pastörs, dann kommen Sie ins Hintertreffen,

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

dann bleiben bei Ihrer kruden Argumentation die Argumente weg.

(Stefan Köster, NPD: Sie und argumentieren! – Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Die sind einfach und da kommt nur noch – denn dann wird es nämlich deutlich, was es ist – heiße Luft. Hetze, Hetze und noch mal Hetze, die letztendlich zu nichts führt, nur die Leute in die Irre führt und uns über den Abgrund kippt, das ist das, was Sie zu leisten imstande sind!

(Udo Pastörs, NPD: Aber gut, dass es Sie gibt! Der Messias ist da. Wer folgt ihm?)

Jetzt will ich ...

Ich habe mit Messias überhaupt nichts zu tun. Ich will ordentlich meine Arbeit machen und nicht Leute hinter die Fichte führen,

> (Stefan Köster, NPD: Fangen Sie mal an! – Udo Pastörs, NPD: Würden Sie das mal machen! Würden Sie das mal machen!)

und nicht Leute hinter die Fichte führen wie Sie.

Jetzt würde ich aber gerne noch mal auf das zurückkommen, was mich auf die Ostseeparlamentarierkonferenz geführt hat. Wie Sie wissen, beschäftigen wir uns im Land im Rahmen der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" mit dem Thema, wie können wir Partizipation und Teilhabe von älteren Menschen und deren Versorgung in unseren zunehmend ländlich peripheren Gegenden von Mecklenburg-Vorpommern sicherstellen. Das ist aber nicht nur ein Thema für uns in Mecklenburg-Vorpommern, sondern vielen Ländern in der Ostseeregion geht es ähnlich: Eine zunehmend ältere Bevölkerung, ländlich periphere Räume, und die Frage ist, wie lässt sich die Versorgung sicherstellen. Deswegen haben wir im Rahmen des Antrages einen Punkt eingebracht, dass man den demografischen Wandel und die Versorgung von Menschen auch in peripheren Räumen zum Thema macht und dass man Strategien entwickelt, wie man da weiterkommt.

Wenn man sich den Verlauf der Ostseeparlamentarierkonferenz anguckt, gibt es ein paar Punkte, die man herausarbeiten muss. Es gibt auf der einen Seite Punkte, wo man sagen kann, das entwickelt sich in Richtung Wirtschaft, und es gibt andere Punkte – die sind uns ganz wichtig –, die entwickeln sich in Richtung Versorgung, und beidem müssen wir nachgehen. Beidem müssen wir nachgehen!

Auf der einen Seite haben wir ganz konkrete Forderungen in der Resolution und auf der anderen Seite sind Punkte aufgenommen worden, wo man einfach merkt,

dass alle noch in irgendeiner Form in Bewegung sind, und das gilt sicherlich auch für das Thema demografischer Wandel. Deswegen halte ich es für sehr, sehr wichtig, dass der Punkt aufgenommen wurde, aber noch wichtiger, finde ich, ist es, darauf hinzuwirken, dass diese Themen auch weiter bearbeitet werden. Denn zu sagen, wir müssen Strategien entwickeln, ist nur der erste Schritt, man muss dann auch dazu kommen, dass man diese Entwicklung aufgreift. Ich würde es für uns als sehr wichtig empfinden, wenn wir uns daran im Rahmen unserer Möglichkeiten und im Rahmen unserer Kompetenzen entsprechend beteiligen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

denn ich glaube, insgesamt ist das eine Win-win-Situation, die wir alle erzielen können.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Schwafler und das wissen Sie auch.)

Das müssen wir aufgreifen, das müssen wir forcieren. Und vielleicht gibt es ja über diese Schiene auch die Möglichkeit, diese Themen letztendlich in der EU weiter nach oben auf die Agenda zu bringen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, nach Brüssel muss das!)

dass im Rahmen der künftigen Mittelverwendung der EU-Haushalte auch diese Dinge entsprechend ausgestattet und finanziert werden können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Davon würden wir in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern in nicht unerheblichem Umfang profitieren.

Ich hätte mich hier gerne noch intensiver mit dem Thema befasst, aber Sie haben gesehen, Ausfälle der NPD am Mikrofon machen es manchmal erforderlich, dass man sein Manuskript an die Seite legen und sich um die Dinge kümmern muss, die hier herausposaunt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Was Sie alles aus dem Konzept kommen lässt!)

die von hinten bis vorne getürkt sind und die uns letztendlich nicht weiterführen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4644. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4644 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema "Umsetzung der Beschlüsse vom 24.09.2015 zur Asyl- und Flüchtlingspolitik".

Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema Umsetzung der Beschlüsse vom 24.09.2015 zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 165 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Ministerpräsident des Landes Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten haben wir auf mehreren Flüchtlingsgipfeln zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder wichtige Vereinbarungen getroffen zur Aufnahme von Flüchtlingen, die jetzt umgesetzt werden.

Von dem Flüchtlingsgipfel vom 24. September 2015, um den es bei dieser Aussprache geht, gingen klare Signale aus für eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Bundes an den Lasten. Es gab das Signal für beschleunigte Verfahren, für eine schnellere Rückführung all derer, die keine Bleibeperspektive haben, vor allem aber gab es auch Signale für eine schnellere und bessere Integration derer, die unseren Schutz unbedingt brauchen und die wir bei uns gerne aufnehmen.

All das, was Bund und Länder gemeinsam beschlossen haben, setzen wir im Land jetzt um. Dazu haben wir im Kabinett eine Reihe von Maßnahmen beschlossen und wir haben gemeinsam mit der kommunalen Ebene in einem Spitzengespräch am 23. Oktober weitere konkrete Vereinbarungen getroffen. Die Aufgabe, vor der wir alle gemeinsam stehen, ist klar: Wir müssen die Aufnahme der zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern kommenden Flüchtlinge möglichst gut organisieren, gemeinsam, Land und Kommunen gemeinsam.

Die erste Aufgabe ist nach wie vor, erst einmal dafür zu sorgen, dass die Flüchtlinge, die zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf haben. Täglich kommen nach wie vor 200 bis 250 Flüchtlinge zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern. Viele von ihnen konnten wir bisher nur provisorisch in Notunterkünften unterbringen. Das ist auf Dauer unzumutbar. 300 Flüchtlinge auf Feldbetten in einer Turnhalle, das geht vielleicht für ein paar Tage, aber nicht für länger. Außerdem gebietet auch die Fairness gegenüber den Kommunen, die uns mit solchen Notunterkünften aushelfen, dass wir das nicht zur Dauereinrichtung machen. Unser Ziel ist, alle Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in gut ausgebauten Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Unser Ziel ist, dass wir so viele Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben, dass wir nicht mehr allein schon aus Platznot Flüchtlinge an die Kommunen weiterleiten müssen, ohne vorher die wichtigen Schritte der Erstaufnahme getan zu haben.

Wir haben deshalb entschieden, dass das Land seine Erstaufnahmekapazitäten an den Standorten Horst, Stern

Buchholz und neu, soweit nötig, auch in Basepohl erheblich ausweiten wird auf maximal 4.000 Plätze.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

In jeder Erstaufnahmeeinrichtung soll es für die dort Zugewiesenen ein rasches, gut organisiertes Aufnahmeverfahren geben. Noch sind wir nicht so weit. Wichtig ist aber, dass wir das angestrebte geordnete Verfahren zunächst an einem Standort vollständig durchführen, dass wir es dort aufbauen und erproben und dann Stück für Stück auch in die anderen Erstaufnahmeeinrichtungen bringen.

Exemplarisch für die zukünftige Arbeit ist die neue, wir nennen das, Verwaltungsstrecke in Stern Buchholz. Dort ist auch baulich alles so eingerichtet, dass wir möglichst reibungslos arbeiten können, dass die Arbeit des Landes und des Bundes gut miteinander verzahnt ist. Ziel ist, das, was wir dort exemplarisch machen, demnächst überall, also später in allen Erstaufnahmeeinrichtungen zu tun.

Die Flüchtlinge werden dort innerhalb von wenigen Tagen registriert. Sie bekommen eine erste medizinische Untersuchung, sie werden geimpft und sie stellen ihren Asylantrag. Dieses Verfahren klärt dann möglichst rasch, wer kommt aus einem Land, aus Verhältnissen und Lebensumständen, die eine Schutzgewährung durch uns nahezu sicher erwarten lassen, und wer kommt auf der anderen Seite zum Beispiel aus einem sicheren Herkunftsland, aus einem Land, in dem die Menschen im Regelfall keine Verfolgungsmaßnahmen befürchten müssen. Alle ohne eine Bleibeperspektive hier sollen in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben und werden von dort aus möglichst schnell in ihre Länder zurückgeführt. Das wird die Kommunen spürbar entlasten. Das ist auf der kommunalen Ebene natürlich auf eine sehr positive Reaktion gestoßen.

Diejenigen Flüchtlinge, von denen sicher erscheint, dass wir ihnen hier Schutz gewähren und die bleiben, die werden aus der Erstaufnahmeeinrichtung auf die Kommunen verteilt. Und das, meine Damen und Herren, die Zuweisung an die Kommunen, muss in Zukunft möglichst zielgerichtet geschehen. Im Moment ist aufgrund der großen Zahl an Flüchtlingen ausgeschlossen, dass wir so weit auf jeden einzelnen Flüchtling eingehen, ihn in Gesprächen so weit schon kennenlernen, dass wir zum Beispiel entscheiden können, ist er besser in Rostock aufgehoben oder in Boizenburg.

Unser langfristiges Ziel ist es, auch für alle Fragen der Integration eine vergleichbare Bearbeitungsstrecke aufzubauen, dort Gespräche zu führen, zu Ergebnissen zu kommen, die eine bestmögliche Verteilung der Flüchtlinge garantiert. Integration ist langfristig die wichtigste Herausforderung. Wir müssen denen, die bleiben, einen Platz in unserer Mitte bieten. Das ist ein Prozess, der gar nicht früh genug begonnen werden kann bei denen, die bleiben.

(Udo Pastörs, NPD: Hilft aber auch nicht, wie Frankreich zeigt.)

Wir werden deshalb über das Sozialministerium in den Erstaufnahmeeinrichtungen Integrationsbüros aufbauen.

(Udo Pastörs, NPD: Integrationsbüros!)

Dort soll schon vor der Zuweisung von Asylbewerbern an die Kommunen eng mit der kommunalen Seite, mit den Integrationslotsen vor Ort in den Kreisen und kreisfreien Städten zusammengearbeitet werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass schon vor der Zuweisung an die Kommunen Klarheit darüber herrscht, um welche Menschen handelt es sich, welche Potenziale bringen sie mit, welche Bedarfe haben sie.

Uns allen ist klar, der wichtigste Anknüpfungspunkt für Integration ist Arbeit. Deshalb werden die Integrationsbüros auch von Anfang an eng mit den Bediensteten der Arbeitsagentur zusammenarbeiten, die bereits vor Ort sind und die ganz früh konkret erfassen, welche Ausbildung haben Menschen, haben sie schon einen fertigen Beruf, welche Fähigkeiten und Kenntnisse sind vorhanden. Dann kann früh entschieden werden, wer kann – das wird die geringste Zahl sein – sofort in den Arbeitsmarkt gebracht werden, wer braucht noch welche zusätzlichen Qualifikationen, Schulabschlüsse, Berufsausbildung, zusätzliche Qualifizierungen.

Es geht natürlich in den Integrationsbüros auch darum, zu sagen, wie sind denn die Familienverhältnisse. Wir erfassen die Zahl und das Alter der Kinder, damit wir die Bedürfnisse beim Wohnen, bei Kita, bei Schule berücksichtigen können. Das sind alles wichtige Schritte. Es geht auch darum, sehr frühzeitig zu erfahren, wer von denen, die in Deutschland aller Sicherheit nach Schutz bekommen werden in den nächsten Wochen, will wirklich bei uns im Land bleiben und wer will eigentlich woanders hin, entweder weil er Verwandte dort hat oder vielleicht sogar schon eine Arbeitsmöglichkeit.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Das ist für eine zielgerichtete, gut vorbereitete Zuweisung an die Kommunen entscheidend.

Ich will deutlich sagen: Wenn das nicht passiert, wenn zum Beispiel eine Familie aufgenommen wird in einem Ort, gut aufgenommen wird, gut betreut wird von Ehrenamtlichen

(Udo Pastörs, NPD: Und gut bezahlt!)

und nach zwei Wochen kriegen sie ihre endgültige Anerkennung, ziehen dann nach München zu Verwandten weiter, was sie schon immer vorgehabt haben, dann gibt es Frustration bei allen Beteiligten. Das müssen wir vermeiden. Deshalb also der Aufbau dieser Verwaltungsstrecke zur Vorbereitung schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Integration reden, dann ist uns, glaube ich, klar, die tatsächliche Integrationsarbeit wird in den Kommunen geleistet. Wir müssen sagen, da gibt es seit Wochen, seit Monaten eine großartige Arbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreise und Gemeinden,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oft mit hohen Belastungen, für manche sieben Tage die Woche. Es gibt dazu die unverzichtbare Arbeit der vielen Ehrenamtlichen, die sich unermüdlich engagieren, um die Flüchtlinge gut aufzunehmen bei uns im Land. Ich denke, wir alle sagen herzlichen Dank an alle, die sich so engagieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen aber nicht nur Danke. Auch bei der Integration vor Ort sieht sich das Land in der Pflicht und in der Verantwortung. Unsere Kommunen können diese wichtige Aufgabe nur bewältigen, wenn sie die notwendige finanzielle Unterstützung bekommen. Und deshalb – das kann man, glaube ich, gar nicht oft genug hier sagen – zahlen wir als Land den Unterhalt für jeden einzelnen Flüchtling in voller Höhe, deshalb zahlen wir die Unterkunftskosten für jeden einzelnen Flüchtling in voller Höhe, die Gesundheitsversorgung, die soziale Betreuung durch Fachkräfte – kein einziger Euro, der von den Kommunen aufgebracht werden muss. 3 von 16 Bundesländern machen das, erstatten eins zu eins die Kosten, wir sind eines davon.

Meine Damen und Herren, auf die Kommunen kommen aber über das, was ich gerade aufgezählt habe, was wir ihnen eins zu eins erstatten, hinaus weitere Belastungen hinzu. Eine große Belastung werden die Mehrkosten für Kitas sein.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Wir wollen, dass alle Flüchtlinge ein Kitaplatz in Anspruch nehmen können. Das ist Bildung von Anfang an und das ist Integration von Anfang an. Nirgendwo gelingt unkomplizierte Annäherung zwischen unterschiedlichen Hautfarben, unterschiedlichen Sprachen, unterschiedlichen Kulturen leichter als in der Kita.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Für die Kitas gilt aber auch, genauso wie für Schulen, für Wohnen, für Arbeit: Die wichtigsten Integrationsleistungen für Flüchtlinge dürfen nicht zulasten derer gehen, die schon lange hier leben.

(Udo Pastörs, NPD: Sag bloß!)

Deshalb muss es Kitaplätze für alle geben, für Flüchtlingskinder genauso wie für alle anderen.

(Udo Pastörs, NPD: Nur die anderen müssen bezahlen.)

Das bedeutet Mehrkosten, das bedeutet Mehrkosten fürs Land, aber auch für die Kreise und besonders für die Gemeinden, in denen die Kinder leben und in die Kita gehen.

Ich freue mich sehr, dass Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig in harten Verhandlungen erreicht hat, dass die Mittel, die ursprünglich für das Betreuungsgeld vorgesehen waren, von dem wir alle nicht viel gehalten haben.

(Torsten Renz, CDU: Na, na, nicht für alle sprechen!)

dass die Mittel an die Länder weitergegeben werden, damit sie jetzt für den Kitaausbau eingesetzt werden können und für die Bezahlung der zusätzlichen Kosten.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben Sie aber schnell mit aufgenommen!)

Von den vom Bund gezahlten 6,5 Millionen in 2016, 14,8 Millionen in 2017 und 16,7 Millionen in 2018 wird Mecklenburg-Vorpommern 70 Prozent an die kreisfreien

Städte und Kreise weiterleiten und die Kreise werden von dem Geld, was sie bekommen, 50 Prozent an die Wohnsitzgemeinden abgeben, weil dort natürlich Mehrkosten entstehen.

Meine Damen und Herren, ein zweiter wichtiger Bereich, in dem intensiv an Integration gearbeitet wird, ich glaube, das ist uns allen klar, ist die Schule. Der Bildungsminister hat 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt für Lehrer, aber auch für Erzieherinnen und Erzieher. An 125 Schulen im Land werden seit Beginn des neuen Schuljahres 153 Deutsch-Intensivkurse angeboten. Das ist die wichtigste Voraussetzung für Integration, dass man Deutsch spricht.

(Udo Pastörs, NPD: Dann fangen Sie mal intensiv an, zum Beispiel in Neukölln. Die sind schon 30 Jahre hier und sprechen kein Wort.)

An den beruflichen Schulen wurden Berufsvorbereitungsklassen eingerichtet – aktuell 17 an zehn Standorten –, die junge Menschen in zwei Jahren zur Berufsreife führen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, denn es geht darum, die jungen Menschen vorzubereiten auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Integration an der Schule ist insgesamt eine große Aufgabe. Sie erfordert großen Einsatz aller Beteiligten, aber dieser Einsatz lohnt sich. Bei den jungen Menschen sind die Chancen für eine gelungene Integration besonders gut.

(Udo Pastörs, NPD: Das sieht man in Berlin.)

Dort sind die Chancen besonders gut für positive Begegnungen mit einem anderen Kulturkreis, für lebendige Integration und dafür,

(Udo Pastörs, NPD: Sehr lebendig.)

dass untereinander ein guter Zusammenhalt entsteht. Damit das an unseren Schulen passieren kann, damit wir das erhalten können, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, mit den Eltern, mit den vielen Ehrenamtlichen, dafür hat es auf Anregung des Bildungsministers eine gemeinsame Initiative aller vier Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Fraktionen hier im Landtag gegeben, die dafür gesorgt haben, dass unsere Ehrenamtsstiftung zusätzliche Mittel bekommt,

(Udo Pastörs, NPD: Die jetzt für die Ausländer eingesetzt werden, genau.)

die sie für diese wichtige Aufgabe geben kann an die Schulen, damit – das können wir uns hier alle vorstellen, dass das problematisch sein kann an den einzelnen Schulen – der Zusammenhalt der Eltern, der Lehrer, der Kinder untereinander weiter gestärkt wird.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, mein Dank gilt ganz besonders auch den vielen Lehrerinnen und Lehrern, die sich dieser großen Aufgabe stellen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen mal ein Beispiel geben, wie das aussieht: Bei einem Besuch in der Grundschule Mueßer Berg war ich bei einem Intensiv-Deutschkurs, und da gab es anschließend ein Gespräch mit der Lehrerin und mit Elternvertretern. Dieses Gespräch hat in einem Raum im Keller stattgefunden, der jetzt als Lehrerzimmer genutzt wird, weil das ursprüngliche Lehrerzimmer für den Unterricht gebraucht wird. Ich sage: Das ist ein tolles Engagement. Ich sage aber auch: Klar ist doch, langfristig brauchen wir andere und belastbare Lösungen. Wir brauchen rasch ein Schulbauprogramm

(Udo Pastörs, NPD: Was jetzt alles möglich ist?!)

und zwar eines, das Räume nicht erst in zwei oder drei Jahren zur Verfügung stellt, sondern möglichst sofort: Container, Pavillons, Reaktivierung alter Schulen, alles muss geprüft werden.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Gleiches gilt natürlich im Kitabereich. Deshalb werden den Landkreisen und den kreisfreien Städten bei uns im Land für die Kitas bis 2018 zusätzliche Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes zur Verfügung gestellt, etwa 10,5 Millionen. Das Land legt außerdem noch ein eigenes Kita- und Schulbauprogramm auf, und zwar zusätzlich zu dem, was dafür schon jetzt zur Verfügung steht. Es gibt jeweils 10 Millionen mehr in den nächsten beiden Jahren.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, es ist und bleibt wichtig, dass wir Flüchtlinge, die in ihrer Heimat Krieg, Gewalt, Verfolgung und Terror ausgesetzt sind, hier in Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gut aufnehmen. Ich werbe bei den Menschen im Land dafür, dass wir offen bleiben, dass wir helfen, dass wir Schutz geben. Genauso richtig ist es allerdings auch, dass wir wissen müssen, wer zu uns ins Land kommt. Wir brauchen geordnete Verfahren bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird seinen Beitrag dazu leisten, dazu und ebenso und vor allem zu einer gelungenen Integration. Das ist langfristig die wichtigste Aufgabe. Ich bin sicher, wenn sie gelingt, werden wir alle davon profitieren.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn sie gelingt, ja.)

die Flüchtlinge genauso wie wir in Mecklenburg-Vorpommern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, wir wollen uns heute über die Ergebnisse der Beratung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten am 24. September austauschen. Wir haben eben vom Ministerpräsidenten gehört, welche Maßnahmen hier in Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet wurden.

Erstens, denke ich, geht es um die Frage, wie das Kanzlerin-Wort "Wir schaffen das" auch in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt werden kann, denn dieses Wort von Angela Merkel "Wir schaffen das" war ein Signal an die deutsche Bevölkerung und es war auch ein Signal an die Welt. Wie schaffen wir das? Wie sollen wir das schaffen, haben mich Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gefragt, haben mich Landräte gefragt, haben mich Oberbürgermeister/-innen, Bürgermeister/-innen und andere Menschen gefragt. Wie sollen wir das schaffen, wenn die Bedingungen dafür gar nicht vorhanden sind?

Ich will, Herr Ministerpräsident, noch mal deutlich sagen: Diese Fragen der Integration, der Aufnahme von Flüchtenden und anderen Migrantinnen und Migranten steht nicht erst seit dem Sommer 2015. Wir haben bereits im Dezember 2014 auf die Situation aufmerksam gemacht, dass Menschen in Größenordnungen nach Europa und nach Deutschland kommen werden, bereits vor dem Kanzlerin-Wort "Wir schaffen das". Anträge unserer Fraktion in dieser Frage wurden durch die Koalition abgeschmettert. Aber es bleibt die Frage: Wie sollen wir das schaffen?

In der Tat, am 24. September wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Einige davon wurden hier vorgestellt. Es geht mir aber nicht darum, diese Entscheidungen jetzt im Einzelnen vorzustellen, sondern mir geht es auch darum, darüber zu sprechen, was danach passierte. Dieses Signal vom 24. September war eine Untersetzung eben dieses Wortes von Angela Merkel. Ja, das erwarte ich auch von einer Kanzlerin und von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten.

Was ist aber danach passiert? Die Unsicherheit, die Fragen und auch die Ängste der Bevölkerung haben doch zugenommen. Das hat was damit zu tun, dass Chaos herrscht, Kakofonie, also Missstimmung, und eine fehlende Führung, eine fehlende Ge- und Entschlossenheit der Bundesregierung und auch der Landesregierung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?)

Was hatten wir denn zu beobachten? Aus Bayern haben wir gehört, dass der dortige Ministerpräsident ein neues Grenzregime einführen will, ein eigenes, bayerisches, er will die bayerische Grenzpolizei wieder reaktivieren.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, der hat die Nase voll von eurer Politik.)

Herr de Maizière, der Bundesinnenminister, warf Anfang November die Frage auf, wie es denn mit dem Familiennachzug für Syrerinnen und Syrer sein soll, wenn eine Einzelperson hier ist und die Familie sich nach wie vor in Syrien befindet. Dazu gab es eine heiße Debatte hier in Deutschland, ob es denn überhaupt möglich und richtig sei, eine solche Aussage zu treffen. Er ist dann auch nach meiner Auffassung zurückgepfiffen worden, und zu Recht. Es kann doch nicht angehen, dass Vertreterinnen und Vertreter, Mitglieder einer Familie auf den Weg geschickt werden, eine neue Heimat zu suchen, weil sie um ihr Leben rennen vor Bomben- und vor Kugelhagel

(Udo Pastörs, NPD: Das sind die Wenigsten!)

und die Familien in dieser gleichen Situation verbleiben sollen.

Seien Sie doch jetzt mal ruhig!

(Udo Pastörs, NPD: Nein, bin ich nicht.)

Sie können nachher hier reden.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie pauschal hier Lügen verbreiten, bin ich nicht ruhig.)

Und immer wieder,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach komm, sei doch ruhig! – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unglaublich!)

und immer wieder, meine Damen und Herren, haben mich die Landräte, Bürgermeister und ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte gefragt: Wann gibt es Entscheidungen? Diese Fragen sind nicht erst nach dem 24. und vor dem 24. September gestellt worden, das wissen Sie. Das ist der Fakt, dass auf all diese Fragen, die gestellt wurden, zu wenig Antworten gegeben wurden.

Und was hier das Land betrifft, habe ich das Gefühl, ich habe nicht nur das Gefühl, dass einer allein zu Haus war: Lorenz Caffier. Ja, ich will ausdrücklich Ihre Arbeit hier loben und Ihr Engagement für die Flüchtlinge ausdrücklich unterstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Aber wir alle wissen doch,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es geht um mehrere Wellen, kann man sagen, um mehrere Gruppen von Flüchtenden, die nach Mecklenburg-Vorpommern, nach Deutschland kommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, was kritisieren Sie denn jetzt an der Landesregierung?)

Warten Sie doch mal ab! Ich habe ausreichend Redezeit und die Redezeit will ich auch hier nutzen, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da bin ich ja sehr gespannt.)

In der ersten Welle, in der ersten Gruppe kommen die – von denen hat der Ministerpräsident gesprochen –, die tatsächlich flüchten und hier Schutz suchen. Dazu gibt es ein geregeltes Verfahren. Es war in der ersten Phase, wo viele, sehr, sehr viele hier waren, schwierig, dieses geordnete Verfahren durchzuführen. Aber zu dem Verfahren, von dem Herr Sellering gesprochen hat, gehört auch, dass jeder, der hierherkommt, erst mal angezeigt wird, weil er illegal nach Deutschland eingereist ist. Ich sage Ihnen: Die erste Forderung, die erste Entscheidung, was auch zur Entlastung der Polizei, von Gerichten und anderen Behörden führen würde, ist, wenn wir diese Einwanderung, diesen Zuzug von Flüchtenden entkriminalisieren und den Paragrafen in der Bundesgesetzgebung endlich abschaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist eine Forderung, die übrigens auch aus den Reihen der Polizei kommt.

Um das Kanzlerin-Wort einzulösen, meine Damen und Herren, gibt es zwei Wege. Der erste Weg könnte sein, wie man das aus bestimmten Kreisen hört, Zuwanderung zu begrenzen, die europäischen Grenzen dichtzumachen, Schleusen einzurichten, nur eine bestimmte Anzahl von Menschen nach Europa zu lassen, neue, sichere Herkunftsländer zu bestimmen, insgesamt die Asylpolitik zu verschärfen und mit restriktiven Maßnahmen zu versehen.

Oder es gibt den zweiten Weg – dafür spricht der 24. September, aber nicht nur – mit Maßnahmen finanzieller Art, investiver Art, personeller Art solche Bedingungen zu schaffen, dass in Deutschland, auch in Mecklenburg-Vorpommern, in der Tat das Willkommen geschaffen wird und eine Situation geschaffen wird, dass diejenigen, die kommen, sich willkommen fühlen, und diejenigen, die aufnehmen, wir, die hier leben, auch das Gefühl haben, der Staat tut alles, damit eine Situation entsteht, dass nicht die einen gegen die anderen ausgespielt werden, sondern alle etwas von diesem Prozess haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist genau mein Punkt, wo in den vergangenen Monaten, ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ja, ich komme darauf zurück, Herr Nieszery.

... in den vergangenen Monaten wirklich nachlässig gearbeitet wurde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte?)

Ich bin der Überzeugung, meine Fraktion ist der Überzeugung, dass alle Versuche, den ersten Weg zu gehen, Zuwanderung, Flucht zu begrenzen, scheitern werden. Das genau ist an der Diskussion um Transitzonen, um Einreisezentren deutlich geworden. Wir erinnern uns, dass Herr Seehofer aus Bayern die Transitzonen gefordert hat, faktisch Lager, in denen die Flüchtlinge aufgenommen werden, und dann entschieden wird, wer reingelassen wird und wer wieder abgeschoben wird.

Wir haben aber auf der anderen Seite von der SPD gehört, dass es um Einreisezentren gehen soll. Was das im Einzelnen sein sollte, war in der Öffentlichkeit bekannt. Am Ende ist aus CDU, SPD und CSU herausgekommen, es gibt Registrierzentren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist wie bei der Mehrwertsteuer auch.)

Das ist doch aber eigentlich nur ein Etikettenschwindel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Am Ende sind es fünf Registrierzentren in Deutschland, wie wir vernehmen konnten, in denen die Flüchtenden, die Ausländerinnen und Ausländer, die kommen, einen beschränkten Aufenthaltsradius haben und sich solange in diesem Gebiet aufhalten müssen, bis die entsprechende Entscheidung gefallen ist. Deswegen bin ich der Überzeugung, hier geht es auch um Schleusen nach Deutschland, um zu entscheiden, wer hier reinkommen darf und wer hier nicht reinkommen darf. Wenn wir über Abschiebung reden, meine Damen und Herren, und das soll in diesen Registrierzentren organisiert werden, dann muss man auch darüber sprechen, ob diejenigen, die vor Kugeln und Bomben flüchten, etwas anderes sind als

diejenigen, die vor Hunger und vor Armut flüchten, um hier nach Deutschland zu kommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Das sind zwei grundlegend verschiedene Dinge.)

Das sind für mich keine Unterschiede, ich habe dies hier wiederholt gesagt.

Und wenn wir von dem "subsidiären Schutz" hören – ich weiß gar nicht, wer das im Einzelnen aus der Bevölkerung und von den Gästen weiß, was das bedeutet –, dann habe ich sowohl von Herrn Gabriel als auch von anderen gehört, da reden wir über zwei Prozent derer, die hier nach Deutschland kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Daraus wird eine große Welle in Deutschland gemacht, um zu zeigen, wir haben die Flüchtlingsfrage tatsächlich im Griff.

Wenn man über diese Fragen spricht und sehr deutlich zeigt, dass die Bundesregierung in dieser Frage nicht mit einer Stimme spricht – und was die Landesregierung betrifft, darauf komme ich im Einzelnen noch mal zurück – ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da warte ich jetzt schon die ganze Zeit drauf. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, da kommt nichts weiter dazu.)

Mein Gott noch mal!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber es ist doch schön, er ist gespannt. – Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: So aufgeregt.)

Wir haben hier Redeblock V plus VII oder V plus II,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich würde Ihnen gern zuhören. – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Holter hat, glaube ich, eine Dreiviertelstunde.)

wir haben hier viel Zeit

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, eben.)

und die will ich auch nutzen. Warum denn auch nicht?!

Wenn es um diese Missverständnisse und diese Kakofonie auf Bundesebene geht, bin ich der Überzeugung, das muss auch mal beendet werden, weil es um Geschlossenheit und Entschlossenheit in dieser Frage geht. Ich plädiere ausdrücklich für den zweiten Weg.

Wenn die Bundeskanzlerin beim 25-jährigen Geburtstag der CDU-Fraktion deutlich macht, dass es darum geht, die europäischen Außengrenzen dicht oder sicher zu machen, dann ist es zwar ein schöner Appell, aber ich sehe das noch nicht, weil die Flüchtenden werden nicht fragen, welches Grenzregime existiert, sie werden sich Wege suchen, um den Schutz zu finden, den sie brauchen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Udo Pastörs, NPD: Und sonst mit Gewalt.)

Reden wir also über den zweiten Weg, über den ich gesprochen habe. Natürlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, Einwanderung zu ermöglichen. Ich rede ausdrücklich darüber, dass Einwanderung ermöglicht werden muss.

(Udo Pastörs, NPD: So ein Blödsinn.)

Da gibt es auf der einen Seite die Menschen, die sich in Not befinden, die tatsächlich um ihr Leben rennen. Das ist Kriegsflucht und Asyl. Diese sind willkommen und diese sollen auch in einem geordneten Verfahren ihre Zukunft in Deutschland finden.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist mit den 300 Millionen Hungernden?)

Natürlich gilt für diese wie auch für viele andere -

(Udo Pastörs, NPD: Was ist mit den 300 Millionen Hungernden?)

das ist mein zweiter Punkt –, wie man nach Deutschland kommen kann. Familiennachzug ist nach meiner Auffassung einfach eine logische Kette aus solchen Entwicklungen.

Dann müssen wir auch über legale Zuwanderung reden. Alle Parteien in Deutschland reden darüber, dass wir sechs Millionen Fachkräfte in der nächsten Zeit benötigen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Niemand hat bisher darüber geredet, wie legale Zuwanderung für diese Menschen hier ermöglicht werden soll. Da gibt es wieder zwei Möglichkeiten:

(Udo Pastörs, NPD: Wir hatten doch die Greencard.)

Die einen, die ausschließlich zur Arbeitsaufnahme herkommen wollen, bitte schön, da sage ich auch, die sollen nachweisen, dass sie einen Arbeitsvertrag, einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, und dann sollen sie legal nach Deutschland einwandern.

(Udo Pastörs, NPD: Die wollen aber nicht.)

Die Zweiten, das sind diejenigen, die sich aus freien Stücken, nicht aufgrund von Not und aus Kriegsursachen, entscheiden, ich will nicht mehr in meinem Heimatland leben, sondern ich möchte in Deutschland leben. Bitte schön, sollen sie kommen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Da bin ich aber der Meinung, wir sollen auch legale Einwanderung ermöglichen können.

(Udo Pastörs, NPD: Mein lieber Mann!)

Das kann man auch entsprechend gesetzlich regeln.

(Udo Pastörs, NPD: Lasst die Kindlein zu mir kommen.)

Wenn wir genau über diese verschiedenen Gruppen reden bei den Flüchtenden, die heute zu uns kommen, also die erste Welle, die zweite Welle und die dritte Welle, wie der Städte- und Gemeindetag sagt, also diejenigen der ersten Welle, die hier ankommen und auch in den letzten Monaten in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Notunterkünften zu Hause waren, dann sind das diejenigen, die auf die Kommunen verteilt werden und die in den Wohnungen nach den entsprechenden Gesetzen – sechs Quadratmeter, minimalistische Ausstattung – wohnen werden, vollkommen richtig. Das ist die gesetzliche Vorschrift, die kann man kritisieren, darum geht es mir jetzt auch gar nicht. Das ist die erste Gruppe, die wir aufnehmen.

Dann gibt es die zweite Welle, den Familiennachzug. Das heißt, diese werden genauso über die Verwaltungsstrecke, die Herr Sellering beschrieben hat, hier aufgenommen werden. Gott sei Dank haben sich die Notunterkünfte ein Stück geleert. Zumindest ich bekomme hier jeden Tag die Information vom Innenminister, wie viel Flüchtlinge sich aktuell in Mecklenburg-Vorpommern befinden.

Ja, und dann geht es um die Entscheidung über den Status. Jetzt erhalten die Flüchtenden einen Status. Sie müssen damit automatisch diese Unterkunft – ich rede nicht über die Erstaufnahmeeinrichtung, sondern über die Wohnung mit dieser minimalistischen Ausstattung –, diese Wohnung verlassen, denn mit einem Status werden sie ins SGB II, nach Hartz IV, landläufig genannt, eingestuft. Das heißt, sie haben genau die Möglichkeiten, die jede andere Bürgerin oder jeder andere Bürger in Deutschland hat, der nach dem Sozialgesetzbuch II Leistungen bezieht und eine Wohnung beanspruchen kann, die nach den Kosten der Unterkunftsregeln entsprechend finanziert wird.

Deswegen halte ich die Diskussion, die in Mecklenburg-Vorpommern, vielleicht auch in Deutschland, geführt wird darüber, dass wir Wohnungen, die leer stehen, alle Wohnungen, die leer stehen, für Flüchtende zur Verfügung stellen, für falsch, weil dadurch der Eindruck entsteht, dass, wenn Wohnungen bereitgestellt werden, die für die erste Gruppe zur Verfügung stehen, also diese minimalistische Ausstattung, Bett, Tisch und einen kleinen Spind. Nein, wir müssen auch Wohnungen vorhalten für diejenigen, die dann einen Status haben und nach Hartz IV entsprechend diese Wohnungen nutzen können. Aber wir tun alles ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen aber die Kommunen.)

Genau, das machen die Kommunen, Herr Nieszery, vollkommen richtig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die kriegen ja dafür auch ein bisschen Geld von uns.)

Deswegen, Herr Sellering, ist es richtig, dass man beschreibt, wie viel Geld auch eins zu eins an die Kommunen weitergereicht wird. Das betrifft die erste Gruppe, die noch keinen Status hat.

Die zweite Gruppe, und darüber muss man sich mal im Klaren sein: Der Flüchtende und seine Familie erhalten heute den Status, in Mecklenburg-Vorpommern leben zu können, wenn sie sich denn dafür entscheiden, hierzubleiben. Das andere hat der Ministerpräsident beschrieben, das muss ich nicht wiederholen. Er bekommt jetzt

eine Wohnung, wenn denn am Wohnungsmarkt Wohnungen zur Verfügung stehen.

(Udo Pastörs, NPD: Na klar, damit die Mieten hochgehen für die Deutschen. – Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Und das sieht dann ...

Herr Pastörs, Sie wissen doch auch, dass das in Schwerin ganz anders aussieht als beispielsweise in Rostock. Hier haben wir einen Leerstand

(Udo Pastörs, NPD: Aber in Rostock nicht.)

von über 18 Prozent.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Jeder weiß das. – Martina Tegtmeier, SPD: Der weiß gar nichts. – Peter Ritter, DIE LINKE: Der erzählt nur dummes Zeug.)

Rostock hat de facto, Greifswald und andere Orte haben de facto gar keinen Leerstand. Das heißt also: Gibt es überhaupt am Wohnungsmarkt entsprechende Wohnungen nach den Kriterien, die diesen Menschen angeboten werden können? Aber die Wohnungen sind nicht möbliert und sind nicht ausgestattet.

(Udo Pastörs, NPD: Na ja, gut, das kann man ja auch noch finanzieren.)

Das wird ja auch finanziert, wenn Sie sich in der Sozialgesetzgebung ein Stück auskennen würden. Das Problem besteht bloß darin, dass diese Menschen, die bisher in den anderen Wohnungen, also in der Gruppe eins gewohnt haben, nicht von heute auf morgen in eine andere Wohnung umziehen können, weil sie nämlich Möbel und entsprechendes Inventar für die Wohnung benötigen. Auch das, und das hat Herr Nieszery richtig dazwischengerufen, ist Aufgabe der Kommunen. Selbstverständlich ist das Aufgabe der Kommunen! Diese dürfen aber auch in dieser Frage nicht alleingelassen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir auch nicht.)

Deswegen, Herr Nieszery, will ich Ihnen sagen, diese unsägliche Debatte, die wir hier in diesem Landtag, hier im Plenarsaal und auch in den Ausschüssen geführt haben zu einem Wohnungsbauprogramm, zu einem Modernisierungsprogramm – doch, doch, doch, lieber Norbert –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt reichts!)

ich fand sie unsäglich und ich fand sie auch einfach schlimm.

Wir haben hier einen Antrag gestellt, entsprechend ein Wohnungsneubauprogramm für Sozialwohnungen aufzulegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das passiert jetzt, oder nicht?)

Sie haben das abgelehnt! Wir haben im Ausschuss entsprechende Anträge gestellt, (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wird sozialer Wohnungsbau finanziert in diesem Land, ja oder nein?)

Sie haben das abgelehnt unter dem Motto: Herr Holter, LINKE, warten Sie mal, warten Sie mal ab, wir kommen noch!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mann, Mann, Mann!)

Sie sind ja jetzt auch gekommen, am Dienstag haben Sie Entscheidungen getroffen,

(Heinz Müller, SPD: Na also! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja!)

aber Ihre Entscheidungen sind viel zu spät getroffen worden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die WGS in Schwerin hat bereits 1,2 Millionen Euro in Wohnungen investiert, damit Flüchtlinge aufgenommen werden können. Das Geld wird die WGS nie wiederbekommen! Das Geld wird sie nie wiederbekommen, weil Sie die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen haben! Und ich warte jetzt, das hat Herr Glawe mir ja erzählt, dass dieses Jahr die Finanzministerin die 1,5 Millionen Euro freigibt, dass dieses Jahr noch für die 500 Wohnungen Landeszuschüsse entsprechend ausgereicht werden können

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, werden sie ja auch.)

Das ist meine Kritik an der Landespolitik.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe eine zweite Kritik, Herr Nieszery, die betrifft die Kommunikation. Der Ministerpräsident ist ganz sachte und geschmeidig, wie wir gestern Abend beim ver.di-Empfang gelernt haben, darauf eingegangen. Wie oft haben sich denn die Bürgermeister und die Landrätinnen und Landräte darüber beschwert, dass sie nicht wussten, wie viele Flüchtlinge kommen, dass urplötzlich nachts Autobusse, Omnibusse mit Flüchtlingen vor dem Rathaus oder anderswo standen, um untergebracht zu werden, ohne dass man wusste, wie viele es sind, und all diese Fragen.

(Manfred Dachner, SPD: Alte Kamellen!)

Also die Kommunikation war und ist wichtig, die Kommunikation muss verbessert werden. Ja, wir brauchen, das war eine Forderung, die wir auch immer aufgemacht haben, mehr Erstaufnahmeeinrichtungen, selbstverständlich. Und über die Vereinfachung der Registratur, was Doppel- und Mehrarbeit betrifft, habe ich schon gesprochen.

In der Vergangenheit gab es Konjunkturpakete und Rettungsschirme, als wir in einer Krisensituation waren. Banken wurden sehr schnell gerettet.

(Manfred Dachner, SPD: Das haben Sie doch auch schon hundertmal erzählt!)

Als die Kommunen gerufen haben, wer hilft uns bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir ja.)

hat es Monate gedauert, bis die entsprechende Entscheidung getroffen wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist gar nicht wahr.)

Dann will ich mal die Geschichte erzählen, wenn es darum geht, eine flächendeckende stationäre, ambulante Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das machen wir von Polen aus.)

Natürlich, wir haben ja eben über den Ostseeparlamentarierbericht gesprochen und auch abgestimmt. War es nicht so, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was denn?)

dass meine Fraktion im September einen Antrag gestellt hat, erneut gestellt hat, eine Gesundheitskarte in Mecklenburg-Vorpommern

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ah ja! Och!)

für Ausländerinnen und Ausländer, für Flüchtende zu stellen?

Sie waren auch dabei, Sie können ja dann noch reden. Ich rede jetzt für meine Fraktion.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das meinte ich jetzt nicht.)

War es nicht so, war es nicht Herr Barlen, der für Ihre Fraktion diese Gesundheitskarte mit wehenden Fahnen und lauten Worten abgelehnt hat?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er mit Sicherheit nicht mit wehenden Fahnen gemacht!)

War es nicht Herr Barlen, der sich nach dem 24. September gefreut hat, dass die Gesundheitskarte nun endlich auf Landesebene eingeführt werden kann?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir alle haben uns gefreut. Wir alle haben uns gefreut, dass die Karte kommt. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das war immer die CDU, Herr Holter! Das war immer die CDU!)

Welch ein Hohn! Welche Politik machen Sie denn, meine Damen und Herren?!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unter Ihrer Würde, was Sie da behaupten. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ob die CDU das aufgehalten hat, das muss die Koalition unter sich klären.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich weiß nur, dass aus den Reihen der SPD eine klare Ablehnung zu unserem Antrag kam.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist unter Ihrer Würde, was Sie da von sich geben, unter Ihrer Würde, Herr Holter!)

Das ist nicht unter meiner Würde, das ist nur die Wahrheit

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch, das ist unter Ihrer Würde!)

Das sind die Tatsachen, über die man hier auch mal reden muss!

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie haben doch gefordert, ich soll reden, wo meine Kritiken sind, und die Kritiken, die müssen Sie jetzt auch aushalten.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie können das besser. – Peter Ritter, DIE LINKE: Solche Kommentare kommen nur, wenn du genau richtigliegst.)

Und wenn es darum geht, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern, ja, da haben Sie recht, da will ich Ihnen einfach mal was vorlesen. Vielleicht waren ja einige von der SPD aus Mecklenburg-Vorpommern am 11. Oktober in Mainz. Ihr Bundesvorsitzender Herr Gabriel, Sigmar Gabriel, hatte eine Rede gehalten auf diesem Zukunftskongress und ich will mal einige Passagen vortragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: C wie Zukunft.)

Zitat: "Seit mehr als einem Jahr haben wir vor dem finanziellen Kollaps der Kommunen und Länder gewarnt, der eine gelingende Integration unmöglich macht. Seit mehr als einem Jahr haben wir vor dem Chaos von hunderttausenden unbearbeiteter Asylanträge gewarnt." Wie oft hat meine Fraktion gewarnt vor dem finanziellen Kollaps der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und, sind die kollabiert?)

Wie oft haben wir hier Anträge gestellt, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind die denn jetzt kollabiert, oder was?)

ich kann das gar nicht alles im Einzelnen aufzählen –, nicht zuletzt jetzt wieder in der Debatte über den Doppelhaushalt? Wie oft haben die Kommunen hier gefordert, dass die Finanzausstattung verbessert werden soll?

Nun will ich noch eine zweite Passage vorlesen, ebenfalls Sigmar Gabriel am 11. Oktober in Mainz. Er sagte: "Und noch etwas: Ich sage der CDU, und das auch im Bund: Macht Euch doch nichts vor! Ihr habt gedacht, die demografische Kurve würde uns eine Sparrendite bei

den Ausgaben für Schulen bringen. Nein, wir müssen umdenken." Das sagt Sigmar Gabriel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, richtig. Guter Mann, der Herr Gabriel. – Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Heiterkeit bei der Fraktion der SPD.)

Und weiter sagt er: "Natürlich kosten mehr Kinder für neue Kitas, neue Schulen, mehr Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrer mehr Geld. Aber noch mehr Geld kosten uns keine Kinder! Der Staat muss weit mehr Geld für Bildung ausgeben. Ich sage: der Staat. Und das heißt: Die Länder mit dem Bund gemeinsam." Ende des Zitats von Sigmar Gabriel.

(Vincent Kokert, CDU: Na, da soll er mal anfangen! Da soll er mal kräftig anfangen, der Sigmar!)

Da sage ich, irgendwo habe ich hier ein Déjà-vu, irgendwo sind solche Reden von Frau Oldenburg, von Frau Bernhardt, von Frau Rösler und von mir hier gehalten worden in der Frage, wir brauchen mehr Geld für Bildung, wir brauchen mehr Geld für Kitas,

(Vincent Kokert, CDU: Die hat Sigmar Gabriel bestimmt alle gelesen.)

wir brauchen mehr Geld für Kommunen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Manfred Dachner, SPD: Das wurde nicht gemacht, ne?!)

Das sind doch die Fragen, die auch ohne die Flüchtlinge gestanden hätten.

Da bitte ich einfach, nehmen Sie dieses Protokoll, diese Rede von Herrn Gabriel mal zur Hand und schauen sich an, was Ihr Bundesvorsitzender nicht nur der CDU im Bund, sondern auch Ihnen als Mitglieder dieser Partei ins Stammbuch geschrieben hat.

(Vincent Kokert, CDU: Wieso denn CDU? Ist der schon in der CDU jetzt, der Herr Gabriel?!)

Nein, er hat sich ja mit der Rede an Sie gewandt, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Das interessiert mich so wie die Kuh, wenn es blitzt. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wie Eckhardt Rehberg, ne?)

Ich kann nur sagen, die Kommunen haben rechtzeitig den Handlungsbedarf erkannt.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir haben diesen Handlungsbedarf auch erkannt. Wir haben diesen Handlungsbedarf hier immer wieder thematisiert. Wir haben Anträge gestellt, die wurden abgelehnt. Peter Ritter hat für uns immer wieder gefordert, wir brauchen endlich das Integrationskonzept. Wo ist das Integrationskonzept für Mecklenburg-Vorpommern?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Seit 2012 haben Hikmat Al-Sabty und viele andere von uns gefordert, wir brauchen den Dolmetscherpool.

(Torsten Renz, CDU: Nun haben Sie ja langsam alle aus Ihrer Fraktion aufgezählt.)

Jetzt ist die Entscheidung gefallen, eine Sprachmittlerzentrale einzurichten und finanziell auszustatten.

(allgemeine Unruhe)

Mit euch gemeinsam, natürlich.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darum geht es ja gar nicht.)

Wir haben immer wieder, wie oft haben Frau Bernhardt und andere über die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge,

> (Vincent Kokert, CDU: Hach! Das ist ja eine riesengroße Rede! – Torsten Renz, CDU: Herr Foerster, der hat sich auch ständig geäußert.)

jetzt unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer gesprochen, dass es da notwendig ist zu handeln?

> (Vincent Kokert, CDU: Sigmar Gabriel steht in einer Reihe mit den Abgeordneten Ritter und Bernhardt.)

Jetzt sind die Entscheidungen gefallen, aber diese gab es bereits vor dem 24. September und der Landkreis Ludwigslust-Parchim war doch da schon überfordert, sich genau mit dieser Personengruppe, mit diesen jungen Leuten auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, und das muss man doch hier auch mal sagen dürfen!

Deswegen, wenn Sie über diese Fragen sprechen und wenn es darum geht, Integration zu ermöglichen, dann muss man natürlich die Kette zu Ende denken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na Gott sei Dank haben wir die LINKEN hier!)

Was ist denn nun mit dem Schullastenausgleich? Was ist denn nun mit den Unterrichtsmaterialien, die bereitgestellt werden müssen, wenn die Kinder in die Schule gehen?

Ja, es ist richtig, Herr Ministerpräsident, das ist auch eine Forderung von uns. Wir brauchen Investitionen in neue Kitaplätze, neue Schulplätze, aber eben nicht erst in zwei Jahren, da bin ich bei Ihnen. Jetzt bin ich mal gespannt: Wie wird das denn ganz konkret in den nächsten Monaten entschieden, dass auch zügig solche Investitionen realisiert werden?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Torsten Renz, CDU: Wie wäre denn Ihr Plan in dem Fall?)

Wie bitte?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Mein Plan ist doch ganz klar. Da nehme ich das Beispiel, den will ich auch loben, das Beispiel von Bildungsminister, ...

(Vincent Kokert, CDU: Auch?! Auch?!)

Doch. Ja.

... von Bildungsminister Brodkorb, also den Fakt hat der Ministerpräsident erwähnt: Er sagt, ich weiß, es gibt Schulträgervereine und andere Vereine, die sich um die Integration kümmern. Ich habe 100.000 Euro und diese will ich unkompliziert und schnell vor Ort bringen. Nun kann man sich über die Größenordnung noch streiten, aber er hat gesagt, 100.000 Euro stellt er zur Verfügung. Da wurde ich angerufen, andere auch, das wurde ja genannt – Herr Suhr, Herr Kokert und Herr Nieszery –: Seid ihr bereit, dass diese Gelder über die Ehrenamtsstiftung unkompliziert an die Stellen gebracht werden, wo das Geld hingehört? Das, meine ich, ist Entschlossenheit, zu sagen, ich entscheide hier unbürokratisch und will schnell das Geld dorthin bringen, wo es gebraucht wird. So hätte ich mir das vorgestellt.

(Torsten Renz, CDU: Aber jetzt mal konkret! Investitionen in Kitas, wie wollen Sie die so schnell bauen? Wie ist Ihr Plan?)

Es geht doch überhaupt erst mal darum ...

Wissen Sie, Herr Renz, wie man die schnell baut, das sagen Ihnen Bauleute, das kann ich Ihnen auch sagen. Das Entscheidende ist, dass die Kommunen zu der Zeit nicht in der Lage waren – bis zur Entscheidung der Programme, die der Ministerpräsident gerade vorgestellt hat –, überhaupt über den Neubau von Kitas nachzudenken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Jetzt können sie darüber nachdenken und ich sage Ihnen, die Entscheidungen sind zu spät gefallen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

weil bereits Anfang des Jahres klar war, wir brauchen mehr Kitaplätze und wir brauchen auch ohne die Flüchtlingskinder mehr Kitaplätze.

Meine Damen und Herren, die Frage – ich will noch mal zu der europäischen Ebene zurückkommen – ist natürlich auch: Wie soll es denn auf europäischer Ebene weitergehen? Ja, da brauchen wir selbstverständlich, das habe ich hier mehrfach gesagt, die Solidarität Europas. Wenn die Länder nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen, hat meine Partei vorgeschlagen, dass es dann in Europa eine Fluchtumlage geben soll, erstens, weil es sich um eine europäische Gemeinschaftsaufgabe handelt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und zweitens sind wir der Überzeugung, dass die Flüchtenden das Recht haben sollen, selbst zu entscheiden, in welchem europäischen Land sie leben und sich niederlassen wollen. Das setzt voraus, dass diese finanziellen Lasten dann auch solidarisch in Europa umverteilt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit?)

Ebenso hat das damit zu tun, dass die Bedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen in Nord-, Süd- und Osteuropa eben nicht überall gleich sind. Deswegen ist es notwendig, genau diesen Prozess anzugehen. Und weil ich das angesprochen hatte mit den sicheren Herkunftsländern, will ich Ihnen auch sagen, Albanien, Kosovo und Montenegro, diese Länder werden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, aber Sie wissen doch alle, genauso wie ich, dass die Roma und Sinti in diesen Ländern diskriminiert werden. Wollen Sie Roma und Sinti in diese Länder zurückschicken?

(Michael Andrejewski, NPD: Allerdings.)

Das ist mit meinem Gewissen und meiner Überzeugung nicht vereinbar

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch nicht mit den Auffassungen meiner Fraktion. Deswegen bin ich der Überzeugung, wenn es um eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik geht, muss man auch diese Fragen beantworten. Und wenn es um die Abschiebungen geht, dann geht es auf der einen Seite um diejenigen, die hierherkommen wollen, aber es geht auch um diejenigen, die schon seit Jahren hier leben. Was passiert denn jetzt? Es werden jetzt wiederum Familien abgeschoben, die seit Jahren hier leben, wo die Kinder bereits in Deutschland geboren sind und die Kultur des Herkunftslandes ihrer Eltern gar nicht kennen oder nur sehr wenig kennen.

(Michael Andrejewski, NPD: Soll das heißen, dass die Eltern keine Kultur haben?)

Ich sage mir, das hat mit einem humanistischen und auch mit einem christlichen Menschenverständnis gar nichts zu tun. Deswegen muss hier im Einzelnen darüber gesprochen werden, deswegen ist diese Sache hochkomplex.

Es geht um Maßnahmen, die im Lande durchgeführt werden, es geht um Maßnahmen, die auch auf europäischer und auf Bundesebene umgesetzt werden. Deswegen bin ich der Überzeugung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben alles richtig gemacht, nur zu spät. Wenn das die Kritik ist, dann kann ich damit leben. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie können uns ...

Was habt ihr jetzt?

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben gesagt, alles richtig, nur zu spät. Wenn das die Kritik ist, können wir damit leben. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben erkannt, dass sie zu spät gekommen sind.)

Ja, ich kann bloß sagen, vorne ist, wo DIE LINKE steht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Au! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Es ist gut, wenn Sie sich selber Mut machen, Herr Holter.)

Nein, ich muss mir nicht Mut machen. Wie Sie merken, bin ich da sehr leidenschaftlich und hoch engagiert.

(allgemeine Heiterkeit und Unruhe – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Torsten Renz, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Es geht bloß darum, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, dass Sie die Signale,

(Heinz Müller, SPD: Völker, hört selbige!)

das, was wir aus dem Leben in Mecklenburg-Vorpommern als Anträge hier einbringen, ob im Parlament oder in den Ausschüssen, dass Sie das nicht abtun und vom Tisch wischen.

(Vincent Kokert, CDU: Haben wir doch nicht.)

Herr Kokert, ich habe das gerade die ganze Zeit erzählt. Na selbstverständlich!

(Vincent Kokert, CDU: Nein, wir beschäftigen uns mit allen Anträgen sehr intensiv.)

Ja, das merke ich.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr intensiv, Herr Holter! Sehr intensiv!)

Ich habe Ihnen das gerade vorgeführt.

Ich möchte, was ich gestern gesagt habe, dass wir nicht nur verbal und in Losungen den Schulterschluss beweisen, sondern auch in der Sache zusammenarbeiten. Da bedarf es nicht nur Informationen, sondern da bedarf es auch einer Einbeziehung der demokratischen Opposition in die Entscheidungen, die im Lande getroffen werden. Deswegen meine ich, wenn der 24. September Ausgangspunkt für unsere heutige Debatte war, dann haben wir viel zu tun. Wir haben erstens Haltung zu erzeugen, wir haben als Demokraten und Demokratinnen um diejenigen in Mecklenburg-Vorpommern zu kämpfen, die unentschieden sind, ob sie nun eine Willkommenskultur wollen oder ob sie Flüchtlinge ablehnen. Ich meine, das wird sich darüber ausdrücken, wie wir gemeinsam auf Landesebene und auf kommunaler Ebene handeln und eine tatsächliche Willkommenskultur schaffen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

> (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das war eine wahre Rede, Herr Dachner.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Frau Gajek, jetzt nicht ausreißen!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Holter, ich bin eben ein kleines bisschen ins Schleudern geraten

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das wundert uns gar nicht.)

vor dem Hintergrund des Lobes an den Schlüsselminister und der gleichzeitigen Aussage, wir machten alles verkehrt.

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also das war schon bravourös, wie Sie da die Kurve gekriegt haben, nicht schlecht. Was mir nicht gefällt, lieber Kollege Holter, ist,

(Manfred Dachner, SPD: "Lieber" kann man wohl auch weglassen, unter diesen Bedingungen.)

dass Sie sich, ...

Doch, das gehört unter diesen Bedingungen auch immer noch zur Höflichkeit.

... dass Sie sich einfach ein paar Sachen rauspicken,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

diese Sachen aus dem Kontext reißen und versuchen, damit die Politik der Linksfraktion zu untermauern: Das haben wir alles schon so gesagt, das haben wir alles schon so getan.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war ja auch die Wahrheit.)

Sie haben Sigmar Gabriel zitiert und, Herr Holter, was Sie vergessen haben zu erwähnen, ist,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dass Sigmar Gabriel nicht für Mecklenburg-Vorpommern gesprochen hat, sondern für die Bundesrepublik Deutschland.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und wir gehören nicht dazu, oder was?)

und dass es in Deutschland sehr wohl Länder gibt, die alleingelassen werden von ihren Regierungen, wo es an vielen Ecken und Kanten klemmt. Aber Sie haben bei der Gelegenheit eben nicht das unterstrichen, was der MP bereits gesagt hatte, dass wir trotz der schweren Zeiten nach wie vor eine 100-Prozent-Ausstattung für unsere Kommunen gewähren und wir sie nicht im Regen stehen lassen werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben wir mehrfach gewürdigt. – Vincent Kokert, CDU: Heute nicht.)

Das hätten Sie vielleicht an der Stelle noch mal unterstreichen sollen.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Und wenn Sie dann solche Themen wie Dolmetscherpool und Gesundheitskarte rauspicken, dann sollten Sie auch einfach den Kontext bringen. Warum haben wir die Gesundheitskarte abgelehnt? Weil sie zu dem Zeitpunkt, als Sie diese Forderung aufgemacht haben, hier im Land ganz einfach zu wesentlich höheren Kosten geführt hätte, als das heute der Fall ist.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war aber nicht das Argument.)

Aber heute, vor dem Hintergrund des Flüchtlingszustromes, schlägt das Pendel eben in eine andere Richtung aus. Nennen Sie doch einfach mal das Kind beim Namen! Und wenn Sie bei der Kommunikation sind, dann sollten Sie Ross und Reiter nennen. Sie sollten sagen, worum es bei der Kommunikation geht und wo es bei der Kommunikation klemmt. Wenn es solche Forderungen der Landräte und Bürgermeister sind, die zum Beispiel Hinweise auf die Religion der Asylbewerber haben wollen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

damit sie religionsgerecht untergebracht werden können, dann wissen Sie selber, dass das der deutsche Datenschutz verbietet. Bitte stellen Sie einfach in dieser Situation auch etwas Sachlichkeit in den Vordergrund!

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich finde es richtig und ich finde es auch wichtig, dass wir uns regelmäßig mit diesem Thema "Flüchtlings- und Asylpolitik" auseinandersetzen und, Herr Holter, dass wir sehr wohl auch immer wieder unsere Position überprüfen. Daraus mache ich auch überhaupt keinen Hehl.

Ich denke, wenn wir heute über die Beschlüsse des 24.09. reden, dann ist es allemal auch angezeigt, den 05.11. in diese Überlegungen einzubeziehen, schon alleine deshalb, weil gestern der Gesetzentwurf für eine neue Asylrechtsänderung zur Stellungnahme an die Länder gegangen ist. Ich will nur ganz kurz daran erinnern, dort geht es auch um die Lastenteilung in Europa, um Frontex, um die Unterstützung der Türkei, um Medienarbeit in Afghanistan und um die Integration. Bei der Vielzahl der Gipfel auf Landes- und Bundesebene und ihren weitreichenden Inhalten drängt sich meines Erachtens für mich regelmäßiges Innehalten und regelmäßige Reflexion des Gesagten und des Getanen, Herr Holter – denn wir tun etwas –, auf.

Die Beschlüsse des 24.09. haben und die Beschlüsse des 05.11. werden dem Bund und den Ländern eine Vielzahl von Möglichkeiten geben, den Flüchtlingszustrom zu organisieren und zu strukturieren, um letztendlich den Übergang vom Krisenmodus zum normalen Modus zu ermöglichen. Bei den bisherigen Flüchtlingspaketen reicht die Palette von der Beschleunigung der Asylverfahren über die Beseitigung von Fehlanreizen bis zu vielfältigen Möglichkeiten der Integration in unsere Gesellschaft.

Ich habe ganz bewusst den Bogen von der einen Seite der Medaille zur anderen gespannt. Auf der einen Seite stehen rechtsstaatliche Regularien und die Einhaltung und Umsetzung unserer Gesetzlichkeiten, die auch das Versagen des Aufenthaltes mit der letzten Konsequenz der Abschiebung beinhalten. Auf der anderen Seite stehen aber auch klare Aussagen zur Integration. Dazu gehören unter anderem die Einführung der Gesundheitskarte, die Öffnung von Integrationskursen oder die Ausweitung des Bestands der Sozialwohnungen. Da hätte

durchaus auch das 4-mal-500-Millionen-Paket der Bundesregierung, das übrigens die volle Zustimmung des Städte- und Gemeindetages in Deutschland gefunden hat, an dieser Stelle von Ihnen erwähnt werden dürfen.

Aber die Vielzahl der Maßnahmen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eben nur erste Schritte – erste Schritte – in die richtige Richtung sind. Sowohl die Reduzierung des Flüchtlingsstroms, dessen Organisation und letztlich die Integration werden erhebliche Zeit in Anspruch nehmen und haben heute schon Prozesscharakter. Es gibt keine einfachen und es gibt keine kurzfristigen Lösungen für die gegenwärtige Krise. Wer das erzählt, haut den Menschen nur die Taschen voll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Lösungen müssen sich direkt proportional zu den Ursachen der Migrationsbewegung auf der Welt verhalten. So vielfältig wie die Ursachen jeglicher menschlicher Bewegung sind, so vielfältig werden auch die Lösungsansätze sein müssen. Wer beispielsweise glaubt, dass das Wort von Angela Merkel Hunderttausende Menschen in Bewegung setzte – der Eindruck wird ja gelegentlich erzeugt –, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Solche Aussagen sind schlichtweg Unsinn

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist wahr.)

und resultieren häufig aus Unkenntnis. Ich habe in der Türkei, im Libanon,

(Stefan Köster, NPD: Sie versuchen jetzt nur, die Bundespolitik zu retten.)

aber auch in Flüchtlingsunterkünften in Mecklenburg-Vorpommern feststellen dürfen, dass Flüchtlinge häufig hervorragend informiert sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, eben! Auch über das, was die Kanzlerin gesagt hat.)

Dort liegt auch eines unserer Hauptprobleme. Wir reden bei jeder sich bietenden Gelegenheit über Globalisierung, internationale Vernetzung und blenden dabei gedanklich große Regionen dieser Welt aus. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist aber ein Trugschluss. Auch Flüchtlinge im Libanon, in der Türkei oder wo auch immer in der Welt sind häufig mittels Internet oder elektronischer Medien hervorragend über das Weltgeschehen informiert. Das war übrigens auch so auf der Bekaa-Hochebene im Libanon, dort, wo wir eigentlich die ärmsten Flüchtlingslager angetroffen haben. Das waren einfache Stoffzelte, aus Folien, aus Teppichen zusammengebaut, aber auch dort waren regelmäßig Satellitenschüsseln zu sehen. Natürlich, das ist doch normal, dass die Menschen aus ihrer Heimat Informationen haben wollen, und ein Satellit überträgt eben nicht nur Informationen aus der Heimat, sondern auch aus der Welt.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ach?!)

So darf es dann auch niemanden verwundern, dass beispielsweise das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Runde in der arabischen Welt machte. Aber ich sage es deutlich, die Reduktion der Fluchtursachen weltweit aus rein materiellen Interessen ist populistisch, einseitig und falsch. Noch immer sind unsinnige Kriege der Hauptfluchtgrund. Um den Zustrom syrischer Kriegsflüchtlinge nach Europa zu begrenzen, muss letztendlich der Krieg in Syrien beendet werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Das hört sich einfach an, wird aber unendlich schwer, denn es geht nicht nur um unterschiedliche syrische Interessen. Es gibt in diesem Konflikt viele Mitspieler aus der Region oder des internationalen Terrorismus und, was eben nicht vergessen werden darf, es gibt auch noch Interessenlagen der Großmächte. Dass Deutschland in diesem Prozess eine Schlüsselrolle zukommen wird, ist unstrittig. Eines gilt allerdings heute auch schon als sicher: Es wird eine Sisyphusarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder fand am 24.09. statt. An dem Tag hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern 11.266 registrierte Flüchtlinge per 1. Januar. Jetzt sind es 7.000 Menschen mehr. Ich habe gerade in die Statistik geguckt, wir liegen jetzt bei knapp 19.000 seit dem 1. Januar. Daran kann man erkennen, dass diese Thematik nach wie vor eine Dynamik entwickelt. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir wieder zu geordneten Verfahren zurückkehren. Die Vereinbarungen vom 24.09. und auch die vom 05.11. sind dafür überaus wichtig, aber wir dürfen uns nichts vormachen, allein diese Vereinbarungen und das gegenseitige Auf-die-Schulter-Klopfen werden für die Bevölkerung und für die Flüchtlinge keine zufriedenstellende Lösung darstellen.

Wir brauchen unser Licht allerdings auch nicht unter den Scheffel zu stellen. Ich habe es gesagt, nach wie vor gehört Mecklenburg-Vorpommern zu den drei Bundesländern in Deutschland, die ihre Kommunen nicht im Regen stehen lassen und 100 Prozent von deren Aufwendungen tragen, selbst dort, wo das Land es nicht machen müsste. Ich nenne nur das Beispiel Rostock und die Flüchtlinge, die weiterreisen wollen nach Skandinavien und somit nicht unter das Asylrecht fallen. Damit hat zwar der eine oder andere Landrat oder Bürgermeister sein Problem, weil es schlussendlich 110 Prozent mehr sind, aber niemand dürfte sich eine Rückkehr zu den Verfahren der uns umgebenden Bundesländer wünschen. Ich darf daran erinnern, dort erfolgt eine Lastenteilung im Bereich 60/40, 70/30. Das, denke ich mal, wird hier in diesem Land keiner verantworten wollen.

Ich hebe diesen Aspekt ganz bewusst hervor, weil in der öffentlichen Diskussion, Sie haben es vorhin mitbekommen, häufig der Eindruck erweckt wird, wir ließen unsere Kommunen mit den Problemen allein. Das entspricht aber definitiv nicht der Realität und resultiert vermutlich aus der unkritischen Übernahme von Informationen aus anderen Bundesländern.

Bei meiner positiven Bilanz will ich aber auch unseren Innenminister nicht vergessen. Sein Krisenmanagement sucht in vielen Bereichen seinesgleichen und setzt da auch Maßstäbe für andere Bundesländer. Und, Helmut Holter, darüber habe ich mich sehr gefreut, dass Sie ihm wenigstens in dieser Beziehung Respekt und Anerkennung bezeugt haben, auch das zeugt von Stil.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Hört, hört!)

Umso mehr bedauere ich es, ...

Ja, das muss ja legitim sein. Man darf auch loben, man darf nicht nur kritisieren, Torsten Koplin.

... umso mehr bedauere ich es, dass überall in der Gesellschaft ein Mehrbedarf, ...

Ach, Frau Gajek ist auch wieder da.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was heißt das jetzt? – allgemeine Heiterkeit)

dass überall in der Gesellschaft ein Mehrbedarf gesehen, die Polizei aber regelmäßig ausgeblendet wird. Die Landespolizei stößt schon seit Jahren an ihre Belastungsgrenzen, hat diese zwischenzeitlich, bedingt durch die Flüchtlingskrise, überschritten, und was durch die Terrorismusbekämpfung noch zu erwarten steht, vermag selbst ich heute nicht zu prognostizieren. Ich gehe zwar davon aus, dass es zeitnah Nachverhandlungen zugunsten der Polizei geben wird, aber dessen ungeachtet möchte ich das heute auch nicht unerwähnt lassen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass Pensionäre nur eine temporäre Lösung sein können. Sie können vielleicht mal für sechs oder zwölf Monate zum Einsatz kommen. Letztendlich geht es um normale, für die Alltagsorganisation funktionierende Strukturen. Ich will an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass dies natürlich auch für andere Ressorts gilt. Es geht nicht nur um die Polizei, sondern es geht einfach darum, dass auch andere Bereiche dieses Landes zukünftig mit dem Problem umgehen können, und da ist eine BAO, also eine Besondere Aufbauorganisation, die in einem Krisenmodus läuft, nicht die Lösung. Wir müssen also hier auch die Verfahren, die Strukturen verstetigen. – Schade, jetzt ist die Finanzministerin nicht da.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Lorenz Caffier hat große Fußabdrücke hinterlassen. Jetzt schlägt die Stunde der Integration. Jetzt wird unsere Integrationsministerin zeigen müssen, was ihr Ministerium zu leisten vermag und, liebe Frau Gajek, dabei wird die sprachliche Integration das kleine, das kleinste, das allerkleinste zu backende Brötchen sein.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum sprechen Sie mich jetzt die ganze Zeit an?)

Sie wurden vorhin auch angesprochen, ich halte mich da nur an die Regel.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wir dürfen hier jeden von uns ansprechen.)

Unser Innenminister musste schnell und kurzfristig Lösungen finden. Unsere Integrationsministerin muss langfristige Strategien und Lösungen erarbeiten.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Während wir jetzt die ersten Hürden der Integration für Flüchtlinge nehmen, während wir das tun, strömen quasi immer wieder Menschen nach. Deshalb müssen wir, wie der Ministerpräsident gestern und auch heute feststellte, den Flüchtlingsstrom reduzieren und den Flüchtlingsstrom organisieren. Die Lösung für eine Begrenzung des Zustroms finden wir nicht, wie bereits festgestellt, in einer einzigen Maßnahme. Es ist ein Bündel verschiedenster Maßnahmen auf verschiedensten Ebenen. Dazu gehören

auch die Anwendung von Dublin III oder die Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge. Aber ich könnte mir auch ein Einwanderungsgesetz vorstellen, das nach dem Asylnach dem Grundgesetz, der Menschenrechts- oder der Genfer Flüchtlingskonvention das Interesse des Staates an geeigneten Fachkräften artikuliert.

(allgemeine Unruhe)

Das, Helmut Holter, war ja vorhin eine Ihrer Forderungen, dass der Staat auch Rahmenbedingungen dafür schafft, wie sollen Fachkräfte nach Deutschland kommen, wie sollen sie angeworben werden. Also lassen Sie uns möglicherweise auch in diese Richtung einmal diskutieren.

Ich sage es auch noch mal: Ich habe diese Diskussion "Subsidiärer Schutz zwei Prozent", ich habe diese Diskussion mitverfolgt. Aber man muss die Kirche im Dorf lassen. Ich sagte vorhin, wir werden eine Vielzahl von Lösungen suchen müssen, wir müssen eine Vielzahl von Schritten gehen, um letztendlich zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Wenn Sie zwei Prozent auf die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland einfach hochrechnen, dann kommen Sie schon auf eine Größenordnung, die sehr wohl volkswirtschaftlich etwas beeinflussen kann. Ich denke, andere Maßnahmen werden ähnliche Ergebnisse bringen. Am Schluss steht ein vernünftiges Modell. Da habe ich Vertrauen und davon gehe ich ganz einfach aus.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir dann schon bei der Arbeitskräftediskussion angekommen sind, muss es auch legitim sein, über Mindeststandards zu diskutieren. Ich wurde in den letzten Wochen häufig von Unternehmern angesprochen, die durchaus bereit sind, Flüchtlinge zu beschäftigen, und ihnen sogar den Deutschunterricht finanzieren wollen, aber immer noch an die Hürde des Mindestlohns stoßen. Ich denke, auch in dieser Richtung darf es keine Denkverbote geben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber ja! – Zuruf von Stefanie Drese, SPD)

Wir sollten es uns abgewöhnen,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber ja, Kollege!)

wir sollten es uns abgewöhnen, Kollege Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Beim Mindestlohn beißt du dir bei uns die Zähne aus. Das kannst du vergessen. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

regelmäßig Wellen der öffentlichen Erregung loszutreten, nur weil jemand mal vermeintlich auch nur gedanklich vom Kurs abweicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, du armes Opfer! Du armes Opfer! Du siehst auch so aus! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, ja, ja, ja.)

Diese Art der öffentlichen Correctness, denke ich, sollten wir zur Verfahrenserleichterung ganz einfach mal beerdigen.

Und, lieber Kollege Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

wer wenn nicht Sie versteht den nachfolgenden Satz am allerbesten:

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Mir sind diejenigen, die querdenken, und die, die Ideen haben.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hundertmal lieber als diejenigen, deren Beitrag nur aus Meckern besteht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Kollege Silkeit, wie das so wechselt, von der Speerspitze des Mindestlohns in der letzten Sitzung hin zum "Jetzt machen wir das Fass wieder auf" –

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Querdenken! – Vincent Kokert, CDU: Das hat er alles bei den Sozis gelernt! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

querdenkend, wandlungsfähig, opportunistisch,

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

mir fällt da gar kein Wort mehr ein, was ich dazu sagen soll. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, möglicherweise.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist der einzige Denker da drüben!)

möglicherweise – ich greife das gerne auf – ist Herr Silkeit in der Tat der einzige Denker und das intellektuelle Potenzial der CDU.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Das weiß ich nicht zu beurteilen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das würde ich lieber nicht beurteilen! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

aber das werden Sie sicherlich in internen Prozessen dann noch mal klären können.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nun ist es aber gut! Nun ist aber Schluss! – Vincent Kokert, CDU: So eine Rede passt gar nicht zu ihm. – Torsten Renz, CDU: Redeverbot! – Wolfgang Waldmüller, CDU: Setzen, Sechs!) Sehr geehrte Damen und Herren, als wir wenige Tage vor dem 24. September zufälligerweise eine Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der Länder und des Bundes hatten, uns in Stuttgart trafen – anwesend war auch der baden-württembergische Ministerpräsident, der ist in der Sitzung noch gar nicht genannt worden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das würde mir zu denken geben. – Stefanie Drese, SPD: Kommt noch!)

das machen Sie doch sonst hier immer, also will ich das mal tun –, war natürlich der bevorstehende sogenannte Asylkompromiss im Mittelpunkt unserer Gespräche. Das, was ich mitnehme – ich werde diese Sitzung nie vergessen –, waren zwei zentrale Leitlinien, Leitgedanken, die die Diskussion sehr geprägt haben.

Der erste Gedanke, in der schwierigen Situation, in der die grünen Landesregierungen waren, vor dem Hintergrund ihrer Möglichkeiten, auf den Bundesrat Einfluss zu nehmen, war: Übernehmen wir Verantwortung angesichts der immensen humanitären Herausforderungen, vor denen das ganze Land stand, oder zeigen wir klare Kante und tragen dann dazu bei, dass es einen langen Auseinandersetzungsprozess im Bundesrat gibt?

Auf der anderen Seite – das war ganz klar und völlig unmissverständlich, und das trägt bis heute auch die Position der GRÜNEN-Fraktion

(Vincent Kokert, CDU: Aber nur die hier im Land.)

hier im Lande – das Thema Flüchtlinge. Das Thema Flüchtlinge ist völlig ungeeignet im Spiel der Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung, sondern das Thema Flüchtlinge ist eines derjenigen Themen, von denen ich glaube, dass Opposition und Regierung da eng zusammenstehen und möglichst viel gemeinsam tun müssen. In diese Richtung hat auch der Kollege Holter vorhin insistiert.

Aber es ist wichtig, hier noch mal zu reflektieren, in welcher Situation wir seinerzeit – Ende September – eigentlich standen. Ich will zumindest hier daran erinnern, dass die Bundesregierung in der Tat wochen- und monatelang versäumt hatte, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen: Das Problem ist uns ja nicht in den Schoß gefallen. Es fehlte an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, es fehlte an der dringend notwendigen Finanzhilfe für Länder und Kommunen und es fehlte an der notwendigen Unterstützung bei den dringend erforderlichen Integrationsmaßnahmen.

Wir haben uns seinerzeit in den Verhandlungen mit der Bundesregierung, teilweise an der Seite der SPD, dafür eingesetzt, echte Verbesserungen für die Flüchtlinge und die Kommunen durchzusetzen. Wir haben alles unterstützt, was den Flüchtlingen hilft, alles, was Verfahren verkürzt, und alles, was haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern hilft oder sie entlastet. Gleichwohl ist für uns ein schwieriger Kompromiss herausgekommen, ein schwieriger Kompromiss, wenn ich an die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsländer denke. Ich bin da emotional, Helmut Holter, was die Sinti und Roma angeht, absolut bei Ihnen. Es ist ein schwieriger Kompromiss, weil es nach wie vor um Verschärfungen und Leistungskürzungen geht, die wir zwar stark haben abmildern können, die aber natürlich weit von dem ent-

fernt sind, was wir uns in der Tat vorstellen. Aber ich will auch daran erinnern, dass durch die Zustimmung zum Kompromiss Transitzonen, die damals schon in den Gesetzentwürfen der Union standen, abgewendet werden konnten und dass insbesondere der Eingriff ins Grundrecht auf Asyl abgewendet werden konnte. Das hat uns dazu veranlasst, letztendlich in dem schwierigen Prozess zuzustimmen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, der Kompromiss enthält – darauf haben wir gesetzt und damit sind wir dann hier im Landtag – zahlreiche Punkte, bei denen die Länder Spielräume haben. Ich habe mich, Herr Sellering, sehr gefreut, dass Sie vorhin an zentralen wesentlichen Punkten richtige Schritte benannt haben, von denen ich glaube – so habe ich auch DIE LINKE verstanden und das kann ich für die Fraktion der GRÜNEN hier ebenfalls eindeutig bestätigen –, dass Sie die Unterstützung unserer Fraktion haben. Ich will als Beispiel nennen die Frage, die Verfahren jetzt schnell zu machen. Verwaltungsstrecken aufzubauen und das Gleiche für den Bereich Integration zu machen, ist ein dringend erforderlicher Schritt und es ist ein richtiger Schritt auch im Sinne der Geflüchteten, die zu uns gekommen sind.

Die Gesundheitskarte ist ein wichtiger Schritt gewesen, aber da bin ich wie der Kollege Holter an dem Punkt, wo die Wandlungsfähigkeit insbesondere der CDU-Fraktion doch einmal sehr deutlich wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gut Ding will Weile haben.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Suhr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schubert?

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Selbstverständlich und sehr gerne.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Schubert.

Bernd Schubert, CDU: Herr Suhr, stimmt es, dass bis zum heutigen Tage in einem Flächenbundesland noch keine Gesundheitskarte eingeführt worden ist und somit auch nicht in Baden-Württemberg?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das hat doch damit nichts zu tun. Sie
hätten es doch machen können als Vorreiter. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollten es doch so.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also, ich kann Ihnen sagen, dass auf Ebene nahezu aller Bundesländer, ich weiß nicht ...

(Torsten Renz, CDU: Sie hätten es doch in Brandenburg realisieren können. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Suhr!

Ich denke, hier hat der Abgeordnete Schubert eine Frage gestellt und der Herr Fraktionsvorsitzende Suhr möchte sie beantworten. Also bitte ich doch, die beiden hier auch zu Wort kommen zu lassen oder sprich, jetzt Herrn Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich kann nicht sagen, ob es tatsächlich in allen Flächenländern der Fall ist. Zumindest in denen, in denen wir mitregieren, aber in nahezu allen Flächenländern wird die Gesundheitskarte umgesetzt oder ist in der Vorbereitung zur Umsetzung. Das war eine grüne Forderung und selbstverständlich werden die GRÜNEN in den Ländern intensiv darauf drängen, dass das natürlich auch umgesetzt wird.

(Torsten Renz, CDU: Aber zu spät, zu spät, Herr Suhr!)

Ich würde mich freuen, Herr Schubert, wenn Sie an der Stelle immer auf unserer Seite wären.

(Torsten Renz, CDU: Zu spät, zu spät, Herr Suhr! In Baden-Württemberg hätten Sie Vorreiter sein können.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Suhr, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage des Abgeordneten Schubert? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Schubert.

Bernd Schubert, CDU: Stimmt es, dass seit einem Jahr der Ministerpräsident Kretschmann davon spricht, eine Gesundheitskarte einzuführen, und diese bis zum heutigen Tage noch nicht eingeführt ist?

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich weiß nicht, ob sie inzwischen schon eingeführt ist, aber wenn nicht, dann steht sie kurz vor der Einführung, Herr Schubert. Das ist meine Kenntnis.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, selbstverständlich, und es war immer auch die Position, wenn ich Sie darüber informieren darf, von Herrn Kretschmann und auch des gesamten Teils der grünroten Landesregierung, eine Gesundheitskarte für das Land Baden-Württemberg einzuführen, selbstverständlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will aber auf die Gesundheitskarte noch mal zurückkommen, weil da sagt der Kollege Silkeit hier, so, als wenn keiner da gewesen wäre bei den entsprechenden Debatten, als LINKE und GRÜNE den Antrag auf Einführung einer Gesundheitskarte eingebracht haben, da war das Argument, dass das damals finanziell problematisch war.

(Heiterkeit bei Michael Silkeit, CDU: Das habe ich auch gesagt.)

Sie haben aus inhaltlichen Gründen hier die Gesundheitskarte abgelehnt, weil Sie das für den falschen Weg gehalten haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

und Sie haben in dem Zusammenhang viel Zeit verpasst, das zu tun hier für dieses Bundesland, sehr geehrte Damen und Herren. Das war der wahre Grund. Jetzt stellen Sie sich hier her und sagen, dass es nur finanzielle Gründe gewesen wären.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, es ist auch richtig, dass die Bundesregierung das Betreuungsgeld ... Wenn ich das, lieber Kollege Nieszery, richtig reflektiere, war das eher ein Problem der CDU und nicht der CDU-SPD-Regierung,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Völlig richtig reflektiert.)

dass endlich auch die CDU verstanden hat, dass das Betreuungsgeld anders sinnvoll eingesetzt werden kann.

> (Torsten Renz, CDU: Das stimmt doch gar nicht. Schauen Sie sich doch da die Rechtsprechung an!)

Die letzte Bastion ist offensichtlich der Kollege Renz,

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

aber nehmen Sie einfach mal zur Kenntnis,

(Torsten Renz, CDU: Ach, das ist doch völliger Quatsch!)

nehmen Sie einfach mal zur Kenntnis,

(Torsten Renz, CDU: Schmarrn!)

dass es richtig ist und gut ist,

(Torsten Renz, CDU: Die Zuständigkeit war nicht beim Bund!)

dass 70 Prozent durchgereicht werden, dass ein relevanter Teil in den Kommunen landet, damit die dort in der Tat ihre wichtigen Integrationsaufgaben wahrnehmen können, sehr geehrte Damen und Herren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: Warum nur 70? Warum fordern Sie nicht mehr, Herr Suhr?)

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Torsten Renz, CDU: Da sind Sie sprachlos.)

die gesamte Debatte

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ist mir aber in der Tat in den vergangenen Wochen und Monaten viel zu defizitorientiert.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Lassen Sie uns doch bitte mal über die Chancen von Integration, über die Chancen von Einwanderung reden! Ich möchte daran erinnern, und ich glaube, es Iohnt sich, darauf zurückzublicken, welche Erfahrungen Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten damit machen durfte, denn wir haben viele Erfahrungen mit der Aufnahme von Neuankommenden. Ich will erinnern an

die zwölf Millionen Heimatvertriebenen aus dem Zweiten Weltkrieg, die sogenannten Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen, von denen immerhin bis heute drei Millionen in diesem Land geblieben sind, die Wanderungsbewegungen nach der Wiedervereinigung, die Aussiedler und vielen Flüchtlinge, die beispielsweise in den 90er-Jahren vor den Balkankriegen Schutz bei uns suchten.

All diese Entwicklungen, sehr geehrte Damen und Herren, hatten einen sehr, sehr positiven Effekt. Sie haben nämlich dazu beigetragen, dass Integration vor allem über Begegnung gelebt werden konnte. Ich glaube, all dies hat dazu beigetragen, dass wir anders als noch Anfang der 90er-Jahre jetzt etwas sehr Faszinierendes und Wunderbares erlebt haben, nämlich das Engagement von vielen Hunderten, Tausenden von Menschen,

(Michael Andrejewski, NPD: Hunderttausende oder Millionen.)

die sich für die Flüchtlinge, für eine Willkommenskultur und für eine positive Aufnahme engagiert haben. Das hätte es nicht gegeben, wenn wir in der Vergangenheit nicht die vielen positiven Erfahrungen gemacht hätten mit den Geflüchteten, die zu uns gekommen sind. Und an dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich dafür bedanken, dass diese Willkommenskultur auch in diesem Bundesland endlich so intensiv gelebt wird, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Michael Silkeit, CDU: Tosender Applaus bei den GRÜNEN!)

Auch vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Damen und Herren, sehen wir die Chance für unser Land. Ich will ansprechen den Fachkräftemangel, ich will ansprechen den demografischen Wandel, der explizit hier in einer Enquetekommission behandelt wird, ich will ansprechen die Finanzierung und die Zukunft unserer Sozialsysteme oder die Kreativität in der Zivilgesellschaft, in der Kultur und in der Wirtschaft, die bereichert wird durch Menschen, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber die großen Herausforderungen liegen noch vor uns. Es muss gelingen, diese Menschen schnell und erfolgreich zu integrieren, und wir müssen alles tun, um Flüchtlinge schnellstmöglich dabei zu unterstützen, sich bei uns zurechtzufinden. Und da ist in der Tat – das sehen wir ein bisschen anders, als der Kollege Silkeit das hier gesagt hat – die Sprachförderung das A,

(Michael Silkeit, CDU: Ja, das muss anders sein, das geht gar nicht anders.)

die Sprachförderung das A und O der Integration. Sie muss so schnell wie möglich beginnen und hier müssen wir noch deutlich mehr tun.

Ich will an dieser Stelle auch erinnern an die positive Wandlungsfähigkeit der Koalition. Den Sprachmittlerpool hatten wir, ich glaube, mindestens zweimal im Parlament, gemeinsam mit den LINKEN, und immer wieder gab es hier Widerstände, da etwas zu tun, bei der Sprachmittlung etwas zu machen auf einer umfassenden Ebene, damit jeder darauf zurückgreifen kann. Jetzt bewegt sich die Landesregierung, das finden wir positiv. Man muss

sich über den Weg noch unterhalten, ob das der richtige Weg ist. Das werden wir tun, aber im Zusammenhang,

> (Martina Tegtmeier, SPD: Auf diesen Punkt kommen wir morgen genauer. – Michael Silkeit, CDU: Da reden wir morgen drüber, ja.)

im Zusammenhang mit dem entsprechenden Antrag. Aber dass sich hier endlich was tut, ist, glaube ich, auch dem geschuldet,

(Michael Silkeit, CDU: Aber nicht Ihnen zu verdanken! Aber nicht Ihnen zu verdanken!)

dass die Opposition immer wieder Druck gemacht hat, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Michael Silkeit, CDU)

Meine Damen und Herren, über die Hälfte,

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

über die Hälfte derjenigen, die in Deutschland Schutz suchen, sind unter 25 Jahre alt. Gerade für sie sind eine gute Bildung und Ausbildung wichtige Grundlage und Perspektive. Kita, Schule, Betrieb oder Hochschule schaffen nicht nur einen neuen Alltag, sondern sichern auch die beruflichen Perspektiven und sind der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben.

Der unverzügliche und uneingeschränkte Zugang zum Bildungssystem sollte eigentlich Selbstverständlichkeit sein, übrigens so, wie es die UN-Kinderrechtskonvention auch tatsächlich vorsieht. Insbesondere die Schulen dürfen dabei jedoch nicht überfordert werden. Es ist richtig – und ich habe das sehr gerne getan, gemeinsam, glaube ich, mit den anderen drei Fraktionsvorsitzenden –, dass wir hier in einer schnellen Art und Weise den Bildungsminister unterstützt haben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Gelder an die Schulen und auch an die Hochschulen zu geben. Das war ein richtiger, wichtiger, unbürokratischer Schritt. Dazu sind wir gerne bereit, das jedes Mal zu tun, wenn es erforderlich ist.

Ich finde es richtig, was hier vorgetragen worden ist vom Ministerpräsidenten, die Schulen in der Tat besser auszustatten. Ich sage aber gleichzeitig, wir müssen sehr genau beobachten, ob das, was die Landesregierung jetzt mit unserer Unterstützung tut, auch ausreicht, um die Schulen bei ihrer sehr schwierigen Aufgabe zu unterstützen

Was wir an den Hochschulen tun wollen, sehr geehrte Damen und Herren, das haben sie gestern im Zusammenhang mit dem Antrag verfolgen können, den Johannes Saalfeld hier eingebracht hat, wo ich immer noch nicht verstanden habe,

(Michael Silkeit, CDU: Das glaube ich.)

wo ich immer noch nicht verstanden habe,

(Michael Silkeit, CDU: Aber das ist seit gestern mehrfach passiert, dass Sie das nicht verstehen.)

warum an der Stelle die Interpretation der Landesregierung nicht so ist wie die Interpretation der Opposition, nämlich das nicht als ein Thema zu sehen, wo wir uns hier in Auseinandersetzungen zerlegen müssen, sondern als ein Thema zu sehen, wo man gemeinsam überlegen kann, wie man sinnvolle Maßnahmen an Hochschulen tatsächlich umsetzen kann. So weit scheinen Sie noch nicht zu sein. Das würde ich mir für die Zukunft in der Tat wünschen, weil ein Konzept, so, wie wir es gestern gefordert haben für die Integration an Hochschulen mit der entsprechenden Ausstattung, ist schlicht und ergreifend sinnvoll, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, all dies wird dazu beitragen, dass diejenigen, die skeptisch sind und viele Fragen haben, möglicherweise ihre Skepsis abbauen können, weil sie Integration erleben und tatsächlich auch leben können. Vielleicht, und das hoffe ich, können diejenigen, die den Flüchtlingen bisher noch nicht mit der gebotenen Offenheit entgegentreten, das in den nächsten Wochen und Monaten tun. Es ist die persönliche Erfahrung, die Vorurteile korrigiert. Ich wünsche mir ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem es selbstverständlich ist, dass unsere Kinder gemeinsam mit Flüchtlingskindern Kitas und Schulen besuchen, gemeinsam spielen, sich gegenseitig zum Geburtstag einladen, die studierende Tochter sich mit der Kommilitonin aus Syrien zum Lernen trifft und Familien aus unterschiedlichen Kulturkreisen sich ihre Lebensgeschichte erzählen und voneinander lernen.

Damit diejenigen, die skeptisch sind und deren Weltbild von Vorurteilen genährt wird, sich öffnen können, bedarf es der Begegnung und der Aufklärung. Ich will daran erinnern, dass nach wie vor die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland – es gibt da entsprechende Studien, Langzeitstudien der Universität in Bielefeld – bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet ist. Ein bedrohliches Zeichen dafür ist, dass in letzter Zeit die Angriffe und Übergriffe auf Asylunterkünfte und Flüchtlinge zugenommen haben.

Wir verurteilen jede Form von Rassismus und die menschenverachtenden Anschläge auf Flüchtlinge und Unterkünfte. Nach wie vor ist es wichtig, dass wir uns mit vielen Bürgerinnen und Bürgern den Nazis in den Weg stellen. Auch das gehört zum Thema Flüchtlinge dazu. Der Staat muss konsequent seiner Aufgabe nachkommen, Asylunterkünfte zu schützen. Wir müssen die Rechtsextremen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben am gestrigen Tage auch noch mal ausdrücklich das Gesprächsangebot der Regierung – und ich glaube, ich kann das auch für die Oppositionsfraktionen sagen –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch für die Regierungsfraktionen dürfen Sie das sagen.)

betont, mit denjenigen zu reden, die unsicher sind und die skeptisch sind. Dieses Angebot, zumindest von unserer Seite, Herr Ministerpräsident, gilt aber nicht für diejenigen, die sich den Rechten anschließen. Da muss es klare Kante der Demokraten geben, sehr geehrte Damen und Herren

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

Das Engagement von Menschen, die sich gegen Nazis wehren, ist Engagement für die Demokratie und die verdient unsere Unterstützung, sehr geehrte Damen und Herren.

Asylrecht und Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen gewährleistet werden. Es ist aus unserer Sicht falsch, die Sicherung der Außengrenzen auszulagern und andere Regierungen zu beauftragen, Menschen gewaltsam vom Weg nach Europa abzuhalten. Ich finde, es ist an dieser Stelle auch wichtig, sich noch einmal die Relation vor Augen zu führen und, wenn wir über die Flüchtlingsproblematik reden, im Kopf zu haben, dass es Länder wie den Libanon gibt, 6 Millionen Einwohner, 1 Million Flüchtlinge in Lagern, dass es Länder wie die Türkei gibt, 2,5 Millionen Flüchtlinge, und dass es auch in Europa Länder wie Schweden gibt, die mit 8 bis 9 Millionen Einwohnern bis zu 1 Million Menschen aufnehmen und ihnen Aufenthalt gewähren.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Flüchtlingsthema ist voller Chancen. Es sollte ein Thema sein, bei dem wir Demokraten zusammenstehen. Ich hoffe, dass das heute eine Debatte war, die dazu beitragen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Können oder wollen Sie es nicht begreifen? Das europaweite Asylchaos lässt keinen Raum dafür, über Maßnahmenpakete zu sinnieren, die wochenlang unbeachtet in irgendwelchen Schubladen lagen. Täglich, beinahe stündlich ändert sich die Situation.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Die Problemanalyse und die daraus direkt resultierenden Maßnahmen müssen tagesaktuell sein, wenn sie Wirkung entfalten sollen. Acht Wochen, so lange ist die Besprechung der Asylkanzlerin Merkel mit den Regierungschefs der Länder her, sind kein realistischer Zeitraum, um Maßnahmen zu evaluieren. Die Zahlen in dem Beschluss sind das Papier nicht wert, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller, einen Moment!

Tino Müller, NPD: ... auf dem sie geschrieben stehen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte doch die Herren der CDU-Fraktion, sich wieder nach vorne zu wenden. Das stört hier wirklich in höchstem Maße.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Noch lächerlicher aber erscheint das von Ihnen gewählte Thema der Aussprache unter dem Gesichtspunkt der parlamentarischen Selbstlähmung auf Bundes- und europäischer Ebene, denn nicht ein einziger Punkt der Vereinbarung wurde wirklich konsequent umgesetzt. Was ist aus der europaweiten Zwangsverteilung von 120.000 Asylanten geworden?

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Asylbewerber.)

Selbst die fragwürdige Entscheidung musste erstmals auf der Grundlage der einschlägigen Notfallklausel des Vertrages ergehen, mit qualifizierter Mehrheit gegen die Stimmen von Tschechien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn, bei Enthaltung von Finnland. Nicht nur, dass Deutschland ein Viertel der Invasoren aufnehmen soll.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was für Dinger?)

auch die 6.000 Euro Menschenhändlerprämie,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja unglaublich! Invasoren.)

die pro Kopf gezahlt werden, gehen zu großen Teilen, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

zulasten des deutschen Steuerzahlers.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich kenne keine Invasoren.)

Und was ist aus Ihren sogenannten Hotschpots

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Julian Barlen, SPD: Hotspots heißt das! – Peter Ritter, DIE LINKE: Schpots frei!)

in Griechenland und Italien geworden, die bis spätestens November eingerichtet werden sollten? Experten sagen schon heute eine weitaus längere Aufbauzeit voraus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist die germanische Aussprache!)

Hinzu kommt die von Anfang an zu gering kalkulierte Kapazität der Zentren. Auf Lesbos existieren gerade mal 1.500 Plätze, obwohl allein zwischen Januar und September knapp 360.000 Glücksritter gelandet sind.

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD: Lesbos dürfte Ihnen sowieso ein Dorn im Auge sein, nicht wahr?!)

Außerdem weigern sich viele Ankömmlinge, ihre Fingerabdrücke abzugeben. Diese Aufnahmeeinrichtungen sind demnach eine Luftnummer.

(Julian Barlen, SPD: Das hat er nicht verstanden jetzt. – Zuruf vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Antwort darauf stand nicht auf seinem Kärtchen.)

Wie effizient läuft die Bearbeitung in den bundeseigenen Wartezentren? Ich kann es Ihnen sagen: Ein Drittel der potenziellen Asylschwindler verlässt die Zentren auf eigene Faust.

(Patrick Dahlemann, SPD: Führen Sie schon eigene Statistiken?)

Niemand hindert sie am dreisten Ausleben ihrer Reiselust.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also das ist infam!)

Heiko Werner, Aufbauleiter der Sondereinrichtungen des Bundesamtes, Herr Nieszery, für Migration und Flüchtlinge, als eigentlicher Hausherr,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

fasst zusammen, Zitat: "Wir können niemanden zwingen, hierzubleiben." Zitatende.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Können sie auch nicht.)

Die Respektlosigkeit mancher Asylanten gegenüber ihren deutschen Vollversorgern geht ausnahmslos auf die Konten solcher armseligen Weicheier.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt reicht's!)

Das Hohe Haus ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, Herr Müller, ich ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es reicht!)

Einen Moment, Herr Müller!

Ich habe wirklich lange gewartet und ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es reicht, Herr Müller!)

Tino Müller, NPD: Das entscheiden nicht Sie, Herr Nieszery.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, jetzt bin ich hier dran!

Ich habe wirklich lange gewartet und habe eine ganze Menge durchgehen lassen. Ich muss ganz ehrlich sagen, so eine pauschale Verurteilung bestimmter Menschengruppen, das haben wir Ihnen hier schon häufig mitgeteilt, die lassen wir nicht zu.

(Michael Andrejewski, NPD: Was ist daran menschenfeindlich?)

Das ist auch nicht zulässig. Sie können nicht pauschal mal ganze Menschengruppen hier in einen Topf werfen und umrühren. Das funktioniert nicht. Aber jetzt verwenden Sie wieder Ausdrücke, von denen ich heute früh schon versucht habe klarzustellen, dass sie unparlamentarisch sind. Ich weise Ihre Ausdrücke als unparlamentarisch zurück und fordere Sie auf, wenn Sie Ihre Rede fortsetzen, von derartigen Formulierungen Abstand zu nehmen, weil ich ansonsten einen Ordnungsruf erteilen werde.

(Michael Andrejewski, NPD: Einen Weicheiordnungsruf.)

Jetzt können Sie fortfahren.

Tino Müller, NPD: Eines steht fest: Es gibt Lösungen gegen die volksfeindliche Überflutung unseres Landes. Viele davon wurden hier im Landtag bereits zur Sprache gebracht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

"Kampagne starten: Keine Chance – Deutschland wird nicht Eure Heimat!" – wir forderten den Landtag auf, "sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass nach dem Vorbild Australiens in den Herkunftsländern der Wirtschaftsflüchtlinge öffentlich wahrnehmbare Kampagnen gestartet werden, die unmissverständlich ... deutlich machen, dass Deutschland konsequent unberechtigte Asylanten" abschiebt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da müssen wir nur Sie hinschicken.)

Das war bereits im Februar dieses Jahres Thema hier im Landtag. In Ihren Augen war dieser Antrag menschenverachtend und ausländerfeindlich.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ist er ja auch gewesen. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Menschenverachtend ist er immer noch.)

Vor wenigen Tagen startete die Bundesregierung eine ähnliche Aktion in Afghanistan. Im März 2014 forderten wir den Landtag auf, Asylantragsteller, unerlaubt eingereiste Ausländer und sonstige Flüchtlinge auf ehemaligen Militärstandorten unterzubringen, so lange, bis über ihren Antrag entschieden wurde. Auch das war in Ihren Augen menschenverachtend und ausländerfeindlich.

Vor wenigen Monaten begannen Sie halbherzig mit der Umsetzung dieses Vorschlages.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir forderten Schnellverfahren, ausschließlich Sachleistungen, mobile Sondereinheiten Ausländerkriminalität, Aufstockung der Polizei, der Gerichte und so weiter. Wenn man all diese Maßnahmen umgehend und konsequent umsetzen würde, könnte der Zusammenbruch des europäischen Kontinents noch rechtzeitig abgewendet werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Jetzt trifft er schon den europäischen Kontinent, ei, jei, jei, jei, jei! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Müller, was erzählst du denn da für einen Quatsch?! – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Kaselitz.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin froh, in Deutschland zu leben, in einem Land mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung, in dem die Würde jedes Menschen unantastbar ist, in dem wir uns zu Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft,

(Michael Andrejewski, NPD: Dann leben Sie in Disneyland.) zu Frieden und Gerechtigkeit in der Welt bekennen und wo das Recht auf Asyl ein Grundrecht ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das Glück, in eines der reichsten Länder in Europa, ja, in der Welt hineingeboren zu sein, in meinem ganzen bisherigen Leben keinen Krieg erlebt zu haben und mich frei in der Welt bewegen zu können. Ich finde es wichtig, dass sich Deutschland in der gegenwärtigen Bewältigung der Flüchtlingsströme so engagiert, seiner humanitären Verantwortung gerecht wird und den Menschen hilft, die aus extremen Situationen fliehen müssen und die all die Voraussetzungen, die auf mich zutreffen, nicht haben.

Gleichwohl ist die große Zahl von Flüchtlingen, die in so kurzer Zeit zu uns kommen, eine besonders große Herausforderung. Dieser großen Herausforderung stellen sich Menschen auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen. Unser Land ist in Bewegung, die Menschen sprechen miteinander und suchen nach gemeinsamen Lösungen, und das auch auf allen Ebenen. So gab es am 24. September dieses Jahres diese Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die dabei getroffenen Verabredungen und Festlegungen beeinflussen Landes- und Kommunalpolitik, beeinflussen jeden von uns.

Ich bin froh, in Mecklenburg-Vorpommern zu leben, einem der drei Bundesländer in Deutschland, die den Kommunen eine weitgehende Kostenerstattung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bei der Unterbringung und Betreuung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz garantieren und das zukünftig auch die Rahmenbedingungen für die Integration der Menschen, die bei uns bleiben, ausbaut und stärker finanziell unterstützt.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Und ich lasse mir hier heute kein schlechtes Gewissen einreden. In der kurzen Zeit, die ich im Landtag bin, habe ich erlebt, wie mit Regierungsverantwortung und der Verantwortung für die Finanzen in unserem Land kluge Entscheidungen getroffen wurden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

gerade für Bildung und für Kita.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Sicher ist auch, dass die kommunale Ebene die Gespräche mit der Landesregierung äußerst positiv betrachtet.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Das, was im Bund beschlossen wurde, ermöglicht es nun der Landesregierung, Schwerpunkte in der Asyl- und Flüchtlingspolitik noch besser zu strukturieren. Darüber sollte noch öfter konkret an dieser Stelle und zu anderen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit berichtet werden. Oft werden wir nach Zuständigkeiten gefragt. Ich möchte die Chance heute nutzen, diese beschlossenen Strukturen uns allen hier noch einmal kompakt vorzustellen.

Im Land erfolgen die ressortübergreifende Koordinierung und gleichzeitig eine Abstimmung der Zuständigkeiten der einzelnen Ministerien. Eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei wurde eingerichtet. Von hier aus erfolgt die Koordinierung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es werden die notwendigen organisatorischen, finanziellen und personellen Vorkehrungen getroffen, um alle Entscheidungen zielgerichtet umzusetzen.

Das Ministerium für Inneres und Sport ist für alle Angelegenheiten der Erstaufnahme, der Unterbringung, der Einrichtung von Notunterkünften, der Zuweisung an die Kommunen und der Rückführung ausreisepflichtiger Menschen zuständig. Hier sind die Besondere Aufbauorganisation für Flüchtlinge und das Amt für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten sowie die Verantwortung für die Landesgemeinschaftsunterkünfte angesiedelt. Ziel ist eine Kapazitätserweiterung der Erstaufnahmeeinrichtungen in Horst mit den Außenstellen Stern Buchholz und Basepohl, die Auflösung der Notunterkünfte, ein vollständiges und beschleunigtes Verwaltungsverfahren von der Erstregistrierung über die gesundheitliche Untersuchung bis zur Asylantragstellung und die Verteilung der Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen.

Dabei spielen die vom Ministerpräsidenten ausführlich beschriebenen Integrationsbüros in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine wichtige Rolle. Die Verantwortung liegt hierfür im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Durch dieses Ministerium wird die gesundheitliche Versorgung und Impfung in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesgemeinschaftsunterkünften sichergestellt. Die Gesundheitskarte wird endlich eingeführt. Und wir als SPD haben sie keineswegs vehement abgelehnt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Unter größten Schmerzen abgelehnt hier im Landtag.)

Es ist uns in der politischen Diskussion zum damaligen Zeitpunkt nicht gelungen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah!)

sie einzuführen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Im Sozialministerium erfolgt die Koordinierung und Finanzierung der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Im Bereich der Jugendhilfe werden Weiterbildungen organisiert. Angebote für Familien und die Schulsozialarbeit sind zu prüfen und anzupassen. Bei steigendem Bedarf ist das Angebot an Kitaplätzen zu erweitern. Es erfolgen ein Ausbau und die Vernetzung der Integrationsangebote. Der Aufbau einer Sprachmittlerzentrale wird vorbereitet und es erfolgt eine erweiterte Sprachförderung. Das Angebot der psychosozialen Beratung wird ab 2016 auch auf einen Standort in Mecklenburg ausgeweitet. In enger Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern soll der Zugang in Arbeit für alle Menschen ermöglicht werden. Im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurden, wie bereits gesagt, 100 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer bereitgestellt. Umgesetzt wird eine integrative Beschulung mit Deutschintensivkursen an vielen Standortschulen.

Ähnlich wird das an den beruflichen Schulen organisiert. Bei steigendem Bedarf erfolgt auch hier eine Nachsteuerung der Lehrerinnen- und Lehrerstunden. Dem Schulund Hochschulbereich stehen finanzielle Mittel für Integrations- oder Sprachprojekte zur Verfügung. Auch im Justizministerium erfolgt eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Personal, um Vormundschaftsverfahren sowie asyl- und ausländerrechtliche Verfahren zeitnah bearbeiten zu können. Über das Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus werden die zusätzlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau ausgereicht.

Das Land trägt den größten Teil der finanziellen Last. Die Bereitstellung aller Mittel erfolgt über das Finanzministerium. Der Betrieb für Bau und Liegenschaften hat hier Verantwortung bei der Bereitstellung von landeseigenen Gebäuden. Die Zentrale für Personalmanagement kümmert sich um den Einsatz oder die Abordnung von Personal, um zeitweise erhöhten Bedarf von anderen Behörden des Landes abzusichern.

Dem Ehrenamt wird eine große Bedeutung beigemessen. Es erfährt jede mögliche Unterstützung. Fortgesetzt wird der regelmäßige Austausch mit der kommunalen Ebene. Bei all diesen oft zusätzlichen Aufgaben ist das laufende Geschäft ebenso zu bewältigen. Das funktioniert bei hoher Einsatzbereitschaft und unter Wahrnehmung der konkreten Verantwortung jedes Einzelnen in der täglichen Arbeit. Wie uns gemeinsam die Lösung der Aufgabe von Aufnahme und Integration Tausender Flüchtlinge gelingt, entscheidet darüber, wie unser Land in den nächsten Jahren aussehen wird – politisch und menschlich.

Es wird an vielen Stellen intensiv an Lösungen gearbeitet. Es sind gute Rahmenbedingungen vorhanden, die Lösungen möglich machen. Und dennoch habe ich manchmal das Gefühl, viele Menschen – auch hier im Raum – sehen nur die Probleme, äußern nur Ängste und Befürchtungen. Diese nehmen wir ernst,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch unser Job als Opposition.)

aber wir sollten auch die Chance der gegenwärtigen Situation uns immer wieder bewusst machen: Zuwanderung kann unserer negativen Demografieentwicklung entgegenwirken und damit gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitskräftebedarf sichern.

(Stefanie Drese, SPD: Richtig.)

Einzahlungen in unsere solidarischen und Steuersysteme wären die Folge. Wann haben wir zuletzt so viel über Gleichberechtigung gesprochen wie jetzt?

Mehr Kinder im Ort können Anregung sein, doch wieder über offene Jugendarbeit nachzudenken. Steigender Bedarf für den ÖPNV wird gesehen, wenn die neuen Nachbarn in ländlichen Gebieten untergebracht sind. Das wünschen sich ältere Einwohner an so manchem Ort schon lange. Es gibt gegenwärtig viel und gut bezahlte Arbeit für Handwerksbetriebe, Zulieferer für Betten und Wohncontainer. Der Einzelhandel macht gute Umsätze, Wohnungsgesellschaften haben wieder Mieteinnahmen.

(Michael Andrejewski, NPD: Super. – Udo Pastörs, NPD: Na, dann lasst mal zehn Millionen kommen, die werden alle reich. So etwas Hohles!) 10.000 Stellen im Bundesfreiwilligendienst sind eingerichtet. Viele neue Stellen in Behörden, bei Bildungsträgern, im Wachschutz, bei Wohlfahrtsverbänden sind geschaffen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Flüchtlinge sind Einwohner und werden bei Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden berücksichtigt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

An einigen Schulen kommt es zur Sicherung der notwendigen Schülerzahlen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wie kann man so einen Schwachsinn erzählen?! – Tino Müller, NPD: Alles für alle. – Michael Andrejewski, NPD: Die ewige Wohlstandsquelle, ein Idiotenkonzept hoch drei! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Deutschland wird in der Welt als reiches und sicheres Land wahrgenommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sind wir ja auch.)

Ist das nicht auch Anerkennung für unser Land,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

für unsere Demokratie, für unsere Menschen,

(David Petereit, NPD: Überlegen Sie mal, was die Voraussetzungen dafür waren!)

wenn Flüchtende gerade zu uns kommen wollen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Auf allen Ebenen entwickeln sich Initiativen, die Probleme lösen und Integration voranbringen wollen.

(Udo Pastörs, NPD: Das darf nicht wahr sein! Das darf nicht wahr sein!)

Menschen aus Politik und Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger werden aktiv.

Es ist mir ein Bedürfnis, hier Beispiele aus Begegnungen oder Pressehinweisen nur aus der letzten Zeit zu benennen:

(Udo Pastörs, NPD: Ich benenne Ihnen nachher auch ein paar Bedürfnisse.)

Auf Landesebene arbeiten mobile Betreuungsteams in Notunterkünften, zum Beispiel in Fünfeichen oder bei der Unterstützung des Aufbaustabes in der neuen Erstaufnahmeeinrichtung Basepohl. Es erfolgt die Absenkung des Betreuungsschlüssels im Bereich der dezentralen Unterbringung von eins zu zehn auf eins zu sieben.

(Udo Pastörs, NPD: Warum nicht eins zu drei?)

In unserer Partei wurde in der letzten Woche eine neue Arbeitsgemeinschaft "Migration und Vielfalt" gebildet.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Noch so eine Arbeitsgemeinschaft! – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Es gibt spezielle Bildungsangebote von politischen Stiftungen, Vereinen und Organisationen. Die Ehrenamtsstiftung präsentiert eine Sammlung von Merkblättern, Flyern und Orientierungshilfen sowie eine Übersicht über Initiativen und Angebote im Internet. In den Kreisen und kreisfreien Städten wirken Integrationslotsen. Mitarbeiter im Unterbringungsmanagement in meinem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sind vor Ort in den Ämtern tätig.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Rostock bietet eine Infohotline mit ständig aktuellen Zahlen, die bei Bedarf auch von der Presse abgefragt werden können.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind Leistungen!)

Und viele Ehrenamtliche kümmern sich in den letzten Wochen rund um die Uhr um Tausende Transitflüchtlinge, die nach Schweden weiterreisen möchten.

(Michael Andrejewski, NPD: Das Paradies ist ausgebrochen.)

Die Stadt Boizenburg war in die Schlagzeilen gekommen, nachdem durch einen Brand in einer geplanten neuen Flüchtlingsunterkunft das Haus völlig zerstört wurde. Sie wollte nicht zulassen, dass der Ruf der Stadt deutschlandweit und darüber hinaus in unverantwortlicher Weise beschädigt wird. So wurde eine Resolution in der Stadt in einer Sondersitzung am 9. November verabschiedet. Sie wollen weiterhin Flüchtlingen Schutz und Hilfe gewähren.

(Udo Pastörs, NPD: Unbegrenzt. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Sie würden das bürgerschaftliche Engagement hochhalten

(Udo Pastörs, NPD: Ja, der letzte Mann. Die Fahne kommt noch gerade aus dem Wasser.)

Sie fordern von der Politik positive Rahmenbedingungen, erkennen Integration als Schlüssel für gemeinsames Leben, versprechen eine offene und zeitnahe Information der Bürgerinnen und Bürger zu jeder neuen Situation vor Ort.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die Wasserstandsmeldung, wird auch Zeit, Oberkante Unterlippe.)

So haben sie offen ein Zeichen gesetzt gegen Fremdenfeindlichkeit und laden andere Orte ein, ihrem Beispiel zu folgen.

(Tino Müller, NPD: Setzen ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und laden Terroristen ein!)

In Ribnitz-Damgarten gibt es eine Koordinierungsstelle für Ehrenamtliche. Der FC Vorwärts Drögeheide aus Torgelow wurde vom Landesfußballverband geehrt für die erfolgreiche Integration junger Sportler.

(Michael Andrejewski, NPD: Und für Linientreue.) In der Initiative "Ueckermünde für Asylbewerber" engagieren sich ehrenamtliche Helfer bei gemeinsamer Freizeitgestaltung.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD – Tino Müller, NPD: Ach, das ist doch lächerlich! Lächerlich ist das! – Michael Andrejewski, NPD: Das sind die Dorftrottel von Torgelow. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?!)

Neubrandenburg freut sich im Arbeitskreis mit der Wohnungsgenossenschaft

(Udo Pastörs, NPD: Oder bezahlte Sozialarbeiter.)

über Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge.

(Julian Barlen, SPD: So sehen Sie Ihre Landsleute! Ja, so ist die NPD. – Stefan Köster, NPD: Das sind doch alles bloß Verblendete.)

In meiner Heimatstadt hat sich der Penzliner Verein "WeltOffen" gegründet

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wichtig, weltoffen.)

und wir laden zu Nachbarschaftstreffen ein. In der Schliemann-Schule der Gemeinde Möllenhagen engagieren sich Lehrerinnen und Lehrer sowie aktive Schüler und Schülerinnen bei einem Projekt zur Flucht und gestalteten eine wahnsinnig gute Ausstellung.

(Michael Andrejewski, NPD: Wahnsinnig war die sicher. – Udo Pastörs, NPD: Das hilft.)

All unsere Entscheidungen und unser Auftreten haben Einfluss auf die Menschen bei uns.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, unseres aber auch.)

Es gibt eine breite erfolgreiche Bewegung für Demokratie in unserem Land.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Sie heißt: "WIR. Erfolg braucht Vielfalt".

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Ohne Steuergelder passiert da gar nichts.)

Ich finde, dieser Slogan passt auch wunderbar zu der großen nationalen Aufgabe, Flüchtlinge, die in Mecklenburg-Vorpommern bleiben wollen und dürfen, gut in unsere Gesellschaft zu integrieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Und ihren Heimatländern wegzunehmen.)

Wenn die vielfältigen Akteure gemeinsam am Erfolg arbeiten, dann kann es uns gelingen. Ich bin froh dazuzugehören.

Wenn letztlich jemand fragt: "Was macht ihr für Flüchtlinge?", und wenn dann die Antwort kommt: "Nichts, wir machen etwas für alle Menschen",

(Udo Pastörs, NPD: Für die ganze Welt. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Tino Müller, NPD: Amen.)

Und dabei brauchen wir Sie, meine Herren von der NPD, nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Europabildung an Schulen praxisorientiert gestalten und umsetzen, Drucksache 6/4645.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Europabildung an Schulen praxisorientiert gestalten und umsetzen – Drucksache 6/4645 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur 18 Schulpartnerschaften bei fast 600 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, nur 20 Anträge in diesem Jahr für Fahrten im Rahmen des Schüleraustausches, nur eine Schule von über 300 Grundschulen, in der ab der ersten Klasse bilingualer Unterricht stattfindet, und nur zwei Schulen, an denen die Abiturientinnen und Abiturienten mehrsprachige europäische und internationale Kompetenzen europaweit einheitlich erlernen

(Udo Pastörs, NPD: Das ist zu wenig.)

Kurzum: Wir haben einen enormen Nachholbedarf in der Europabildung. Und das ist besonders unverständlich, da sich vor sechs Jahren die Koalition die Behebung dieses Missstandes auf die Fahnen geschrieben hat, denn vor sechs Jahren forderte die Koalition, die bestehenden Europaschulen beim Ausbau ihres Europaprofils zu unterstützen und weitere Schulen zu ermutigen, Europaschule zu werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, dann sind sie doch auf dem Weg.)

2009 hatten wir 28 Europaschulen und heute – sechs Jahre später – sind es sage und schreibe 28 Europaschulen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Das hat schon mal nicht geklappt.

Es konnte auch nicht klappen, denn das Bildungsministerium hat selbst die Zahl der Europaschulen auf 30 begrenzt. Nur 30 Schulen dürfen Europaschulen sein. Warum? Warum hat man nicht wenigstens diese Begrenzung aus dem Jahre 2001 nach dem Koalitionsantrag aufgehoben? Das wäre ja mal ein erster Schritt. Aber Sie

wollten eine Erweiterung und begrenzen gleichzeitig. Vielleicht ist das auch der Zwiespalt in der Koalition?! Der eine will voran, der andere nicht, und somit bremst man dann auch die Schulen aus.

Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrem Antrag forderten Sie 2009 weiterhin, den bilingualen Unterricht an den weiterführenden Schulen zu stärken. Wie sich dieses Angebot entwickelt hat, konnte die Landesregierung auf meine Anfrage nicht beantworten, da der zweisprachige Unterricht gar nicht erhoben wird, und dies sicherlich, weil es ihn wahrscheinlich gar nicht gibt. Das bedeutet doch, dass das Bildungsministerium überhaupt nicht weiß, wer wann wo bilingual arbeitet.

Ebenso bekam ich keine konkrete Antwort auf meine Nachfrage zum vierten Punkt Ihres damaligen Antrages. Hier sollte die Einführung einer anerkannten Zertifizierung für den zweisprachigen Unterricht geprüft werden. Diese Prüfung hat anscheinend nichts ergeben, denn, ich zitiere aus der Antwort der Landesregierung: "Im Grundmodell kann die Teilnahme am bilingualen Unterricht auf dem Zeugnis vermerkt werden." Ende des Zitats. Nichts mit Zertifizierung, nicht mal ein Zertifikat. Unter "Vermerke" soll nun aufgeführt werden, dass der Schüler oder die Schülerin nicht nur eine anerkannte LRS hat, sondern auch am bilingualen Unterricht teilnimmt. Prima Idee und auch so aussagekräftig!

Im letzten Punkt forderten Sie vor sechs Jahren, dass die europäische Geschichte und die Funktions- und Arbeitsweise der Europäischen Union stärker in den Lehrplänen verankert werden sollen. Neben den beiden gerade für die Geschichte und Funktionsweise der Europäischen Union ausschlaggebenden Fächern Deutsch und Englisch wurden im Bereich der Klassen 5 bis 10 keine Rahmenpläne geändert. Die Landesregierung antwortete, eine Überarbeitung der anderen Lehrpläne war nicht erforderlich, weil in ihnen Themen wie "Europa in der Schule" bereits vor dem Jahr 2009 eingearbeitet worden sind, nämlich im Jahre 2002. Da verfügt die Regierung also über hellseherische Fähigkeiten: Sie weiß bereits 2002, wann sich Europa in welcher Form erweitern wird.

Bedeutet es gleichzeitig, dass das Bildungsministerium die europäische Entwicklung einschließlich ihrer Erweiterung und der damit zusammenhängenden inhaltlichen und politischen Fragen für nicht erwähnenswert hält? Denn die meisten Erprobungsfassungen der Rahmenpläne, beispielsweise für die Fächer Sozialkunde, Geografie sowie Geschichte und Politische Bildung, stammen aus dem Jahre 2002. Diese veralteten und überholten Pläne können gar nicht die Entwicklung Europas abbilden. Weil das nun bei Ihnen alles nicht geklappt hat, Sie aber ähnliche Änderungsbedarfe sehen, werden Sie selbstverständlich dem Antrag meiner Fraktion, den wir um wesentliche Punkte gegenüber Ihrem Antrag erweitert haben, zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Grenzen, die es innerhalb Europas nicht mehr gibt, werden im Schulwesen Mecklenburg-Vorpommerns durch bürokratische Hürden ersetzt. Dies bedeutet für die unermüdlich arbeitenden Lehrkräfte an den Europaschulen und für die Schulen, die in der deutsch-polnischen Bildungszusammenarbeit zu Hause sind, Folgendes: Eine Schule, die im Grenzraum, in Sichtweite zu ihrer polnischen Partnerschule liegt, muss einen Antrag gemäß der Verwaltungsvorschrift "Lernen am anderen Ort" stellen, um zum Beispiel

den gängigen gemeinsamen Unterricht in Polen zu ermöglichen. Dieser Antrag muss, weil es eben im Ausland ist, spätestens einen Monat vor dem Termin vom Schulamt genehmigt sein. Es werden dann auch noch Schülerinnen und Schüler bis zur 8. Jahrgangsstufe von derartigen Partnerschaften ausgeschlossen.

Es ist der Regierung nicht einmal gelungen, das Naheliegende zu regeln, nämlich den kleinen Grenzverkehr für Schulpartnerschaften vor Ort. Dass für andere Schulfahrten ins Ausland diese Fristsetzung notwendig ist, bestreiten wir nicht, aber doch nicht für eine Fahrt ins zehn Kilometer entfernte Nachbarland zu der Schule, mit der man eng zusammenarbeitet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ziel muss es doch sein, dass diese Partnerschaft zum Alltag gemacht wird und nicht zu vergleichen ist mit der Fahrt nach Rom oder Sankt Petersburg.

Auch das Ausschließen von Fünft-, Sechst- oder Siebtklässlern von Schulpartnerschaften im Allgemeinen und den Besuchen in der Grenzregion im Besonderen sind weder zeitgemäß noch europafreundlich. Unabhängig davon, dass ich die Angabe von Klassenstufen für widersinnig halte, denn auch Sechstklässler können 14 oder 15 Jahre alt sein oder Achtklässler erst 12 Jahre, müssen hier wesentlich praxisorientiertere Regelungen gefunden werden. Denn warum gibt es nur 18 Schulen – 18 von fast 600 Schulen –, die eine Schulpartnerschaft haben? Um den Kindern und Jugendlichen eine tatsächliche Europabildung zu ermöglichen, müssen derartige Hürden umgehend überwunden werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade im Grenzgebiet zu Polen muss die Bildungszusammenarbeit wesentlich unbürokratischer und dennoch verlässlich organisiert werden, so, wie wir es mit unserem Antrag fordern. Aber anstatt der notwendigen Erleichterung gibt es nicht einmal den notwendigen Inhalt, denn es gibt weder einen Rahmenplan zum Erlernen der polnischen Sprache für die Grundschulen noch für die Orientierungsstufe, die Regionalen Schulen und die Berufsschulen. Das Einzige, womit das Erlernen dieser Fremdsprache unterlegt ist, ist ein Lehrplan für Gymnasien und integrierte Gesamtschulen – eine Erprobungsfassung aus dem Jahr 2002.

Mecklenburg-Vorpommern hat also keine Rahmenpläne und keine zugelassenen Lehrbücher für dieses Fach. Dennoch lernen 537 Schülerinnen und Schüler polnisch. Auf welcher Grundlage überhaupt? Wir stecken doch hier nicht mehr in den Kinderschuhen. Wir hatten Jahrzehnte Zeit, die Grundlagen zu erarbeiten. Wo sind die Rahmenpläne? Wo sind die Lehrbücher? Und das alles, obwohl auch hier die SPD/CDU im Frühjahr 2014 in einem Antrag unter anderem forderten, dass die deutschpolnische Bildungszusammenarbeit durch die Landesregierung fachlich begleitet und ausgebaut werden soll.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Trotzdem haben wir keine Änderungen. Seit unzähligen Jahren ist nichts passiert.

In Brandenburg und Sachsen gibt es nicht nur Lehrpläne und Lehrbücher, da gibt es auch nicht nur jeweils 2.000 Schülerinnen und Schüler, die Polnisch als Fremd-

sprache erlernen, da gibt es sogar Berufsausbildungen mit der Zusatzqualifikation Polnisch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag auch, den Schulen im Grenzgebiet endlich ihre unverzichtbare und beispielgebende Arbeit zu erleichtern und sie mit den notwendigen unbürokratischen gesetzlichen Regelungen und den inhaltlichen Vorgaben auszustatten, damit sie diese Arbeit fortführen können und tatsächlich weitere Schulen gewonnen werden.

Zur Europabildung gehört aber noch mehr, zum Beispiel das Erlernen von Fremdsprachen, damit die Völker eben nicht mehr fremd sind, sondern wir ihre Sprachen erlernen, um sie zu verstehen und verstanden zu werden. Dafür benötigen die Gymnasien in Mecklenburg-Vorpommern eine bessere Stundenausstattung, damit in diesem Bereich nicht geknausert werden muss. Wenn wir die sprachlichen Kompetenzen erhöhen wollen, wenn wir wollen, dass die Jugendlichen Mecklenburg-Vorpommerns weltoffen sind und sich anderen Völkern zuwenden, dann benötigen sie Fremdsprachenkenntnisse, die nicht an der Stundenausstattung scheitern dürfen.

(Udo Pastörs, NPD: Brauchen wir nicht, andere Völker kommen ja hierher.)

Herr Pastörs, hier geht es um Bildung – Zeit für Sie, aus dem Fenster zu gucken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit und Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja!)

Wir brauchen eine Vielzahl von Fremdsprachenunterricht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Ihnen ebenfalls daran gelegen ist, dass mehr als 18 Schulen unseres Landes Schulpartnerschaften eingehen, wenn Sie möchten, dass wir die Arbeit der Schulen – gerade in der Grenzregion – stärken, wenn auch Sie sagen, dass man nicht früh genug mit einer aktuellen Europabildung beginnen kann, und wenn Sie Ihren eigenen Antrag vielleicht doch noch realisieren wollen, dann stimmen Sie für den Antrag meiner Fraktion!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die letzte Speerspitze der Landesregierung.)

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten,

(Heinz Müller, SPD: Aber spitze die Spitze!)

meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kommt bisweilen vor, dass hier Anträge über Probleme vorliegen, die nicht bestehen. (Marc Reinhardt, CDU: Ja, genau.)

Und dies wiederum ist ein solcher Antrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen ist die Regierung nicht anwesend. Ah! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur Schulpartnerschaften, nicht nur Europaschulen, wir haben das Berufswahl-SIEGEL, wir haben das Programm "Sicherheit macht Schule", wir haben Schulen gegen Rassismus und Schulen für Courage, wir haben natürlich die Europaschulen, wir haben Schulen zur nachhaltigen Entwicklung und, und, und.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es gibt ein breites Angebot mit verschiedenen Profilierungen.

Jetzt kann man zwei verschiedene Auffassungen haben. Die eine Auffassung ist, dass man es den Schulen selbst überlässt – den Lehrern, den Schülern, den Eltern – auszusuchen, welches Profil sie im Rahmen der selbstständigen Schule erfüllen wollen. Und es gibt die zweite Maßnahme, dass Einzelne offenbar glauben, den Schulen mehr als nahelegen zu müssen, was sie zu tun und zu lassen haben im Rahmen solcher Profilierungen. Ich sage ausdrücklich: Die Koalition gehört zu dieser zweiten Gruppe nicht,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und warum kommt der Antrag zustande 2009? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

weil wir dann das nächste Mal diskutieren können, ob es möglichst alle Schulen sein sollen, die sich mit dem Berufswahl-SIEGEL ausstatten, die Schulen gegen Rassismus oder Schulen für Courage et cetera werden. Der Sinn der Profilierung ist ja, dass Schulen einen Schwerpunkt setzen können und sich unterscheiden können von einer anderen Schule. Wenn alle Schulen alles machen, dann gibt es auch keine Profilierung mehr.

Im Übrigen glaube ich, man verlangt von Schulleitungen und Kollegien ein bisschen viel, wenn man erwartet, dass die alles machen, was es so an schönen Sachen auf der Welt gibt. Deswegen bin ich dafür, dass es weiterhin in der Verantwortung der Schulleitung, der Kollegien, der Lehrer, der Eltern und der Schüler liegt, dass sie sich entscheiden, was sie gerne machen möchten, und nicht, dass wir als Politik sagen, dies und jenes Profil habt ihr konkret zu erfüllen. Deswegen sind die meisten der Punkte, die hier vorgetragen wurden, konstruierte Probleme.

Ich habe inzwischen 800 Lehrersprechstundengespräche durchgeführt und noch nicht ein einziges Mal hat sich ein Lehrer über die Regularien zum Thema Europaschulen beschwert.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Bei uns schon, im Bildungsausschuss.)

Ich sage ausdrücklich zu, sehr geehrte Frau Oldenburg, wenn Sie ein konkreteres Problem sehen, dann schreiben Sie es bitte auf,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das war mehrmals im Bildungsausschuss Thema.)

oder sagen Sie es konkret: Name, Anschrift, Adresse, Problem, dann gucke ich mir das an.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Und dann gibts einen Anschiss.)

Manchmal wird nämlich auch von dem Ermessen, das man als Verwaltungsmitarbeiter hat, nicht in dem Umfang Gebrauch gemacht, wie eine Verwaltungsvorschrift das hergibt. Dann regelt man die Ermessensauslegung und braucht sicher nicht über Rechtsvorschriften zu diskutieren.

Angenommen, es hat sich eine Schule bei Ihnen beschwert.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Bildungsausschuss, mehrere.)

dann ist das noch lange kein Grund, den gesamten Organisationsbetrieb umzustellen, sondern dann guckt man sich dieses konkrete Problem an. Deswegen immer her damit, dann werde ich mich der Sache gerne annehmen!

Das Einzige, was aus meiner Sicht von diesem Antrag übrigbleibt, ist die Frage, ob wir insbesondere in der polnischen Grenzregion Schulen dabei besser unterstützen sollten, das Zusammenwachsen zu organisieren, auch die sprachliche Integration. Dann darf ich Sie informieren, dass wir einen ersten Schritt getan haben – wenn ich mich recht entsinne, notfalls muss mich der Abgeordnete Müller korrigieren – bereits im Schuljahr 2014/15 an der Grundschule Löcknitz. Durch die Bereitstellung weiterer Lehrerstellen gibt es an einer Schule, an der ganz viele junge Menschen polnischer Herkunft sind, jetzt die Möglichkeit, den Unterricht vernünftig abzusichern.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Es geht aber um polnische Kinder dort.)

Selbstverständlich haben sich die Koalitionäre darauf verständigt, dies aufwachsen zu lassen und nicht in der Grundschule enden zu lassen. Das wird die nächste Gestaltungsaufgabe sein.

(Heinz Müller, SPD: Das ist in Löcknitz sehr gut angekommen.)

Die erste Frage ist: Bekommen die Schulen, die sich auf den Weg machen und die einen besonderen Anteil von Schülern haben, ausreichend Stunden von uns? Das ist, wenn man an die Zukunft denkt, noch nicht der Fall. Ich kündige hiermit an: Wir werden das tun, Frau Oldenburg. Dafür brauche ich keine Rechtsvorschrift, sondern da gucken wir uns die Schulen an, reden mit den Schulleitungen, organisieren das und das wird stattfinden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Siehst du!)

Da haben die Kollegen den entsprechenden Auftrag, das fachlich zu prüfen. Die Ergebnisse liegen mir noch nicht vor.

Die zweite Baustelle, die es gibt, sind die Rahmenpläne, da haben Sie recht, das ist unbestreitbar. Allerdings habe ich die Kollegen nicht gebeten, sich nur die Rahmenpläne Polnisch anzusehen, sondern alle Rahmenpläne in Mecklenburg-Vorpommern.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Die sind alle ein bisschen alt.)

Das IQ M-V arbeitet im Moment daran,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Der Antrag hatte eine andere Zielrichtung.)

einen Gesamtplan zur Überarbeitung sämtlicher Rahmenpläne in Mecklenburg-Vorpommern vorzunehmen, nach dem Muster der gymnasialen Oberstufe. Da geht es um zwei Ziele. Das eine ist: Ich möchte, dass die Rahmenpläne vernünftig aufeinander abgestimmt sind zwischen den Schularten,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

was im Moment nicht der Fall ist, wie es die GEW heute – darüber werden wir ja gleich noch sprechen – mit Recht in Bezug auf das Fach Englisch anmerkt. Und das Zweite, was ich gerne hätte, ist, dass wir Rahmenpläne haben, die konkrete Inhalte vorgeben und klare Standards in diesem Land setzen, damit alle wissen, was in den Schulen im Unterricht zu leisten ist. Davon sind wir sehr weit entfernt, auch wenn es Zeiten in diesem Lande gab, wo das alles mal selbstverständlich war.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tja.)

Da möchte ich wieder hin. Diese Baustelle bleibt, aber einen soliden Rahmenplan – das wissen Sie ganz genau – macht man nicht von heute auf morgen, das dauert ein/zwei Jahre, um so etwas überhaupt inhaltlich zu erarbeiten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir haben seit 25 Jahren keinen Rahmenplan Polnisch.)

Sehr geehrte Frau Oldenburg,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Dass es ein/zwei Jahre dauert, das weiß ich, aber nicht 25 Jahre.)

sehr geehrte Frau Oldenburg, Sie wissen ja, vor 25 Jahren war ich 13 Jahre alt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU, Heinz Müller, SPD, und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na, dann hätten Sie ja anfangen können.)

Ich hatte damals die Arbeit an diesem Projekt unmittelbar aufgenommen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Allerdings haben Sie vielleicht Verständnis dafür, dass ich, als ich so jung war, echt große Mühe hatte, große Mühe hatte, das Projekt zu bewältigen. Deswegen musste ich mir ein bisschen mehr Zeit nehmen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt sind wir ein bisschen enttäuscht. – Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ich bin ja jetzt schon in der sechsten Amtszeit,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt sind wir wirklich enttäuscht. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Auch immer noch nichts passiert.)

und deswegen hoffe ich, dass wir jetzt, in der siebten, wirklich vorwärtskommen mit dem Thema.

Also es gibt einen Arbeitsauftrag an das IQ M-V, eine solche Gesamtsystematik für die Rahmenpläne aufzustellen. Da wird sich das Fach Polnisch und alle anderen Fächer werden sich dort wiederfinden. Und ich sage ausdrücklich, ich werde auch dort keinen Schnellschuss machen, da können Sie so viele Anträge stellen, wie Sie wollen. Denn es hat keinen Sinn,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Geh nach Hause! Was willst du hier eigentlich? – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Jaja, das interessiert überhaupt nicht.)

wenn Sie keinen Gesamtplan haben für die Rahmenpläne.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das interessiert überhaupt nicht.)

Nee, ich halte einfach Ihre Position für falsch, Frau Oldenburg, damit müssen Sie leben. Sie halten meine ja auch für falsch, und ich lebe damit.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Ich kann ganz gut damit leben.

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Es hat keinen Sinn, in einem einzelnen Fach einen Rahmenplan neu aufzustellen, wenn Sie sich nicht das Gesamtsystem der Rahmenpläne angeguckt haben, um das nach einem einheitlichen Muster,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist doch keine Ausrede für so viele Jahrzehnte, Herr Minister, Mensch!)

um das nach einem einheitlichen Muster auf den Weg zu bringen.

Ich glaube, dass die Lehrer und auch die Eltern erwarten, dass die Rahmenpläne nach einer einheitlichen Struktur gebaut sind. Das alles in ein gemeinsames Raster zu bringen bei solchen Fächern wie Religion, Polnisch, Mathematik, Theologie oder Religion, Informatik, ist fachlich nicht ganz einfach und da arbeiten die Kollegen dran. Ich werde ihnen auch nicht sagen, dass sie in zwei Wochen fertig sein sollen, sondern die werden fertig sein, wenn sie ihre Arbeit abgeschlossen haben. Das Ganze wird uns ja demnächst in einem weiteren Tagesordnungspunkt noch einmal beschäftigen.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die Probleme, die Sie schildern, gibt es aus meiner Sicht rechtlich nicht, auch nicht, dass wir im Moment in dieser Rechtsvorschrift 30 Europaschulen drin haben. Und bei 28, da sagen Sie, das ist ja eine Katastrophe, es können nur noch zwei gegründet werden. Frau Oldenburg, in dem Moment,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Seit 2001 haben Sie diese Begrenzung drin. Sie wollen doch gar nicht mehr. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

sehr geehrte Frau Oldenburg, ich verspreche hiermit feierlich, sobald es zwei weitere Anträge gibt und die Gefahr droht, dass wir nun 30 Europaschulen haben, werde ich diese Zahl aus der Rechtsvorschrift komplett streichen. Allein es gibt die Anträge nicht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Warum gibt es die denn nicht?)

Deswegen sage ich ja, Sie versuchen, Probleme zu lösen, die es nicht gibt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Warum gibt es die denn nicht?)

Sie versuchen, Probleme zu lösen, die es nicht gibt. In dem Moment, wo das Problem entstehen sollte, werden wir es lösen. Solange es noch nicht besteht, werde ich mich mit der Lösung nicht bestehender Probleme nicht beschäftigen, sondern ich werde mich darum bemühen, Probleme zu lösen, die wir tatsächlich haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Oldenburg, ich war vor 25 Jahren erst zwölf, also konnte ich damals auch noch nicht mitwirken.

(Heinz Müller, SPD: Du hättest es aber versuchen können.)

Insofern,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wir weinen gleich. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

insofern lassen Sie uns zum Thema kommen. Man könnte auch sagen, der Antrag ist quasi mit dem Bericht des Ministers erledigt, wie ich finde.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Jetzt setzen Sie sich hin! Es reicht! – Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das kann ich gerne tun,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist aber ganz schön hart hier. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

aber ich will Ihnen doch wenigstens noch zwei/drei Sachen mit auf den Weg geben, wenn ich darf.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Nein, das war nicht Frau Oldenburg, die möchte ich in Schutz nehmen, die ist es nicht gewesen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke schön.)

Das war die charmante Kollegin dahinter.

Also, wir haben es gehört, wir haben zurzeit, um es genau zu sagen, 26 öffentliche Europaschulen und auch zwei private Schulen, die zu Europaschulen, ...

(Andreas Butzki, SPD, und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Freie!)

Drei, stimmt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Freie! Nicht drei!)

Freie. Na ja, sagen wir Schulen in freier Trägerschaft, um uns darauf zu verständigen.

... die zu Europaschulen ernannt sind. Wir haben gehört, sie sind auf 30 limitiert. Wir haben aber eben auch vom Minister gehört, dass er kein Problem darin sieht und diese Limitierung sofort auflösen würde. Aber wir haben ja nicht nur an den Europaschulen das Thema Europa, wir haben das guasi an allen Schulen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau, dafür gibt es keine Lehrpläne.)

Es gibt zum Beispiel den Beschluss der KMK, Frau Oldenburg, vom 15.03.1991. Da hat man sich mit dem Thema auch schon beschäftigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie alt waren Sie da, Herr Reinhardt? – Andreas Butzki, SPD: 13. – Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

13, Herr Ritter! 13, Herr Ritter, ein Jahr älter als 1990.

Da wurde festgelegt, dass die Entwicklung von beruflicher Flexibilität zur Bewältigung der sich wandelnden Anforderungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft auch im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas als ein wichtiger Bestandteil der beruflichen Bildung aufgenommen wird.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nur nicht in Mecklenburg-Vorpommern.)

Doch.

In den Rahmenplänen – jetzt kommts – der Ausbildungsberufe Sozialassistent und Heilerzieher sind zudem interkulturelle Themen und Kompetenz verpflichtende Bestandteile, auch in Mecklenburg-Vorpommern, Frau Oldenburg. Wir haben bilingualen Unterricht an ziemlich vielen Schulen. Seit 2010 gibt es auch eine Immersionsschule.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Eine, ja.)

an der Unterricht in verschiedenen Fächern ab Klasse 1 erteilt wird, und eine zweite Fremdsprache ab Klasse 5 angeboten wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch ziemlich viel.)

Die Auseinandersetzung mit Fragen Europas und seiner Entwicklung ist in allen Bildungsgängen und Schularten ein verpflichtender Bestandteil der Fächer Geografie, Geschichte oder Politische Bildung. In den modernen Fremdsprachen ist die interkulturelle Kompetenz als Bildungsziel fest verankert. Sie sehen also, Europabildung findet nicht nur an den Europaschulen statt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nur nicht.)

Ich sehe es genauso wie der Minister, dass wir niemanden zwingen müssen, Europaschule zu werden.

(Die Abgeordnete Simone Oldenburg bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich gestatte. Ach so, das darf ich noch gar nicht.

Vizepräsidentin Regine Lück: Ja, Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Oldenburg?

Marc Reinhardt, CDU: Sehr gerne.

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte schön, Frau Abgeordnete Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Herr Reinhardt, wenn das alles nicht notwendig ist, warum haben Sie 2009 als Koalition diesen Antrag gestellt und warum haben Sie bis heute nichts getan?

Marc Reinhardt, CDU: Wenn Sie dem Minister zugehört hätten – wir haben ja zum Beispiel in Löcknitz angefangen, was zu tun,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

das ist ein aufwachsender Prozess. Wir hätten auch an zehn Schulen was machen können und Sie hätten wahrscheinlich noch gesagt, es reicht nicht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sie haben an keiner was gemacht.)

Insofern habe ich dafür Verständnis, dass die Opposition versucht, uns ein wenig zu treiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das liegt in unserer Natur.)

Wir lassen uns aber nicht treiben, weil das Stück für Stück und auch vernünftig aufgebaut wird, Frau Oldenburg.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Dann sind wir uns ja an der Stelle einig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: War das eine Frage?)

Sie sehen also, Europabildung ist ein fester Bestandteil an allen Schulen. Auch ich bin ja nach 1990 noch zur Schule gegangen.

> (Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wie alt waren Sie da? – Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Nach 1990? Jedes Jahr ein Jahr älter, Frau Oldenburg.

Ich bin auf das Gymnasium in Teterow gegangen und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass dort die Europabildung immer fester Bestandteil war, nicht nur bei den Schulreisen nach Rom oder London. Insofern glaube ich tatsächlich, dass wir hier keine Probleme herbeireden sollten, die nicht da sind. Deshalb werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Europabildung ein. Wir GRÜNEN halten das für ein berechtigtes und sinnvolles Anliegen.

(Zuruf aus dem Plenum: Oh! Oh!)

Der Antrag benennt ja bereits eine Vielzahl von Handlungsfeldern, die den Gedanken der Europabildung berühren: die Rahmenpläne der allgemeinbildenden Schulen, die Arbeit der Europaschulen im Besonderen, den Fremdsprachenunterricht, grenzüberschreitende Kooperationen, Austauschprogramme et cetera. In manchen Bereichen steht das Land bereits relativ gut da, in anderen Bereichen gibt es jedoch erhebliches Verbesserungspotenzial.

(Andreas Butzki, SPD: Ach so!)

Zum Beispiel kritisieren Sie, dass es in Mecklenburg-Vorpommern nur 28 Europaschulen gibt. Das sehen wir etwas differenzierter. Natürlich wären mehr Europaschulen absolut wünschenswert, aber man muss doch immerhin positiv anerkennen, dass Mecklenburg-Vorpommern mit 28 Europaschulen im Bundesländervergleich schon vorne dabei ist. Das sind beispielsweise mehr Schulen als in Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Rheinland-Pfalz oder auch Bayern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bayern wundert mich jetzt nicht. – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

Dabei ist aber natürlich entscheidend, wie die Rahmenbedingungen für die Europaschulen in unserem Land sind. Auch hier kann man sagen, wer sich mit diesen Schulen etwas beschäftigt, wird hervorragende Schulprogramme vorfinden und Schulen, die es mit dem Europagedanken und der Internationalität ernst meinen.

Und doch gibt es noch manche Reserven. So wird zum Beispiel der zweisprachige Unterricht, der ja ein wichtiges Element für Europaschulen sein soll, häufig nur vereinzelt oder in wenigen Klassenstufen angeboten. Da ist noch einiges mehr möglich und nach unserer Auffassung auch nötig. Ich erinnere an unsere Ausschusssitzung vor Ort in der Europaschule in Ahlbeck, wo der Schulleiter – Frau Oldenburg ist ja darauf eingegangen – sehr eindrücklich geschildert hat, wie aufwendig das bürokratische Verfahren ist, wenn der Austausch zwischen der Partnerschule in Swinemünde, Świnoujście, nicht nur auf dem Papier stattfinden soll, sondern tatsächlich gelebt werden soll durch regelmäßige, und damit meine ich nicht regelmäßig einmal im Jahr, sondern regelmäßige wöchentliche Treffen.

(Andreas Butzki, SPD: Tägliche.)

Das gilt natürlich auch für den Kitabereich. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es nur zwei zweisprachige Kindertagesstätten. Das ist im bundesweiten Vergleich schon ein ziemlich trauriger Wert.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist aber der Sozialbereich.)

Sehr einig sind wir uns in den Fragen der deutschpolnischen Bildungszusammenarbeit und des Polnischunterrichts. Polen ist für Mecklenburg-Vorpommern ein
wichtiger europäischer Nachbar. Gerade die Grenzregionen werden im Laufe der Zeit immer mehr miteinander
verschmelzen, was ja, wie gesagt, bei unserem Besuch
in der Europaschule in Ahlbeck sowohl durch den Bürgermeister als auch den Schulleiter sehr deutlich vermittelt wurde. Wir vergessen oft, für Mecklenburg-Vorpommern ist die nächstgelegene Metropole nicht etwa Hamburg und es ist auch nicht Berlin, sondern es ist Szczecin
mit ungefähr 400.000 Einwohnern.

(Andreas Butzki, SPD: Oder Berlin.)

Trotzdem haben im vergangenen Jahr nur 492 von 140.000 Schülerinnen und Schülern in unserem Bundesland Polnisch gelernt. Das sind 0,35 Prozent.

(Michael Andrejewski, NPD: Da muss der Verfassungsschutz eingreifen.)

Wir sind darum der Meinung, dass dieses Unterrichtsfach an mehr Schulen angeboten werden sollte. Das gilt natürlich besonders für die Grenzregionen.

(Andreas Butzki, SPD: Das muss auch angenommen werden, nicht?!)

Außerdem sollte es künftig ermöglicht werden, Polnisch schon vor der 7. Klasse zu wählen, genauso wie es der Standard bei Englisch, Spanisch oder Französisch ist.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und Plattdeutsch!)

Handlungsbedarf gibt es auch bei der Unterstützung von Schüleraustauschen. Der Schüleraustausch ist ein wichtiges Element für die Europabildung und für internationale Erfahrungen überhaupt. Die Landesförderung für solche Maßnahmen fällt jedoch entsprechend spärlich aus. Auch hier erhalten jedes Jahr weniger als ein Prozent der Schülerinnen und Schüler finanzielle Unterstützung. Wie viele Jugendliche in der 8., 9. oder 10. Klasse für ein ganzes Schuljahr ins Ausland gehen, das weiß der Bildungsminister nicht einmal.

(Andreas Butzki, SPD: Nö.)

Diese prägenden, aber sehr kostenintensiven Auslandsschuljahre müssen vollständig privat finanziert werden. In einem Bundesland mit vergleichsweise geringem Einkommen darf man davon ausgehen, dass weitaus weniger Schülerinnen und Schüler die Chance bekommen als in anderen Bundesländern. Vielleicht ließe sich an dieser Stelle einmal über ein Stipendiumprogramm nachdenken.

In den europapolitischen Schwerpunkten des Landes wurden manche EU-Initiativen für eine höhere Mobilität von Schülerinnen und Schülern in den letzten Jahren überhaupt nicht erst aufgeführt, das heißt, von der Landesregierung für nicht wichtig erachtet. Ich erinnere etwa an das Ansinnen eines internationalen Schülerausweises, der europaweit die ermäßigte Nutzung des Fernund Nahverkehrs erleichtern sollte. Wer das europäische Bewusstsein und die Europabildung fördern will, sollte

auch die entsprechenden Initiativen auf EU-Ebene kennen, begleiten und dann natürlich für das Land entsprechend nutzen.

Es ist wiederum bemerkenswert, dass es vonseiten der Lehrerinnen und Lehrer offensichtlich wenig Bedarf für Austauschprogramme gibt. Das Land stellt jedes Jahr acht Lehrerstellen für einen Austausch mit Polen, Moldawien und den baltischen Ländern bereit. Aber es finden sich seit Jahren nicht genug deutsche Lehrkräfte, die dieses Austauschprogramm wahrnehmen.

(Andreas Butzki, SPD: Wollen.)

Hier würde mich einmal interessieren, wie das Ministerium die Zurückhaltung erklärt.

(Andreas Butzki, SPD: Wenn sich keiner findet.)

Noch ein Wort zu den Unterrichtsinhalten und den Rahmenplänen: Dieser Punkt ist sehr allgemein gehalten und insofern natürlich nicht falsch.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wir sind allerdings bei Themen für die Rahmenpläne auch mit unseren eigenen inhaltlichen Forderungen etwas vorsichtiger geworden. Denn wenn wir alles in die Rahmenpläne hineinschreiben, was uns Initiativen, Expertinnen und Experten, Eltern, politische Akteure und so weiter häufig mit gutem Recht, guten Begründungen als absolut wichtiges Themenfeld für die Rahmenpläne nahelegen, dann geraten wir schnell in Richtung 24-Stunden-Schule. Das heißt, an dieser Stelle kommt es schon auf das Detail an, an welchen Stellen das Themenfeld Europabildung überarbeitet, ergänzt oder neu verankert werden soll. Das ist jedoch weniger als Kritik gemeint, sondern eher als Anregung.

(Andreas Butzki, SPD: Ach so?!)

Vielleicht sollten wir über diese Frage einmal intensiver im Bildungsausschuss reden. Uns wurde von der Staatskanzlei ja schon einmal der Europakoffer vorgestellt.

(Andreas Butzki, SPD: Na, das meine ich auch.)

Ich bin aber der Meinung, Herr Butzki, damit ist das Thema Europabildung noch nicht erschöpfend behandelt. Es gibt noch Potenzial.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ja auch im Koffer, das Thema!)

Das zeigt nicht zuletzt dieser Antrag, dem wir darum gerne zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Butzki von der Fraktion der SPD.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich war 1991 31 Jahre alt

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Falls die Frage kommt.)

und war einer der jüngsten Schulleiter.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Du bist schuld!)

Wenn man es so will, dann bin ich es wohl.

Ich durfte nach dem Schulreformgesetz von Superbildungsminister Oswald Wutzke arbeiten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach?!)

Er ist ja vorgestern gelobt worden von eurem Bildungsexperten Herrn Bluhm,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Der war hier.)

der gesagt hat, es war ein kurzes, knappes Schulreformgesetz und man könnte das insgesamt dünner halten, was ich mir eigentlich kaum vorstellen könnte.

Ich will aber gleich zu Anfang sagen, ich bin wirklich ein überzeugter Europäer, denn ich kann mich an die Zeit erinnern von vor 1989. 29 Jahre war ich eingemauert

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

und hatte kaum Möglichkeiten,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oh Gott!)

Menschen aus anderen Ländern und deren Kulturen kennenzulernen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Die damalige DDR wollte keine internationalen Kulturen und Kontakte. Selbst die sogenannte deutsch-sowjetische Freundschaft stand nur auf dem Papier. In Neustrelitz – jeder weiß, dass vor 1989 über 20.000 Russen dort stationiert waren – waren Kontakte nicht erwünscht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Seit mehr als 25 Jahren kann ich durch viele Staaten Europas ganz einfach reisen und als Geografielehrer habe ich auf zahlreichen Bildungs- und Erlebnisreisen meinen Wissenshunger zum Teil gestillt. Es ist natürlich schwierig, als Geografielehrer dem Schüler etwas von Ebbe und Flut zu erzählen, wenn man nicht ein Mal durchs Watt gewandert ist oder so etwas mal live erlebt hat.

Deshalb bin ich wirklich sehr, sehr dankbar, dass wir vorgestern den Jahrestag "25 Jahre Landtag M-V" begehen konnten. Das war für die Ostdeutschen, denke ich, doch eine große Sache. Ich halte den europäischen Gedanken für eine große Sache und habe das auch immer in meinem Unterricht vermittelt. Die europäischen Werte wie Demokratie, Solidarität, Meinungs- und Pressefreiheit

(Udo Pastörs, NPD: Ha, wo gibt es die denn?)

müssen unseren Kindern in der Schule, aber ich denke, auch zu Hause, erklärt werden. Diesen Antrag halte ich aber für wenig zielführend.

Werte Simone Oldenburg, wir wissen beide, ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oldenburg!)

Habe ich das nicht richtig ausgesprochen?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nicht "Ooldenburg"!)

Oldenburg! Entschuldige bitte!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nicht nur Geografie, auch Deutsch. – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Aussprache, ne?!

... wir beide wissen, dass die Aktivitäten einer Schule nicht von irgendwelchen bürokratischen Gegebenheiten abhängen, sondern von den handelnden Personen vor Ort. Eine Schule, die partnerschaftliche Beziehungen haben möchte, organisiert sich diese, ob als Europaschule, über das Projekt Erasmus+, durch städtepartnerschaftliche Beziehungen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Eine Schule nimmt daran teil.)

oder durch Eigeninitiative der Schule. Es gibt in unserem Bundesland viele gelungene Beispiele für europäische Beziehungen. Diese werden nicht nur in den 28 Europaschulen gelebt, sondern ich denke, auch an vielen anderen Schulen in unserem Bundesland.

Gestern habe ich noch mal mit zwei Schulleitern gesprochen. Der Schulleiter der neuen friedländer gesamtschule, Heiko Böhnke, gab mir auch die Erlaubnis, ihn wie folgt zu zitieren: "Plaketten sind das eine, die aktive Ausgestaltung des Europagedankens ist das andere. Meine Schule hat partnerschaftliche Beziehungen mit einer tschechischen und einer polnischen Schule."

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

"Verkehrssprache ist Englisch für die Schülerinnen und Schüler. Mit der Schule aus Tschechien beispielsweise wird eine Physikolympiade per Videokonferenz durchgeführt." Zitatende. Diese Friedländer Schule ist keine Europaschule, aber ich denke, der Europagedanke wird ganz klar gelebt.

Der Schulleiter der Kooperativen Gesamtschule Altentreptow, Dirk-Michael Brüllke, äußerte sich ähnlich. Auch ihn darf ich zitieren: "Von 2005 bis zum letzten Jahr führte die KGS das Comenius-Projekt mit Schulen aus Spanien, Estland und Polen durch. Zusätzlich gab es einen Schüleraustausch mit einer französischen und einer englischen Schule. Als einer von drei Moderatoren im Land für das Projekt Erasmus+ weiß ich, dass es nicht auf Schilder an der Schule ankommt, sondern auf das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer." Zitatende.

Auch an anderen Schulen in meinem Schulamtsbereich und, ich denke, auch im Land Mecklenburg-Vorpommern werden europäische Schulpartnerschaften sehr intensiv gepflegt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: 18! 18! Laut Kleiner Anfrage. 18 von über 600! Das sind drei Prozent.) Sie alle aufzuzählen, denke ich, würde den zeitlichen Rahmen hier sprengen. Zwei Beispiele hatte ich ja genannt.

Auch in der Grenzregion zu Polen gibt es gute partnerschaftliche Beziehungen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben. Wir waren mit dem Ausschuss dort, wir waren auch mit unserem Bildungsarbeitskreis in der Regionalen Schule in Löcknitz, genauso wie an der Beruflichen Schule in Eggesin, und wir haben dort eine ganze Menge gehört.

Natürlich gibt es – "natürlich" hört sich blöd an –, es gibt Probleme bei der Zusammenarbeit mit den polnischen Schulen, wir hatten schon einiges gehört: Die Bürokratie ist ein Problem. Bei uns gibt es zahlreiche Vorschriften und auf polnischer Seite – das darf man auch nicht vergessen – muss alles über Warschau geregelt werden. Uns wurde noch mal ganz eindeutig bei unserer Klausur, die wir im letzten Jahr in Stettin durchgeführt haben, erklärt, dass man vor Ort relativ wenig lösen kann. Das muss alles über Warschau gehen. Und natürlich sind die Sprachprobleme in der Zusammenarbeit das größte Hindernis, ansonsten würden die Beziehungen, denke ich, noch vielfältiger sein.

Über die Wege zu einer praxisorientierten Europabildung gibt es die unterschiedlichsten Meinungen. Neben den Schulpartnerschaften spielt der Fachunterricht eine entscheidende Rolle, die Europaerziehung ist ein Bestandteil von schulischen Lehrplänen und im Schulgesetz Paragraf 5 Absatz 5 ist beispielsweise die Europaerziehung als ein wichtiges Aufgabenfeld dargestellt.

Ich habe mir in Vorbereitung dieser Landtagsdebatte jetzt mal die Mühe gemacht und mich mit dem Ausschusssekretariat des Europa- und Rechtsausschusses in Verbindung gesetzt. Dieser Ausschuss hat sich auch intensiv mit der Europabildung in den Schulen beschäftigt. Ich will diesen dreiseitigen Vermerk nicht vorlesen, aber ich würde ihn gern zur Verfügung stellen.

Auf einige Punkte möchte ich kurz hinweisen. Den Grund- und Regionalschulen ist der Europakoffer zur Verfügung gestellt worden, wir haben schon einiges gehört. Kern dieses Europakoffers ist dieses Europahandbuch, das sich wirklich auf die Rahmenpläne für das Land Mecklenburg-Vorpommern stützt und sich daran orientiert. Ich denke, man kann damit gut arbeiten. Wir haben heute schon einiges gehört zum Parlamentsforum Südliche Ostsee: Im Jahre 2014 ist in Kaliningrad eine Resolution "Bildung im Tourismus im südlichen Ostseeraum" beschlossen worden. Unter anderem wurde dort auch über den Jugendaustausch oder die Erweiterung dieses Jugendaustauschprogramms gesprochen.

Bildung und Erziehung sind ein wichtiger Grundpfeiler für die Werbung und für die Umsetzung der Idee des geeinten Europas. Vor diesem Hintergrund begrüße ich es ausdrücklich, dass mit dem Programm Erasmus+ die verschiedensten Bildungsprogramme der aktuellen EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 neu aufgestellt worden sind. Der Etat für die Jahre 2014 bis 2020 wurde auf 14,8 Millionen Euro aufgestockt.

So, ich will das alles hier mal nicht weiter so sagen.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Abschließend möchte ich noch einmal kurz betonen, dass viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Schüler/-innen einen intensiven Austausch pflegen. Dabei werden sie nicht nur durch das Land, die EU und die verschiedensten Bildungswerke unterstützt, auch wenn sich manche Schule natürlich mehr finanzielle Unterstützung wünscht. Alle Schulen, mit denen ich gesprochen habe – das wurde hier schon mehrmals angesprochen –, wünschen sich aber, dass die Bürokratie wirklich auf das Nötigste beschränkt wird.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das hat der Minister nicht gesagt.)

Zum Abschluss meiner Ausführungen – der Minister ist kurz darauf eingegangen – gebe ich noch einige Anregungen für neue Anträge für MINT-Schulen. Meine Schule ist zum Beispiel eine MINT-Schule.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Du hast gar keine.)

Wir können auch über Multimediaschulen reden, die gibt es auch zu wenig, Umweltschulen gibt es zu wenig, Schulen ohne Rassismus, Schulen mit Courage, Klimaschutzschulen, PAS Schulen, UNESCO-Projektschulen, Schulen mit einem Berufswahl-SIEGEL –

(Zuruf aus dem Plenum: Damit können wir eine ganze Legislaturperiode beglücken. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

darüber kann man im Landtag immer diskutieren. Wir hätten also in jeder Landtagsdebatte immer einen neuen Punkt. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich Ihren Antrag das erste Mal las, ist mir sofort aufgefallen, dass Sie von welt- und europaoffenen Persönlichkeiten schreiben, wobei ein weltoffener Bürger doch eigentlich per se europaoffen sein müsste.

(Michael Andrejewski, NPD: Der ist noch offener.)

Erklärlich wird dieser Schnitzer in der Differenzierung nur dadurch, dass man wohl noch mal unterstreichen wollte, dass der ideale Staatsbürger gegenüber allem offen und tolerant sein sollte, nur eben nicht dem eigenen Volk gegenüber.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die eigene Kultur kennenlernen und verstehen, wäre ja auch Deutschtümelei, wie es einer von Ihnen – wer immer es war, ich habe es vergessen – in der letzten Landtagswoche ausdrückte.

Bevor die Lehrpläne der mecklenburgischen und pommerischen Schulen

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Vorpommerischen!)

mit zusätzlichen Inhalten einer nicht existenten europäischen Einheitskultur überfrachtet werden, wäre eine Besinnung auf das eigene kulturelle Erbe, darunter insbesondere die Pflege und Weiterentwicklung der plattdeutschen Sprache und Kultur, anzudenken.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Der Europabegriff kommt in Ihrem Antrag regelrecht als Ersatzreligion daher. Ähnlich wie früher der Kommunismus hochgehalten wurde, tragen Sie ihn nun vor sich her. Sie verlangen in Ihrem Antrag, die innereuropäischen Grenzen im Bildungssystem abzubauen und die pädagogische Arbeit innerhalb der EU grenzfrei zu gestalten. Ganz ernst meinen Sie Ihren Antrag dabei offensichtlich nicht, denn bevor man sich solche Ziele auf die Fahnen heftet, muss zunächst einmal das föderale Bildungssystem gekippt werden, um wenigstens deutschlandweit einheitliche Standards gewährleisten zu können.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Quatschkopf!)

Darüber hinaus sollten auch die eingefleischtesten Europafans unter Ihnen zur Kenntnis nehmen, dass die sogenannte internationale Harmonisierung an den Hochschulen keinerlei Vorteile gebracht hat, sondern lediglich zu einem berechtigterweise viel kritisierten Chaos führte.

Dann fordern Sie, die Rahmenpläne entsprechend den aktuellen Entwicklungen innerhalb Europas zu erarbeiten beziehungsweise anzupassen. Wer entscheidet eigentlich, was an den aktuellen Entwicklungen wichtig ist? Und wie sind die aktuellen Entwicklungen dann zu gewichten? Nehmen Sie doch nur die Flut der angeblichen Flüchtlinge, die derzeit durch Europa schwappt! Ich denke nicht, dass gerade die osteuropäischen Staaten sich mit der Betroffenheitspropaganda aus der BRD anfreunden wollen. Und, na ja, es wäre natürlich zu begrüßen, wenn letztlich diese Ihnen dann den Kopf waschen würden.

Was Ihr Begehren nach extravaganten Orchideenfächern mit vielfältigem Fremdsprachenunterricht angeht, so sollten Sie das dringend zügeln. Zuallererst sollte das Problem des immer noch hohen Unterrichtsausfalls in M-V angegangen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Tja!)

Im vergangenen Schuljahr betrug die Ausfallquote an einzelnen Schulen bis zu neun Prozent. Nicht einmal ein flächendeckender Schwimmunterricht kann derzeit im Land verwirklicht werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Hauptsache Europa.)

Interessanterweise benachteiligt – und das sollten Sie sich jetzt merken – sind bei mehrsprachigem Unterricht vor allem sogenannte Migrantenkinder, die ohnehin Schwierigkeiten in der Landessprache aufweisen. Mit einer weiteren Sprache sind sie oft überfordert. Sie wollen doch die neuen Fachkräfte nicht zusätzlich belasten, oder?

Was in Ihrem Antrag natürlich nicht fehlen durfte, ist die Forderung nach mehr Polnischunterricht in der Grenzregion, was ja nun wirklich total überflüssig ist. Nicht nur, dass es bereits einen Rahmenplan für den Polnischunterricht ab der 7. Klasse gibt, darüber hinaus dürfte der Kreis derer, die nicht einer polnischen Minderheit im Kreis Vorpommern-Greifswald angehören und an diesem

Unterricht teilnehmen beziehungsweise ihm folgen, doch relativ überschaubar sein.

Zum Schluss hätte ich auch noch eine Bitte an Sie, Frau Oldenburg: Können Sie mal aufklären, warum Sie von 28 Europaschulen sprechen, aber auf dem Bildungsserver des Landes nur 27 Europaschulen aufgeführt sind? Bei einem von ihnen ist ein Fehler. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Der Fehler ist bei Ihnen.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brie von der Fraktion DIE LINKE.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Dr. André Brie.)

Dr. André Brie, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass meine Kollegin und Freundin Simone Oldenburg den Antrag meiner Fraktion sehr gut begründet hat.

(Udo Pastörs, NPD: Eine nette Freundin. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich bin ein bisschen enttäuscht über die Diskussion, die jetzt hier stattfindet. Der Antrag, den die SPD und die CDU mal eingebracht haben, ist nach meiner Überzeugung tatsächlich nicht umgesetzt worden, genauso wie die Tatsache, Herr Minister, dass die Antwort, die Sie oder die Landesregierung auf die Kleine Anfrage gegeben haben, sehr arg reduziert worden ist. Es geht um wesentlich mehr und ich will zunächst zwei Dinge persönlich dazu sagen.

Erstens. Ich bin kein Lehrer, ich bin kein Pädagoge, aber ich bin oft in den Schulen, in Gymnasien. Heute habe ich zwei Besuchergruppen mit Schülerinnen und Schülern aus Vorpommern-Rügen hier. Sie wollen sehr viel über ihre Probleme und über Fragen, die Europa betreffen – die Flüchtlingskrise, die Finanzkrise –, sprechen. Sie haben zu wenige Chancen, das im Unterricht zu machen.

(David Petereit, NPD: Das können sie in der großen Pause machen.)

In der Hinsicht habe ich sehr viel damit zu tun und beschäftige mich intensiv damit, weil es ihre Fragen und auch meine Fragen sind.

Zweitens. Das wird noch persönlicher. Meine Tochter hat bis zum Sommer an der Grundschule in Passow gelernt. Sie ist jetzt im Spätsommer nach Potsdam in die Schule gekommen, weil die Mutter ihre eigene Tochter auch öfter sehen wollte, und meine Frau muss in Potsdam arbeiten, sie hat ihre Arbeit dort. Meine Tochter hat sehr viel in Passow gelernt. Sie hat gerade an ihrer neuen Schule die Olympiade gewonnen und war die Vertreterin ihrer Schule bei der Stadtolympiade. Aber gleichzeitig hat sie einen großen Rückstand beim Englischlernen.

Wir Eltern können es privat finanzieren, dass sie Unterricht bekommt, damit sie das nachholt. Ich begreife wirklich nicht, dass wir von vielen unserer älteren Eltern verlangen, dass sie mobil sind oder woanders hinziehen. Aber für unsere Kinder ist diese Zersplitterung der Bundespolitik demobilisierend. Es werden nicht alle – und vielleicht gar nicht viele – Eltern solchen zusätzlichen

privaten Unterricht finanzieren können. Wir haben uns gestern über Ihren Einsatz für das Niederdeutsche unterhalten, aber dass wir jetzt den Englischunterricht kürzen wollen, den Unterricht, der für die Zukunft unserer Kinder, im Übrigen auch für die Zukunft unseres Landes so bedeutsam ist, das begreife ich nicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich weiß nicht, wie meine eigene Fraktion dazu steht, dass wir Englisch kürzen wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen mehr Polnisch.)

ich persönlich halte das für den völlig falschen Weg.

Ich habe gestern Abend in Berlin bei einer Diskussion, wo ich sprechen musste, einen Unternehmer gehabt, der hat 5.000 Menschen aus Polen, die bei ihm arbeiten. Und wir bemühen uns so wenig, Polnisch bei uns selbst zu entwickeln. Frau Oldenburg hat mir aus der "Ostsee-Zeitung" vom 11. November 2015 noch etwas gegeben: Polnischunterricht ist in dem Landkreis, wo ich vor allen Dingen arbeite, in Vorpommern-Rügen, eine Ausnahme. Natürlich wird es in Heringsdorf, Ahlbeck, Löcknitz regulär vermittelt, ansonsten fehlt das fast überall. An den Berufsschulen spielt es gar keine Rolle. In Brandenburg – das kenne ich aus eigenem Erleben – gibt es auch, durch die Deutsche Bahn zum Beispiel, Ausbildungen auf Deutsch und Polnisch.

In der "Ostsee-Zeitung" heißt es, ich zitiere: "Vom Ideal eines Polnischunterrichts, der sich von der Kindertagesstätte bis hin zur Berufsschule zieht, ist man weit entfernt." Ich habe mich, als ich noch im Europäischen Parlament war, intensiv dafür eingesetzt, dass es zum Beispiel eine Kita mit deutsch-polnischem Unterricht gibt, und war erfolglos.

(David Petereit, NPD: Oh!)

Herr Minister, Sie haben zum Schluss Ihrer Rede gesagt, dass Sie nicht über etwas reden möchten, das es nicht gibt. Das klingt sehr sympathisch. Aber dann sage ich Ihnen mal, was ich, obwohl ich nicht aus der Pädagogik komme, über Mecklenburg-Vorpommern zu Defiziten gefunden habe: Sie haben schon über Europa geredet, ich rede jetzt mal über Erasmus+ - das wurde vorhin erwähnt - oder über den Europass und den Mobilitätsnachweis. Deutschland ist in Europa der Spitzenreiter. Alles, was ich über Mecklenburg-Vorpommern finden konnte, ist, dass wir allerdings in keiner Weise zu den Spitzenreitern gehören, sondern akut abstiegsbedroht sind - bei fast allen Zahlen, die ich finden konnte. Und wenn Sie es nicht beantworten können, wie die aktuellen Zahlen sind beim Mobilitätsnachweis, beim Europass und so weiter, werden wir Sie mit Sicherheit auch noch danach fragen. Insgesamt finde ich, dass die Ergebnisse von europapolitischer Bildung bei uns - nicht unbedingt die Gesetze und was weiß ich was, aber was rauskommt - nicht zu dem gehören, was wir wirklich für unsere Kinder, für unser Land und natürlich auch für die europäische Zusammenarbeit benötigen.

Ich möchte zu einem letzten Punkt kommen. In diesem Saal hat vor gut zwei Jahren der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, geredet.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Der hat seine vorbereitete Rede beiseitegelegt und stattdessen frei gesprochen.

(Udo Pastörs, NPD: Was für eine Leistung!)

Ja, für Sie wäre es wahrscheinlich ein großes Problem.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Ja, klar.)

Wissen Sie, ich habe vier Jahre lang darauf verzichtet, auf Ihre Einruf..., Ihre Einrufe

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie mal langsam, sonst ist es nicht verständlich!)

zu reagieren, aber heute werde ich das mal ändern. Ich denke einfach, die drei asiatischen, die drei siamesischen Affen. ...

(Udo Pastörs, NPD: Die drei siamesischen Affen?)

Ja!

... die bräuchte man bei Ihnen nicht. Zwei würden reichen: nicht hören und nicht sehen. Sprechen machen Sie sowieso.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Aber ich möchte aus der Rede von Martin Schulz zitieren:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"Wendet sich das Volk von einer Idee ab, ist die Idee verloren." Und was wir gerade erleben, ist zumindest, dass sich die Menschen von der EU abwenden.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich denke, dass sich die demokratischen Parteien hier damit nicht abfinden werden.

(Udo Pastörs, NPD: Sie müssen gerade von Demokratie reden, gerade Sie! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber wir sollten uns darüber im Klaren sein, diese Frage scheitert mit der Frage, ob es gelingt, jungen Menschen tatsächlich diese Idee sozial, alltäglich, kulturell und bildungspolitisch wieder nahezubringen

(Udo Pastörs, NPD: Die pfeifen auf das, was Sie ihnen nahebringen wollen.)

und sie so konkret zu nutzen, wie das Frau Oldenburg hier getan hat. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat noch einmal der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Brie, Ihre Rede hatte, wie ich finde, eine ganz andere Flughöhe als das, was wir uns bisher geliefert haben. Deswegen würde ich da gerne einsteigen, muss aber um Verständnis bitten, dass ich in bestimmten Punkten aus meiner Sicht nicht mehr zum Gegenstand des Antrages sprechen kann. Sie haben es aber auch nicht getan und das Präsidium hat es gestattet. Insofern gehe ich davon aus, dass ich unter diese Genehmigung schlüpfen darf.

Die Nichtvergleichbarkeit von Lehrinhalten und Bildungsabschlüssen in Deutschland ist eine Wahrheit, hat aber mit diesem Antrag nichts zu tun. Da stimme ich mit Ihrer Auffassung völlig überein. Ich hätte überhaupt keine Schwierigkeiten damit, wenn wir in Deutschland einheitliche Stundentafeln in allen Jahrgangsstufen hätten, einheitliche Rahmenpläne, einheitliche Schulbücher. Sofort macht Mecklenburg-Vorpommern da mit. In dieser Konsequenz sind wir aber fast die Einzigen. Deswegen ist dieser Antrag, der uns hier vorgelegt wurde, wenn man es mal ganz ernsthaft betrachtet, eine Überforderung extraterrestrischen Ausmaßes.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wir bekommen es ja im Moment nicht einmal hin, trotz des intensiven Einsatzes – ich lese Ihnen gleich vor, warum –, uns in Mecklenburg-Vorpommern mit allen Bundesländern abzustimmen. Das wird wohl noch Jahrzehnte dauern. Wir arbeiten uns mühsam Schritt für Schritt voran, Abitur et cetera, darauf will ich nicht weiter eingehen, aber es ist sehr mühsam.

Die erste Forderung, die Sie als LINKE an uns richten, lautet: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, "innereuropäische Grenzen im Bildungssystem abzubauen und die pädagogische Arbeit innerhalb der EU grenzfrei zu gestalten". Sie beauftragen uns damit, dass wir als Landesregierung ganz Europa im Rahmen der Bildungssysteme harmonisieren sollen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das ist eine extraterrestrische, ich will mal sagen, Überbeanspruchung unserer Fähigkeiten. Ich hätte sie gerne, das sage ich Ihnen ausdrücklich. Diese Fähigkeit, die da steht, die hätte ich gerne. Aber wir haben sie weder faktisch noch rechtlich.

Und jetzt zu dem zweiten, für mich wichtigen Punkt der insgesamt drei Punkte. Herr Brie, das ist vielleicht wirklich ein kleiner Unterschied: Ich respektiere und schätze Ihr Engagement für die Idee Europas sehr, Sie waren ja auch lange Europaabgeordneter. Ich kann das verstehen. Aber was wir nicht machen dürfen, ist – davon bin ich fest überzeugt, ich formuliere es jetzt etwas polemisch, weil mir nichts Besseres einfällt, sehen Sie es mir nach –, das in Programmen von irgendeiner Umerziehung auf unsere Bevölkerung zu applizieren nach dem Motto: "Wir haben in Europa im Moment Probleme der Zustimmungsfähigkeit oder der Zustimmung der Menschen zu Europa,"

(Udo Pastörs, NPD: Nicht nur zu Europa!)

"und deswegen haben wir eine ganz große Aufgabe, in den Schulen die Kinder so zu erziehen, dass sie diese Zweifel nicht haben." Ich glaube, das kann nicht richtig sein

Wenn es Legitimationsprobleme von Europa gibt, dann muss man die dadurch aufheben, dass man überzeugende politische Antworten in Europa gibt, damit die Menschen diese Zweifel nicht haben. Da kenne ich viele Beispiele,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

auch im Wissenschaftsbereich, zum Beispiel so etwas wie "Bologna" –

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

ein Riesenrohrkrepierer und nicht eine Riesenerfolgsgeschichte. Darüber kann man mit vielen Hochschullehrern reden. Nicht alles, Herr Brie, was aus Europa kommt, ist wirklich ausgegoren und eine gute Idee. Das muss man auch mal zur Kenntnis nehmen!

Dritter Punkt. Gefährdet die Maßnahme – wir werden ja nachher noch darüber diskutieren –, gefährdet die Maßnahme, den Englischunterricht zugunsten des Deutschunterrichts zu reduzieren, die Europafähigkeit der Bürger dieses Landes? Das war ja die Frage. Ich bin fest davon überzeugt, dass es aus zwei Gründen nicht der Fall ist, den Rest mache ich ausführlicher. Wenn ich die eigene Sprache nicht einigermaßen fehlerfrei beherrsche,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist absolut richtig.)

mich in der Rechtschreibung und Grammatik nicht orientieren kann, die Regeln dieser Sprache nicht verstehe, dann habe ich auch nicht das Handwerkszeug, mir eine andere Sprache anzueignen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tja, also mehr Deutschunterricht reinschaufeln!)

Das ist ein ganz einfacher Zusammenhang.

Zweitens. Wenn man sich die Frage anschaut – oder drei Argumente –, wenn man sich die Frage anschaut, wie viel Deutschunterricht die in der Bildung erfolgreichsten Länder der Bundesrepublik Deutschland haben, nämlich Sachsen und Bayern, dann ist das genauso viel, wie uns die Koalitionsfraktionen beauftragen wollen einzuführen. Wir hätten dann genauso viel Englisch wie die Spitzenreiter der Bildung in Deutschland. Da bin ich inhaltlich sehr weit entfernt von dem Untergang des Abendlandes.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ich habe mir aber auch die Frage gestellt, die Sie sich gestellt haben. Und dann habe ich gesagt, wer sind denn eigentlich die Experten im Bereich "Lernen". Das sind die Lehrer. Wir haben den Lehrern dieses Landes, den Grundschullehrern, exakt diese Frage vorgelegt: Seid ihr der Auffassung, dass es wichtig ist, wieder etwa so viel Deutschstunden zu haben wie früher in der DDR, um auf dieser Grundlage Englisch zu lernen? Ja oder Nein? Und würdet ihr eine Reduzierung des Englischunterrichtes akzeptieren? Es haben sich 2.084 Grundschullehrer beteiligt. Es gibt eine Mehrheit von 80 Prozent, die sagt, ja, genau der Weg ist richtig. Und wir haben selbst eine Mehrheit der Lehrer, die eine Lehrbefähigung für das Fach Englisch haben, die sagen, ja,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

diese Alternative halten wir für richtig: etwas weniger Englisch, so wie Sachsen und Bayern, und dafür grundlegend mehr Deutsch. Ich will jetzt nicht sagen "wie früher",

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Wir brauchen mehr Deutsch und keine Reduzierung von Englisch.)

ich würde nicht sagen "wie früher", aber fast ist es so.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Doch nicht immer "statt"!)

Jetzt sage ich Ihnen eines: Das Votum, das 80-prozentige Votum

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

von 2.084 Grundschullehrern, wo selbst ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Sind Sie für mehr Deutschunterricht? Na wer ist denn nicht dafür?!)

Sehr geehrte Frau Oldenburg, ich lese Ihnen in der nächsten Rede die Frage vor, die ich gestellt habe.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, ich habe die da.)

Die lautet: "Finden Sie es richtig, dass wir den Englischunterricht auf das Niveau von Bayern und Sachsen reduzieren und dafür den Deutschunterricht erhöhen?" Auf diese Frage haben 80 Prozent der Lehrkräfte klar und deutlich mit Ja geantwortet,

(Udo Pastörs, NPD: Wir brauchen mehr Englischlehrer!)

und auch eine Mehrheit der Englischlehrkräfte an Grundschulen. Und jetzt sage ich Ihnen eines: Ich bin nicht klüger als diese 2.084 Lehrer. Ich behaupte, niemand von uns ist das, auch Frau Oldenburg nicht. Deswegen ist das der richtige Weg.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Minister, gestatten Sie eine Frage?

Minister Mathias Brodkorb: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Regine Lück: Bitte schön, Frau Berger.

(Die Abgeordnete Ulrike Berger spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Einen kleinen Moment! Jetzt gehts los.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

Mich würde interessieren, woher der Bildungsminister weiß, dass in Bayern mehr Deutsch unterrichtet wird als in Mecklenburg-Vorpommern, wo doch die Bayern über einen grundlegenden Unterricht verfügen, was ein fächerübergreifender Unterricht ist

(Egbert Liskow, CDU: Frage! – Andreas Butzki, SPD: Das war eine Erklärung.)

und die Fächer Deutsch, Mathematik, Kunst, Musik und Sachunterricht verbindet.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Abgeordnete Berger, ich bin erstaunt über Ihre Frage, weil das, was Sie darin unterstellen, habe ich gar nicht behauptet.

(Die Abgeordnete Ulrike Berger spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Nein, ich habe nicht gesagt, dass die Bayern mehr Deutschunterricht haben als wir.

(Die Abgeordnete Ulrike Berger spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Nein, nein, das ist falsch. Dann müssen Sie noch mal nachlesen! Das ist einfach falsch. Und bitte bereiten Sie sich gut vor!

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ja, das ist falsch.

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Abgeordnete Berger, haben Sie noch eine zweite Anfrage an den Minister?

(Die Abgeordnete Ulrike Berger spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Minister Mathias Brodkorb: Lassen wir das Protokoll entscheiden! Es tut mir leid. Vorsorglich sage ich, dass ich das nicht gesagt habe. Falls doch, ist es falsch. Aber ich glaube nicht, dass ich das gesagt habe,

(Torsten Renz, CDU: Nein, nein, das haben Sie nicht gesagt.)

sondern ich habe gesagt, wir haben die Lehrer gefragt, ob sie so viel ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich weiß nicht, ob das unparlamentarisch ist, wenn ich sage, Frau Berger, lassen Sie uns um eine Flasche Wein wetten, dass ich das nicht gesagt habe.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe gesagt, dass wir die Lehrer gefragt haben, ...

Frau Berger, wollen Sie die Antwort wissen?

(Die Abgeordnete Ulrike Berger spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

... dass wir die Lehrer gefragt haben, ob sie einverstanden sind und zustimmen, dass wir die Englischstundenzahl in Mecklenburg-Vorpommern auf das Niveau absenken, das in den beiden Ländern herrscht, die am besten sind bei den Bildungsabschlüssen – Sachsen und Bayern –, ob sie

damit einverstanden sind, Ja oder Nein. Die Antwort war mit 80-prozentiger Mehrheit klar. Was anderes habe ich, glaube ich, nicht behauptet. Ich halte die Wette im Übrigen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4645. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt, dagegengestimmt haben die SPD, die CDU und die NPD. Es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4645 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Moratorium für Glyphosat, Drucksache 6/4659.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Moratorium für Glyphosat – Drucksache 6/4659 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Glyphosat ist in aller Munde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte nicht! Bitte nicht! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Glyphosat selbst ist ein Wirkstoff, der in fester Form vorliegt. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um die Einschätzung der verschiedenen Institutionen zu verstehen, was diesen Wirkstoff angeht. Glyphosat ist eine feste Substanz, die wasserlöslich ist. Man könnte also denken, dieses Wasserfeststoffgemisch wird dann auf die Pflanzen gesprüht. Dem ist nicht so. Denn die meisten Pflanzenoberflächen haben eine Wachsschicht und dann würde der Wirkstoff, das Glyphosat selbst, nicht auf die Pflanze wirken können. Deswegen wird noch etwas beigemischt: die sogenannten Netzmittel.

Wir haben es also mit einem Wirkstoffgemisch zu tun. Deswegen werden sich auch verschiedene Ableitungen der verschiedenen Institutionen ergeben, was die Gefährlichkeit für Umwelt, Tier und Mensch angeht. Glyphosat ist ein Breitbandherbizid. Anders als andere Herbizide tötet es nicht entweder die einkeimblättrigen oder die zweikeimblättrigen Pflanzen, es tötet alle Pflanzen innerhalb weniger Tage.

Das Stroh von mit Glyphosat besprühtem Getreide darf laut Beipackzettel zum Beispiel nicht an Tiere verfüttert werden. Aber das Getreide, das ist zum Verkehr zugelassen. Gleichzeitig wissen wir, dass auch die Braugerste, woraus unser Bier hergestellt wird, keinesfalls mit Glyphosat behandelt werden darf. Glyphosat tötet alle Pflanzen. Als Zielorganismen sind eigentlich die Unkräuter oder die Beikräuter gemeint.

Wir haben also ganz leere Felder. Das bedeutet, die Artenvielfalt im Offenland wird rapide auf null gesenkt. Das betrifft dann eben in der Folge nicht nur die Pflanzen, die daran eingehen, sondern alle von den Pflanzen abhängigen Insekten, weitere Tiere, die Vögel. Viele Organismengruppen sind auf diese Weise direkt oder indirekt von der Giftwirkung des Glyphosats betroffen. Viele Organismen werden bei der Zulassung dieses Wirkstoffs auch gar nicht untersucht. Zum Beispiel werden Amphibien, die in den kleinen Gewässern leben, nicht darauf untersucht, ob sie empfindlich sind für dieses Gift.

Es gibt eine Studie von Rick Relyea, der hat die Substanz Roundup getestet und hat genau, wie es vorgeschrieben ist, dieses Roundup eingesetzt und dann die Amphibiensterblichkeit untersucht. Bei den Kaulquappen musste er feststellen, dass die fast zu 100 Prozent gestorben sind – eine hundertprozentige letale Wirkung von Roundup in der Anwendung, so, wie es vorgeschrieben war. Auch bei den Jungfröschen kam es zu einer letalen Wirkung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es konnten immerhin 20 Prozent der Jungfrösche überleben, aber 70 bis 80 Prozent starben.

Wir haben also direkte Wirkungen auf die Artenvielfalt, auf die wilde Fauna und Flora. Aber was uns seit einigen Monaten besonders besorgt und worum sich auch der Diskurs hauptsächlich dreht, ist die Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation beziehungsweise der Internationalen Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation IARC, die im Frühling dieses Jahres gesagt hat, die Studien, die vorliegen, sind ausreichend, um Glyphosat – als Anwendungsgemisch haben sie es beurteilt –, um Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" für den Menschen einzustufen. Sie mögen sich ja unterschiedlich stark für das Überleben von Fröschen und Vögeln interessieren in diesem Parlament, aber dass die Gesundheit von uns Menschen eine Rolle spielt, darüber sind wir uns, denke ich, alle sehr einig.

Glyphosat wird nun nicht ab und zu hier ein kleines bisschen und da ein kleines bisschen eingesetzt – es ist das meist verwandte Pestizid weltweit. Es ist mittlerweile nachgewiesen, dass wir es in unserem Körper tragen. Glücklicherweise, muss man sagen, wird es über den Urin ausgeschieden, aber dort ist es erst einmal drin. Da wir es also eine bestimmte Zeit lang in unserem Körper tragen und die Weltgesundheitsorganisation es als "wahrscheinlich krebserregend" einstuft, müssen wir hier wirklich sehr besorgt sein.

Es gibt Studien, die davon sprechen. Ein Wissenschaftler hat sich mal die Mühe gemacht und sich nach dem Informationsfreiheitsgesetz die ursprünglichen Zulassungsstudien von Monsanto auf den Tisch gezogen. Die haben epidemiologisch untersucht, ob es einen Zusammenhang, eine Korrelation gibt zwischen auftretenden Krebserkrankungen beim Menschen und dem Einsatz von Roundup. Sie haben eine positive Korrelation gefunden bei Brustkrebs, bei Nierenkrebs, bei Schilddrüsenkrebs, bei Leberkrebs und noch andere, die ich jetzt nicht aufführe. Es ist also eine ernst zu nehmende Substanz.

Unsere Fraktion hat sich deswegen entschlossen, mit diesem Antrag ein Moratorium zu fordern. Die gerade

zitierten Autoren fordern, dass das Risiko von Glyphosat neu bewertet werden muss, um den Nutzen, den man einerseits in Bezug auf die Unkrautvernichtung hat, und die Risiken, die andererseits immer deutlicher werden, neu einschätzen zu können. Nichts anderes fordert unser Antrag.

Ich möchte noch auf unsere frisch vorgelegte Studie eingehen. Die Bündnisgrünen-Fraktion hat gemeinsam mit Umweltverbänden 15 Kleingewässer in Mecklenburg-Vorpommern untersucht. Die waren ausschließlich in Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebieten. In 12 von diesen 15 untersuchten Kleingewässern wurden insgesamt zehn Pflanzenschutzmittel oder Pflanzenschutzmittelabbauprodukte in teils kritischen Konzentrationen gefunden. Am häufigsten war der sogenannte AMPA-Stoff dabei. AMPA ist ein Abbauprodukt von Glyphosat. Glyphosat ist, wie gesagt, allgegenwärtig in der Umwelt, es ist in aller Munde, es ist in unseren Körpern. Da gehört es nicht hin. Es muss etwas unternommen werden!

Ich möchte noch mal kurz auf die Studien eingehen. Die Weltgesundheitsorganisation hat das beurteilt, was wirklich draußen eingesetzt wird. Das Bundesamt für Risikobewertung dagegen hat den Wirkstoff Glyphosat alleine, ohne seine Beimischung, die ich eingangs erläutert habe, untersucht. In der Form kommt aber Glyphosat niemals zum Einsatz. Haben Sie schon mal einen Landwirt gesehen, der ein Pulver nimmt und es auf den Pflanzen verstreut? Nein. Es wird gesprüht, es kommt immer in flüssiger Phase mit den genannten Benetzungsmitteln zum Einsatz.

Wenn man sich die kürzlich herausgekommene angebliche Entwarnung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, der EFSA, genau anguckt, gibt auch diese Einschätzung keine Entwarnung für das Glyphosat. Denn die EFSA verweist auf Studien, die gezeigt haben, dass es gentoxische Wirkungen gibt, also dass es genetisch schädigend ist. Das Erbgut wird geschädigt. Eigentlich hätte die EFSA logischerweise eine Nichtempfehlung für die Verlängerung der Glyphosatzulassung aussprechen müssen. Das hat sie nicht getan. Wie gesagt, auf die Äcker kommt nicht Glyphosat selbst, sondern es kommen die Wirksubstanzen der Firmen.

Ich möchte, wenn noch Zeit ist, auf einen Einzelbericht eines Bürgers dieses Landes eingehen, der sich auch an unsere Fraktion gewandt hat und der im "Pestizid Aktions-Netzwerk" schreibt.

(Torsten Renz, CDU: Ist der Mitglied eines Vereins?)

Er hat sich an das LALLF gewandt, weil er sich durch eine Behandlung mit Pestiziden auf der Nachbarfläche seines Anwesens geschädigt fühlte. Ein Auszug aus seinem Schreiben lautet, Zitat: "Da weder die Umweltschäden noch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen nachlassen, entzogen wir" – also der Landwirt, der hier schreibt – "2014 dem Landwirtschaftsbetrieb die ursprünglich an ihn verpachteten Flächen. Auf einer dieser Flächen richten wir gerade ein "Beobachtungsfeld zur Erforschung der Folgen pestizidbasierter industrieller Landwirtschaft" ein. Auf der Fläche wurde zudem am 14.04.2015 ein "Rachel Carson Weg" eingeweiht, womit wir das Lebenswerk der Biologin und Buchautorin würdigen. Damit und mit einer Wurfzettelkampagne wollen wir die Anwohner in den umliegenden Gemeinden auf die

Gefahren aufmerksam machen. Wir hoffen, so Veränderungen zu initiieren, die allen Beteiligten nützen. Tote Erde schafft keine Arbeitsplätze.' (Johannes Meisser aus Mecklenburg-Vorpommern)", Zitatende. Das ist in dem "Pestizid Aktions-Netzwerk" veröffentlicht.

Die hier erwähnte Rachel Carson ist die berühmte Autorin des Buches "Der stumme Frühling". Damals ging es um das Gift DDT. Sie erinnern sich vielleicht, es wurde mit einem DDT-Gesetz richtig verboten, denn das Abbauprodukt – hier DDE genannt – hat dazu geführt, dass die Schalen von den Eierschalen der Seeadler so dünn geworden sind, dass er die nicht mehr erfolgreich ausbrüten konnte. Die Schalen zerbrachen. Zum Glück wurde rechtzeitig die Bremse gezogen und auf dieses Gift wurde weitgehend verzichtet. DDT ist in vielen Umweltmedien heute immer noch nachweisbar, da es sehr, sehr persistent ist. Zum Glück hat der Seeadler damit auch die Kurve gekriegt und die Population hat sich mittlerweile erholen können. Mit dem Einsatz des DDT wäre das nicht gelungen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund fordert unsere Fraktion ein Moratorium, also ein Aussetzen der Anwendung von Glyphosat. Die Landesregierung soll sich auf allen möglichen Ebenen mit Nachdruck dafür einsetzen, dass das Vorsorgeprinzip angewandt wird und dass dieses allgegenwärtige und wahrscheinlich krebserregende Pestizid nicht mehr in die Umwelt gelangt, bis auf der EU-Ebene eine Neubewertung der immer deutlicher werdenden Risiken dieses Herbizids stattgefunden hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum einen bin ich dankbar für die doch relativ sachliche Darstellung,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Gewohnt sachlich!)

und zum anderen will ich eines an den Anfang stellen: Pflanzenschutzmittel oder Medikamente haben im Grundwasser, im Oberflächenwasser nichts zu suchen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Grundaussage.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ob Sie darüber jetzt wieder lachen oder nicht, ich nehme die Sache sehr, sehr ernst.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer lacht denn? – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir haben applaudiert.) Wenn ich sie nicht so ernst nehmen würde, würde ich das auch hier nicht vertreten.

Im Übrigen ist die Studie – auch das will ich an den Anfang stellen –, die Kurzstudie, die Sie hier eben angedeutet haben, für mich keine repräsentative Darstellung für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die Spitze des Eisbergs!)

Dann will ich Ihnen ausdrücklich sagen, ich bin sehr froh, sehr froh und dankbar, dass es mir gelungen ist, auf der Umweltministerkonferenz am letzten Freitag einen Antrag durchzubringen, dass der Grundwasserschutz, der Oberflächenwasserschutz zur nationalen Aufgabe bestimmt wird. Das ist ein großer Erfolg, weil wir damit auch deutlich machen, dass wir innerhalb Deutschlands endlich Lösungen brauchen, die dem vorsorgenden Verbraucherschutz dienen und die die Diskreditierung eines Bereiches, nämlich der Landwirtschaft, möglichst sehr deutlich unter die Lupe nehmen.

Ich will an dieser Stelle eines herausstellen und am liebsten auch die Frage von Ihnen beantwortet haben: Aus meiner Sicht gibt es nur eine Gesundheit. Diese Strategie zu verfolgen – wenn man es so will "One Health" –, ist europäisch und weltweit eine der Herausforderungen der Zukunft. Ich wage zu behaupten, dass es nur möglich sein wird, wenn wir hochwertige Lebensmittel aus der pflanzlichen Ernährung betrachten, aus der tierischen und letzten Endes aber auch die humane Gesundheit in den Vordergrund stellen. Das heißt, wir haben es mit einem Gesamtsystem zu tun. Wenn es der Pflanze gut geht, geht es dem Menschen und den Tieren gut. Und wenn es den Tieren gut geht, wird es den Menschen auch gut gehen.

Deswegen halte ich den vorsorgenden Verbraucherschutz, im Übrigen gerade in Europa, wo wir immer wieder beim vorsorgenden Verbraucherschutz über TTIP oder andere Themen diskutiert haben, für ein elementares Instrument der Zukunft – das gilt auch und insbesondere für Medikamente, ob im humanmedizinischen, im veterinärmedizinischen oder, wenn man es so will, auch im pflanzlichen Bereich –, das als Grundlage zu stellen ist.

Deswegen, Frau Karlowski, ist mir eines wichtig: Man hatte in den letzten Wochen und Monaten immer wieder den Eindruck, dass es Ihnen nicht allein um die Frage von Pflanzenschutzmitteln, also in Ihrem Sprachgebrauch um Themen über den Pestizideinsatz geht und diese in den Vordergrund gestellt werden, sondern es geht um eine ganz andere Frage. Es geht um die Frage der Zukunft und darum, dass die ökologische Landwirtschaft eigentlich das Heilbringendste ist.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Bleiben Sie doch beim Thema!)

Ich betone an dieser Stelle, auch in der ökologischen Landwirtschaft – das wollen Sie immer nicht hören –, auch in der ökologischen Landwirtschaft

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr werdet auch keine Freunde mehr, was?!)

muss und wird es weiterhin zu Pflanzenschutzmaßnahmen kommen müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nicht nur Glyphosat.)

Ich warne, ich warne, ...

Nicht mit Glyphosat, aber mit anderen Mitteln.

... aber ich warne auch davor,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

diese Schwarz-Weiß-Malerei hier im Landtag zu betreiben

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die betreiben Sie doch gerade.)

und auf der anderen Seite keine Alternativen auf den Weg zu bringen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die betreiben Sie gerade ganz alleine.)

Ich bin im Übrigen auch der festen Überzeugung – die Medien sind ja zum Glück hier dabei –, dass es außerordentlich wichtig ist, wenn die WHO und insbesondere die IARC, also die Krebsforschungsunterabteilung der WHO, wenn die den Auftrag richtigerweise bekommen hat, sowohl Pflanzenschutzmittel zu überprüfen als auch zu fragen, und das lassen Sie ja immer aus, ob sie wahrscheinlich krebserregend sein können. Aber Sie verheimlichen insbesondere andere Themen. Diese WHO hat den Auftrag, auch von der Weltgemeinschaft, nach den Ursachen von Krebs zu suchen. Dazu gehört im Übrigen Kaffee, dazu gehört Mate, dazu gehört Sonnenlicht oder dazu gehört auch die Schichtarbeit. Auch darüber können Sie jetzt wieder schmunzeln, aber es gilt als wahrscheinlich, dass die Überdosis dieser Dinge,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darüber kann man nicht schmunzeln.)

ob das Pflanzenschutzmittel sind, ob das Kaffee ist – die Dosis machts, auch das wollen Sie wieder nicht hören – wahrscheinlich krebserregend sein kann. Bewiesen ist es nicht. Das ist mir wichtig.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das mit der Dosis ist so. Das ist so.)

Darauf vertraue ich im Übrigen auch. Und ich sage Ihnen auch ganz klar, wir haben genau das, was Sie hier fordern, auf den Weg gebracht. Es ist in Deutschland – in Deutschland – nicht auf Initiative der Großen Koalition, sondern von Rot-Grün, das Bundesamt für Risikobewertung eingesetzt worden. Ich hoffe, Sie wissen das und teilen die Auffassung: Ich halte das BfR für eines der wichtigsten Grundlageninstitute, unabhängig von Politik und Parteien, das prüft, ob und inwieweit hier die Risikovorsorge im Sinne des Verbraucherschutzes durchgesetzt wird.

Sie haben richtigerweise die erste angesprochen, es gibt jetzt eine neue Studie oder auch den Hinweis, dass Glyphosat und deren, wenn man es so will, Breitbandanwendung wahrscheinlich nicht krebserregend ist. Ja, was soll man denn nun noch glauben? Und genau vor dieser Frage stehe ich. Ich sage Ihnen, ich sage Ihnen hier und heute,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die allgemeinen wissenschaftlich – und ich arbeite wissensbasiert und nicht wie Sie, parteildeologisch –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Harry Glawe, CDU: Richtig.)

ich sage Ihnen hier und heute noch mal,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Könnt ihr nicht mal ein bisschen gegenseitig abrüsten?! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Wissenschaftsexperten der Bundesrepublik Deutschland, Europas und der Welt sagen, dass im Vergleich zu anderen Mittelanwendungen das Glyphosat – und das werden Sie auch teilen – eines der geringsten Probleme auf dieser Erde ausmacht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das wird immer schlimmer.)

Nicht umsonst tut man sich auch schwer mit dem Moratorium und mit dem Verbot.

Ich sage Ihnen hier und heute auch ausdrücklich, ich werde ab 1. Januar des Jahres 2016 den Vorsitz der Agrarministerkonferenz aufnehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh! Keine Drohung! Keine Drohung!)

Wir haben vereinbart – im Übrigen im Verbund der Länder –, dass die Studien, die vorliegen, auch dann zu bewerten sind, und wir in der Frühjahrskonferenz zu entscheiden haben, ob für Deutschland dieses Mittel weiterhin eingesetzt werden darf. Sie müssen bitte auch bedenken, hier geht es auch nicht nur,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bitte bedenken Sie auch – und das ist mir wichtig, auch für die Öffentlichkeit ist es wichtig –, dass dieses Mittel als Breitbandmittel auch in anderen Bereichen eingesetzt wird. Ich denke da an die Sicherheit der Bundesbahn und der Eisenbahn. Wenn Sie heute den Gleiskörper nicht behandeln und letzten Endes damit die Standfestigkeit nicht gesichert wird, möchte ich Sie gerne fragen, mit welchen Alternativen Sie das machen wollen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann machen Sie einen Vorschlag!)

Oder die ökologischere Landwirtschaft, Präzisionslandwirtschaft, die wir auf den Weg gebracht haben: Ich habe mich gestern zum ökologischen Landbau geäußert, aber ich bitte Sie auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass, wenn wir bestimmte Mittel.

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das Mäusegift, mit dem Wildgänse umgebracht wurden?!)

von denen Sie sagen, wir wollen sie nicht mehr anwenden, nicht mehr haben, das natürlich automatisch dazu führt, wenn Sie die pfluglose Bearbeitung – da muss man

natürlich Fachwissen haben und das haben Sie leider nicht –, wenn Sie die pfluglose Bearbeitung in Mecklenburg-Vorpommern wieder beenden wollen,

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sie unterstellen uns wieder Dinge, wo Sie es besser wissen.)

dass wir zu mehr Aufwendungen kommen, sowohl was den Klimaschutz anbetrifft,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch Allgemeinwissen.)

als auch was die Energieverschwendung anbetrifft,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da können Sie doch nicht davon ausgehen, dass ich das nicht weiß. Das ist doch eine Unterstellung sondergleichen.)

was aber insbesondere auch die Breitbandanwendung zusätzlicher Mittel notwendig macht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es gibt wesentlich mehr Alternativen als nur eine oder zwei.)

Das sind alles Stichworte, die Sie nicht hören möchten, die vielleicht auch Ihren Grundgedanken zuwiderlaufen, durch die letzten Endes aber deutlich wird, dass wir nur eine Gesundheit auf dieser Erde garantieren wollen. Das gilt für die Pflanzen genauso wie für die Tiere und den Kreislauf Mensch.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, dann verzichten Sie doch auf Glyphosat!)

Und wenn Sie sich hier hinstellen und so tun, als ob wir auch in Zukunft Medikamente,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr als Minister, Herr Backhaus!)

Medikamente für die Humanmedizin gar nicht mehr einsetzen dürfen, die 123 gentechnisch veränderten Medikamente,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weichen Sie doch nicht vom Thema ab! Wir haben einen ganz präzisen Vorschlag gemacht.)

die eingesetzt werden in der Humanmedizin oder auch in der Veterinärmedizin, während wir hier über die Pflanzengesundheit reden und wir übermorgen mit Mykotoxin in Deutschland ein Riesenproblem bekommen,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wobei Sie dann die Verantwortung dafür haben, dass diese wertvollen Lebensmittel auf Sonderdeponien gelagert werden müssen,

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Glyphosat tötet die Pflanzen.)

dann ist das typisch für das, was Sie hier anstreben. Ich sage Ihnen noch mal ausdrücklich, wir wollen, dass die Verbrauchersicherheit in den Vordergrund gestellt wird

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die Menschen! Die Menschen sollen gesund bleiben!)

und dass wir damit letzten Endes Sorge dafür tragen, dass in Deutschland hochwertige Lebensmittel jeden Tag

(Beifall Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

in hoher Qualität genossen und zu sich genommen werden können.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sie sind verantwortlich! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Abschließend zur Reduzierung der Einträge: Sowohl bei den Nährstoffen als auch bei Pflanzenschutzmitteln gibt es mittlerweile eine Reihe von Arbeitsgruppen, die national arbeiten. Fragen Sie doch mal bei Ihren Kollegen nach!

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt die Arbeitsgruppen unter Leitung des UBA, des Umweltbundesamtes,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Zulassung von Glyphosat, darum geht es.)

die sich mit dem Gewässerschutz auseinandersetzen. Dabei hat insbesondere das Thema Pflanzenschutzmittel eine herausragende Bedeutung.

(Andreas Butzki, SPD: Liveübertragung!)

Da gibt es die Unterarbeitsgruppe Kleingewässerschutz. Und Sie stellen sich hier hin und tun so, als ob wir das mit dem Land der 1.000 Seen, ja, 2.000 Seen ...

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: 3.000!)

Ich wollte mal horchen, ob Frau Karlowski das überhaupt weiß. Sie hat sich ja dazu nicht geäußert, also weiß sie es auch nicht.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

... nicht im Monitoring hätten. Selbstverständlich machen wir Stichproben und selbstverständlich wissen wir auch, dass es dort an der einen oder anderen Stelle Probleme gibt. Deswegen wird es auch zur Verschärfung kommen.

Wir haben im Übrigen im letzten Jahr ausdrücklich bei Glyphosat ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Verschärfung soll es denn sein?)

Hören Sie mir doch wenigstens ein Mal zu! Bei Glyphosat hat es eine Verschärfung gegeben.

Im letzten Jahr, Frau Karlowski, hat es keinen einzigen Antrag ...

Vizepräsidentin Regine Lück: Einen Moment! Einen Moment, Herr Minister! Einen Moment, Herr Minister!

Minister Dr. Till Backhaus: Ja.

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Dr. Karlowski, ich möchte Sie doch bitten, Sie haben nachher noch Ihre Redezeit und können sich in anderer Form mit dem Minister auseinandersetzen.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Bitte, Herr Minister.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich weise darauf hin, es hat im letzten Jahr nicht einen Antrag zur Sikkation in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Auch da haben wir als eines der wenigen Bundesländer in Deutschland im Übrigen eine Verschärfung vorgenommen. Das begrüßen Sie jetzt, also nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, ein Moratorium hilft uns in diesem Moment nicht weiter, solange es nicht europaweit einen wirklichen Entzug der Zulassung gibt. Dann werden nämlich aus anderen Regionen, ob aus Frankreich oder Italien, die Mittel eingeführt und werden doch noch in Deutschland eingeführt, solange wir keinen europäischen Untersagungsgrund haben. Dann können wir uns hier argumentativ darüber auseinandersetzen, ob es nun Sinn macht oder nicht.

Wir haben, das ist mir wichtig, in der Agrarministerkonferenz, der Umweltministerkonferenz, mit den Anträgen von Mecklenburg-Vorpommern – auch das müssten Sie wissen – darum gebeten, dass die Bundesregierung dafür sorgt, dass zum Beispiel in bestimmten Bereichen diese Mittel nicht mehr angewandt werden, das heißt zum Beispiel in Kleingärten, in öffentlichen Bereichen und im Übrigen auch im Straßenbaubereich. Das ist nicht ganz unwesentlich. Wir haben darauf hingewiesen, dass man, solange diese Dinge nicht eindeutig geklärt sind, diese Mittel in ihrer Bandbreite nicht einsetzt.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, wir haben darauf reagiert.

Dann bin ich auch noch mal ausdrücklich bei Ihrer Studie. Ich bin schon froh, dass wir natürlich solche Untersuchungen vornehmen. Und wenn Sie hier und heute feststellen, dass in einer Reihe von Gewässern eben kein Nachweis ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Drei Stück!)

Ja, und 15 sind bei Ihnen 5!

Das ist keine repräsentative Studie. Auch das, was Sie hier darstellen, die Qualität dieser Studie – das sage ich Ihnen hier und heute – zweifle ich an. Sie müssen mal offenlegen, wer die Proben genommen hat! Ist das in einem akkreditierten Institut untersucht worden?

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aha!)

Insofern sage ich Ihnen, die repräsentativen Studien, die wir machen, deuten darauf hin, dass wir insbesondere

natürlich in den Vegetationsperioden diese Nachweise haben, die gehören da nicht rein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 15 Minuten sind ganz schön lange, was?!)

Ich betone das ausdrücklich.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zum Glück haben Sie auch dargestellt, dass die Halbwertszeit dieser Mittel sehr kurz ist und sie sich damit im Getreide oder auch in den Lebewesen zum Teil nicht wiederfinden lassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zum Teil.)

Auch das ist eine vernünftige Erkenntnis.

Allgemein kann festgestellt werden, dass durch unsere intensive Beratungslandschaft, die wir haben – darauf habe ich gestern Abend hingewiesen –, ein Umdenken in der Landwirtschaft eingesetzt hat und dass damit der Glyphosateinsatz und dessen zusätzliche Produkte deutlich verringert worden ist. Und mir ist auch wichtig, ein Landwirt, der von seinem Grund und Boden leben muss – das haben Sie leider nicht verinnerlicht –, ein Landwirt, der auf Dauer auf seinem Grund und Boden weiter produzieren will, wird seine Grundlage doch nicht aufs Spiel setzen und deswegen diese Mittel auf wissensbasierten Grundlagen einsetzen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht nicht um die Landwirte, sondern um die Zulassung von Glyphosat.)

Ich vertraue – das ist auch eine Kernaussage – dem LALLF. Das ist das Landesamt – das LALLF, nicht die LALLF, das ist das LALLF –, das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Pflanzenschutz. Wenn Sie das bitte zur Kenntnis nehmen, dass dieses akkreditierte Unternehmen eine wertvolle Arbeit leistet und dass im Übrigen das Landespflanzenschutzamt ausdrücklich in diese bundesweiten Studien und natürlich auch in die Arbeitsgruppen eingebunden ist. Ich habe ganz hohes Vertrauen, dass Herr Dr. Vietinghoff – ich sage das mal an dieser Stelle – eine ausgezeichnete Arbeit leistet im Land und weit darüber hinaus ausdrücklich hochgradig anerkannt ist.

Deswegen betone ich es noch mal: Ich glaube, die Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln ist eine Grundlage, die wir auch in Zukunft mit den Landwirten weiter diskutieren wollen. Ich glaube, dass Mecklenburg-Vorpommern auf einem sehr, sehr guten Weg ist, die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln deutlich vorangetrieben zu haben. Insofern würde ich Sie wirklich sehr, sehr bitten: Versachlichen Sie die Diskussion! Setzen Sie sich real mit dem Thema Pflanzenschutz auseinander!

(Egbert Liskow, CDU: Das kann sie nicht.)

Und bedenken Sie immer, bei allem, was Sie an Kritik an Pflanzenschutzmitteln und damit an Medikamenten in Richtung Landwirtschaft hier austragen: Auch im ökologischen Landbau benötigen wir zur Gesundung von Krankheiten im Pflanzenbau Pflanzenschutzmittel.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Segen, dass wir dies durch die Wissenschaft und Forschung weltweit auf den Weg gebracht haben.

Stellen Sie sich mal vor, wir hätten Phytophthora heute nicht bekämpft.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gerne mal wissen, wie Sie heute die Kartoffel jeden Tag oder zumindest mehrfach die Woche überhaupt auf den Tisch bekommen würden? Oder schauen Sie sich das an bei anderen Schaderregern, die wir im Pflanzenbau oder in der Tierhaltung haben, wenn wir diese Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Gesundung von Pflanzen und Tieren oder auch der Menschheit nicht zur Verfügung hätten!

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also machen Sie sich nichts vor! Gaukeln Sie den Menschen nicht die Angst vor, dass solche Mittel, die hier eingesetzt werden, krebserregend sind!

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor ein Mittel überhaupt eingesetzt und ehe so ein Mittel überhaupt zugelassen wird, dauert es bis zu zehn Jahre in der Zulassung.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die höchsten Standards. Die höchsten Standards, die es auf dieser Erde gibt, werden in Deutschland durchgeführt. Bevor ein Mittel oder ein neues Produkt überhaupt für den Konsum freigegeben wird, gibt es unzählige Studien, die durchgeführt werden müssen. Ich vertraue der Wissenschaft und der Forschung und appelliere an die Verantwortung der Unternehmen, das auch nach wie vor als vorsorgenden Verbraucherschutz in den Vordergrund aller Maßnahmen zu stellen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Glyphosatunternehmen haben andere Interessen. Das wissen Sie ganz genau!)

Versachlichen Sie die Diskussion! Ihnen geht es hier um etwas ganz anderes. Sie wollen Effekte erhaschen und versuchen damit, eine Stimmung zu erzeugen, die Sie letzten Endes auch politisch umsetzen wollen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch der wahre Grund Ihrer Auseinandersetzung. Das ist keine sachlich fundierte Diskussion, die Sie hier führen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das sind die Fakten.)

Sie ist aus meiner Sicht vollkommen grün-ideologisch durchlaufen.

(Beifall Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Lenz von der Fraktion der CDU.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem Einbringungsstatement von Dr. Karlowski, das mir auch mehr wie ein Generalschlag gegen die bei uns im Land herrschende Landwirtschaft vorkam –

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

aber zum Glück hat der Herr Bildungsmin...,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD, und Harry Glawe, CDU)

der Landwirtschaftsminister Dr. Backhaus allgemein darauf geantwortet –, möchte ich mich auf den Antrag beziehen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich glaube, das Wort "Landwirtschaft" kam überhaupt nicht vor.)

Nein. Aber mir kam es vor wie ein Generalschlag gegen die bei uns so produktive und innovative Landwirtschaft insgesamt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im vergangenen Jahr haben wir uns sehr, sehr umfänglich auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Thematik "Glyphosateinsatz und dessen Beschränkung" befasst. Zur öffentlichen Anhörung wurden seinerzeit unter anderem das Umweltbundesamt, die Hochschule Neubrandenburg, die LMS-Agrarberatung, das Bundesamt für Risikobewertung, das Landesamt für Landwirtschaft und Fischerei, der Bauernverband und zahlreiche andere Anzuhörende geladen.

Schon damals hat das BfR dargelegt, ich zitiere, "dass die geschätzte tägliche Glyphosat-Aufnahme bei Verbrauchern selbst bei überhöhten Mengen bei weniger als 2 % der duldbaren täglichen Aufnahme (...) liege. Bei einer Aufnahme unterhalb des" festgelegten duldbaren täglichen Aufnahmewertes "seien keine schädlichen Auswirkungen zu erwarten."

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Wirkstoff Glyphosat wird seit über 40 Jahren in weit über 100 Ländern zur Unkrautkontrolle in Herbiziden eingesetzt. Er gehört zu den toxikologisch wohl am umfassendsten untersuchten Herbizidwirkstoffen. Im Rahmen des Wiederzulassungsverfahrens der Europäischen Union kommt das Bundesamt für Risikobewertung zu dem Ergebnis, dass Glyphosat bei praxisgerechter Anwendung unbedenklich für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt ist.

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft hat im Rahmen der aktuellen Debatte festgestellt – ich darf mit Genehmigung der Präsidentin nochmals zitieren –, dass es "keine fachlich fundierten Hinweise auf mutagene, krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Eigenschaften und auch keine

Hinweise auf endokrinschädliche Eigenschaften" gäbe. Trotz dieser wissenschaftlichen Ergebnisse kommt die Internationale Agentur für Krebsforschung jüngst zu der Vermutung, dass der Wirkstoff Glyphosat krebserregend ist. ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist keine Vermutung, Herr Lenz.)

Es ist immer noch eine Vermutung.

.... ähnlich wie übrigens der Verzehr von rotem Fleisch krebserregend sei oder jüngst in unseriöser Weise infrage gestellt worden ist. Interessant dabei ist, dass eine Woche später im "ARD-Mittagsmagazin" über das Geflügelfleisch genau das Gleiche verbreitet worden ist.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Für Sie, meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist dies Anlass genug, erneut das Verbot des Glyphosateinsatzes zu fordern. Sowohl das BfR als auch andere Zulassungsbehörden vertreten die Auffassung, dass Glyphosat bei ordnungsgemäßer Anwendung in der Landwirtschaft kein krebserzeugendes oder anderes gesundheitliches Risiko für die Menschen darstellt.

Das Bundesamt für Risikobewertung hat im Rahmen des Neuzulassungsverfahrens die Auswirkung von Glyphosat wieder einmal untersucht. Da sich diese Untersuchung hinzog, musste die bestehende Genehmigung bis Mitte 2016 verlängert werden. Derzeit ist davon auszugehen, dass im März 2016 eine Entscheidung fällt, ob Glyphosat als Wirkstoff im Pflanzenschutzmittel künftig zugelassen wird. Das Bundesamt für Risikobewertung hat circa 1.000 Studien, Dokumente und Veröffentlichungen geprüft und ausgewertet. Angesichts dieser Tatsache geht das Bundesamt für Risikobewertung davon aus, dass Glyphosat in der Gefahrenskala weit unter Kochsalz und Paracetamol eingestuft werden kann. Deshalb gehe ich auch davon aus, dass eine weitere Zulassung erfolgen wird.

Daran werden Aussagen wie die von der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ende Juni getroffene Aussage, dass Glyphosatrückstände in 16 Muttermilchproben gefunden wurden, nichts ändern. Die Studie entbehrt nicht nur jeder wissenschaftlichen Grundlage, sondern schürt auch unbegründet Ängste bei stillenden Müttern und gefährdet das Wohlergehen von Säuglingen. So hatten Kinderärzte danach erhebliche Probleme, stillende Mütter davon zu überzeugen, dass keine Gefahr für ihre Kinder durch das Stillen besteht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kennen Sie eine? Kennen Sie eine davon?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund, dass in Deutschland für die zulässige Aufnahme von Glyphosat durch Lebensmittel ein vergleichsweise strenger Grenzwert von 0,3 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag gilt, müsste ein Baby bei diesen Proben, die da gezogen worden sind, rund 4.200 Liter am Tag zu sich nehmen – nicht im Jahr, nicht im Monat, nicht in der Woche,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Und schafft es das?)

und dies von den am stärksten belasteten Proben, um den festgelegten Grenzwert zu erreichen. Dieser Grenzwert allerdings beträgt lediglich ein Hundertstel der Dosis, welche überhaupt zu Schäden des Organismus führen könnte. Ich zum Beispiel müsste bei meinem Körpergewicht täglich ungefähr 129,8 Gramm, na, sagen wir, 130 Gramm Glyphosat, reines Glyphosat zu mir nehmen, um überhaupt körperliche Schäden davonzutragen.

(Heiterkeit und Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Deshalb ist es nicht unverständlich, dass der Herr Professor Walter Krämer – das ist ein Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik – zu dem vernichtenden Urteil kommt, indem er feststellt, und jetzt zitiere ich ein drittes Mal: "Das ist trivial, unseriöser Schwachsinn und weder ein Beleg für irgendeine Gefahr, noch eine Meldung wert. Es verunsichert lediglich den Verbraucher."

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt beschimpfen Sie aber die SPD! – Egbert Liskow, CDU: Nein, die GRÜNEN!)

Nein.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das werden Sie gleich merken, warum.)

Ich möchte noch mal aus einer Mitteilung des Bundesinstituts für Risikobewertung zitieren, das zur Auswertung einer 2-Jahres-Studie an Mäusen schreibt: "In dieser Studie wurden vermehrt Lymphome bei einem Mäusestamm mit hoher Spontaninzidenz in einer" hohen "Dosierung von 1.460 mg pro kg Körpergewicht pro Tag ... festgestellt." Das bedeutet, ein 2.920-Faches oberhalb der akzeptierten täglichen Aufnahmemenge. Dass diese Studie natürlich nicht für voll genommen werden kann, bezeugt auch noch, dass es ein Mäusestamm war, der sowieso sehr ...

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den nimmt man immer für die Forschung.)

Ja, aber gerade dieser Mäusestamm gehörte zu denen, bei denen auch ohne, dass sie Glyphosat nehmen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist der Versuchsaufbau immer in dieser Frage.)

also ohne diese Glyphosatzugabe, Lymphome bei 20 Prozent der männlichen und 30 Prozent der weiblichen Tiere aufgetreten sind. Diese Studie kann man ganz einfach vergessen.

Aber sehr geehrte Damen und Herren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihr Antrag auf ein Moratorium für die Nichtzulassung von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat entbehrt aufgrund dieser hier vorliegenden Studien und von über 1.000 Dokumentenuntersuchungen des BfR jeder wissenschaftlichen Basis. Er ist verantwortungslos, er schürt Ängste und zeigt letztendlich, dass Sie aus rein dogmatischen Erwägungen handeln. Nur so ist es zu verstehen, dass Sie nach der umfassenden Beratung im vergangenen Jahr nunmehr wieder einen Antrag in diese Richtung vorlegen. Meine Fraktion wird eine Politik, welche auf unseriöse Studien

und Vermutungen basiert, nicht unterstützen und aus diesem Grund lehnen wir den vorliegenden Antrag ab.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich bin übrigens auch gespannt,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ach so!)

was die Agrarministerkonferenz unter der Leitung des Landwirtschafts- und Umweltministers Till Backhaus im nächsten Jahr nach der Sichtung der Studien herausbekommt. – Recht schönen Dank.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Anfang zwei Vorbemerkungen:

Erstens ist es in der Diskussion klar geworden, dass die Land- und Ernährungswirtschaft immer ein komplexes System ist. Das trifft auch für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu. Man muss also immer die gesamte Ernährungskette sehen.

Und das Zweite, was ich vorher sagen will, ist: Zu der Kurzstudie, die hier angesprochen worden ist, habe ich bereits an anderer Stelle Stellung genommen. Das werde ich heute nicht thematisieren.

Nun zu diesem Antrag: Zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode beschäftigt sich dieses Hohe Haus mit einer chemischen Verbindung aus der Gruppe der Phosphate, nämlich dem Glyphosat. Das erste Mal war das auf Antrag meiner Fraktion Ende 2013 der Fall. Wir wollten damals den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln – ich benutze ganz bewusst nicht den Ausdruck Pestizid – beschränken, beschränken, so lautete der Antrag, den Einsatz zur Sikkation, also zur Abreifebeschleunigung verbieten, ebenso den Einsatz von Mitteln mit diesem Wirkstoff im Heim, im Kleingarten und im öffentlichen Bereich.

Das ist nicht gelungen. Unser Antrag wurde nach einer Anhörung – das war bereits angeführt worden – im Agrarausschuss abgelehnt. Aber in einer Empfehlung des Agrarausschusses wurden viele Inhalte aufgegriffen. Leider ist nicht alles davon erfüllt worden. Ich erinnere auch – es war die Drucksache 6/3091 – an die Stellungnahme der Agrarministerkonferenz vom 04.11.2014.

Seither ist die Diskussion um Glyphosat nicht zur Ruhe gekommen, im Gegenteil, immer neue Fakten, aber auch immer mehr der weltweite Einsatz dieses Mittels befeuerten sie. Dazu läuft die Zulassung von glyphosathaltigen Mitteln in der Europäischen Union eigentlich am Ende dieses Jahres aus, und die Verlängerung der Zulassung für weitere zehn Jahre ist im Verfahren. Die Entscheidung soll im Sommer nächsten Jahres fallen. Deshalb liegt sicher heute dieser Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vor.

Glyphosat ist biologisch hochwirksam und Bestandteil einer Vielzahl von sogenannten Breitbandherbiziden.

Glyphosat ist weltweit seit Jahren der mengenmäßig bedeutendste Wirkstoff von Herbiziden. Seit Mitte der 70er-Jahre wird dieser Wirkstoff in immer größerem Umfang in der konventionellen Landwirtschaft sowohl zur Unkraut- oder Beikrautbekämpfung als auch zur Sikkation eingesetzt.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Dabei hat Glyphosat aus Sicht der Anwender, also hauptsächlich der Landwirte, unbestritten große Vorteile gegenüber anderen Breitband- oder Totalherbiziden.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Es wirkt unselektiv gegen Pflanzen, aber es ist möglich und bereits geschehen, mittels Gentechnik, resistente Nutzpflanzen zu entwickeln und so Glyphosat massenhaft während des Pflanzenwachstums einzusetzen. Man kann zum Beispiel die Reife von Getreide beschleunigen. Das wollen wir natürlich nicht. Es ermöglicht eine pfluglose Bodenbearbeitung, auch dazu werde ich noch etwas sagen.

Die Sikkation wollten wir bekanntlich verbieten, mit Ausnahme von witterungsbedingten Sonderfällen. Darauf will ich auch noch einmal aufmerksam machen. Dazu weist Glyphosat meist eine geringere Mobilität, Lebensdauer und eine geringere Toxizität gegenüber Tieren auf – alles durchaus erwünschte Eigenschaften eines Herbizids. Ich sage es mal einfach: Es ist durchaus anwenderfreundlich im Vergleich zu anderen Herbiziden.

Glyphosat ist aber auch, wie jeder Einsatz von Chemikalien auf dem Feld, mit Nachteilen verbunden. Der massenhafte Einsatz von Glyphosat hat zur Entwicklung von glyphosatresistenten Unkräutern geführt. Die starke Anwendung von herbizidresistenten Kulturpflanzen in den Vereinigten Staaten, in Argentinien und Brasilien hat diese Entwicklung begünstigt. Aufgrund der breiten Anwendung dieses Herbizids auch bei uns rechne ich damit, dass zukünftig auch Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern von dieser Entwicklung betroffen sein könnten.

Glyphosat wird in der deutschen Landwirtschaft zu drei verschiedenen Zeitpunkten verwendet: erstens um die Aussaat herum, nach der Ernte des Wintergetreides und vor der Neuansaat und leider immer noch in einigen Betrieben vor der Ernte zur Reifebeschleunigung. So ist eine Anwendung zur Sikkation zwar beschränkt nur dort erlaubt, wo das Getreide ungleichmäßig abreift und eine Ernte ohne Behandlung nicht möglich ist, nicht jedoch zur Steuerung des Erntetermins oder zur Optimierung des Mähdrusches.

Ich habe in dieser Frage viele Gespräche mit den Bauern geführt. Es gibt zum größten Teil durchaus eine Unterstützung unseres Standpunktes, eine solche Beschränkung vorzunehmen.

(Minister Dr. Till Backhaus: Haben wir gemacht.)

Trotzdem scheinen die zulässigen Ausnahmen in vielen Bereichen eher noch die Regel zu sein. In der Schweiz ist die Sikkation grundsätzlich verboten. Es scheint also auch ganz ohne Glyphosat zu gehen. Die durchaus anderen Bedingungen in Süddeutschland und in der

Schweiz lasse ich an dieser Stelle und bei der weiteren Erörterung beiseite.

Daneben gibt es noch eine Reihe einschränkender landesrechtlicher Regelungen. In Bayern wurde die Auflage erteilt, dass das Stroh von behandelten Pflanzen nicht zur Verfütterung eingesetzt werden darf. Vermutungen zur toxischen Wirkung von Beistoffen des Herbizids und fehlende Untersuchungen haben zu diesen Bedenken geführt. Nach Angaben des Landesbetriebs Landwirtschaft des Bundeslandes Hessen besteht ein Verwendungsverbot für mit Glyphosat behandeltes Getreide, wenn es sich um Saatgut oder Braugetreide handelt.

Glyphosatresistente Nutzpflanzen spielen in Deutschland zum Glück keine Rolle. Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland etwa 30 bis 40 Prozent der Flächen mit Glyphosat behandelt werden. Bei der pfluglosen Bodenbearbeitung – ich bin sehr für die pfluglose Bodenbearbeitung – wird mit Ausnahme Süddeutschlands standardgemäß Glyphosat verwendet. Insbesondere in der ostdeutschen Landwirtschaft und auch in Mecklenburg-Vorpommern ist das der Fall. Aber wir müssen dabei immer an die Nebenwirkungen denken, wie es natürlich bei jedem Verfahren Vor- und Nachteile gibt. Eine einseitige Betrachtung ist meiner Meinung nach nicht möglich. Auch darauf habe ich im Zusammenhang mit der Begründung unseres Antrages von 2013 seinerzeit aufmerksam gemacht.

Der Einsatz von Glyphosat ist gerade in der letzten Zeit stark in die Kritik geraten: Glyphosat im Grundwasser, im Urin von Mensch und Tier, in der Muttermilch stillender Frauen, im geernteten Getreide, in Eiern, in Sojabohnen. Möglicherweise könnte ich diese Liste noch verlängern. Glyphosat eignet sich für die Gegner ebenso wie für die Befürworter trefflich, um ideologische Gefechte auszutragen. Landwirten wird vorgeworfen, systematisch ihre Kunden zu vergiften. Dem Bundesamt für Risikobewertung wird vorgeworfen, unwissenschaftlich zu arbeiten, negative Studien zu Glyphosat unter den Tisch fallen zu lassen und ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen der sogenannten Agrarindustrie zu verfolgen.

Der schlimmste Vorwurf ist allerdings, dass tatsächliche Risiken für die menschliche Gesundheit durch den Einsatz von Glyphosat verschwiegen werden sollen und dabei steigende Krebsraten in Europa bewusst in Kauf genommen werden, nur um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft zu erhalten.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliche Vorwürfe richten sich auch an die Europäische Kommission, vor allem seit in der letzten Woche Glyphosat durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit – das ist die EFSA – als "wahrscheinlich nicht krebserregend" eingeschätzt wurde.

Umgekehrt wird argumentiert, Umweltverbände, GRÜNE und auch Teile meiner Partei betreiben häufig eine Diskussion ohne Fakten und schüren damit Ängste, um ihre Ziele zu erreichen. Die Landwirtschaft wird pauschal an den Pranger gestellt. Dagegen verwahre ich mich in jedem Falle.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich hoffe, Sie sehen es mir nach, dass ich mich an dieser Diskussion nicht beteilige. Eine Versachlichung der Diskussion ist für mich der richtige Weg, um europaweit zu gültigen und klaren Regelungen zu kommen. Und wenn am Ende die Verlängerung der Zulassung für das Glyphosat verweigert wird, dann müssen die Landwirte auch damit fertigwerden und leben, und das werden sie. Ich werde dies als einer der Ersten begrüßen.

Ebenso gilt aber auch, dass nach einer eventuellen erneuten Zulassung des Mittels, die mit der Einschätzung der EFSA deutlich wahrscheinlicher geworden ist, damit nach wie vor sorgfältig, sparsam und verantwortungsbewusst umgegangen werden muss. Es gilt hier wiederum der Grundsatz der guten fachlichen Praxis. Glyphosat zur Sikkation als ein Standardverfahren und den Einsatz in Heim, Garten und öffentlichen Bereichen lehnt meine Fraktion nach wie vor ab.

Ich halte mich an die bisher bekannten Fakten. Zweifellos hat der massenhafte Einsatz von Glyphosat aus Flugzeugen in Argentinien und im Grenzgebiet zwischen Kolumbien und Ecuador zu starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen der dortigen Bevölkerung geführt. In einem Fall war es die wahrscheinliche Ursache für das Ansteigen der Krebsrate auf das 41-Fache in einem Dorf mit 6.000 Einwohnern gegenüber dem Durchschnitt der argentinischen Bevölkerung. Ich gebe allerdings zu bedenken, dass diese Menschen in direkten Kontakt mit den eingesetzten Herbiziden gekommen sind. Das hat nichts mit unseren hiesigen Anwendungen zu tun.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" bei Menschen eingestuft. Die Studien, die zu dieser Einstufung führten, waren keine Risikostudien. Sie fußen auf der Direktgabe des reinen Wirkstoffes an Versuchstiere. Viele Studien weisen auf schädliche Wirkungen von Glyphosat auf Bodenorganismen, die Bodenfruchtbarkeit sowie auf die Gesundheit und Reproduktionsleistungen bei Nutztieren hin. Andere Studien – und diese sind in der Mehrzahl, auch das will ich ganz klar sagen – zeigen genau das Gegenteil.

Im April 2015 hat das BfR einen Risikobericht für die Neuzulassung von Glyphosat vorgelegt und den Wirkstoff Glyphosat als "weitgehend unbedenklich" eingestuft. Vor Kurzem verteidigte das BfR seine Einschätzung während einer Anhörung im Deutschen Bundestag. Und nun gibt es seit dem 12. Oktober die Einschätzung der EFSA. Aber wenn nur die geringsten Zweifel darüber bestehen, dass bei Einhaltung aller heute schon bestehenden Regelungen zum Glyphosateinsatz ein gesundheitliches Risiko für unsere Bevölkerung nicht ausgeschlossen werden kann, dann müssen Herbizide mit diesem Wirkstoff, genau wie schon andere Herbizide mit Gefährdungspotenzial für den Menschen, verboten werden.

An dieser Stelle weise ich auch darauf hin, dass es durchaus Alternativen zum Einsatz von Glyphosat gibt. Dazu zählen der Einsatz von anderen selektiven Herbiziden, die Grünlanderneuerung durch Neuansaat – allerdings dann mit dem Umbruch –, die selektive Nutzung der pfluglosen Bodenbearbeitung, mehr mechanische Bodenbearbeitungs- und -pflegeverfahren, eine veränderte Fruchtfolge und noch einiges mehr. Alles das gehört aber nach unseren Vorstellungen auch zur guten fachlichen Praxis.

Aber immer, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir dabei auch die Ökonomie im landwirtschaftlichen Betrieb im Auge haben, denn der Landwirt muss von seinen Erzeugnissen auf dem Boden natürlich leben können.

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Solange Glyphosat keine Neuzulassung erhält, sollte ein Anwendungsmoratorium in Deutschland und Europa erlassen werden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Völlig richtig.)

Aus diesem Grunde werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krüger von der SPD-Fraktion.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben es uns mit dem Thema Glyphosat nie leicht gemacht. Die Diskussionen sind ja hier im Haus schon öfter gelaufen zu diesem Thema. Und ich denke mal, wir sollten es uns auch dieses Mal nicht leicht machen und uns einfach in einer Schwarz-Weiß-Diskussion ergehen und auch so entscheiden.

Wir haben im November 2013 einen Antrag gehabt, den die Fraktion DIE LINKE vorgelegt hat. Dieser Antrag war uns so wichtig, dass auch wir als Sozialdemokraten gesagt haben, dieser Antrag muss im Agrarausschuss diskutiert werden. Wir haben den Antrag in den Ausschuss überwiesen. Auch mit den Stimmen meiner Fraktion hat es dann eine Anhörung gegeben. Das fand ich damals richtig und wichtig. Das Ergebnis der Anhörung war, dass die dort anwesenden Experten, bis auf einer, uns gesagt haben, dass dieses Spritzmittel bei sachgemäßer Anwendung – ganz wichtig: bei sachgemäßer Anwendung – keine gesundheitlichen Gefahren hervorruft

Dennoch, meine Damen und Herren, haben wir einen Maßnahmenkatalog aufgestellt, der den Einsatz von Glyphosat beschränken sollte. Wir haben entschieden darüber waren wir uns alle einig -, dass nur ausgebildete Personen dieses Mittel zur Anwendung bringen dürfen. Damit war aus unserer Sicht beispielsweise auch ausgeschlossen, dass dieses Mittel in Hausgärten Anwendung finden sollte. Ausdrücklich haben wir auch gesagt, dass dieses Mittel im kommunalen Bereich keine Anwendung finden soll. Wir wissen, dass dieses Mittel insbesondere zum Sauberspritzen von Wegen hin und wieder angewandt worden ist. Das wollten wir nicht. Zudem haben wir beschlossen, dass die Sikkation weitestgehend nicht mehr erfolgen soll. Zu all diesen Dingen, die wir seinerzeit im Agrarausschuss festgelegt und dann hier im Landtag beschlossen haben, steht meine Fraktion nach wie vor.

Ähnlich sah es auch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Im Mai 2014 gab es einen Erlass zum Thema Glyphosat. Hier ging es auch um das weitestgehende Verbot der Sikkation. Es geht darum, dass Obergrenzen bei der Anwendung von Glyphosat je Hektar eingehalten werden sollen, und auch eine Beschränkung der Häufigkeit des Mittels wurde hier festgelegt.

Gut ein Jahr nach unserem Beschluss zur Einschränkung des Glyphosateinsatzes haben wir einen Antrag vorliegen, der uns auffordert, die Zulassung des Glyphosats über ein Moratorium auszusetzen. Meine Damen und Herren, es ist anderthalb Jahre her, dass wir die Anhörung hatten. Um zu ermessen, ob eine abweichende Entscheidung notwendig ist, müssten wir aus meiner Sicht erneut fachlich in das Thema einsteigen, um zumindest eine Anhörung durchzuführen. Und, meine Damen und Herren, die Zeitabläufe für solch ein Verfahren sind uns allen miteinander bekannt.

Die GRÜNEN schreiben in ihrem Antrag, ich zitiere: "Derzeit steht Glyphosat kurz vor der Entscheidung zur Neuzulassung in der Europäischen Union." Die Entscheidung kann dafür, aber auch dagegen sein.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, das dauert noch.)

Was sollten wir, frage ich mich, denn hier und heute besser und fachlich fundierter machen können als der gesamte wissenschaftliche Sachverstand der Europäischen Union? Meine Antwort, meine Damen und Herren, heißt: Nichts. Es sei denn, es ist Eile geboten. Das würde die Situation ändern. Und damit ist die Frage zu stellen: Ist denn Eile geboten? Ich sage Nein. Sie sagen selbst, es gibt in Kürze eine Entscheidung. Auch aus landwirtschaftlicher Betrachtung besteht keine Eile, denn in den nächsten Monaten wird auf den Äckern unseres Landes nicht mit Glyphosat gearbeitet.

Sie führen zudem das Argument an, dass in unseren Flüssen und Seen Rückstände von Glyphosat beziehungsweise – das haben Sie auch korrekt ausgeführt – von den Abbauprodukten des Glyphosats gefunden worden sind. Ich sage es ganz klar: Ja, auch wir wollen möglichst saubere Flüsse und Seen und auch wir wollen, dass die Oberflächengewässer in einem möglichst optimalen Zustand sind. Und um es klar zu sagen: Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmittel gehören nicht in Gewässer. Daher muss sicherlich noch mehr getan werden, um die Gewässer zu schützen. Da sind wir uns, glaube ich, einig – ich glaube, einig quer durch alle Fraktionen hier im Haus.

Insbesondere Gewässerrandstreifen halte ich vor diesem Hintergrund für besonders wertvoll und wichtig. Hier haben wir bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ja auch alle miteinander noch Hausaufgaben zu machen. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass Gewässerrandstreifen bei den Greeningmaßnahmen entsprechend von der EU anerkannt werden. Ich hoffe und spreche mich ausdrücklich dafür aus, dass wir an dieser Stelle in Zukunft noch weiterkommen werden.

Ein wenig verwundert bin ich, Frau Dr. Karlowski, dass Ihre Studie – Sie haben 15 von den über 30.000 Gewässern untersucht – so kurz vor der Entscheidung der EU und vor diesem Antrag öffentlich geworden ist. Die Messergebnisse sind ja schon – bei Ihnen zumindest – seit über einem Jahr bekannt. Die Frage ist: Ist das Zufall?

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist, meine Damen und Herren, dass es für eine Reihe von Stoffen, wie zum Beispiel dem Glyphosat, keine Grenzwerte in Oberflächengewässern gibt. Das kritisiere ich ausdrücklich. Ich glaube, da müssen wir weiterkommen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schön, da sind wir einer Meinung.)

Grenzwerte gibt es bei Nahrungsmitteln und einen Grenzwert gibt es für Trinkwasser. Bei Nahrungsmitteln habe ich eine Studie aus dem Jahr 2011 gefunden. Damals sind bundesweit 1.112 Proben genommen worden. Von diesen Proben waren fast 96 Prozent frei von Rückständen, 4 Prozent hatten Rückstände von Glyphosat, wobei 3 von 4 der belasteten Proben die Grenzwerte überschritten. Das sind inakzeptable Zahlen, das will ich auch ganz klar sagen.

Vor diesem Hintergrund gab es dann ja Einschränkungen, sowohl in unserem Antrag als auch durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit Ende 2014. Ob diese Einschränkungen bereits vier Monate später, als Sie Ihre Proben genommen haben, so gegriffen haben, dass man sie bewerten kann, kann ich nicht sagen. Mir kommt der Zeitraum allerdings sehr, sehr kurz vor.

Zur Analysetechnik selbst: Heute kann man fast alles feststellen. Richtig ist das, was Paracelsus im Jahre 1538 gesagt hat. Der hat nämlich gesagt, die Dosis macht das Gift. Ich war mit meinem Arbeitskreis kürzlich in der LMS/LUFA. Da werden für Mecklenburg-Vorpommern die entsprechenden Untersuchungen gemacht. Mich hat die Analysetechnik, die die LMS dort vorhält, wirklich sehr beeindruckt. Die Fachleute können von der Spurendichte her einen Würfelzucker in einem Gewässer von der Größe der Ostsee nachweisen. So hoch entwickelt ist unsere Analysetechnik. Und natürlich, je höher die Technik entwickelt ist, umso mehr lässt sich nachweisen. Deswegen gilt der entscheidende Satz von Paracelsus: Die Dosis macht das Gift.

Auch die Einstufung als "wahrscheinlich krebserregend" oder "vermutlich krebserregend" geht von bestimmten Dosen aus. Stoffe, die in die gleiche oder höhere Risikostufe einsortiert wurden, listet die Seite www.gesundheitstabelle.de auf. Zu den krebsgefährlichen Stoffen gehören wegen ihrer Inhaltsstoffe auch Lebensmittel, beispielsweise Kartoffelchips, Pommes Frites, Spekulatius, Champignons, Bier, Wein, hochprozentige Alkoholika, Schwarztee, Algen, Matjes, Muscheln, Vollkornreis, Blaubeeren, Bitterschokolade, Nüsse, Spinat, Sellerie, Zimtgebäck, Waldmeister, Estragon, Basilikum, Anis, Fenchel, Muskat, Pinie, Lorbeer, Rosen, Piment, Gegrilltes, geräucherte Lebensmittel. Und dazu, meine Damen und Herren, gehört auch die Wurst.

Das ist jetzt keine abschließende Aufzählung gewesen. Noch einmal: Das sind Lebensmittel, die alle wegen ihrer Inhaltsstoffe als "wahrscheinlich krebserregend" oder "krebserregend" eingestuft sind. Das heißt für uns aber nicht, dass wir Bier, geräucherte Wurst und Bitterschokolade verbieten werden. Vielmehr heißt das, dass wir sehr genau betrachten müssen, wie hoch die Dosis eines Stoffes ist, den wir zu uns nehmen. Gleiches gilt auch für Glyphosat.

Deshalb haben wir vor anderthalb Jahren hier entschieden, wie auch das Bundesamt für Verbraucherschutz und

Lebensmittelsicherheit, neue Regeln zu erlassen und die Anwendung damit zu begrenzen. Der Minister hat berichtet, dass es im vergangenen Jahr nicht einen Antrag auf Sikkation gab. Ich nehme an, Sie werden mir nicht widersprechen, dass insbesondere der Eintrag in menschliche Lebensmittel durch Sikkation der Hauptweg war. Deshalb haben wir einen Riegel vorgeschoben und haben gesagt, nur in ganz begrenzten Fällen ist eine Sikkation noch möglich.

Die Fachleute der EU werden nun entscheiden müssen, ob das, was wir geregelt haben, ausreichend ist. Ich sage für die SPD-Fraktion aber auch ganz klar, wenn die Experten zu der Einschätzung kommen, dass eine reale Gefahr besteht, dann muss Glyphosat verboten werden. Ihren Antrag werden wir ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hörten es, das Thema Glyphosat war nun schon mehrfach Bestandteil von Landtagssitzungen. Am 12. Dezember 2013 hatten wir den Antrag der LINKEN, mit dem der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat beschränkt werden sollte. Auch DIE LINKE hat festgestellt, dass dieses Pflanzenschutzmittel erhebliche Gefahrenpotenziale in sich birgt. Sie wollte daher insbesondere Anwendungen zur Beschleunigung der Erntereife in der Landwirtschaft sowie den Einsatz im Haus- und Kleingartenbereich und in öffentlichen Bereichen verboten wissen. Die GRÜNEN wiederum wollten damals den Eintrag von chemischen Pflanzenschutzmitteln in Gewässern aller Art, insbesondere in Kleingewässern der Agrarlandschaft, unterbinden.

Das Herbizid Glyphosat ist bekanntlich weltweit das meist ausgebrachte Pestizid mit fatalen Auswirkungen für den Acker, die Bodenfruchtbarkeit, die Gesundheit aller Lebewesen und die Biodiversität, also die Vielfalt in der Natur. Die Gefahren, die viele sogenannte Pflanzenschutzmittel mit sich bringen, sind auch den Verantwortlichen in den Behörden und in der Politik bekannt, werden dennoch sehr häufig verneint. Liegt das vielleicht daran, dass die Chemiekonzerne mit diesen Mitteln sehr viel Geld verdienen und ein Teil davon als Steuern wieder in den Staatshaushalt fließt?

Die Europäische Union stuft Glyphosat nun bekanntlich als, Zitat, "wahrscheinlich nicht krebserregend" ein und nimmt hiermit eine gegensätzliche Haltung zur Weltgesundheitsorganisation ein. Minister Backhaus fordert nun zu Recht eine eindeutige Stellungnahme des Bundes. Im Jahre 2016 läuft die Zulassung des Mittels im EU-Raum aus. Auf der Grundlage des Gutachtens der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, in dem die Einstufung als "wahrscheinlich nicht krebserregend" erfolgt, soll die EU-Kommission im nächsten Jahr über eine Neu- beziehungsweise Weiterzulassung entscheiden.

Die GRÜNEN fordern nun mit diesem Antrag die Landesregierung mit Nachdruck auf, die Zulassung von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat mit sofortiger Wirkung auszusetzen. Eine Aussetzung bis zur EU-Entscheidung führt aber nicht zum Ziel. Wenn Sie für die Nichtzulassung sind, muss dies auch so eingefordert werden. Zur wohlwollenden Einstufung des Bundesinstituts für Risikobewertung habe ich ja schon in der Vergangenheit bemerkt, dass dieses gar eine 66-prozentige Erhöhung für vertretbar hält. Ich habe diesbezüglich festgestellt, dass es sicherlich nur ein Zufall ist, dass die Pharmakonzerne einen großen Einfluss auf Politik und Medien haben.

Auf die nachgewiesenen Einflüsse von Glyphosat auf das Hormonsystem des Menschen habe ich bereits im Dezember 2013 und im Juli 2014 aufmerksam gemacht. Mittlerweile befinden sich in den Körpern von 45 Prozent der Stadtbewohner Europas diese hochgefährlichen Pestizide, die akut und sehr giftig sind, Langzeiteffekte verursachen und die Umwelt schädigen. So verwundert es nicht, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln immer noch weitgehend unkontrolliert erfolgt. Hinsichtlich der Gefährlichkeit von Glyphosat vertreten Wissenschaftler allerdings unterschiedliche Einschätzungen.

Selbstverständlich hat für die NPD das Wohl von Mensch, Tier und Umwelt Vorrang vor Profitinteressen. Aufgrund der Stimmenmehrheit von SPD und CDU hier im Landtag werden weiterhin fast ungezügelt Gifte ausgebracht, Gifte, die wir dann alle durch die Nahrung aufnehmen. Glyphosat trägt aus Sicht der NPD ein unkalkulierbares Risiko mit nicht absehbaren Folgen für Mensch und Natur in sich. Wir sollten daher, wie ich es bereits im Juli 2014 empfohlen habe, dem Vorbild Österreichs folgen und den Einsatz von Glyphosat strikt begrenzen oder notfalls untersagen. Ich erinnere noch einmal an die Studie des BUND zur menschlichen Belastung mit Glyphosat, wonach 70 Prozent der untersuchten Urinproben Glyphosat enthielten.

Der Antrag ist aber keine Antwort auf den ungezügelten Einsatz von Giftstoffen in der Landwirtschaft. Pflanzenschutzmittel beziehungsweise sogenannte Unkrautvernichtungsmittel mögen heutzutage in der Landwirtschaft unverzichtbar sein. Dies ändert aber nichts daran, dass eine klare und verbindliche Entscheidung unausweichlich ist. Ein erneuter Aufschub der Entscheidung und das der EU entgegengebrachte Vertrauen helfen aber niemandem. Wir werden den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt noch mal die Gelegenheit, auf einige Punkte einzugehen. Ich fange mal mit dem zeitlichen Ablauf der Genehmigung an.

Es geht hier um die Zulassung von Glyphosat. Es ist so, dass Glyphosat mit 31.12. dieses Jahres seine Zulassung verloren hätte beziehungsweise sie hätte neu bekommen müssen. Aber aufgrund der heute gehörten strittigen Einschätzung – ist es nun wahrscheinlich krebserregend nicht nur für Krebsmäuse, sondern auch für Menschen oder ist es harmlos, das ist immer noch nicht geklärt – hat die EU diese Entscheidung über die Verlängerung der Zulassung oder über ein Verbot von Glyphosat um ein halbes Jahr verlängert oder ausgesetzt.

Darauf basierend fordern wir gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE, die sich jetzt geäußert hat, dass sie unserem Antrag zustimmen wird, das Moratorium. Deswegen ist es notwendig, aus dem Vorsorgeprinzip heraus zu handeln und das Mittel auf Bundesebene zu verbieten, also ein Moratorium auszusprechen. Die Anhörung im Agrarausschuss zum Thema Glyphosat, die heute schon mehrfach erwähnt wurde, fand vor über einem Jahr statt. Erst im Frühling dieses Jahres hat es die neue Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation gegeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt ist aber Herbst.)

Das bedeutet, die Anhörung hatte nicht den Kenntnisstand. Es gibt neue Erkenntnisse. Deswegen müssen wir uns heute mit dem Thema neu auseinandersetzen. Das, finde ich, haben wir auch sehr sachlich getan.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na ja, ab und an.)

So viel zu der Logik unseres Antrages, warum jetzt ein Moratorium sinnvoll ist. Die Zeit bis zur Entscheidung in der EU können wir nutzen, um das Vorsorgeprinzip walten zu lassen.

Damit sind wir – erstaunlicherweise vielleicht – in Übereinstimmung mit der Haltung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Am 28.09.2015 gab es dort auch eine Anhörung zum Glyphosat. Die Abgeordnete Elvira Drobinski-Weiß lässt in ihrer Pressemitteilung verlauten, Zitat: "Wir wollen deshalb einen Ausstiegsplan für die Anwendung von Glyphosat in der Landwirtschaft."

(Thomas Krüger, SPD: Aber keinen sofortigen Ausstieg.)

"Aus unserer Sicht muss deshalb das Vorsorgeprinzip gelten und ein vollständiger Ausstieg aus der Anwendung das Ziel sein."

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Von welcher Fraktion war sie?)

"Zudem sollten die Mechanismen für die Risikobewertung und die Voraussetzungen für die Einbeziehung von Studien in diesen Prozess kritisch überprüft werden." Zitatende. Ich wiederhole noch mal: Das ist von der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag – ein ganz aktuelles Statement zum Thema Glyphosat.

(Marc Reinhardt, CDU: Von welcher Fraktion war das?)

Die Baumärkte der Bundesrepublik haben schon reagiert und haben Glyphosat aus den Regalen genommen. Dazu zählen toom, OBI, BAUHAUS, Globus Baumarkt, HORNBACH. Weitere werden folgen.

> (Andreas Butzki, SPD: Keine Schleichwerbung! – Torsten Renz, CDU: Keine Werbung!)

Ich habe eine ganze Reihe von Märkten aufgezählt, dafür bekomme ich kein Geld.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie nicht, aber die GRÜNEN.)

Die kommunale Ebene wurde heute auch angesprochen. Es gibt schon mindestens eine Kommune, das ist Küh-

lungsborn, die beschlossen hat, dass sie auf Glyphosat verzichten wird. Es gibt die Hansestadt Rostock, die seit vielen Jahren pestizidfrei arbeitet.

Dann noch ein Punkt zu der mehrfach angesprochenen neuen Studie, die wir zusammen mit den Umweltverbänden herausgebracht haben und die vom Titel her lautet "Pflanzenschutzmittel in Kleingewässern". Dort ist ganz deutlich auf Seite 7 zu sehen, dass das Labor, das die Analysen durchgeführt hat, selbstverständlich eine Akkreditierung hat entsprechend der DIN-EN-ISOsowieso-Vorschrift. Das können Sie dort gerne genau nachlesen.

(Dietmar Eifler, CDU: Wie heißt das?)

Ein Aspekt ist mir noch sehr wichtig, der wurde auch immer wieder als Argument gebracht: Ja, gut, dann beschränken wir die Menge in der Umwelt, die Dosis macht das Gift. Wenn es nicht so viel ist, dann schadet es uns nicht.

Es könnte so sein, und es wäre schön, wenn es so wäre. Es gibt aber viele Hinweise, dass das Glyphosat hormonähnlich wirkt. Das bedeutet, das Prinzip des linearen Zusammenhangs zwischen Ursache und Wirkung zieht da nicht. Das ist wie ein Schalter, der ein- und ausgeschaltet wird. Eine hormonähnlich wirkende Substanz folgt nicht dem Prinzip "Die Dosis macht das Gift".

Ziehen Sie das alles noch einmal zurate und sammeln Sie Ihre Argumente! Die Fakten sind weitgehend auf den Tisch gebracht worden. Ich werbe noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Andreas Butzki, SPD: Das glaube ich nicht.)

Das Vorsorgeprinzip ist wichtig. Wir müssen für die Gesundheit der Menschen in diesem Bundesland und auch darüber hinaus Sorge tragen und sollten eine wohldurchdachte Entscheidung treffen. Jetzt ist noch Zeit. Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

(Unruhe bei Andreas Butzki, SPD)

Ist noch Redebedarf, Herr Butzki? Nein?!

(Andreas Butzki, SPD: Nein.)

Gut.

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4659. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD. Es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4659 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: die Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für den Bildungserfolg – Deutschunterricht an Grundschulen stärken, die Drucksache 6/4652. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4724 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für den Bildungserfolg – Deutschunterricht an Grundschulen stärken – Drucksache 6/4652 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/4724 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag, die Diskussion zu diesem Thema "Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für den Bildungserfolg – Deutschunterricht an Grundschulen stärken" wird aus meiner Sicht schon mit Spannung erwartet.

(Zuruf aus dem Plenum: Jo.)

Das zeigt heute die Berichterstattung in der Presse beziehungsweise ist man schon ganz unruhig und geht bei anderen Tagesordnungspunkten indirekt auf dieses Thema ein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Insofern wollen wir uns jetzt dieser Debatte konkret zuwenden.

(Marc Reinhardt, CDU: Machen wir.)

Wie war die Ausgangslage? Die Datenlage sagt, die Grundschüler in Mecklenburg-Vorpommern verfügen über gute Rechtschreibkenntnisse.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist aber auch, dass in Gesprächen mit Praktikern – und Praktiker sind nicht nur die Eltern, sondern vor allem auch die Lehrer – immer wieder deutlich wurde im Vergleich zu früheren Zeiten, dass es vielleicht dann doch nicht ganz so berauschend ist mit den Rechtschreibkompetenzen unserer Grundschüler. Und diese Diskussionen, diese Gespräche haben dazu geführt, federführend durch das Bildungsministerium hier einen Handlungsbedarf abzuleiten, und aus unserer Sicht richtigerweise. Das resultierte darin, dass die Fraktionen, die Arbeitskreise von CDU und SPD, zusammen mit dem Bildungsminister seine Vorschläge, so, wie sie hier im Antrag niedergeschrieben sind unter den Punkten 1 bis 5, diskutiert haben und gesagt haben, okay, diese Sachen werden wir unterstützen, diese Sachen finden unsere Zustimmung.

Und daraufhin sind wir dann am 02.11. vor die Presse gegangen und haben gesagt, jawohl, Deutschunterricht in dieser Form soll über diese Maßnahmen, zum Beispiel eben durch die Einführung eines verbindlichen Grundwortschatzes, das sollen die ersten Maßnahmen sein, um hier die Kompetenz im Deutschunterricht zu unterstützen.

Dazu muss man aber auch wissen, dass in diesen Diskussionen insbesondere wir von der CDU gesagt haben, das ist für uns ein erster Schritt, ein Schritt, der weiter untersetzt werden sollte und der über das, was vonseiten des Ministeriums hier geliefert wurde, hinausgehen sollte. So entstand dann der Vorschlag, eine weitere Stunde Deutsch obendrauf zu geben. Und eine weitere Stunde Deutsch obendrauf zu geben, sollte nicht heißen, dass das zulasten von Fächern geht, die möglicherweise dem Untergang gewidmet sind, so wie heute zum Beispiel aus der Überschrift in der Presse zu entnehmen: "Englisch opfern für besseres Deutsch".

Ja, es ist richtig, dass der Vorschlag zur Diskussion steht, eine Stunde weniger Englisch in den Klassen 3 und 4 zu unterrichten. Aber wenn man sich diesem Thema so nähert, muss man dazusagen, dass im Jahr 2009 der Englischunterricht in Mecklenburg-Vorpommern von einer Stunde auf drei erhöht wurde, und zwar zulasten des Sachunterrichts beziehungsweise zulasten der ästhetischen Bildung jeweils um eine Stunde.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dann muss man auch wissen, dass in acht anderen Bundesländern, also sozusagen die große Mehrheit, nur zwei Stunden Englisch in den Klassen 3 und 4 unterrichtet werden und wir als Mecklenburg-Vorpommern insofern eine gewisse Ausnahme gebildet haben. Und wenn wir kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen wollen, aber trotzdem etwas für den Deutschunterricht tun wollen, dann, glaube ich, ist es mehr als legitim, so eine Maßnahme zur Prüfung auf den Weg zu geben und nach einer Prüfung zu entscheiden, ob wir diesen Weg auch gehen wollen.

Und dann ist es in der Politik natürlich so, der eine ist etwas zögerlicher als der andere, und insofern haben wir uns geeinigt auf einen Prüfauftrag. Das haben wir niedergeschrieben in unserem Antrag, der am 04.11. sozusagen das Licht der Welt erblickt hat. Da kann ich jetzt nur für die CDU-Fraktion sprechen: Wir haben da nicht mit der Emsigkeit unseres Bildungsministers gerechnet,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hätte ich euch sagen können.)

der das sofort zum Anlass genommen hat, diese Arbeits-aufforderung \dots

Ja, Sie haben das vielleicht erfahren aus Ihrer alten Zeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja. Ja, haben wir.)

das kann ich nicht abschließend einschätzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe nicht mit der Emsigkeit des Bildungsministers gerechnet, dass er sofort eine Befragung, das ist ja jetzt langsam bekannt geworden, in der Zeit vom 6. bis 13. November durchgeführt hat, mit Ergebnissen, die heute der Öffentlichkeit über die Presse präsentiert werden.

Diese Ergebnisse werden wir sicherlich nachher in der Diskussion im Einzelnen detailliert auswerten. Fakt ist – in Kurzform gesprochen – eine große Zustimmung bei den Fragestellungen, die hier auf den Weg gebracht worden sind, signalisierend, ja, das ist der richtige Weg, vor dem

Hintergrund, auf ein gesundes Maß von zwei Stunden bei Englisch zurückzugehen und dafür effektiv eine Stunde Deutsch obendrauf zu geben in den Klassen 3 und 4.

Die Frage ist natürlich hier an das Hohe Haus – denn dieses Gremium entscheidet über den Fahrplan, wie wir damit umgehen, und kein anderer –: Wie geht das Hohe Haus jetzt mit dieser Tatsache um? Möglicherweise ist damit ein Prüfauftrag erledigt oder muss man so etwas, was man heute über die Presse erfahren hat, vielleicht auch erst mal sacken lassen, andere Argumente hören, vielleicht noch mal abwägen, um dann abschließend, so, wie es der Antrag vorsieht, eine Entscheidung zu treffen.

Vielleicht ist es auch so, dass wir in diesen Denkprozess, diesen Prüfprozess möglicherweise, was ich zum Beispiel empfehlen würde, die Überlegung einbringen, ob es nicht sogar Sinn macht, von der Kontingentstundentafel – die wir heute als aktuelle Arbeitsgrundlage haben, das heißt, in den Klassen 1 und 2 beziehungsweise 3 und 4 gibt es eine Stundenzuweisung in einer komplexen Form –, ob man nicht wieder sagt, dass man auf die alte Stundentafel wieder zurückgeht und das ganz konkret für die Klassen 1, 2, 3 und 4 zuordnet.

Ich glaube, insbesondere, wenn der Vorschlag greift, diese Rochade Englisch/Deutsch vorzunehmen, vor dem Hintergrund, dass die Verordnung dann sowieso angepasst werden muss, dass wir das in unsere Überlegungen mit aufnehmen sollten. Insofern ist für mich persönlich jetzt zu Beginn der Diskussion der Prüfprozess auch nicht ganz abgeschlossen.

Ich möchte also feststellen, wir werden durch Regierungshandeln, was wir zum Ausdruck bringen wollen unter Punkt I, unterstützend eine Stärkung des Deutschunterrichtes erreichen durch diese Verzahnung von Deutsch und Sachkunde. Wir werden explizit durch Punkt II ein weiteres Erhöhen des Deutschunterrichtes um eine Stunde effektiv in Angriff nehmen.

Und ich möchte auch bei der Einbringung die Gelegenheit nutzen, weil es für mich ein Diskussionsprozess ist, die Frage in den Raum zu stellen und anzudiskutieren, inwieweit es Sinn macht, den Unterricht in der Grundschule, der seit mehreren Jahren, ganz konkret seit 2006, bei 94 Wochenstunden von Klasse 1 bis 4 liegt, inwieweit es Sinn macht, diese 94 Stunden anzuheben mit dem Ziel, dann effektiv noch die eine oder andere Deutschstunde zusätzlich in das System zu geben oder möglicherweise auch eine Stunde Mathematik.

Warum sage ich das so deutlich mit den 94 Stunden? Wir wollen uns immer an den führenden Ländern messen. Der Bildungsminister tut das aus meiner Sicht zu Recht sehr häufig von diesem Pult aus. Und da ist insbesondere Bayern zu nennen mit 104 Stunden, also 10 Stunden mehr Unterricht pro Woche, bezogen auf die Grundschulzeit. Ich erspare Ihnen jetzt die Hochrechnung, ansonsten wird Ihnen nämlich schwindelig, wie viele Stunden mehr in Bayern unterrichtet werden als in Mecklenburg-Vorpommern.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na, dann sagen Sie mal!)

Das Gleiche trifft natürlich auch zu, wenn wir zum Beispiel Thüringen als ostdeutsches Bundesland nehmen mit 100 Stunden oder auch meinetwegen BadenWürttemberg mit 98 Stunden. Das würde nämlich konkret für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind nicht in Bayern.)

pro Jahrgang eine Stunde mehr. Dann würden wir auf die 98 kommen.

Jetzt lässt sich von hier vorne klug reden, weil man vielleicht nicht Mitglied des Finanzausschusses ist. Ich habe ganz bewusst diese Diskussion angestoßen, weil ich glaube, wenn wir mehr für unsere Grundschüler erreichen wollen, dann müssen wir uns dieser Diskussion stellen, auch vor dem Hintergrund der Frage, dass diese Tatsache mehr Geld kosten wird. Ich bin bereit, für die CDU-Fraktion diese Diskussion zu führen, genau zu diesem Tagesordnungspunkt. Insofern lade ich Sie recht herzlich ein, sich hier zu beteiligen und mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen, die Deutschkenntnisse unserer Grundschüler in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer ...

(Unruhe bei Minister Lorenz Caffier und Torsten Renz, CDU)

Herr Caffier! Herr Caffier!

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb. Bitte.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es lässt sich schwer bestreiten, dass die wichtigsten Dinge, die die Schülerinnen und Schüler in den Schulen zu lernen haben, das Lesen, das Schreiben und das Rechnen sind. Und diese drei Kompetenzen entscheiden auch über den Lernerfolg in vielen anderen Fächern. Wer nicht rechnen kann, hat Schwierigkeiten mit Physik und anderen Fächern, und wer nicht lesen und nicht schreiben kann, mit Fächern, die man nur bestehen kann, wenn man des Lesens und Schreibens kundig ist. Insofern ist das Indas-Zentrum-Rücken dieser Fragen von großer bildungsund gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Wir hatten vor einem Jahr eine etwas, wie ich fand, aufgeregte Diskussion hier im Land über die Rechtschreibleistungen unserer Schülerinnen und Schüler. Es wurden die Ergebnisse eines Testes veröffentlicht, und dieser Test hat deutlich gemacht, dass scheinbar 37 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler, also jeder Vierte, nicht über die Mindeststandards verfügt,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: 37 Prozent oder noch mehr.)

die nötig sind, um die Grundschule erfolgreich zu absolvieren. Um es etwas zu präzisieren: Ich meine selbstverständlich vier von zehn Schülern in etwa.

Alle, die sich mit Bildungspolitik beschäftigen, wussten aber und wissen, dass wir in der 3. Klasse die Lernziele der 4. Klasse überprüfen im Fach Deutsch, dasselbe in Mathe und in anderen Jahrgangsstufen auch. Das hört sich ein bisschen komisch an. Warum überprüft man schon in der 3. Klasse die Lernziele der 4. Klasse, denn logischerweise können die Kinder der 3. Klasse die Lernziele der 4. Klasse noch nicht erreicht haben, denn ansonsten wäre die 4. Klasse sinnlos. Ja, das ist eine Entscheidung der Kultusministerkonferenz gewesen auf Vorschlag von Wissenschaftlern und Lehrern. Die Idee war, dass die Lehrer einen Anhaltspunkt bekommen sollen, zu sehen, welche Sachen noch besonders behandelt werden müssen, damit die Schüler am Ende erfolgreich die 4. Klasse absolvieren.

Ich habe damals schon gesagt, denken Sie bitte daran, das ist kein Test, der zeigt, wie gut die Schülerinnen und Schüler am Ende der 4. Klasse sein werden. Dafür haben sie noch ein Jahr Zeit. Das ist nur ein Zwischenschritt hin zur 4. Klasse. Die Abgeordnete Oldenburg hat damals, jedenfalls wenn man der "Ostsee-Zeitung", wenn ich es recht sehe, Glauben schenken darf, gesagt, ich darf zitieren: "Dass die Grundschüler bis zum Ende der vierten Klasse ihre Wissenslücken schließen", ist "häufig nicht der Fall", Zitatende.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Ich war damals schon anderer Meinung und habe, um das überprüfen zu lassen, einen entsprechenden Rechtschreibtest an unseren Schulen in der 4. Jahrgangsstufe durchführen lassen, mit dem Ergebnis, dass – keine große Überraschung – nicht mehr 37 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Mindeststandards der 4. Klasse nicht erreichen, sondern 11. Und 11 Prozent sind etwas weniger als der Bundesdurchschnitt, woraus Sie ableiten können, dass Mecklenburg-Vorpommerns Schülerinnen und Schüler im bundesweiten Vergleich eher im vorderen Feld liegen.

Aber unabhängig davon beklagen viele Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Unternehmer, also Arbeitgeber, dass doch die Rechtschreibleistungen im Verhältnis zu früheren Zeiten deutlich nachgelassen hätten. Und wenn ich so ab und zu schaue, was in Facebook und an anderen Stellen veröffentlicht wird, dann fällt es schwer, dagegen zu argumentieren.

Deswegen haben sich die Koalitionäre auf fünf Maßnahmen verständigt, die bereits anlaufen und vorbereitet werden:

Erstens ein Elternratgeber für die Einschulung, denn Schülerinnen und Schüler können nicht ohne häusliche Unterstützung das Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Das muss man üben, das muss man wiederholen. Das geht nicht, ohne dass auch die Elternhäuser mitmachen.

Wir führen zweitens einen Grundwortschatz ein, den es vor 25 Jahren schon einmal gegeben hat. Und das ist der wirkliche Treppenwitz der Geschichte, dass in diesem Land ein Grundwortschatz, der verbindlich war für die Grundschule, außer Kraft gesetzt wurde, wahrscheinlich weil er aus der DDR kam, während Länder wie Bayern bis heute einen Grundwortschatz haben. Das war die zweite Maßnahme.

Die dritte Maßnahme ist, dass wir uns entschlossen haben, die Zahl der Deutschstunden deutlich zu erhöhen,

nämlich insgesamt um bis zu vier, und zwar dadurch, dass wir die Zahl der Sachkundestunden reduzieren.

Aber – das ist das Wichtige und das ist auch die vierte Maßnahme – dies wird kombiniert damit, dass wir neue Rahmenpläne bekommen, Rahmenpläne mit klaren Inhalten, klaren Verzahnungen, denn es geht nicht nur um die Zahl der Stunden, die unterrichtet werden, sondern auch um die Frage: Was passiert denn in diesen Stunden?

Insofern, Herr Renz, ergibt sich hier doch schon eine Teilantwort. Ein bloßes Mehr allein reicht nicht, es muss natürlich inhaltlich untersetzt sein. Mir haben viele Grundschullehrer gesagt - mit denen ich das vorher besprochen habe, kann man das denn tun, Deutsch nach oben fahren, wieder in die Nähe dessen, was es früher in der DDR mal gab an Deutschstunden, dafür aber den Sachunterricht begrenzen, kann man das tun oder kann man das nicht –, und auch die Leiterin der Arbeitsgruppe, die diesen Grundwortschatz erarbeiten wird, sagte mir Folgendes: Herr Brodkorb, das ist gar kein Problem. Erstens unterrichten die meisten Deutschlehrer auch Sachkunde, und zweitens können Sie im Deutschunterricht wunderbar Sachtexte behandeln, Sie können Rechtsschreibung und Grammatik an Sachtexten üben, Sie können also im Deutschunterricht das wieder auffangen, was sie scheinbar an Sachunterricht verlieren. Dann werden eben Texte über die Heimat, über die Geografie, über das Wasser, über den Wald behandelt, und Sie haben im Deutschunterricht beides: eine Verbesserung von Rechtschreibung und Grammatik auf der einen Seite und den Sachunterricht auf der anderen.

Ich bin dankbar, dass dieser Vorschlag offenbar auch von der GEW unterstützt wird. Jedenfalls habe ich das heute der Pressemitteilung entnommen, dass sie sagt, das sei ein moderner Ansatz. So viel wollte ich gar nicht erreicht haben

Und dann der fünfte Schritt: Es geht auch um entsprechende Handreichungen für Lehrerinnen und Lehrer, dass sie am Ende nicht einfach nur die Wörter des Grundwortschatzes auswendig lernen lassen, denn das ist nicht der Sinn der Sache, sondern Regeln vermitteln, wie man beurteilen und erfassen kann, auf welche Art und Weise Wörter geschrieben werden, wie grammatikalische Konstruktionen funktionieren, es geht also nicht nur um Wörter. Es geht am Ende um das Lernen von Regeln.

Herr Renz hat es bereits angesprochen, der Prüfauftrag, über den heute hier befunden wird, der war sehr sicher und verlässlich, weil sich SPD und CDU darauf verständigt hatten. Und ich habe mir die Frage gestellt, wie kann man so etwas eigentlich besser prüfen, nämlich den Vorschlag, ob man auch im Bereich Englisch etwas reduziert, um den Deutschunterricht zu stärken, wie kann man das am besten überprüfen oder besser als dadurch, dass man die Lehrerinnen und Lehrer fragt, die Experten vor Ort. Wir haben eine Umfrage durchgeführt. An dieser Umfrage haben sich 2.084 Lehrkräfte von Grundschulen beteiligt in 224 Grundschulen insgesamt. Es ging im Wesentlichen um drei Fragen und die Ergebnisse möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Das war die erste Frage: Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, die Zahl der Deutschstunden zu erhöhen? Es gibt eine Zustimmungsquote von 96 Prozent. Ich würde gerne, weil ich sicher bin, dass das in der Diskussion eine Rolle spielen wird, zugestehen, dass man diese Frage hätte präziser formulieren können, denn man kann die Zahl der Deutschstunden ja dadurch erhöhen, dass man Verschiebungen in der Stundentafel vornimmt, oder dadurch, dass man mehr Stunden ins System reingibt. Für Letzteres hat Frau Oldenburg verschiedentlich plädiert

Aber diese klare Antwort verliert deshalb nicht ihre Bedeutung, weil in dem Begleitschreiben den Lehrern ausdrücklich erklärt wurde, worauf sich die Koalition verständigt hat, nämlich auf eine Verschiebung der Sachkundestunden in den Deutschunterricht. Darüber wurde abgestimmt mit klarem Hinweis auf die Stundentafel einer entsprechenden Tabelle. Es ist also nicht verschwiegen worden, worum es geht. Es stand auch in den Zeitungen.

Im Übrigen, ich glaube, es braucht diese 96 Prozent nicht, denn die anderen Daten sind mit einer so übergroßen Mehrheit versehen, dass ich gar keine Mühe hätte, diese Umfrage noch mal durchzuführen mit einer präziseren Fragestellung. Wie gesagt, das gebe ich zu, das hätte man präziser machen können, Frau Oldenburg. Ich würde jede Wette mit Ihnen eingehen, dass, wenn wir diese Umfrage noch mal durchführen würden, wir ein sehr großes Ergebnis hätten, auch für diese Maßnahme.

Die zweite Frage war: Sollen wir einen Grundwortschatz wieder einführen, wie es ihn mal gab? Die Grundschullehrer sagen mit 94 Prozent Ja.

Und dann die dritte Frage: Halten Sie es für richtig, dass wir den Englischunterricht etwas reduzieren, und zwar auf das Niveau, das Sachsen und Bayern heute haben, wenn wir dafür den Deutschunterricht ausweiten? Und die Zustimmung – ich glaube, an dieser Frage gibts nichts zu deuteln –, die Zustimmung der Lehrkräfte betrug 80 Prozent. Ich habe absichtlich auch die Englischlehrer gefragt, also die Lehrer, die in den Grundschulen Englisch unterrichten, und ich war selber etwas überrascht, dass diese Umfrage so ausfällt, aber selbst 55 Prozent der Englischlehrer sagen: Ja, zwei Stunden pro Woche in den Klassenstufen 3 und 4 reichen, wenn dafür der Deutschunterricht erhöht wird.

Warum rede ich von Bayern und Sachsen? Ich darf erinnern, Bayern und Sachsen sind die beiden Länder, die in Deutschland bei den Bildungstests regelmäßig auf den ersten Plätzen abschneiden. Wenn diese beiden Länder so hervorragende Ergebnisse erzielen mit zwei Stunden Englisch in der Woche, dann, glaube ich, kann das Mecklenburg-Vorpommern auch schaffen. Deswegen habe ich Mühe zu verstehen, warum – aber das ist die Sache dieser Gewerkschaft, der größten Lehrergewerkschaft in diesem Land –, ich habe Mühe zu verstehen, warum sich die Lehrergewerkschaft GEW gegen eine Maßnahme stellt, das kann man heute einer Pressemitteilung ja entnehmen, die von 80 Prozent der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer befürwortet wird. Es sind überwiegend Frauen.

Wir hatten eine solche Situation schon einmal, als wir hier diskutiert haben über die Wiedereinführung sogenannter Kopfnoten. Auch damals gab es eine Front der Ablehnung aufseiten der GEW. Auch damals haben wir die Lehrer befragt und es gab 85 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer, die das anders gesehen haben.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Als diese Umfrage veröffentlicht wurde, wurde die Gewerkschaft etwas zurückhaltender in den öffentlichen Äußerungen.

Ich rege an, diese Zurückhaltung auch jetzt vielleicht zu prüfen, denn 80 Prozent sind eine Mehrheit, an der, glaube ich, niemand vorbeikommen kann. Und ich finde es insbesondere nicht richtig, wie es die GEW-Vorsitzende heute in einer Pressemitteilung getan hat, sich Hamburg als Vorbild zu nehmen. Es wird argumentiert, wir sollten eher mehr Englisch machen und nicht weniger. Ich bin fest davon überzeugt, wer gut das Deutsche beherrscht in Rechtschreibung und Grammatik, der ist auch eher in der Lage, eine Fremdsprache zu erlernen. Wir sollten uns Hamburg deshalb nicht als "Spitzenreiter" – sogenannten Spitzenreiter, das ist ein Zitat – auswählen, weil Hamburg kein Spitzenreiter ist.

Das zeigt noch mal, dass die einfache Logik, die hier manchmal vorgetragen wird, nicht funktioniert. Ich möchte Ihnen das an folgenden Beispielen deutlich machen, an zwei wissenschaftlichen Studien. Ich habe mir das angesehen, Sekundarstufe I: Mathematik, Biologie, Chemie, Physik. Auf welchem Platz landen die Schüler von Mecklenburg-Vorpommern?

- Mathe: Platz 6 in Deutschland Spitzengruppe, Hamburg Platz 13 – Schlussgruppe, Sachsen übrigens auf Platz 1
- Biologie: Mecklenburg-Vorpommern Platz 5 Spitzengruppe, Hamburg Platz 14 – Schlussgruppe, Sachsen auf Platz 1
- Chemie: Mecklenburg-Vorpommern Platz 5 Spitzengruppe, Hamburg Platz 14 – Schlussgruppe, Sachsen auf Platz 1
- Physik/Mathematik: Platz 5 Spitzengruppe, Hamburg Platz 15 – Schlussgruppe, fast Letzter, Sachsen auf Platz 1
- Dasselbe Bild in der Grundschule, überprüft im Jahr 2011 Mathe und Deutsch, hier allerdings auf Platz 1 Bayern in beiden Fällen, Mecklenburg-Vorpommern im Mittelfeld auf Platz 8 und Hamburg wieder in der Schlussgruppe auf Platz 14.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich in meiner Bildungspolitik nicht am Spitzenreiter Hamburg orientieren, denn das ist die hintere Spitze.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss man immer etwas vorsichtig sein.

Im Übrigen, Herr Renz, jetzt fängt wieder diese Diskussion an: Wer regiert da?

(Torsten Renz, CDU: Das war nur eine Frage.)

Wer regiert da? Ich darf Sie daran erinnern, jetzt wollen Sie wahrscheinlich die Antwort hören, die SPD.

(Torsten Renz, CDU: Nee.)

Dann muss ich Ihnen sagen, die Studie stammt aus dem Jahr 2011. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, die im Jahr 2011 ihre Wirksamkeit erlangt haben, die fallen leider in die Regierungszeit der CDU, weil ja nicht von heute auf morgen die Veränderungen im Bildungssystem durchschlagen, sondern es dauert viele Jahre.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sie sind ja so ruhig, Herr Renz. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Zurufe von Torsten Renz, CDU, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Also, Herr Renz,

(Torsten Renz, CDU: Sind denn die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, auf Herrn Tesch zurückzuführen?)

Herr Renz, es ist doch so, schauen Sie mal, das ist doch, Herr Renz, das ist doch unbestritten,

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut.)

das ist doch unbestritten, dass die, wie soll man sagen, erheblichen Probleme im Schulsystem, mit denen ich zu Beginn der Legislatur konfrontiert war, nicht durch mich verursacht wurden.

(Torsten Renz, CDU: Metelmann.)

Das ist doch unbestritten. Und genauso ist es unbestritten, dass manche Erfolge, die jetzt sichtbar wurden, auch nach der Wahl, auch nicht zu 100 Prozent durch mich zu verantworten sind. Aber insofern, Herr Renz, war das nur meine Bitte, dass Sie nicht solche parteipolitischen Diskussionen führen, sondern vielleicht folgender Frage nachgehen: Eine Stadt wie Hamburg hat aufgrund bestimmter sozialer Probleme genauso große Schwierigkeiten wie eine Stadt München. Wenn Sie die Leistungen der Schüler in den Städten vergleichen, unterscheidet sich das nicht so gewaltig. Das hat nichts mit der politischen Farbenlehre zu tun, sondern damit, dass Großstädte andere Herausforderungen in sozialer Hinsicht haben – Migration et cetera, was es alles gibt – als andere Regionen.

Der Abgeordnete Renz hat die Frage gestellt, wie es jetzt mit dem Prüfauftrag aussieht. Sollen wir den Englischunterricht reduzieren oder nicht? Ich kann nur für mich sprechen, Herr Renz, für mich ist die Prüfung abgeschlossen. Wenn 80 Prozent aller Lehrkräfte sagen, ja, das ist der richtige Weg,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann können Sie ja den Antrag zurückziehen, oder?)

dann weiß ich nicht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zurückziehen!)

wer sich hier ins Parlament stellen und sagen sollte, dass er klüger ist als diese 80 Prozent der Grundschullehrkräfte.

Herr Renz hat aber natürlich die Debatte noch weiter aufgemacht angesichts dieser aktuellen Ereignisse. Und,

Herr Renz, ich gehe auch davon aus, dass Sie von Ihrem Vorschlag, den Englischunterricht zu reduzieren und den Deutschunterricht zu erhöhen, nicht abrücken werden, schon gar nicht nach dieser Umfrage,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Das wäre mal ein Vorschlag.)

deswegen würde ich geneigt sein, die Debatte so zu interpretieren, dass die Prüfung damit abgeschlossen ist. Aber Sie haben Ihren Prüfauftrag ja erweitert und vorgeschlagen,

(Torsten Renz, CDU: Kontingentstundentafel.)

dass wir auch diskutieren, ob wir die von Herrn Tesch eingeführte Kontingentstundentafel wieder abschaffen. Das war ja Ihr Vorschlag.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Ich würde das vorurteilsfrei prüfen. Wenn ich mich recht entsinne, hat die Abgeordnete Oldenburg das auch schon mal vorgeschlagen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Mehrmals! Mehrmals!)

Ich würde vorschlagen, dass wir auch in diesem Fall die Kolleginnen und Kollegen befragen, was die eigentlich dazu sagen.

Für alle Zuschauer, die nicht wissen, was die Kontingentstundentafel ist:

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Im Moment ist es den Schulen teilweise selbst überlassen, in welchem Umfang sie welches Unterrichtsfach anbieten und in welcher Jahrgangsstufe. Das führt natürlich dazu, wenn eine Familie umzieht von der einen Stadt zur anderen, dass manchmal nicht der Unterricht gegeben wurde in der Stadt A, der in der Stadt B gegeben wurde. Dann gibt es Probleme für die Familien. Das kann ja jeder verstehen.

Aber, Herr Renz, eine letzte Bemerkung: Sie haben ja nicht nur gesagt, wir sollten die Kontingentstundentafel prüfen, sondern wir sollten auch prüfen, ob wir noch mehr Stunden ins System geben.

(Torsten Renz, CDU: Die Diskussion anschieben, habe ich gesagt.)

Herr Renz, ich finde das eine wunderbare Diskussion. Wir haben nur ein Problem: Auch da muss man sich die Statistik richtig anschauen. Sie haben auf Bayern verwiesen. Bayern beispielsweise weist in der Stundentafel besondere Förderstunden aus.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Die werden bei uns nicht in der Stundentafel ausgewiesen, obwohl die Schulen diese Förderstunden haben. Im Moment überlassen wir es den Schulen, mit diesen Förderstunden so umzugehen, wie sie es für richtig halten.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn Sie den Vorschlag machen, dass wir diese Freiheit den Schulen nehmen, das stattdessen verbindlich in die Stundentafel reinschreiben und die Zahl der Stunden erhöhen, bin ich bereit, auch das zu prüfen. Herr Renz, ich bin auch bereit, das zu prüfen, aber auch die Stundentafel und die Verbindlichkeit der Stundenverwendung und -zuweisung unterscheiden sich in den Bundesländern. Ich würde dann vorschlagen, dass wir auch vergleichend mit aufnehmen in die Diskussion die Klassengrößen in Bayern und in Mecklenburg-Vorpommern. Denn wenn man sich an manchen Stellen vergleicht, die systemisch relevant sind, muss man es an allen Stellen tun. Auch für diese Debatte bin ich offen und ich bin beispielsweise relativ optimistisch, dass man, wenn Sie dies an den richtigen Stellschrauben einstellen beziehungsweise wenn Sie die vergleichbare Rechtskonstruktion, wie es die beispielsweise in Bayern gibt, haben, dass man auch noch mehr Stunden in die Stundentafel bringen könnte, allerdings im Rahmen der bestehenden Ausstattung. Davon bin ich ziemlich fest überzeugt.

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mein Votum, diesen Weg weiterzugehen. Ich bin, wie gesagt, fest davon überzeugt, dass es unseren Kindern für ihr gesamtes Leben alles andere als schadet, wenn sie die deutsche Sprache in solider Form beherrschen. Das ist für Eltern genauso wichtig wie für Arbeitgeber und für diese Schülerinnen und Schüler. Und deswegen danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe auf Ihre breite Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Brodkorb.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der DDR gab es zeitweise einen Mangel an Konsumgütern, aber niemals haperte es an der Unterrichtsausstattung.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aua, aua, aua!)

Heute allerdings beweisen die Realität

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also das ist eine These, die bleibt nicht unbestritten. – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

und teilweise auch dieser Antrag,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist eine These, die bleibt nicht unbestritten.)

dass es genau umgekehrt ist: Die Schaufenster sind voll, aber wir haben noch Versorgungslücken an den Grundschulen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn man sich also bei seinen vermeintlichen Neuerungen auf die DDR-Zeiten bezieht, muss man auch die

dazugehörigen Stunden mitliefern, die die Grundlage des damaligen Unterrichts,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

des damaligen Mindestwortschatzes und der damaligen Rechtschreibergebnisse waren.

(Egbert Liskow, CDU: Ich fand das sehr richtig. – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Ja, in der DDR gab es einen Grundwortschatz, aber in der DDR gab es auch, um genau diesen Grundwortschatz zu erlernen, insgesamt 51 Wochenstunden Deutschunterricht in den Jahrgangsstufen 1 bis 4.

(Torsten Renz, CDU: 50,5.)

Der heutige Antrag sieht vor, dass die Kinder einen Mindestwortschatz erlernen, aber dafür nur 30 Wochenstunden, also 20 beziehungsweise 21 Stunden weniger Zeit haben. 21 Stunden weniger! Wenn ich das eine will, dann muss ich auch das andere mögen. Es wird betont in den Pressemitteilungen der Koalition und des Ministers, dass zu DDR-Zeiten die Rechtschreibleistungen besser gewesen sind. Das kann nur ein Gefühl sein. Gefühlt waren sie besser. Das fühle ich genauso, denn ich war dabei.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Wie alt warst du da?)

Aber zeigen Sie mir eine ernst zu nehmende Leistungserhebung aus der DDR ...

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Oldenburg, einen kleinen Moment bitte!

Also ich bitte einfach darum, von dieser Unruhe Abstand zu nehmen, und wenn Gespräche zu führen sind, bitte draußen in der Lobby. Das stört Frau Oldenburg hier beim Reden.

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Frau Oldenburg, bitte.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Eine ernst zu nehmende wissenschaftliche Basis möchte ich gerne sehen, auf der diese Aussage beruht. Wenn die Rechtschreibleistungen tatsächlich besser waren, dann liegt das sicherlich auch an der höheren Stundenausstattung für den Deutschunterricht, denn die gab es wirklich und die ist nicht nur gefühlt. Aber anstatt zusätzlichen Unterricht zu ermöglichen, wird hier nur umgeschaufelt: mehr Deutsch zuungunsten von Sachunterricht und Englisch, denn die Gesamtzuweisung der Grundschulen bleibt gleich. Die Deutschkenntnisse sollen erhöht werden und gleichzeitig werden die Kenntnisse im Sachunterricht und in Englisch wahrscheinlich verringert werden. Das ist nicht nur linke Tasche, rechte Tasche, das ist einfach nur Ausdruck der Versorgungslücken an den Grundschulen in Mecklenburg-Vorpommern.

Das möchte ich Ihnen an folgenden Änderungen der vergangenen Jahre beweisen:

Zum Schuljahr 1999/2000 wurden aus sechs Deutschstunden in der 1. und 2. Klasse sieben Stunden, weil man zwei Stunden Sachunterricht aus den Klassen 2 und 3 kürzte. Die Stundenausstattung der Grundschulen erhöhte sich nicht, also umgeschaufelt.

2007/2008 wurde in Klasse 3 der verbindliche Englischunterricht mit drei Wochenstunden eingeführt. Die Stundenausstattung der Grundschule erhöhte sich nicht, also umgeschaufelt.

2008/2009 kamen dann die drei Wochenstunden Englisch in der 4. Jahrgangsstufe dazu. Die Stundenausstattung der Grundschule erhöhte sich nicht, also umgeschaufelt.

2009/2010 wurde eine Stunde Leseförderung in Klasse 4 eingeführt. Das war eine sehr gute Idee. Dafür verringerte sich allerdings der Englischunterricht um exakt diese eine Stunde. Die Stundenausstattung der Grundschule erhöhte sich nicht, also umgeschaufelt.

Sehr geehrte Damen und Herren, mehr als jeder vierte Schüler in der 4. Klasse erreicht die Regelstandards im Bereich Orthografie nicht. Die Kenntnisse jedes zehnten Schülers liegen sogar unter dem Mindeststandard. Dieser große Anteil der Kinder kann nicht ein einziges fehlendes Wort in einem Satz ergänzen, der lediglich aus vier oder fünf Wörtern besteht und ihnen auch noch vorgelesen wird. Diese Kinder wissen in der 4. Klasse nicht, dass "immer" mit Doppel-m geschrieben wird, "Roller" mit Doppel-I und "Hemd" mit d.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Diese Kinder beherrschen nicht das Alphabet, denn es gelingt ihnen nicht, vorgegebene Wörter alphabetisch zu ordnen, ganz zu schweigen von den nicht vorhandenen Regelkenntnissen. Mehr als jeder dritte Schüler erreicht aber auch in der 6. Klasse weder die Regelstandards in Orthografie noch im Bereich Lesen. Die gleiche Anzahl von Achtklässlern kann nicht im notwendigen Maß lesen, schreiben oder gar Informationen aus einem Text entnehmen. Wir haben also immer etwa die gleiche Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die weit unter dem Regelstandard unterwegs sind. Es hört nicht auf, es wird nicht besser, es verwächst sich nicht.

Und, Herr Minister, das ist auch kein Schließen von Lücken. Wir brauchen mehr Deutschunterricht. Wir brauchen mehr Deutschunterricht, ohne dafür anderen Stunden an den Kragen zu gehen. Wir brauchen tatsächlich zusätzlichen Deutschunterricht, und zusätzlich bedeutet obendrauf und nicht statt Sachunterricht, obendrauf und nicht statt Englisch, obendrauf und nicht Umschaufeln.

Aber genau dieses Zusätzliche gibt es nicht. Man hat sich doch so schön über die Jahrzehnte mit dem Umschaufeln eingespielt. So gehen also vor zwei Wochen, fast drei Wochen der Minister, SPD- und CDU-Fraktion an die Presse und informieren, dass sie sich entschieden haben, mehr Deutschunterricht einzuführen, aber dafür den Sachunterricht zu kürzen. Und zwei Tage nach Ankündigung dieser Tat gibt es diesen Antrag, der dann das bereits besiegelte und beschlossene Handeln irgendwie nochmals versucht zu legitimieren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Zu spät.)

Haargenau die gleichen Inhalte des bereits Entschiedenen sollen nun noch mal von den gleichen Personen beschlossen werden, die es bereits beschlossen haben.

Dann – und nun wird es noch irrwitziger –, eine Woche nach der ersten Beschlussfassung,

(Andreas Butzki, SPD: Ja.)

sollen die Schulleitungen in einer Befragung dem bereits beschlossenen und entschiedenen Handeln nachträglich huldigen. Die Schulen erreichte letzte Woche nämlich ein Brief – oder sagen wir mal lieber, eine Depesche – mit den bereits beschlossenen Eilmeldungen. Hierin heißt es: Die Landesregierung hat sich entschieden, die Zahl der Unterrichtsstunden im Fach Deutsch wieder zu erhöhen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

Findet dieser Schritt grundsätzlich Ihre Zustimmung?

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Die Landesregierung hat sich entschieden! Kein Wort in dieser Frage von der Kürzung des Sachunterrichts.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie ist denn die zustimmende Meinung, ja oder ja?)

Was ist denn das für eine Meinungsbildung? Es wurde entschieden! Da ist doch jede Abfrage eines Grundschülers bei seiner Auserwählten – Willst du mit mir gehen? Kreuze an: Ja, nein oder vielleicht – wesentlich aussagekräftiger als diese eine Frage.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, und?)

Wer ist denn nicht für mehr Deutschunterricht? Sie haben vergessen zu fragen, ob sie auch gleichzeitig der Kürzung im Sach- und Englischunterricht, und zwar in dieser Frage, grundsätzlich zustimmen.

(Marc Reinhardt, CDU: Das hat doch der Minister erläutert.)

Sie haben doch bereits entschieden.

(Egbert Liskow, CDU: Sie haben nicht zugehört.)

Damit Sie nun aber auch noch Recht bekommen mit der Rechtschreibung, machen Sie eine Wohlfühlumfrage. Das hätte ich Ihnen nicht zugetraut, Herr Minister.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE – Egbert Liskow, CDU: Wer nicht hören will, muss fühlen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben schon vor vielen Jahren mehr Deutschunterricht an den Grundschulen gefordert. Wir fordern mehr Deutschunterricht. Wir fordern keinen Verschiebebahnhof, wir fordern ein Mehr und kein Umschaufeln. Und da bin ich dem Kollegen Renz sehr dankbar dafür, dass er das heute noch mal mit ins Gespräch gebracht hat.

Diese weiteren angeblichen Neuerungen, dass der Deutschunterricht besser mit dem Sachunterricht verzahnt werden soll, stoßen bei den Lehrkräften auf ein müdes Lächeln und auf Kopfschütteln, denn das haben sie seit Jahren in den Grundschulen praktiziert, weil sich die Lehrkräfte nämlich an Ihre Verordnungen halten, Herr Minister.

Und da zitiere ich mal aus der seit sechs Jahren gültigen Kontingentstundentafel: "Der Gegenstandsbereich Deutsch setzt sich aus den Teilbereichen Lesen/Umgang mit Texten und Rechtschreiben/Sprachbetrachtung zusammen. Insbesondere im Schuleingangsbereich ist fachübergreifender Unterricht mit dem Gegenstandsbereich Sachunterricht anzustreben. … Im Gegenstandsbereich Sachunterricht ist fachübergreifendes Arbeiten Prinzip." Ende des Zitats. Damit hat sich Ihr dritter Antragspunkt gänzlich entzaubert. Diese angebliche Neuerung ist ein alter Hut.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler nehmen doch nicht zu, wenn man ihnen keinen zusätzlichen Unterricht gibt. Sie brauchen Zeit und die Lütten erst recht. Die Erstklässler haben lediglich vier Stunden täglich Unterricht. Wenn man bei ihnen eine Stunde Deutsch pro Jahr und eine Stunde Mathe in der 1. und 2. Klasse zusätzlich gibt, dann haben sie an zwei Tagen in der Woche fünf Stunden Unterricht.

(Tilo Gundlack, SPD: Das finden die auch schon eine Sauerei.)

Das ist nicht zu viel, gerade wenn Sie bedenken, wie viel Zeit – und, Herr Gundlack, das müssen Sie wissen –, wie viel Zeit Ihre kleine Tochter einfach damit verbringt, ein Buch aufzuschlagen, den Füller aufzuschrauben und die Seite im Buch zu finden,

(Tilo Gundlack, SPD: Das weiß ich. Das weiß ich.)

wenn doch der Hund auf dem Mathebuch viel interessanter ist als die Seite 27 im Mathebuch.

(Andreas Butzki, SPD: Zu DDR-Zeiten mussten wir den Füller noch reparieren. Das darfst du auch nicht vergessen.)

Wenn man ihnen jetzt eine Stunde mehr Deutschunterricht pro Klasse gibt, dann ist das für die Kinder eine ganz, ganz wichtige Stunde, denn wir können nicht den Eltern überlassen, Wissen zu vermitteln. Für die Wissensvermittlung ist die Schule zuständig und die Eltern sind dazu da, mit ihren Kindern zu üben.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wenn nun aber der Englischunterricht gekürzt werden wird, fehlt dort wieder die Zeit der Wissensvermittlung.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Sie beziehen sich auf die Anzahl der Englischstunden in Bayern und Sachsen, aber auch dabei vergessen Sie wieder, die zusätzlichen Stunden, die in diesen Bundesländern den Kindern gewährt werden, zu übernehmen. Sie suchen sich aus, was Ihnen passt. In Bayern haben die Grundschüler insgesamt zehn Stunden mehr Unterricht – und da sind nicht die Förderstunden mit dabei, sondern diese Stundenübersicht ist mit einem kleinen Sternchen gekennzeichnet und das Sternchen ist erklärt: Stunden, die allen Kindern zur Verfügung stehen –, zehn Stunden mehr Unterricht in der Grundschule in Bayern

und in Sachsen immerhin drei Stunden mehr als in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn wir jetzt Bayern oder Sachsen nehmen, dann eben auch die Stundenzuweisungen für Bayern und Sachsen.

Meine Fraktion fordert, wenn Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen, eine Einzelabstimmung über die römischen und arabischen Antragspunkte, und natürlich fordern wir zusätzlichen Deutschunterricht. Ich hoffe, Sie sind auch ein bisschen der Meinung,

(Beate Schlupp, CDU: Bisschen.)

dass Sie sich hier ein wenig vergaloppiert haben, und stimmen deshalb grundsätzlich unserem Änderungsantrag zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Butzki von der SPD-Fraktion.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Pressekonferenz am 2. November zum Thema "Mehr Deutschunterricht an Grundschulen Mecklenburg-Vorpommerns" war das Medienecho überwiegend positiv oder positiv und alle oder viele Lehrerinnen und Lehrer haben die vielen Vorschläge, die wir unterbreitet haben, sehr begrüßt. Deswegen fand ich jetzt diese Rede, die wir gerade gehört haben, in manchen Punkten doch ein bisschen überzogen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich will auch nicht zusätzlich die Diskussion aufmachen um einen Schulsonnabend hier wieder bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir die ganzen Stunden einführen wollen. Also in den 1. und 2. Klassen mit den vier Stunden Unterricht, denke ich, das ist eine vernünftige Sache, die wir bis jetzt haben. Deswegen war ich auch über die Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE am 2. November außerordentlich irritiert, weil dort behauptet wurde, Mecklenburg-Vorpommern bilde das Schlusslicht in der Unterrichtsversorgung. Das ist schlichtweg falsch und nicht richtig wiedergegeben.

Ich habe mir daraufhin mal die KMK-Regelungen angeschaut und festgestellt, dass wir im Ländervergleich bei den aktuellen Wochenpflichtstunden der Grundschulen nicht das Schlusslicht bilden. Was sind Wochenpflichtstunden? Das noch mal kurz zur Erläuterung: Das ist die Aufaddierung der einzelnen Wochenstundenzahlen, die wir in den vier Jahren haben, und dann kommen wir auf einen Wert.

Und wie sieht es in den anderen Bundesländern aus? Ich will das hier mal betonen, beispielsweise unsere Nachbarländer: Schleswig-Holstein 92 Wochenstunden, Brandenburg 93 Wochenstunden,

(Torsten Renz, CDU: Willst du dich jetzt am Mittelfeld orientieren?)

Niedersachsen 94 Wochenstunden. Es gibt weitere Bundesländer, die einen niedrigeren Wert haben als Mecklenburg-Vorpommern: Hessen und Berlin. Es gibt natürlich – haben wir auch heute schon gehört – Länder, die einen höheren Wert haben, wie das Saarland oder auch

Thüringen. Interessant ist aber, dass alle norddeutschen Flächenländer eine ähnliche Wochenstundenzahl im Grundschulbereich haben. Und deshalb möchte ich noch mal ganz deutlich betonen, die Behauptung der Fraktion DIE LINKE in der Pressemitteilung ist schlichtweg falsch.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU sehen es aber als äußerst sinnvoll an, den Sachunterricht an den Deutschunterricht zu koppeln. Wir haben das heute schon mehrfach gehört. Und wenn man sich einmal die Themenfelder im Sachunterricht anschaut, der eine Vorbereitung auf den Fachunterricht in den 5. Klassen ist, dann ist hier zu sehen: sich selber wahrnehmen (dazu gehört die Gesundheitsförderung, Sexualität und Geschlechterrolle), zusammen leben (kulturelle Vielfalt, Formen des Zusammenlebens und Konsumverhalten), Naturphänomene erschließen (Tiere, Pflanzen, Biotop, Wasser, Wetter und Feuer), Räume wahrnehmen, erschließen und nutzen (Schulgelände, Karte und Kompass nutzen), Zeit und Geschichte verstehen (da sind auch die Jahreszeiten mit drin, Zeit einteilen und messen, Geschichte untersuchen, eigene Entwicklung, Familie, Stadt und Region), und auch Mediennutzung ist hier mit drin (mit dem Computer arbeiten, andere Medien verwenden, bewerten und produzieren). Da, denke ich, findet man doch gute Möglichkeiten, den Deutschunterricht mit Sachtexten aus diesen Themenbereichen zu verbinden. Der Minister hat es vorhin auch schon gesagt.

Wir wissen es auch ganz genau, viele erfahrene Grundschulpädagoginnen und -pädagogen praktizieren das doch schon immer so, denn sie sind das aus den Jahren vor 1990 gewöhnt. In den damaligen Lehrplänen war die Heimatkunde ein wichtiger Bestandteil des Deutschunterrichts.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es war nicht alles schlecht.)

Ich muss hier auch noch mal ganz deutlich die Frage stellen: Warum sollen die Mädchen und Jungen nicht in der Grundschule einen Fachtext zur Gesundheitsförderung im Deutschunterricht lesen? Warum sollen die Grundschülerinnen und Grundschüler nicht ein Diktat zum Thema "Kulturelle Vielfalt" schreiben? Und warum sollen die Kinder nicht eine Geschichte über Tiere im Wald hören?

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wollen deshalb eine enge curriculare Verzahnung der Rahmenpläne Deutsch und Sachkunde festschreiben und verbindliche Vorgaben machen. Die pädagogischen Freiräume für unsere Lehrerinnen und Lehrer werden trotzdem noch groß genug sein. Deshalb werden bei der Erstellung der neuen Rahmenpläne für Deutsch und Sachkunde erfahrene Schulpraktikerinnen und -praktiker genauso mit dabei sein wie die Didaktiker und Fachexpertinnen und Fachexperten.

(allgemeine Unruhe)

Es wird mit diesen Maßnahmen verbindlich festgeschrieben, dass es in den ersten beiden Jahrgangsstufen verpflichtend für alle Grundschülerinnen und Grundschüler in Mecklenburg-Vorpommern sieben Stunden Deutsch in der Woche geben wird und in den Jahrgangsstufen 3 und 4 acht Wochenstunden. Dagegen sind es in Sachsen und Baden-Württemberg sieben Wochenstunden und in Bayern in Klasse 3 und 4 sogar nur sechs,

(Torsten Renz, CDU: Die sind gar nicht ausgewiesen, Andreas. Die haben da ein Kontingent von 16 Stunden.)

und das, obwohl Baden-Württemberg immer behauptet, sie können alles außer Hochdeutsch. Und auch die sächsische und bayerische Aussprache haben einige Abweichungen zur Schriftsprache. Wir hören es ja auch ab und zu mal hier im Landtag.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das verstehe ich jetzt nicht. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Aus Sicht von SPD und CDU ist es unabdingbar, dass ein verbindlicher Grundwortschatz festgeschrieben wird. In anderen Bundesländern gibt es das schon lange. Der Minister hat das vorhin auch gesagt. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern wurde dieser Grundwortschatz mit dem ersten CDU-geführten Kultusministerium abgeschafft, damals war es Herr Wutzke, in meinen Augen nicht nachvollziehbar.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

In Bayern gibt es zu diesem Zeitpunkt bereits einen Grundwortschatz, der aktuell 700 Wörter umfasst. Und auch das Land Brandenburg hat einen Grundwortschatz von 700 Wörtern festgeschrieben.

Im Vorwort zum Grundwortschatz des Landesinstituts für Schule und Medien in Berlin-Brandenburg heißt es dazu, und ich will jetzt mal zitieren: "Die rechtschreibwichtigen Wörter sind allerdings nicht allgemein gültig in einem verbindlichen Grundwortschatz deutschlandweit geregelt. Für das Land Brandenburg wird hiermit ein Grundwortschatz vorgelegt, der Wörter umfasst, die man in der deutschen Sprache häufig gebraucht. Dabei geht es nicht nur um das normgerechte Schreiben von einzelnen Wörtern, sondern im Kern um die Morpheme, die Wortbausteine, aus denen alle Wörter zusammengesetzt sind. Die Blickrichtung darauf ermöglicht es, mit einem Grundbestand an Wörtern, dem Grundwortschatz, die Schreibweise weiterer Wörter zu erschließen." Zitatende.

In Mecklenburg-Vorpommern sollten wir auf unsere eigenen guten Erfahrungen zurückgreifen und die positiven Beispiele der anderen Bundesländer mit nutzen. Die anderen geplanten Maßnahmen will ich jetzt nicht noch mal wiederholen, es wurde hier schon mehrfach erwähnt. Ich bin aber fest davon überzeugt, wenn die Maßnahmen jetzt auch alle umgesetzt sind, die wir besprochen haben, werden sich die Leistungen in der Rechtschreibung und dem verstehenden Lesen unserer Mädchen und Jungen deutlich verbessern. Davon bin ich fest überzeugt.

Im zweiten Antragspunkt fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, zu prüfen, ob eine Stärkung des Deutschunterrichts in den Klassen 3 und 4 dadurch erfolgen kann, dass der Umfang des Englischunterrichts gekürzt wird. Uns ist bekannt, dass der Nutzen des Englischunterrichts in der Grundschule höchst unterschiedlich bewertet wird. Wir haben es ja aus den Zahlen mitgekriegt. Es wird Argumente dafür geben und es wird Argumente dagegen geben. Hier setzt die Koalition auf die Erfahrungen unserer Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen und weiterführenden Schulen, die aus der Schulpraxis die Erfordernisse gut kennen.

Auch in anderen Bundesländern wird sehr stark darüber diskutiert, so zum Beispiel in Bayern. Mir liegt ein Schreiben vom Bayerischen Philologenverband vor, aus dem ich mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren möchte: "Nur noch' deswegen, weil auch der Freistaat seinen Grundschülern schon einmal mehr Unterricht in der Verkehrssprache zugestanden hatte." Zur Information: Bayern hat in den Klassen 3 und 4 sechs Wochenstunden Deutsch. "Doch der wurde zugunsten der Einführung des Grundschulenglisch gekürzt - eine Entscheidung, die von vielen Lehrkräften immer kritischer beurteilt wird: So machen Lehrer an Gymnasien regelmäßig die Erfahrung, dass die Vorkenntnisse, die Schüler im Englischen aus der Grundschule mitbringen, höchst unterschiedlich und spätestens in sechs oder acht Wochen ein- bzw. überholt sind, während sie ihre Defizite im Deutschen dagegen noch jahrelang mit sich herumschleppen." Zitatende vom Bayerischen Philologenverband.

Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion zur Art und zum Umfang des Grundschulenglisch. Sollte es eine deutliche Mehrheit für eine Stärkung des Deutschunterrichts geben, wird dies auch, denke ich, zügig umgesetzt werden. Die Zahlen liegen jetzt vor. Ich muss dazusagen, ich habe für den Prüfauftrag plädiert, ganz eindeutig. Der Koalitionspartner wollte es eigentlich gleich so haben. Aber die Prüfung ist die eine Frage, erst mal die Abfrage der Lehrer über die Anzahl der Stunden. Aber man muss natürlich auch über die Inhalte des Englischunterrichts diskutieren, denke ich.

Aus zahlreichen Gesprächen weiß ich, dass diese Maßnahmen an den Grundschulen begrüßt werden. Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wollen den Deutschunterricht an unseren Grundschulen stärken und wir werden ihn auch stärken. Gute Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für den Bildungserfolg.

(Egbert Liskow, CDU: Jawohl.)

Die Opposition kann sich diesen Maßnahmen eigentlich nicht verwehren, denn auch sie sollte an einer weiteren Verbesserung des Deutschunterrichts interessiert sein. Ich plädiere dafür auch nicht zu sehr mit den Wochenstundenzahlen, sondern ich denke, wir haben jetzt einen praktikablen Vorschlag angebracht. Stimmen Sie unserem Koalitionsantrag zu! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das mit dem Antrag verfolgte Anliegen begrüßen wir. Eine Untersuchung von west- und ostdeutschen Schülern kurz nach der Wende kommt zu dem Ergebnis, dass DDR-Schüler signifikant bessere Rechtschreibleistungen erbrachten. Auf die Frage, warum das so ist, wird unter anderem wie folgt ausgeführt:

Erstens. Es gab mehr Deutschunterricht, zehn Stunden im Osten, fünf im Westen.

Zweitens. Im Osten wurde aufgrund fehlender Kopiermöglichkeiten mehr geschrieben.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Zu der Zeit gab es gar keine Kopierer im Westen.)

Drittens. Verantwortlich für den Leistungsfortschritt in der DDR war der Lehrer und nicht allein das Kind.

Und viertens. Im Osten gab es flächendeckende Horte und damit Hausaufgabenbetreuung.

Die seitens des Bildungsministeriums angekündigten Veränderungen sehen allerdings nicht mehr Unterricht vor, sondern nur eine Umverteilung vom Sachkundezum Deutschunterricht. Zur langfristigen Erhöhung des Sprachniveaus reicht eine rein quantitative Aufstockung des Deutschunterrichts allerdings nicht aus. Die Gründe für eine schlechtere Rechtschreibung sind vielfältig. Dazu zählen fahrlässige Bildungsexperimente wie das Schreiben nach Gehör, die Inklusion, Stundenausfall und/oder auch ein erhöhter Anteil von Ausländerkindern. Der Minister hat es ja angedeutet. Das mag Ihnen nicht schmecken, es sind aber Tatsachen.

Im Übrigen ist allein die Überlegung, eine weitere Deutschstunde zulasten des Fremdsprachenunterrichts einzuführen, bereits ein Eingeständnis bisherigen Versagens. Die erhofften Vorteile des Fremdsprachenunterrichts in den Jahrgangsstufen 3 und 4 haben sich offensichtlich nicht eingestellt.

Und wie gesagt, wir stimmen dem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berger von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag, der uns heute vorliegt, erinnert mich doch sehr an die Aktuelle Stunde vor ziemlich genau einem Jahr, die da lautete "Erfolgreicher Schulstart 2014/2015". Damals wurde die Aktuelle Stunde genutzt, um den Bildungsminister für etwas Selbstverständliches zu feiern. Dieses Mal werden Dinge, die der Bildungsminister schon beschlossen hat, genutzt, um sie hier ins Parlament einzubringen, um den Minister wiederum zu feiern.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir können also konstatieren, anscheinend braucht der Bildungsminister von Zeit zu Zeit – zumindest aus Sicht der Regierungsfraktionen – eine kleine Feierstunde. Im Parlament sollten wir jedoch ein anderes Selbstverständnis von Politik haben, als ausschließlich die Claqueure des Bildungsministers zu sein.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir sind auch die des Landwirtschaftsministers zum Beispiel.)

Nichtsdestotrotz, der Bildungsminister hat gesagt,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oder der Finanzministerin.)

die Maßnahmen, die wir heute begrüßen sollen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oder des Wirtschaftsministers.)

und die hier schon entschieden sind, sind aus Sicht des Bildungsministeriums erstens bereits angelaufen beziehungsweise werden demnächst umgesetzt und befinden sich in der Umsetzung.

(Andreas Butzki, SPD: Die Prüfung ist abgeschlossen. Genau zuhören!)

Nichtsdestotrotz können wir den einzelnen Maßnahmen tatsächlich zustimmen. Wir finden gut, dass ein Grundwortschatz festgelegt wird. Wir finden gut, dass jetzt zunehmend die beiden Fächer Deutsch und Sachunterricht fächerübergreifend gelehrt oder unterrichtet werden sollen und auch, was längst überfällig ist, dass wir einen neuen Rahmenlehrplan für das Fach Deutsch erarbeiten, wobei ich da erinnern möchte, dass wir bislang gemeinsame Rahmenpläne mit Berlin und Brandenburg hatten. Berlin und Brandenburg haben sich schon längst auf den Weg gemacht, da befinden sich die Rahmenlehrpläne schon in der öffentlichen Diskussion und werden überhaupt - ein großer Fortschritt - öffentlich diskutiert. Aus irgendeinem Grund hat Mecklenburg-Vorpommern sich dazu entschieden, nicht gemeinsam mit anderen Ländern den bereits angegangenen Weg weiterzugehen,

(Andreas Butzki, SPD: Wir sind weitergegangen.)

sondern hier verspätet doch wieder im Alleinmarsch weiterzulaufen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Froh bin ich immerhin über Punkt II in diesem Antrag oder war ich bis gestern über Punkt II in diesem Antrag, weil er zumindest etwas Neues enthielt, nämlich einen Prüfauftrag. Heute konnten wir aus der Zeitung lesen beziehungsweise der Minister hat es jetzt schon gesagt, diese Prüfung ist aus seiner Sicht bereits abgeschlossen und er habe sich auch schon entschieden. Er hat sich nämlich entschieden, den Englischunterricht zugunsten des Deutschunterrichtes zu reduzieren.

Da habe ich mir mal angeguckt, wie sieht das eigentlich in anderen Bundesländern aus. Sie haben sich ja auch ein bisschen darauf vorbereitet. Ich möchte den Fokus etwas anders legen, nämlich auf die landesweiten Statistiken. Denn der Vergleich zeigt doch, dass Mecklenburg-Vorpommern, was den Deutschunterricht anbelangt, gar nicht so schlecht dasteht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na siehste!)

An den Grundschulen werden in Mecklenburg-Vorpommern 26 bis 28 Stunden Deutsch unterrichtet. So viele Stunden werden auch unterrichtet in Baden-Württemberg und im Übrigen – sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses, Sie werden sich vielleicht erinnern, wir waren gerade in Südtirol –, auch in Südtirol gibt es 28 Stunden Deutsch in der Grundschule. Die Länder Hamburg, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen hingegen haben lediglich 22 bis 24 Stunden Deutschunterricht. Für das besagte Bayern sind die Deutschunterrichtszahlen für uns gar nicht ersichtlich, weil sie nämlich sehr variieren und davon abhängig sind,

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Da gibts nur Bayrisch.) wie die einzelnen Lehrer die Situation in den Schulklassen an ihren Schulen einschätzen, weil sie dort ein Element haben, das heißt grundlegender Unterricht. In dem grundlegenden Unterricht wird fächerübergreifend – im Übrigen mehr Fächer betreffend als in Mecklenburg-Vorpommern – unterrichtet. Da werden die Fächer Deutsch, Kunst, Musik, Sachunterricht und Mathematik in einem gemeinsamen Fächerpool unterrichtet, sodass wir für Bayern nicht genau sagen können, wie viele Stunden Deutsch bekommt der einzelne Schüler.

Wie sieht das aber nun auf das Fach Englisch bezogen aus? Und da liegt Mecklenburg-Vorpommern mit sechs Stunden im Mittelfeld. Es gibt einige Bundesländer, wie beispielsweise Bayern, die unterrichten in der Grundschule vier Stunden Englisch, es gibt andere Bundesländer, wie beispielsweise Baden-Württemberg, mit acht Stunden Englisch. Jetzt können wir sagen, wir reduzieren unsere sechs Stunden aus dem Mittelfeld, rutschen damit auf einen Schlussplatz und reduzieren die Stundenzahl auf vier Stunden. Das bedeutet, für zukünftige Bildungsminister werden neue Handlungsfelder erschlossen. Und ich garantiere Ihnen, dass wir in einigen Jahren hier im Parlament diskutieren werden aufgrund der schlechten zukünftigen Englischergebnisse, ob wir nicht wieder mehr Englischunterricht brauchen, dann vielleicht zuungunsten des Kunstunterrichts.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das will ich gar nicht bis zum Ende ausführen. Aber wir brauchen keinen Verschiebebahnhof, sondern ich wünsche mir – und damit komme ich auf den Anfang meiner Rede zurück – etwas mehr Selbstbewusstsein für dieses Parlament und nicht nur, dass wir Anträge des Bildungsministers begrüßen oder Aktionen des Bildungsministers begrüßen, sondern dass wir uns tatsächlich diese Problematik noch einmal etwas genauer anschauen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Bildungsminister hat heute gesagt, er hat sich entschieden, er will den Englischunterricht reduzieren. Prompt kritisiert die führende, die größte Lehrergewerkschaft hier im Land dieses Vorgehen. Das heißt, die gesellschaftliche Diskussion beginnt erst heute.

(Andreas Butzki, SPD: Aber die Gewerkschaft vertritt nicht ihre Lehrer, wenn 80 Prozent dafür sind.)

Ich möchte, dass wir diese gesellschaftliche Diskussion federführend zu uns in den Bildungsausschuss ziehen, dort eine Anhörung machen mit Expertinnen und Experten. Dazu gehören die Gewerkschaften, da gehören natürlich auch die Lehrerverbände, der Verband der Grundschullehrer dazu, da gehören Fachdidaktiker dazu.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und mit diesen ganzen Experten und Sachverständigen möchte ich gerne die Problematik noch einmal intensiv diskutieren. Ich beantrage deshalb, dass der vorliegende Begrüßungsantrag, der vorliegende Jubelantrag weitergeleitet wird in den Bildungsausschuss, damit wir uns dort dann tatsächlich der Fachdiskussion stellen können. – Vielen Dank.

(Beifall Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Dann hat doch noch ums Wort gebeten Herr Renz von der CDU-Fraktion. Bitte.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einfach nur feststellen, insbesondere was Punkt II betrifft, dass mir die Diskussion gezeigt hat, dass es sich nicht erledigt hat. Der Minister hat aus seiner Sicht festgestellt, dass die Prüfung für ihn, was die Umschichtung von Englisch zu Deutsch betrifft, abgeschlossen ist. Das ist auch in Ordnung, das unterstützen wir auch. Aber ich weiß jetzt gar nicht, ob er explizit darauf eingegangen ist. Wenn nicht, bedeutet das für mich schon, dass er das auch so sieht, dass dieser Denkprozess, ob wir zum Beispiel Kontingentstundentafel oder Stundentafel haben bei Veränderung der Verordnung, die kommen muss, noch läuft und Sie somit guten Gewissens unserem Antrag hier zustimmen können, insbesondere vor dem Hintergrund der Nichtvergleichbarkeit der Bundesländer.

Wenn Herr Butzki in der Lage ist, hier festzustellen für Bayern, wie viele Stunden Deutsch die haben,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

dann frage ich mich, wie das der Fall sein soll, wenn hier 16 Stunden angegeben sind in Jahrgangsstufe I.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, der Erklärungsprozess muss fortgeführt werden in der Koalition. Da gibt es unterschiedliche Bewertungen.)

Dazu ist vermerkt, die 16 Stunden beziehen sich auf Deutsch, Mathe, Heimat- und Sachkunde, Musik und Kunst. Dafür gibt es 16 Stunden. Ich finde das sehr schade, dass es da keine deutschlandweite Vergleichbarkeit gibt. Insofern würde ich immer dafür plädieren – aber, wie gesagt, das ist meine Auffassung –, hier die sogenannte Freiheit einzuschränken und etwas präziser zu werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Kontingentstundentafel im Fach Deutsch und Sachunterricht, wie sie zurzeit Gültigkeit hat.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wenn hier nämlich steht, in den Klassen 1 und 2, in diesen Jahrgangsstufen, haben wir ein Paket Deutsch von 12 bis 14, dann habe ich das jetzt nicht kontrolliert an den Grundschulen. Aber ich hoffe nur, dass bisher schon so verfahren wurde, dass man sich vor Ort an den Schulen für 14 Stunden entschieden hat. Wenn das nämlich nicht der Fall gewesen ist, dann haben die Kinder nur sechs Stunden Deutsch in Mecklenburg-Vorpommern gehabt. Ich will Ihnen hier einfach an dieser Stelle noch mal sagen, zu DDR-Zeiten, auch wenn mir der Vergleich nicht besonders gefällt, haben sie 10,5 Stunden gehabt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: 11,5.)

Das ist eine Sache, die kann ich nicht akzeptieren.

Wir wollen ja jetzt erst über die Verzahnung Sachkunde/Deutsch darauf hinwirken, das ist das Maßnahmenpaket des Ministers, dass wir diesen Zustand verbessern. Insofern, diese Freiheit, die dann hier gegeben ist, mit "von – bis" zu arbeiten, 12 bis 14, und Sachkunde 3 bis 5, dass wir die Tür aufmachen für solche Dinge, dann, glaube ich, sollten wir lieber zu der alten Regelung zurückfinden, unabhängig davon, welcher Minister mit wel-

chem Parteibuch das eingeführt hat, weil es hier einfach um die Sache geht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

nämlich um ausreichend Deutschunterricht an der Grundschule.

(Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

Ich habe heute schon bei anderen Tagesordnungspunkten gehört, die haben sich alle geoutet, wie viel DDR-Erfahrung sie gehabt haben aufgrund des Schulwesens – der Minister hat es getan, Herr Reinhardt hat es getan

(Andreas Butzki, SPD: Ick.)

und Herr Butzki, der hat ja die meisten Erfahrungen –, dann muss ich Ihnen mal sagen, ich habe zufällig auch noch mal mein Zeugnis herausgesucht von Klasse 3 und Klasse 4 aus DDR-Zeiten.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Oh!)

Und glauben Sie, ich glaube nicht, dass irgendeiner hier im Raum weiß, wie viele Deutschnoten es auf diesem Zeugnis gab. Es gab nämlich sechs Zensuren im Bereich Deutsch.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ausdruck, Schönschreiben.)

Das ist ja auch ganz klar, wenn ich 14 Stunden Deutschunterricht in den Klassen 3 und 4 habe, aufgeschlüsselt in unterschiedliche fachspezifische Dinge,

(allgemeine Unruhe)

dann ist es gar nicht möglich, dann ist es gar nicht möglich,

(Glocke der Vizepräsidentin)

heute mit 7 oder 8 Stunden Deutsch das gleiche Ergebnis zu erreichen wie früher. Insofern glaube ich, unser Antrag kommt nicht nur zur richtigen Zeit, er ist auch inhaltlich richtig. Ich bitte Sie darum, dem zuzustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Andreas Butzki, SPD: Genau. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4724 im Falle der Überweisung des Antrages auch an den Bildungsausschuss überweisen? – Da sehe ich jetzt keinen Widerspruch, dann stimmen wir über den Überweisungsvorschlag ab.

Also, wer dem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Ge-

genprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt. Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD, und es hat sich niemand enthalten.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4724 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. Danke. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4724 abgelehnt. Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD, und es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652. DIE LINKE hat im Rahmen der Debatte die Einzelabstimmung beantragt. Ich lasse jetzt die Ziffern einzeln abstimmen.

Ich rufe zunächst auf die Ziffer I mit den Ziffern 1 und 2 des Antrages. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I mit den Nummern 1 und 2 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652 angenommen. Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU, die Fraktion DIE LINKE sowie die Fraktion der NPD, dagegen gestimmt hat niemand, und es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe auf in Ziffer I die Nummer 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD, dagegen stimmte niemand, es enthielten sich die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist in Ziffer I die Nummer 3 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652 angenommen.

Ich rufe auf in Ziffer I die Nummern 4 und 5 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der NPD, dagegen gestimmt hat niemand, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit sind in Ziffer I die Nummern 4 und 5 des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652 angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer II des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD und CDU und die Fraktion der NPD, dagegen stimmte die Fraktion DIE LINKE, und es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4652 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Aktionsplan "Zukunft für Kinder – Perspektiven für Eltern im SGB II" unterstützen, Drucksache 6/4646.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Aktionsplan "Zukunft für Kinder – Perspektiven für Eltern im SGB II" unterstützen – Drucksache 6/4646 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Armut hat den Landtag auf Antrag meiner Fraktion bereits mehrfach beschäftigt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt.)

Unser heutiger Antrag nimmt dabei den Zusammenhang zwischen Eltern- und Kinderarmut in den Blick. Eine gesonderte Analyse der Bundesagentur für Arbeit im Bereich "Grundsicherung für Arbeitslose" wies im Januar 2015 für unser Land circa 30.000 Bedarfsgemeinschaften mit circa 50.000 Kindern unter 18 Jahren aus. In circa 17.700 Bedarfsgemeinschaften lebten circa 23.000 Kinder unter sieben Jahren.

Hauptursache für Elternarmut ist zumeist Erwerbslosigkeit, mitunter auch prekäre Beschäftigung. Damit verbunden wachsen nicht nur die finanziellen Belastungen im Haushalt, oft leidet die gesamte Familienstruktur. Kinder erleben ihre Eltern in einer Situation der Beschäftigungslosigkeit und je länger diese andauert, desto mehr geht damit auch Resignation einher. In der Folge geht die gewohnte Tagesstruktur häufig verloren. Die Betroffenen leiden unter einem Zustand des Nichtgebrauchtwerdens und ziehen sich häufig zurück. Bekanntschaften werden nicht mehr gepflegt und auch die Aufmerksamkeit gegenüber den Kindern kann leiden. Kinder in solchen Elternhäusern erleben darüber hinaus einen permanenten Mangel an finanziellen Mitteln, wodurch sie von Teilen des gesellschaftlichen und sozialen Lebens ausgeschlossen sind. In der Konsequenz besteht die Gefahr, dass die Vorbildfunktion der Eltern Schaden nimmt und damit auch die weitere Entwicklung der Kinder leidet.

Um diesen Kindern eine bessere Zukunft zu geben, braucht es daher mehr als eine gute Versorgung mit Kitaplätzen oder den Leistungskatalog des Bildungs- und Teilhabepaketes. Wer diesen Teufelskreis durchbrechen will, der muss vor allen Dingen Perspektiven für die Eltern schaffen.

Den Handlungsbedarf weist auch ein Bericht des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes nach. Dieser charakterisiert die Entwicklung hierzulande als besorgniserregend. Vor allem Kinder von Alleinerziehenden, aus besonders großen Familien und aus solchen mit Migrationshintergrund sind von Armut betroffen. Deshalb wird auch ein stärkeres staatliches Engagement gefordert, um benachteiligte Familien besser zu unterstützen und den Kindern einen angemessenen Lebensstandard zu garantieren, denn das Paradoxe ist doch, dass die Bundesrepublik vergleichsweise arm an Kindern ist und trotzdem viele Kinder arm sind. Da wird zwar häufig der Geburtenmangel beklagt und dennoch wird gleichzeitig versäumt, die Weichen so zu stellen, dass Kinderarmut wirksam zurückgedrängt werden kann.

Dass die Fragen von Bildungschancen und der Aussicht auf sozialen Aufstieg hierzulande immer noch stark von der Herkunftsfamilie abhängen, das belegen PISA-Studien ebenso wie die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung. Es ist also angezeigt, dem Thema eine höhere Priorität einzuräumen.

Als Arbeitsmarktpolitiker will ich mich auf mögliche Weichenstellungen in diesem Bereich, also bei den Eltern, konzentrieren. Meine Kollegin Jacqueline Bernhardt wird in der Debatte dann stärker die Kinder in den Blick nehmen.

Wichtig ist zunächst, sich zu vergegenwärtigen, dass mit zunehmender Familiengröße und Kinderzahl das Risiko, im Hartz-IV-Bezug steckenzubleiben, steigt. Gleiches gilt auch für die Länge der Arbeitslosigkeit und die Anzahl sogenannter Vermittlungshemmnisse. Zudem beeinflussen natürlich regionale Strukturen das Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut.

Das Aktionsprogramm von DGB und BDA "Zukunft für Kinder - Perspektiven für Eltern im SGB II" konzentriert sich zunächst auf die Gruppe der Familien, in denen beide Elternteile erwerbslos sind und in denen Kinder leben, die älter als sechs Jahre sind. Der Grundtenor lautet, kein Kind soll in einer Familie aufwachsen, in der beide Elternteile arbeitslos sind. Um diesen Weg erfolgreich beschreiten zu können, begreifen die Sozialpartner den Weg der Arbeitsmarktintegration auch als das, was er ist, nämlich eine Integrationsleiter. Am Anfang steht die Erkenntnis, dass ein solcher Prozess nur dann erfolgreich verlaufen kann, wenn es auch eine Vertrauensbasis zwischen den betroffenen Eltern und ihrer Vermittlungsfachkraft im Jobcenter gibt. Die Basis dafür ist das Prinzip der Freiwilligkeit, die Integrationsfachkräfte in den Jobcentern sind gefordert, dem Ursprungsgedanken des SGB folgend die gesamte Bedarfsgemeinschaft stärker in den Blick zu nehmen.

Über die aktuellen Lebensumstände in der Familie zu sprechen, bedeutet natürlich für die Betroffenen, dass sensible Fragen wie Kinderbetreuung, Qualifizierung, Schulden, Sucht, aber auch kulturelle oder beziehungstechnische Probleme berührt werden. Hier haben wir – und das nehme ich gern vorweg, auch wenn die Ministerin nicht da ist, es wird ja jemand ihre Rede verlesen – mit dem ESF-Projekt "Familiencoach" bereits positive Erfahrungen gemacht. Diese sollen durch die Landesregierung in den Diskussionsprozess zu einem bundesweiten Aktionsplan ausdrücklich mit einfließen.

Es geht aber darum, auch weitere arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen auf den Weg zu bringen. Wir teilen die Ansicht von DGB und BDA, dass die mit dem Bund und den Ländern abgestimmte Steuerung der Jobcenter auf den Prüfstand gehört, denn die Beendigung des Langleistungsbezuges ist ein wesentliches Ziel. Sie ist richtig, aber sie wird dann problematisch, wenn man sich darauf konzentriert, die Gruppe herauszuziehen, bei der das Ziel leichter zu erreichen ist. Das ist in der Regel die Gruppe der Singlebedarfsgemeinschaften, weil bei diesen oft schon ein relativ geringes Einkommen reicht, um den Hilfebezug zu beenden. Bei Familien ist dagegen in der Regel ein höheres Einkommen erforderlich, um alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft aus dem Hartz-IV-Bezug zu holen. Das führt natürlich zu einem erhöhten Aufwand, erst recht, wenn die Arbeitsmarktintegration sich schwierig darstellt. All diese Dinge sind auch hierzulande relevant.

Häufig verfügen langzeitarbeitslose Eltern nicht über die notwendige Qualifikation. Deshalb sind ihre Aussichten auf Vermittlung am ersten Arbeitsmarkt gegenüber den sogenannten marktnahen Kunden im ALG-I-Bezug auch deutlich schlechter. Das wird noch mal deutlich, wenn man sich die offiziellen Arbeitslosenzahlen von zuletzt 78.000, davon zwei Drittel im Rechtskreis SGB II im Verhältnis zu den etwa 11.000 gemeldeten offenen Stellen anschaut. Unser Arbeitsmarkt ist trotz vergleichsweise guter Entwicklungen zuletzt eben nicht in der Lage, eine signifikante Zahl von langzeitarbeitslosen Eltern im Hartz-IV-Bezug, geschweige denn alle Betroffenen aufzunehmen. Das sehen auch BDA und DGB so und kommen zu der Auffassung, dass für den Fall, dass trotz vertrauensvoller Zusammenarbeit, trotz der Arbeit auf der Basis einer individuellen Integrationsstrategie binnen eines Jahres keine Integration am ersten Arbeitsmarkt gelingt, auch öffentlich geförderte Beschäftigung angeboten werden soll.

Ich betone das ausdrücklich noch einmal, weil damit deutlich wird, dass die pauschalen und aus meiner Sicht auch abwertenden Aussagen des Staatssekretärs im Arbeitsministerium aus dem Oktober, nachdem staatlich geförderte Beschäftigungsprogramme keinem Langzeitarbeitslosen nützen würden, von den Sozialpartnern ad absurdum geführt werden. Die Reaktionen waren auch entsprechend auf dem Erwerbslosenparlament. Wäre Frau Hesse heute hier, dann hätte sie Gelegenheit gehabt, dazu einige klarstellende Worte zu sagen, erst recht, wenn man sich daran erinnert, dass Frau Kollegin Tegtmeier noch wenige Tage zuvor auf der Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung des Arbeitslosenverbandes erklärte, dass sich im SPD-Landtagswahlprogramm 2016 selbstverständlich auch Aussagen zur Notwendigkeit öffentlich geförderter Beschäftigung finden werden.

Langzeitarbeitslose Eltern, insbesondere aus Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Kindern, haben ein schweres Päckchen zu tragen. Wenn man sie dann auf der Basis eines Aktionsplanes dazu motivieren kann, sich auf den Weg zu machen, sich wieder zu öffnen, wieder am Leben in ihrem Kiez teilzunehmen, am Abbau der Vermittlungshemmnisse zu arbeiten, und ihnen am Ende des Prozesses sagen muss, das hast du gut gemacht, aber leider wird es trotzdem nix mit Arbeit, dann fallen sie in ein tiefes Loch. Und der Abbruch dieses Integrationsprozesses demotiviert diese Menschen nicht nur endgültig, sondern er entwertet auch die gesamte Arbeit aller, die mit ihnen gearbeitet haben, und das sind viele. Darauf weist auch der Aktionsplan unter dem Stichwort "Netzwerk für Hilfen" noch mal hin.

Darauf zielt der zweite Punkt unseres Antrages, mit dem wir eine Prüfung anregen, die ausloten soll, ob die arbeitsmarktbezogenen, die sozialintegrativen Leistungen in unserem Land noch besser verzahnt werden können. Dass dies sinnvoll ist, haben BDA und DGB erkannt, denn kommunale Beratungsstrukturen bieten ebenso die Chance, Betroffene gezielt anzusprechen, wie Kindertageseinrichtungen, Familienzentren oder Stadtteiltreffs. Es spricht im Übrigen auch viel dafür, dass es aus psychologischen Gründen einfacher sein könnte, die Menschen, da, wo sie sind, in ihrem direkten Lebensumfeld abzuholen. Viele dieser Angebote müssen durch die Kommunen erbracht werden. Oft ist es allerdings auch hierzulande so, dass die sozialen Brennpunkte, in denen besagte Familien leben, in Kommunen liegen, wo die Finanzlage besonders schlecht ist. Insofern gilt natürlich, was in

anderem Zusammenhang von meiner Fraktion auch immer wieder thematisiert wird: Eine Entlastung der Kommunen könnte auch einen Beitrag dazu leisten, die sozialintegrativen kommunalen Angebote zu stärken.

(Regine Lück, DIE LINKE: Völlig richtig.)

Zum Schluss noch eine kurze Bemerkung zur Finanzierung des Aktionsplanes. Klar ist natürlich, dass man zunächst einmal Geld in die Hand nehmen muss, um zu einer Verbesserung zu kommen. Mittel- und langfristig wird sich das jedoch auszahlen, denn jeder Langzeitarbeitslose, der wieder arbeitet, und jedes Kind vor allen Dingen, welches es schafft, eine Ausbildung abzuschließen und ins Berufsleben einzusteigen, entlastet den Staat auch von den mit Arbeits- und speziell Langzeitarbeitslosigkeit einhergehenden sozialen Folgekosten.

Jobcenter und Kommunen, die sich beteiligen und damit Kindern eine Zukunft und ihren Eltern eine Perspektive geben wollen, sollen einen Beteiligungsbonus erhalten. Dieser speist sich aus einem 280 Millionen schweren Topf, den der Bund auf den Weg bringen soll. Ich kann mir vorstellen, dass viele Jobcenter und Kommunen auch hierzulande auf so ein Programm warten und ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Foerster, kommen Sie bitte zum Ende.

Henning Foerster, DIE LINKE: Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Vertretung der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Herr Brodkorb, bitte.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allmonatlich grüßt das Murmeltier, und zwar in Gestalt eines Antrages der Fraktion DIE LINKE zur Kinderarmut. Diesmal ist der Anlass ein Aktionsplan von DGB und BDA,

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir bleiben eben dran, Herr Minister.)

den die beiden Verbände auf Bundesebene vorgeschlagen haben. Das Ansinnen, das hinter diesem Aktionsplan steckt, ist allerdings genau das, was wir mit Ihnen von Landtagssitzung zu Landtagssitzung diskutieren und in welchem Sinne diese Landesregierung handelt, auch wenn dies offenkundig unterschiedlich beurteilt wird, denn Kinderarmut kommt von Elternarmut.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das sagen wir auch.)

Geringe Chancen auf Bildung, Teilhabe und Zukunft resultieren aus dem sozialen Abseits ganzer Familien.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Genau da müssen wir ansetzen und genau da setzen wir auch an.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ach so?! Wo denn?)

Das tun wir zum einen, indem wir dafür Sorge tragen, dass es in M-V eine Kindertagesförderung gibt, die alle Kinder mitnimmt, sie individuell stärkt und so einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit von früher Kindheit an leistet.

Nachhaltig aber können wir nur etwas gegen die Benachteiligung von Kindern aus Leistungsbezieherhaushalten tun, wenn wir die Chancen ihrer Eltern erhöhen, und zwar auf Arbeit, im besten Falle auf gut bezahlte Arbeit. Hier sind natürlich in erster Linie die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter gefordert. Wir flankieren diese Vermittlungsbemühungen mit verschiedenen Integrationsprojekten, die ich hier bereits mehrfach vorgestellt habe.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Aha!)

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass ich im Namen der Sozialministerin spreche.

Für die Förderung von Langzeitarbeitslosen, die Eingliederung benachteiligter Jugendlicher, die Stärkung von Demokratie und Toleranz stellen wir knapp 30 Prozent der 384 Millionen Euro ESF-Mittel zur Verfügung, die wir in dieser Förderperiode haben. Diese Mittel streuen wir nicht gleichmäßig über das Land, sondern setzen sie schwerpunktmäßig dort ein, wo auch die Schwerpunkte sozialer Benachteiligungen liegen. Es geht also zum Beispiel mehr Geld nach Vorpommern und in die Mecklenburgische Seenplatte als etwa nach Westmecklenburg oder Rostock.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich wiederhole mich im Namen der Sozialministerin, wenn ich Ihnen sage, dass wir allein für unser Instrument Familiencoach 13,5 Millionen Euro in die Hand nehmen. Den Ansatz kennen Sie inzwischen. Wen wir nämlich nicht in Arbeit vermitteln können, den müssen wir erst mal wieder befähigen, einen Job, einen Arbeitsalltag zu bewältigen.

Unser Blick darf sich nicht nur auf die Vermittlung von Arbeit richten, sondern beispielsweise auch auf Vermittlungshemmnisse, Vereinbarkeit oder Ausbildungsfähige. Für diejenigen ohne Job ist es schon ohne Kinder schwer, wieder einen Fuß in die Tür des allgemeinen Arbeitsmarktes zu bekommen. Noch schwerer haben es allerdings Mütter und Väter. Sie sehen sich nicht nur den Anforderungen des Arbeitsmarktes gegenüber, sondern auch denen ihrer familiären Situation. Ich bleibe dabei, dass es unser Ansatz sein muss, diese Menschen und ihre Familien individuell zu betreuen. Dabei gehört im Übrigen auch die Schuldner-, Drogen- und Suchtberatung seit Jahren zur Netzwerkarbeit der Integrations- und Familiencoachprojekte. Diese psychosoziale Betreuung ist hier bereits Tagesgeschäft.

Seit dem Projektstart im März haben fast 1.600 Teilnehmer den Familiencoach in Anspruch genommen. 220 Frauen und Männer konnten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 65 in eine geringfügige Beschäftigung vermittelt werden. Eine berufliche Umschulung oder Qualifizierung begannen 55 Personen. Wir gehen davon aus, dass, wie auch in den ver-

gangenen Jahren, innerhalb von zwölf Monaten rund 20 Prozent aller Teilnehmenden in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden und insgesamt 30 Prozent auf dem Weg in Arbeit zum Beispiel in eine Ausbildung, Umschulung oder Qualifizierung gebracht werden können. Für diese Zielgruppe sind solche Zahlen ein echter Erfolg.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ein echter Fortschritt für Familien mit geringem Einkommen ist der Mindestlohn. Vollzeitbeschäftigung vom Stigma des Aufstockens zu befreien, ist finanzielle sowie psychologische Erleichterung zugleich. Eine solche Erleichterung greift da eben nur, wo auch Arbeit ist. Wenn es darum geht, die Lebenssituation von Familien erfolgreich zu verbessern und vor allem die der Kinder in diesen Familien, sind auch die Leistungen des BiT ein wichtiger Baustein, ein Baustein, den die Fraktion DIE LINKE, die sich hier regelmäßig als Kämpferin für soziale Gerechtigkeit präsentiert, ja schon abschaffen wollte.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Bei den Betroffenen finden die Leistungen des Bildungsund Teilhabepaketes allerdings immer mehr Zuspruch.

Es ist erfreulich, dass sich DGB und BDA nun gemeinsam des Themas Kinderarmut annehmen wollen. Einige der Ideen dieses Aktionsplanes sind eine Bestätigung unserer Arbeit hier in Mecklenburg-Vorpommern. Der Sinn einer Bundesratsinitiative erschließt sich mir allerdings nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Stefanie Drese, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Jetzt hat das Wort Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU. Bitte.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich den Antrag der LINKEN genauer lese, geht es gar nicht vordergründig um Kinder, es geht um Eltern im Leistungsbezug.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Und wenn man ein bisschen um die Ecke denkt, ist es der pfiffige Vorstoß von BDA und DGB in den Kernbereich verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit, den Sie dieses Mal als Aufhänger nehmen.

Die Pressemitteilung zu dem Vorschlag der beiden Spitzenverbände war überschrieben mit dem Titel "DGB und BDA stellen Aktionsplan gegen Kinderarmut vor". Das Herausstellen der Bekämpfung von Kinderarmut lässt sich insbesondere für die LINKE gewiss besser verkaufen als die offene Adressierung an die Eltern selbst, findet auch Professor Dr. Sell, der an der Hochschule Koblenz Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften lehrt und der das Papier ganz genau analysiert hat.

Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass bereits vor einiger Zeit die Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen e. V. mit einer PR-Kampagne Integrationsfirmen flankiert hat, worauf ich später dann noch mal zu sprechen komme.

Schaut man sich den Aktionsplan an, finden sich Aussagen wie, sollte es nach einem Jahr nicht gelungen sein,

wenigstens einen Elternteil in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wird eine zeitlich befristete, öffentlich geförderte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorgeschlagen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das fordern sogar Unternehmer.)

Ein Programm auf drei Jahre befristet, wissenschaftlich begleitet und versehen mit einem Freiwilligkeitspassus sowohl für Betroffene als auch für die Jobcenter – da eben höre ich die stöhnenden Arbeitsmarktinsider: Nicht schon wieder ein Sonderprogramm, und zwar aus dem Wissen heraus, dass Programme und Modellprojekte zwei der Grundübel von Arbeitsmarktpolitik sind. Sie verschlingen enorme Ressourcen und führen zu einer Anpassung der Menschen an die Zielgruppenvorhaben der Programme, von der Eigendynamik abgesehen, die diesen Programmen innewohnt und wiederum dazu führt, dass dann etwas Neues aufgelegt wird für diejenigen, die nicht in das ursprüngliche Programm passen. Und darüber müssen wir hinauskommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte einige Dinge zu den Entwicklungen der Arbeitsmarktdaten hier in unserem Bundesland feststellen. Nachdem die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern vor neun Jahren abgewählt wurde, hat sich die Arbeitslosigkeit in unserem Land fast halbiert. Die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur demografisch bedingt, denn in dem genannten Zeitraum stieg auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen von 503.000 im Juni 2006 auf 556.000 im August 2015. Das ist also ein Zuwachs von 10,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2006.

Man kann es nicht oft genug sagen: Die Konzentration der Wirtschaftspolitik auf den ersten Arbeitsmarkt zahlt sich aus, und da möchten wir die langzeitarbeitslosen Eltern auch hinhaben. Dass sich diese Politik auszahlt, lässt sich auch am Einkommen der Arbeitnehmer in unserem Land ablesen. Ich verweise dazu auf die entsprechenden Quellen des Statistischen Landesamtes.

Wir können also feststellen, dass es immer mehr Menschen in unserem Land immer besser geht. Und natürlich hat die Integration in Arbeit sehr viele positive Effekte für die Arbeitnehmer, auch für die Familienangehörigen. Aber eine Herausforderung tritt auch deutlicher zutage: Es gibt eine Gruppe von Menschen, die weniger stark von der genannten Entwicklung profitiert als andere oder auch gar nicht. Und zwar sind das die Langzeitarbeitslosen, insbesondere wegen verschiedener Vermittlungshemmnisse.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Die Initiative von BDA und DGB rückt diese also nicht ohne Grund ins Zentrum des Interesses. Während der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Oktober 2014 bis Oktober 2015 bei uns in M-V insgesamt 7,2 Prozent betrug, ging der prozentuale Anteil der Langzeitarbeitslosen lediglich um 6,8 Prozent zurück.

Am 27.10. gab es eine Landespressekonferenz des Erwerbslosenparlamentes zur Lage der Langzeitarbeitslosen. Für diese Gruppe wurden verschiedene Vermittlungshemmnisse aufgezeigt, die eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt erschweren. Diese Vermittlungshemmnisse führen dazu, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe weniger stark ausfällt, als für die gesamten Arbeitslosen betrachtet. Übrigens ist das kein spezielles Problem Mecklenburg-Vorpommerns, daher nun ja auch die Bundesinitiative von BDA und DGB.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ja, finden Sie das nun gut oder nicht?)

Warten Sie es ab, Herr Foerster!

Zu diesem Vorschlag und zu Ihrem Wunsch nach einer Bundesratsinitiative möchte ich ebenfalls drei Dinge sagen. Die Landesregierung hat sich seit einiger Zeit darum bemüht, Projekte wie zum Beispiel den Familiencoach als Regelinstrumente zu etablieren. Der Bildungsminister Brodkorb ist eben in Vertretung für die Sozialministerin darauf eingegangen. Insofern wird auch die gemeinsame Initiative von BDA und DGB begrüßt. Zwischenzeitlich hat diese Initiative auch den Kooperationsausschuss zum SGB II erreicht. Haben Sie also ein wenig Geduld, wie sich dieser positioniert!

Ich halte das Abwarten dieser Positionierung auch deswegen für geboten, weil die eingangs zitierten hervorragenden Arbeitsmarktdaten gerade auch dadurch zustande kommen, weil von der Landesregierung immer die Förderung einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt angestrebt wurde.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Natürlich.)

Diese zumindest stufenweise Integration wird auch für Langzeitarbeitslose angestrebt. Dass dies gelingen kann, zeigt der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in den jüngsten Arbeitsmarktstatistiken. Eine sorgsame Prüfung der Vorschläge von DGB und BDA ist nicht zuletzt auch deswegen geboten, weil wir unter anderem in der Enquetekommission bei einer Anhörung zum Thema "Arbeit im Alter" von Herrn Wilken gehört haben, dass eine öffentlich geförderte Beschäftigung im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit durchaus kritisch gesehen wird.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Friemann-Jennert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Foerster?

Maika Friemann-Jennert, CDU: Nein.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Weil er die Hände in den Taschen hatte.)

Man muss über alles reden können, man muss über alles reden dürfen, auch über andere Möglichkeiten der Integration von Langzeitarbeitslosen. Ziel muss es sein, bei den Stärken und Begabungen der Langzeitarbeitslosen anzusetzen. Das wird beispielsweise auch von der Arbeitsagentur so gesehen. Und selbst in dem Vorschlag der beiden Spitzenverbände wird formuliert: "Die Integration von arbeitslosen Eltern kann nur gelingen, wenn entsprechende geeignete Arbeitsplätze gefunden werden"

Dort, wo eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt aufgrund von massiven Vermittlungshemmnissen nicht funktioniert, muss über eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nachgedacht werden. Denkbar wäre

etwa, dass in Integrationsbetrieben, die sich dazu bereit erklären, erprobt wird, ob sie für Langzeitarbeitslose geöffnet werden können. Alternativ könnten für die Langzeitarbeitslosen, die in ihrer Leistungsfähigkeit erheblich eingeschränkt sind, Sozialunternehmen nach dem Vorbild der Integrationsbetriebe geschaffen werden. Hierfür sollte dann auch geprüft werden, ob die Finanzierung aus dem Eingliederungstitel nach Paragraf 16e SGB II erfolgen kann. Diese Vorschläge hat die Unionsfraktion in Berlin in einem 7-Punkte-Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit bereits vorgelegt.

In dem, was jetzt in dem Papier von DGB und BDA steht, haben Fachleute nichts gefunden, was man als wirklich neue Wege einer öffentlich geförderten Beschäftigung durchgehen lassen könnte. Das wird alles irgendwie passfähig gemacht zu dem, was da ist, egal, ob das, was da ist, von Praktikern und Experten als untauglich oder auch kontraproduktiv bewertet wird. Eine wirklich neue Idee haben Sie, Herr Foerster, beim Erwerbslosenparlament auch nicht gebracht.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich hatte immerhin eine, Sie hatten keine.)

Ich hätte mich da auch hinstellen können und sagen können, ich stehe fest an der Seite der Erwerbslosen. Das heißt doch aber auch, ich bewege mich nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Es wird für Veränderungen nicht reichen, nur den Status quo zu erhalten. Eines steht fest: Wir brauchen Zeit für die Prüfung, und diese Zeit haben wir auch, denn Ihr Vorschlag zu einer Bundesratsinitiative kann den aktuellen Haushalt kaum mehr erreichen.

Wie Sie wissen, hat die Bundesarbeitsministerin für 2016 im Rahmen der Ersten Lesung des Bundeshaushaltes Anfang September einen Mehrbedarf von bis zu 3,3 Milliarden Euro angemeldet. Sie kündigte zudem an, dass die Integration Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt verstärkt gefördert werden soll.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit stehen nun 160 Millionen Euro, also 40 Millionen Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung. In dem Papier von DGB und BDA werden aber noch mal 90 Millionen Euro mehr gefordert.

Wenn Ihre Antragsinitiative auf die Aufnahme in das aktuelle Haushaltsgesetz, das am 1. Januar in Kraft treten soll, abzielen sollte, dann halte ich eine Bundesratsinitiative für ein denkbar stumpfes Schwert. Der Antrag kommt für den zu verhandelnden Haushalt schlicht sehr spät, denn der Bundesrat kann gemäß Artikel 110 Absatz 3 Grundgesetz vor der Ersten Lesung im Bundestag innerhalb von sechs Wochen, bei Änderungsvorlagen innerhalb von drei Wochen zu den Vorlagen Stellung nehmen. Diese Frist wäre für das vorliegende Papier von DGB und BDA im Rahmen einer Bundesratsinitiative aber zu keinem Zeitpunkt haltbar gewesen, denn die Vorschläge von DGB und BDA datieren ja auf den 3. September, also wenige Tage vor der Ersten Lesung.

Natürlich kann der Bundesrat auch nach einer Dritten Lesung des Bundeshaushaltes noch Einfluss nehmen, (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Natürlich kann man was ändern.)

zum Beispiel, indem Einspruch eingelegt wird. Dieser kann aber vom Bundestag zurückgewiesen werden. In der Regel gibt der Bundesrat daher auch nur eine Stellungnahme zum Bundeshaushalt ab. Auch für diesen Fall ist Ihr Wunsch nach einer Bundesratsinitiative ein stumpfes Schwert.

Mit anderen Worten, es gibt gute Argumente, die Initiative von DGB und BDA sorgsam zu prüfen, zum Beispiel, weil es zur Schaffung oder Wiederbelebung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors plausible Gegenargumente und auch plausible Gegenvorschläge gibt. Dass es keinen Anlass für Ihren Hauruckvorschlag einer Bundesratsinitiative gibt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Egal, was er macht, er macht es immer verkehrt.)

lässt sich nicht zuletzt auch damit begründen, dass die Einflussmöglichkeiten des Bundesrates auf den Bundeshaushalt 2016 überaus gering sind. Wir haben die Zeit zu prüfen und diese Zeit sollten wir uns beziehungsweise sollte sich der Kooperationsausschuss zum SGB II auch nehmen, um denjenigen zu helfen, die mit den vorhandenen Instrumenten nicht zu erreichen sind. Eine Entschlackung des Förderrechts wäre die eine Seite, der gezieltere Einsatz von Fördermitteln bei zunehmender Problemschwere wäre die andere. Das ist es, was wir unter die Lupe nehmen müssen. Wir brauchen also keinen Antrag von den LINKEN über den Umweg der Kinderarmut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Natürlich.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die LINKE möchte in ihren Aktionsplan laut Begründung auch die Jobcenter einbeziehen zur Armutsbekämpfung. Das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein! Es gibt keine übleren Vereine als die Jobcenter und nichts Asozialeres und nichts, was die Armut mehr befestigt.

(Beifall David Petereit, NPD – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Oh Mensch!)

Um die Jobcenter mal ein bisschen zu charakterisieren, einen Fall aus meiner Hartz-IV-Beratung: Eine Frau in Gützkow findet in ihrer Wohnung Schwarzschimmel vor, sehr gesundheitsschädlich. Die Vermieterin erklärt sich finanziell nicht imstande, das zu beseitigen, sagt auch, sie will das Vermieten aufgeben. Daraufhin beantragt die Frau bei ihrem zuständigen Jobcenter die Übernahme der Zusicherung der Kosten der Unterkunft und der Umzugskosten. Das Ganze wurde abgelehnt mit der Begründung, sie könne ja eine Mietminderung durchsetzen um hundert Prozent, und sie solle gefälligst in der Schwarzschimmelwohnung bleiben. Das hat für das Jobcenter zwei Vorteile: Erstens müssen sie weniger Kosten der Unterkunft zahlen und zweitens stirbt die Frau früher, sodass sie weniger und kürzer Leistung zahlen müssen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nun ist es ja gut!)

Das sind die Jobcenter und dieser Fall ist authentisch.

Und was auch immer noch läuft, ist das Kotrastprogramm zur Willkommenskultur für sogenannte Flüchtlinge. Zumindest in Vorpommern-Greifswald und auch an der Seenplatte ist es so, dass die Hartz-IV-Bezieher, die Immobilieneigentum haben, Hauseigentum, immer noch gezwungen werden, indirekt ihre Häuser zu verkaufen, indem man ihre Leistungen total streicht und sagt: Verwerte dein Haus, bevor du wieder Geld kriegst! Vielleicht ziehen dann ja Flüchtlinge ein, sogenannte.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dummes Gerede!)

Und die Leute werden sogar gezwungen, ihre Verwandten zu verklagen, wenn sie Teile von Erbengemeinschaften sind. Dann werden sie gezwungen, die Erbauseinandersetzung zu verlangen und gegen ihre eigenen Geschwister vor Gericht zu ziehen.

Also diese Vereine in irgendwas einzubeziehen, was moralischen Wert hat, das kann ja wohl überhaupt nicht sein. Und auch der ganze Aktionsplan wäre eigentlich überflüssig, wenn man eine einfachere Maßnahme treffen würde, nämlich wenn man den Leuten das Kindergeld nicht wegnehmen würde.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Es ist ja eine der übelsten Schweinereien beim SGB II, dass das Kindergeld abgezogen wird als anrechenbares Einkommen und gleich wieder einkassiert wird, was dazu führt, dass Millionäre Kindergeld kriegen, aber Hartz-IV-Bezieher, Langzeitarbeitslose eben nicht. Wenn man das abschaffen würde, dann hätten die Leute schon mal 188 Euro – das sind es jetzt bis zum Ende dieses Jahres für ein Kind – mehr. Wer arm ist, für den spielt der eine Euro eine umso größere Rolle. Wer 5.000 Euro hat, dem kann das egal sein, ob er Kindergeld kriegt oder nicht,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber 188 Euro mehr im Monat bedeuten einen himmelweiten Unterschied in der Lebensführung. Das ist der Unterschied zwischen wirklich dahinkrebsen, immer Angst haben, ob es reicht, oder so ein bisschen durchatmen können.

Und zu denken wäre auch noch daran, dass man das Kindergeld unter Umständen staffelt, dass man es also nicht gießkannenmäßig jedem gleich gibt, vom Millionär bis zum Langzeitarbeitslosen, sondern es auf die Ärmeren konzentriert. Für einen Gutverdiener oder gar Millionär

(Udo Pastörs, NPD: Der hat eh keine Kinder.)

ist es keine Geldfrage, ob er Kinder hat oder nicht, das sind dann andere Motive, die ihn zu dieser Entscheidung bringen. Aber bei ärmeren Leuten ist es durchaus eine Geldfrage. Wenn man das Kindergeld aufheben würde für die Reichen und es konzentrieren würde auf die Ärmeren, dann hätte man auch die Kinderarmut zu einem Gutteil bekämpft, ohne solche Aktionspläne und Großkonferenzen und alles Mögliche. Dann könnte man sich dieses komische Teilhabepaket sparen, das ja auch nur ein Schwindelpaket ist. Man nimmt den Leuten nämlich

das Kindergeld weg und dafür gibt man ihnen einen kleinen Teil wieder zurück und sagt, hier hast du ein kostenloses Mittagessen, wie toll, und feiert sich auch noch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Das ist ein alter Mafiatrick aus Chicago der 20er-Jahre. Damals gab es einen Mafiaboss namens Big Jim Colosimo, der plünderte die von ihm kontrollierten Viertel aus. Zu Weihnachten kam er als Weihnachtsmann verkleidet und verschenkte Truthähne –

(Heiterkeit bei Udo Pastös, NPD)

ein winziger Teil seiner Beute – und machte sich dadurch sogar noch beliebt. Aber ich fürchte, dass die Jobcenter und der dahinterstehende Staat nicht so gute schauspielerische Fähigkeiten haben wie Big Jim Colosimo. Das glaubt ihm keiner.

Also ich würde Ihnen raten, führen Sie ein, dass das Kindergeld behalten werden darf durch Hartz-IV-Beziehergemeinschaften. Das wäre dann schon bei einem Kind gut und bei mehreren erst recht. Und dann hätten wir den ganzen Zirkus hier nicht nötig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Normalerweise sagt man ja immer, alle Jahre wieder, aber hier kann man fast sagen, alle Monate wieder nimmt DIE LINKE die Gelegenheit wahr, uns was zum Thema Armut zu erzählen.

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Langzeitarmut und Kinderarmut, das sind die Dinge ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, wenn Sie zum Beispiel einen AWO-Bericht aufgesetzt hätten, hätte sich das erübrigt, aber das wollten Sie ja nicht.)

Der AWO-Bericht war ja auch schon dran, dann sind noch andere Sachen dran und jetzt ist diese Initiative dran.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na eben, da hätten Sie mal diskutieren sollen.)

Es wird natürlich für Sie immer schwieriger.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Also wenn DIE LINKE über das Thema Armut redet, kapriziert sie meistens auf Einkommensarmut und versucht uns zu vermitteln: Gebt den Leuten mehr Geld, dann wird alles gut! Das ist natürlich weit gefehlt, weil Armut ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Es wäre gut, über geistige Armut zu sprechen. – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wem wollen Sie das hier unterstellen?! Sollte das jetzt irgendwie eine Bemerkung in meine Richtung sein?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Überhaupt nicht, überhaupt nicht,

Also wissen Sie, Vergleiche, intellektuelle Vergleiche mit Ihrer Fraktion brauche ich nicht zu scheuen, das können wir gern machen. Das ist irgendwie so, das geht an der Sache vorbei.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Es geht nicht um die Fraktion, es geht um Sie persönlich.)

Armut ist eine vielschichtige Problemlage. Man kann Einkommensarmut sicherlich betrachten, es gibt Bildungsarmut, kulturelle Armut. Und eins ist natürlich auch richtig: Leute, die lange in Einkommensarmut festhängen, haben es schwer, ihre Partizipationsmöglichkeiten letztendlich wahrzunehmen. Das gilt für sie, das gilt auch für ihre Kinder.

Ich kann mich erinnern – da war ich noch als Sozialamtsleiter in Westdeutschland tätig –, es gab eine Frau mit Hilfebezug, die hatte vier Kinder. Sie kaufte für einen ihrer Söhne ein paar Turnschuhe und der ging einen Tag später mit den Turnschuhen zur Schule. Er kam wieder, zog die Turnschuhe aus und zog sie nie wieder an, weil auf den Turnschuhen nicht Adidas oder Nike draufstand. Er ist von seinen Mitschülern entsprechend hochgenommen worden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist alles nicht ganz unberechtigt, solche Dinge zu betrachten, und das hat natürlich seine Konsequenzen.

Aber wir sind seit Jahren dabei, uns dieser Dinge anzunehmen. Der Bildungsminister ist in Vertretung für die Sozialministerin darauf eingegangen, dass wir seit Jahren versuchen, im Bereich der Kindertagesstättenförderung deutliche Akzente zu setzen, die wir in der Tat setzen. Wir haben unsere Mittel, die wir für das Thema Kindertagesstätte und Förderung zur Verfügung stellen, über die Jahre in erheblichem Umfang erhöht auf inzwischen über 180 Millionen Euro im Jahr. Wir machen also deutlich mehr im Bereich der Schule, wie heute auch mehrere Tagesordnungspunkte gezeigt haben, die wir jetzt im Landtag beraten haben.

Wir werden uns künftig darüber Gedanken machen müssen, wie wir Dinge, die zwischen Kita und Schule laufen, besser miteinander verzahnen können. Wir werden uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir das Thema Schwerpunktförderung in sozialen Brennpunkten intensivieren. Wir werden uns darüber Gedanken machen müssen, wie man das Thema Dortmunder Entwicklungsscreening zur Identifizierung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen ausweitet.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Oh, nee!)

Wir werden uns darüber Gedanken machen müssen, wie man geeignete Instrumente entwickelt, um den Kindern, die Hilfe brauchen, da auch Unterstützung zu geben, zum Beispiel beim Thema Sprache, denn die Grundlagen für Sprache werden schon sehr früh gelegt. Das heißt also, da muss man was machen, da sind wir dran und das werden wir auch weiter forcieren.

Aber man muss sich natürlich auch mal die Situation angucken, die wir in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Mit 9,4 Prozent Arbeitslosigkeit haben wir die geringste Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 1991. Das ist sicherlich zum guten Teil der Politik geschuldet. Es ist aber auch darauf zurückzuführen, dass wir im Augenblick jeden Monat 1.200 Menschen verlieren im arbeitsfähigen Alter von, glaube ich, 15 bis 65. Die gehen weg. Und wir haben inzwischen heute schon in bestimmten Bereichen erhebliche Probleme, Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt noch adäquat besetzen zu können.

Ich finde, deswegen ist es richtig, was unser Ministerpräsident Erwin Sellering immer sagt: Konzentrieren muss man sich auf den ersten Arbeitsmarkt. Und da sind ein paar Dinge genannt worden. Einmal ist das Thema Mindestlohn angesprochen worden. Das Thema Anstreben von mehr Tarifbindung ist noch nicht angesprochen worden, dann mache ich es. Also der Mindestlohn kann nur der erste Schritt sein. Der zweite Schritt muss jetzt heißen, Anstreben von mehr Tarifverbindung, damit man letztendlich in die Situation kommt, zu Löhnen und Einkommen zu kommen, die doch dann auch einiges über dem Mindestlohn liegen.

Und, na sicher, auch das Thema öffentlicher Beschäftigungssektor ist eine Geschichte, die man sich meines Erachtens von der Bundesebene aus angucken muss. Also wenn man konstatieren muss, dass wir es in Größenordnungen mit Leuten zu tun haben, die derartig multiple Vermittlungshemmnisse haben, dass man sie nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrieren kann, dann muss man wohl gucken, dass man hier etwas macht, denn letztendlich definieren sich viele Menschen über Arbeit, und das Selbstwertgefühl korrespondiert in erheblichem Umfang damit. Aber noch mal: Die Konzentration muss auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt liegen.

Was mich überrascht hat, war jetzt das Ergebnis einer Anhörung, die wir am letzten Freitag in der Enquete-kommission gehabt haben. Da war ein Vertreter, Herr Dr. Kotte, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur als Sachverständiger da. Dieser hat gesagt, es gibt jede Menge Belege dafür, dass so etwas wie Jobcoaches in erheblichem Umfang zu Erfolgen führen. Das heißt, auch er votierte dafür: Konzentriert euch darauf, die Leute am ersten Arbeitsmarkt unterzubringen! Ergreift die entsprechenden Maßnahmen wie mit solchen Jobcoaches

(Torsten Renz, CDU: Hat mich nicht überrascht.)

oder verbessert den Betreuungsschlüssel zwischen Integrationsberater bei der Arbeitsagentur beziehungsweise beim Jobcenter und der Leute, die er zu betreuen hat! Das heißt also, auch da gibt es Potenziale, wenn Leute für weniger Menschen zuständig sind, in erheblichem Umfang Effekte zu erreichen.

Wir hatten noch einen anderen interessanten Sachverständigen dabei. Das war jemand von der Industrie- und Handelskammer in Hagen. Der Mann war von der Ausbildung her, wenn ich das richtig verstanden habe, Behindertenpädagoge, kam aus der Behindertenpädagogik, hatte mal in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen gearbeitet, war jetzt bei der IHK gelandet. Seine Aufgabe bestand darin, letztendlich Betriebe zu beraten, wie man Arbeit anders organisiert, um auf diese Art und Weise Menschen mit Arbeitseinschränkungen den Einstieg in Betriebe zu ermöglichen. Hagen liegt am Rand vom Sauerland und auch im Sauerland ist die Situation

so, dass sich das Thema Fachkräfte als schwierig darstellt. Die gehen rein, machen in den Unternehmungen Untersuchungen und gucken, wie man Arbeit anders organisieren kann, wie man auf diese Art und Weise Menschen, ob das nun ältere sind oder Menschen mit Behinderungen, in Arbeitsgelegenheiten bringt.

Also das sind alles Dinge, wo ich sage, das muss man in Angriff nehmen, das muss man machen, denn die Menschen haben es verdient, dass man sich um sie kümmert.

Wenn man sich jetzt mal anguckt, was das für ein Programm ist, um das es hier geht, dann muss man sagen, es sollen 280 Millionen bundesweit verteilt werden. Wenn man den Königsteiner Schlüssel zur Anwendung bringt, dann sind das für Mecklenburg-Vorpommern 7 Millionen Euro.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Geld soll ausgegeben werden für Haushalte, wo zwei, also beide Elternteile erwerbslos sind und mindestens zwei Kinder in dieser Bedarfsgemeinschaft leben, und das jüngste muss mindestens sechs Jahre alt sein. Das heißt also, dieses Programm nimmt eine Einschränkung vor, wo ich sage, das ist jetzt nicht wirklich der Weisheit letzter Schluss. Also dafür jetzt eine Bundesratsinitiative zu starten, von der man weiß, dass die Erfolgsaussichten so wahnsinnig auch nicht sein werden, da sage ich, wir sind hierbei schon viel besser.

Der Bildungsminister hat darauf aufmerksam gemacht, es gibt bei uns dieses Projekt des Familiencoaches. Dafür stehen 17 Millionen Euro zur Verfügung.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 13,5.)

17 Millionen, habe ich hier auf meinem Blatt stehen. Hier steht, 17 Millionen.

Wir haben das ausgedehnt aufs ganze Land. Das heißt also, das ist das, worum es geht: Menschen in prekären Situationen, die es vielleicht auch ein bisschen schwerer haben, dabei zu unterstützen, Arbeit zu finden, in Arbeit zu bleiben, entsprechende Betreuungsangebote für ihre Kinder zu finden, sie zu unterstützen beim Thema Schulbesuch, ein Bindungsglied zu sein zur Schule, aber auch zur Kindertagesstätte. Und wie gesagt, wenn ich ein paar Millionen mehr zur Verfügung hätte, dann würde ich eher das Geld da reinstecken, um Leute zu begleiten und zu unterstützen, um Arbeitsplätze zu erhalten und dann auch zu behalten, und jetzt nicht riesige Kraft dafür investieren, auf der Bundesebene ein Projekt anzuschieben, was letztendlich nur sehr wenigen zugutekommt. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde doch mal ganz gern ein paar Zahlen nehmen, weil man kann auch immer unterschiedliche nehmen und kommt dann zu unterschiedlichen Ergebnissen.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber eins vorneweg: Kinderarmut ist ein Dauerthema, Kinderarmut hat eben weitreichende Folgen. Wir haben das jetzt, glaube ich, wirklich fast in jeder Sitzung, dass wir gerade Kinderarmut aus den unterschiedlichen Facetten betrachten. Und ich denke, es ist notwendig, dies doch interdisziplinär und sektorenübergreifend zu tun.

(Udo Pastörs, NPD: Wahnsinn. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben hier heute sehr stark den Arbeitsmarkt. Sie kennen meine Kritik dazu, weil ich denke, das SGB VIII darf nicht geschwächt werden, und es ist eigentlich eine große Aufgabe des SGB VIII. Hier wird deutlich, wo kommunale Missfinanzierung hinführt, dass leider in den Bereichen gespart wird. Aber Kinderarmut hat eben auch eine Geschichte und die fängt häufig bei den Eltern an.

(Udo Pastörs, NPD: Sie fängt immer mit den Eltern an.)

Von daher würde ich gern noch mal ein paar Zahlen darstellen: In Mecklenburg-Vorpommern sind mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen, Herr Heydorn, unter 18 und gelten als einkommensschwach. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und vergleichsweise guter Wirtschaftsdaten ist die Armut in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin gestiegen. Das zeigt beispielsweise der Armutsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes aus dem Februar dieses Jahres. Demnach lebten 2013 23,6 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner unterhalb der Armutsgrenze. Und damit sind wir nach wie vor auf dem vorletzten Platz hinter Bremen. Ich denke, da kann man nichts schönreden, sondern nach wie vor gelten 27,8 Prozent der Menschen als warm,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Gibts auch welche.)

als arm, und von daher muss man gucken.

Ich würde gern auf zwei Punkte zu sprechen kommen, weil in Ihrem Antrag ja am Anfang unter Punkt I gesagt wird, dass den "die Existenz und Teilhabe sichernden Einkommen eine Schlüsselrolle" zukommt. Wir diskutieren immer wieder für ihre Grundsicherung, wir diskutieren das bedingungslose Grundeinkommen, wir diskutieren auch die Frage der Abschaffung des Ehegattensplittings. Also das sind alles Punkte, die seit Jahren diskutiert werden, die letztendlich nach wie vor patriarchale Strukturen befördern und nicht die Arbeit gerecht verteilen.

Ein zweiter Punkt – und ich denke, den müssen wir auch einmal diskutieren – ist natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben hier immer den Fokus auf dem SGB II, aber es gibt eben auch die Wohlstandsvernachlässigung. Es ist die Zeitarmut, die viele haben, und wir müssen uns fragen: Wie ist Wirtschaft zurzeit aufgestellt? Wie weit werden Familien insofern erpresst, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf dann doch irgendwo ins Individuelle abrückt?

(Torsten Renz, CDU: Nennen Sie mal konkrete Beispiele!)

Und ich komme mit Amazon und beispielsweise dem Vorschlag, dass Frauen sich doch zur Familienplanung bitte

ihre Eizellen einfrieren lassen müssen, und dann könnte es ja mal irgendwann auch in die Betriebsplanung passen.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Sorry, das geht nicht! Das ist einfach so, dass die Wirtschaft hier eingreift, wo es nicht mehr darum geht, von Existenzsicherung zu reden,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

sondern wo in individuelle Familienprozesse eingegriffen wird. Und das finde ich einfach erschreckend, wie hierzu in der Bundesrepublik derzeitig diskutiert wird. Wir brauchen eine Existenzsicherung und von daher, denke ich, ist der Vorschlag des Aktionsplans ein Übergang.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Es geht hier um niedrigschwellige Beratungsstrukturen. Wir haben eine kommunale Daseinsvorsorge, Aufgaben und Pflichten. Es ist doch so, dass in vielen Bereichen, wo die kommunale Aufsicht ist, die Beratungsdienste gerade ein Stück weit runtergefahren wurden. Und wer weiß, von den Vereinen, die meistens die Leistungserbringer für diese Leistungen sind, wissen wir, dass diejenigen, die dort arbeiten, zum Teil nur Jahresverträge haben und häufig zum Jahresende wieder eine Kürzung bekommen. Also wenn hier drinsteht zum Beispiel, bei den niedrigschwelligen Beratungsstrukturen greift man gern auf die Mehrgenerationenhäuser zurück,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

dann bitte müssen auch diese irgendwo finanziell gesichert sein, sodass die Beraterinnen und Berater eben auch ihre Arbeit erledigen. Und ich denke, manchmal kommt mir das so vor, dass jeder nach einer Lösung sucht, aber eigentlich brauchen wir eine gute

(Udo Pastörs, NPD: Lösung.)

Daseinsvorsorge, denn dann würde es funktionieren.

Ein zweiter Punkt ist der Familiencoach. Es ist jetzt schon zweimal das Erwerbslosenparlament angesprochen worden. Ich sehe den Familiencoach insofern ein Stück weit kritisch und habe mich dort auch mit Frau Volke vom AFW unterhalten, dass es eben vom ESF finanziert wird und ein Projekt ist, wo eine Struktur aufgebaut wird, wo Familien ein Jahr in die Beratungsleistung kommen. Die Frage ist, was mit dem Übergangsmanagement ist, was ist, wenn die Ansprüche, die Leistungen so nicht erfolgen. Ich denke, das sind ganz, ganz große Aufgaben.

DIE LINKE hat das ja als Schwerpunkt, glaube ich, wenn ich das richtig verstanden habe, in ihrem Landtagswahlkampf nächstes Jahr. Ich würde mir wünschen, wenn jetzt die Stärkung des SGB II so gefordert wird, dass doch bitte immer wieder diskutiert wird, wie die Jugendhilfe – weil das ist originäre Aufgabe der Jugendhilfe – gestärkt werden kann. Es kann nicht sein, dass Vorschläge gemacht werden, die in Mecklenburg-Vorpommern nur eine Haltbarkeit bis 2020 haben. Ich denke, da müssen Antworten kommen, wie wir das hier für Mecklenburg-Vorpommern umsetzen wollen.

Und ein Letztes: Wenn unter Punkt II Absatz 2 steht, dass die psychosoziale Betreuung, die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung, Drogen- und Suchtbera-

tung verzahnt werden sollen, das setze ich voraus. Ich mag diese Stigmatisierung nicht. Man hat manchmal so den Eindruck, als wenn Menschen, die in Hartz IV leben, auch diese Leistungen brauchen. Ich denke, wenn wir eine gesunde Daseinsvorsorge haben, wo Beratung niedrigschwellig angeboten wird und der- oder diejenige, der Beratung und Hilfe braucht, hingehen kann, ohne lange Wartezeiten zu haben, dann muss das eben nicht mehr der Ansatz eines Aktionsplanes sein. Nichtsdestotrotz müssen wir uns gegen Kinderarmut einsetzen. Wir werden den Antrag unterstützen.

(Torsten Renz, CDU: Ein Glück.)

Ja, natürlich.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich schon auf die Impulse von Frau Bernhardt. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt die bereits angekündigte Frau Bernhardt für die Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ja, wir thematisieren Armut immer wieder. Wissen Sie, warum wir das machen? Weil es da draußen Leute gibt, Kinder gibt, die hungrig zur Schule kommen, die hungrig in die Kindertageseinrichtung kommen, weil es arme Eltern gibt.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir meinen, dass es in so einem reichen Land wie Deutschland nicht sein muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Das finde ich auch positiv an dem Aktionsplan des DGB und der BDA. Die haben sich aufgemacht, um Maßnahmen gegen Kinderarmut und Elternarmut aufzuschreiben. Ich denke, dass das der richtige Weg ist.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genau.)

Nur gemeinsam kann es funktionieren, Eltern- und Kinderarmut zu bekämpfen.

Und, Frau Friemann-Jennert, auch wenn Sie meinen, es sei hierin keine neue Idee enthalten, DGB und BDA haben sich überhaupt mit dem Thema auseinandergesetzt. Das, was ich von den letzten Armutsdebatten hier im Landtag von Ihnen vernehmen konnte, waren Vergleiche mit Indien, dass es in Deutschland keine Armut gibt und einfach nur die Armut heruntergespielt wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Ich denke, das ist nicht der richtige Ansatz. Das ist ungerecht.

Ich bin ja schon mal froh, dass Herr Brodkorb in Vertretung von Frau Hesse heute nicht Armut und insbesonde-

re Kinderarmut herunterdefiniert oder wegdefiniert hat, sondern als Herausforderung anerkannt hat. Das war noch bei der Antwort auf unsere Große Anfrage anders. Wir haben danach gefragt, wie viele Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern in Armut leben. Dazu konnte uns die Landesregierung keine Aussagen geben. Stattdessen hat sie sich mit Aussagen wie, weder für den Begriff "Kinderarmut" noch für den Begriff "Armut" gibt es eine einheitliche Definition, herausgeredet. Die gibt es, man muss es nur wahrhaben wollen.

(Torsten Renz, CDU: Wenn Sie das wissen, warum fragen Sie dann überhaupt noch?)

Im zweiten Schritt – und das konnten wir auch heute wieder hier hören – beteuern Sie, wir machen doch schon alles: Mindestlohn, AQuA, Familiencoach, alles gute Projekte, die wirklich unsere vollste Unterstützung haben.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genau.)

Aber das sind einzelne Maßnahmen, die gerade nicht beziehungsweise kaum die in dem Antrag angesprochene Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen mit Kindern ab sechs Jahren betreffen. Welches Instrument vielleicht noch in die Richtung geht, das ist der Familiencoach, und darauf hatten Herr Heydorn und auch Herr Brodkorb Bezug genommen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich auch.)

Aber ich frage Sie: Wie viele Familien werden durch diesen unterstützt? Und auf der anderen Seite: Wie viele Familien mit langzeitarbeitslosen Eltern haben wir denn in Mecklenburg-Vorpommern? Wenn ich Herrn Brodkorb richtig zugehört habe, so sprach er von 220 Vermittlungen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Daran sieht man, es ist ein einzelnes Projekt, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber wenigstens einer, der nur einer von vielen sein kann, um Elternarmut und damit auch Kinderarmut zu minimieren. Es gibt halt nicht die Maßnahme, sondern ich denke, dass es nur ein Bündel von Maßnahmen sein kann,

(Regine Lück, DIE LINKE: Völlig richtig.)

wozu als ein Schritt auch unser Antrag gesehen werden kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und zum Dritten muss ich Ihnen die nackten Tatsachen zur Kinderarmut hier in Mecklenburg-Vorpommern darlegen, weil ja Frau Friemann-Jennert meinte, die Lage der Menschen habe sich verbessert. Es gibt genügend Studien, die das Gegenteil belegen,

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Ja, ja, man kann sich immer auf irgendwelche Studien berufen.)

dass es in Mecklenburg-Vorpommern Kinderarmut und insbesondere Elternarmut gibt. Die müssten Sie nur lesen.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Ich möchte Ihnen nur einige aufzählen. Da sind zum Beispiel die alle zwei Jahre veröffentlichte Studie der OECD, diese zehnte Shell-Studie vom Oktober 2015,

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Haben Sie die gelesen?)

die der Hans-Böckler-Stiftung, Stand August 2015,

(Heiterkeit bei Maika Friemann-Jennert, CDU: Ja, ja, ja, genau.)

die AWO-Studie,

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Ich habe die auch gelesen.)

die erst letztens in der Landtagssitzung hier Thema war, die Bertelsmann-Studie vom 10. Mai 2015,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

der jährliche Armutsbericht des Statistischen Bundesamtes, letzter Stand vom 16. Dezember 2014, und die amtliche Sozialberichterstattung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, letzte Aktualisierung am 27.08.2015.

(Heiterkeit und Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Und, Frau Friemann-Jennert, wenn man sich mit diesen Ergebnissen der Studien und den Statistiken auseinandersetzt, die weder verzerrt noch beschönigt sind, dann sagen gerade die letzten beiden Quellen aus, dass nach Bremen mit insgesamt 24,1 Prozent zusammen mit Sachsen-Anhalt sich Mecklenburg-Vorpommern auf dem dritten Platz in der Länderwertung zur Armutsgefährdungsquote, gemessen am Bundesmedian, befindet, und bei den Kindern ist jedes dritte Kind und jeder Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern armutsgefährdet.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Das sind Tatsachen, die man nicht wegdefinieren kann.

In Deutschland gibt es rund 580.000 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, die Leistungen des Jobcenters nach dem SGB II beziehen und in denen kein Elternteil erwerbsfähig ist. Für Mecklenburg-Vorpommern hat Ihnen mein Kollege Henning Foerster die Zahlen genannt.

Das hat natürlich Auswirkungen auf die Familiensituation und insbesondere auf die Situation der Kinder und Jugendlichen. Das ist nichts Neues für die Landesregierung. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom Januar 2014 führen Sie doch selbst aus, dass eine Risikogruppe für Kinderarmut Kinder von langzeitarbeitslosen Eltern sind. Die Auswirkungen sind für die Kinder verheerend. Arme Kinder erleben schon früh gesellschaftliche Ausgrenzung und die Zugehörigkeit zu einer unteren, benachteiligten gesellschaftlichen Schicht, die zeitlebens kaum mehr verlassen wird.

Ein Lösungsweg wäre, die Situation der Eltern zu verbessern, so, wie im Aktionsplan des DGB und des BDA angesprochen. Eine Maßnahme wäre die bessere Abstimmung sozialintegrativer Leistungen. Das fordern wir in unserem Antragspunkt 2. Ich kann Ihre Ablehnung,

insbesondere gegen diesen Punkt, nicht nachvollziehen. Sie werden sich doch, und so kann ich es nur hoffen, noch an die vom Sozialministerium in Auftrag gegebene Studie erinnern: "Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Einbeziehung junger Eltern in existenzsichernde Formen der Erwerbsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern".

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das wollten sie ja nicht mal überweisen.)

Die Fraktion DIE LINKE hatte letztes Jahr hier im Landtag gefordert, dass diese Unterrichtung des Sozialministeriums dazu in den Sozialausschuss überwiesen werden sollte. Leider lehnten Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, dieses ab, mit fatalen Folgen, wie man immer wieder sieht, denn hätten wir uns intensiv im Sozialausschuss mit dieser Studie und der Stellungnahme des Sozialministeriums dazu beschäftigt, hätten wir zumindest erst einmal zur Kenntnis nehmen können, dass gerade für die Gruppe der langzeitarbeitslosen Eltern festgestellt wurde, und ich darf zitieren: "Die Interviewpartner verfügen über sehr kleine personale Unterstützerstrukturen, die oftmals nur noch aus Restbeständen des unmittelbaren familiären Umfeldes bestehen." Weiter heißt es: "Ferner spielt die umfassende Versorgung von Langzeitarbeitslosen mit Informationen über sie betreffende Bestimmungen. Maßnahmen sowie Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten eine wesentliche Rolle. Es geht aber auch - vor allem im ländlichen Raum - um neue, innovative Modelle der Personenbeförderung, die die Mobilitätsdefizite langzeitarbeitsloser Menschen reduzieren und ihnen dadurch die Möglichkeit bieten, überhaupt am Arbeitsmarkt aktiv zu werden."

Das ist sehr abstrakt gehalten. Kurz gesagt bedeutet es, die Netzwerke langzeitarbeitsloser Eltern sind kaum bis gar nicht vorhanden. Diese Feststellung übernahm auch die Landesregierung, leider ohne Schlussfolgerungen. Wie können die Netzwerke Langzeitarbeitsloser verbessert werden, verbessert mit der Zielrichtung, dass sie erfahren können, wo ihnen bei der Betreuung ihrer Kinder geholfen wird? Welche Möglichkeiten gibt es, mobil zu sein, wo bekommen sie Hilfe bei Multiproblemen, zum Beispiel bei Sucht- oder Schuldnerberatung in ihrer Nähe? Das sind nur zwei Stichworte.

Setzen Sie sich doch mit den kommunalen Landesverbänden, der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern zusammen, um genau hier anzusetzen, um zu beraten, wie die Angebote vor Ort weiter vernetzt werden und stärker mit den arbeitsmarktbezogenen Hilfen verzahnt werden können! Ich frage mich immer: Warum scheuen Sie sich vor diesem Schritt? Sind Ihnen die Menschen vor Ort egal? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4646. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4646 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Nachhaltigen Tourismus als Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen, Drucksache 6/4651. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4726 sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4727 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Nachhaltigen Tourismus als Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen – Drucksache 6/4651 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/4726 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 6/4727 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen haben dem Landtag einen tourismuspolitischen Antrag zur Beratung vorgelegt, dies aus gutem Grunde und auch vor dem Hintergrund des aktuellen Sparkassen-Tourismusbarometers Ostdeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern wird die touristische Wirtschaft hoch gelobt und sie durchzieht unser Bundesland in alle Richtungen. Die aktuellen Zahlen belegen, was wir alle schon lange wissen, betonen und was uns weiter zum Handeln auffordert, denn der Tourismus ist für Mecklenburg-Vorpommern ein starker und immer noch zunehmender Wirtschaftsfaktor. Allerdings profitieren nicht alle Regionen gleichmäßig von der touristischen Infrastruktur.

Den Koalitionsfraktionen ist wichtig, dass wir in der Branche künftig noch mehr über die Nachhaltigkeit der Angebote sprechen und Fragen wie gute Ausbildung und Arbeit thematisieren. Im Koalitionsvertrag haben wir verankert, dass wir die noch bestehenden Wachstumspotenziale im Tourismus weiter ausschöpfen wollen. Zu nennen sind hier unter anderem Barrierefreiheit, Lückenschluss von Radwegen, Kulturtourismus, wetterunabhängige Ferienangebote, aber auch eine ganze Reihe von sogenannten Geheimtipps abseits von Strand und Straße. Nennenswert und unabdingbar bleibt aber eine nachhaltige und faire Finanzierung des Tourismus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag zielt auf den Ausbau eines nachhaltigen Ganzjahrestourismus – das ist eine große Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in allen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern – ab. Insbesondere ist die Landesregierung unter anderem aufgefordert, für eine intensivere Zusammenarbeit der Tourismusverbände auf regionaler Ebene zu werben, weiterhin die Entwicklung von Regionalmarken als Werbeträger zu unterstützen, bei der Aktualisierung der Tourismuskonzeptionen des Landes an der Strategie mit der Zielsetzung des Ausbaus und der Förderung des saisonal übergreifenden Tourismus festzuhalten, auf eine zielgerichtete Fördermit-

telvergabe abzustellen oder wirksame Strategien gegen den Fachkräftemangel zu entwickeln.

All diese Dinge spielen bei der Betrachtung unseres Antrages eine zentrale Rolle. Wir wollen erneut ins Gespräch kommen, die Richtung des Tourismus mitgestalten und für die zukünftigen Herausforderungen fit machen. Als Lektüre empfehle ich hier wirklich – der Kollege Holter war ja auch bei mir in Pasewalk – das Sparkassen-Tourismusbarometer 2015.

Zu unserem Änderungsantrag ist zu sagen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: So weit ist es schon.)

So weit ist es schon, als Einbringung, genau, Herr Ritter.

Weiter ist auf unseren Änderungsantrag hinzuweisen. Auf der letzten Ostseeparlamentarierkonferenz wurde eine Arbeitsgruppe zum nachhaltigen Tourismus ins Leben gerufen. Diese steht unter dem Vorsitz der Präsidentin Frau Sylvia Bretschneider und hat am vergangenen Freitag zum ersten Mal getagt. Aufgrund dieser Eile haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, auch vor dem Hintergrund, dass wir, glaube ich, von den Ostseeanrainerstaaten einiges lernen können und sie auch von uns.

Ich möchte hier nur nennen, was mich besonders bewegt. Das sind die Kinderfreundlichkeit in den skandinavischen Ländern, die kostenfreien Serviceangebote in der Hotellerie, zum Beispiel einen freien WLAN-Anschluss, und die Benutzung von bargeldlosen Zahlungsmitteln sowie die Zahlung von Mindestlöhnen. Dies sind alles Dinge, die wir unter uns und mit den anderen Staaten gut besprechen können und von denen wir uns auch, glaube ich, in der Hotellerie und Gastronomie ein Stück abschneiden können. In diesem Sinne freue ich mich auf die nun nachfolgende rege Aussprache, deren Ideen und Vorschläge. – Vielen Dank bis dahin.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der nachhaltige Tourismus ist eine Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser im Antrag formulierten These wird niemand im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern widersprechen. Keine andere Wirtschaftsbranche wird in Umfragen mit dem Land so eng verknüpft. Unser Land wird mit Themen wie Erholung, Entspannung, Erlebnis, Ferien und Urlaub verbunden.

Mecklenburg-Vorpommern hat als Reiseziel ein positives Image. Die Entwicklung im Tourismus ist eine der prägnantesten Erfolgsgeschichten der Deutschen Einheit. Im vergangenen Jahr konnte unser Bundesland mit 7,3 Millionen Ankünften und 28,7 Millionen Übernachtungen einen Rekord erzielen. Vor gut 20 Jahren sah dies mit 2,7 Millionen Ankünften und 9,4 Millionen Übernachtungen noch

ganz anders aus. Der Tourismus hat also langfristig seine Wirkungen entfaltet und es ist ein wirtschaftlicher Erfolg, meine Damen und Herren.

Dauerhafter Erfolg beruht auf klugen Investitionen, Investitionen in touristische Einrichtungen oder Hotels, aber auch Investitionen in die touristische Infrastruktur, denn das Land einerseits hat natürliche Ressourcen, ausgebaute Radwege, Wasserwanderrastplätze, Strandpromenaden oder zoologische Einrichtungen, die genutzt und besucht werden. Insgesamt hat die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern von 1990 bis heute 1.552 touristische Infrastrukturmaßnahmen gefördert. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 1,3 Milliarden Euro, die Förderung betrug rund 890 Millionen. In den rund 3.200 Hotels und touristischen Einrichtungen wurden mehr als 5 Milliarden Euro investiert, unterstützt mit 1,4 Milliarden Euro an Investitionsförderungen.

Diese Investitionen zahlen sich aus. Die Auslastungen der Übernachtungsstätten und hochwertigen Hotels über gut ausgestattete Ferienwohnungen und moderne Campingplätze liegen auf stabil hohem Niveau. Mecklenburg-Vorpommern war 2014 das beliebteste innerdeutsche Reiseziel und lag damit erstmals vor Bayern. Mecklenburg-Vorpommern hat zudem besonders zufriedene Gäste und, ich denke, das ist bemerkenswert.

Meine Damen und Herren, jetzt könnte der eine oder andere fragen: Wenn man sich die Zahlen ansieht, läuft doch alles bestens, warum müssen wir uns kümmern oder uns um die weiteren Entwicklungen Sorgen machen? Experten sehen das Urlaubsland in einer Reifephase angekommen. Diese Reifephase wird nicht beliebig lange andauern. Deshalb gilt es besonders jetzt, über die weitere Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns als Urlaubsland nachzudenken und neue Aufgaben zu definieren. Genau dieser Aufgabe stellt sich die neue Landestourismuskonzeption.

Schwerpunkte bleiben Ausbau und Förderung des saisonal übergreifenden Tourismus. Ländliche Räume, grenzübergreifende Kooperationen, Werbung um ausländische
Gäste, barrierefreier Tourismus sind Themen. Vorgeschaltet wird der konzeptionellen Erarbeitung eine Evaluierung der volkswirtschaftlichen direkten und indirekten
Effekte und Beiträge des Tourismus für die Wirtschaft in
Mecklenburg-Vorpommern. Diese Ergebnisse sollen im
Sommer 2016 vorliegen.

Meine Damen und Herren, der Kapazitätsausbau im Land ist weitestgehend abgeschlossen. Weitere Ansatzpunkte sehe ich vor allen Dingen in der Saisonverlängerung, in der Steigerung der Servicequalität, in mehr Kundenorientierung und in der verstärkten Erschließung touristischer Potenziale im Binnenland, Stichwort "Internationalität".

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Mecklenburg-Vorpommern hat mit knapp einer Million Übernachtungen von ausländischen Gästen noch erheblichen Nachholbedarf. Wir werben intensiv um Gäste aus den Quellenmärkten Skandinaviens, der Niederlande, Österreichs und der Schweiz. Wir haben noch einmal das Marketing für die wichtigen Quellengebiete im Süden Europas vor Kurzem aufgestockt, zum einen, um Mecklenburg-Vorpommern erkennbarer zu machen und die Aufmerksamkeit gerade der Alpenregion und des Mittel-

meeres in Richtung Ostsee, gewissermaßen von den Bergen zur Seenplatte zu lenken, zum anderen, um darüber zu informieren, dass es gar nicht so weit ist und nicht unbedingt dazu führt, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht erreicht werden kann. "Ostsee grüßt Alpen" ist ein wichtiger Slogan.

Wir müssen für diese Gäste erreichbar und internationaler werden. Dies gilt nicht nur für die touristischen Zentren der Küste, dies gilt genauso für die Reisegebiete im Binnenland. Es gilt für die verkehrliche Erreichbarkeit genauso wie für die digitale. Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte, um die Erfolgsgeschichte der Branche fortzusetzen. Dafür wünsche ich mir weiterhin, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen den Branchenvertretern und der Landesregierung gelebt wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Der nachhaltige Tourismus ist eine Chance für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, vor allem auch im ländlichen Raum. Auch dieser These wird kaum widersprochen werden. Doch ich muss auch warnen: Touristische Entwicklung kann zur Lösung vieler Probleme beitragen, sie kann aber nicht alle Schwierigkeiten beseitigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, einige Weichen sehe ich bereits richtig gestellt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern agiert Mecklenburg-Vorpommern in der Weise, dass die touristischen Marketingorganisationen Tourismusverband und Landurlaub kooperieren. Die Vermarktung des Landurlaub-Angebotes ist bereits im Marketing des Tourismusverbandes integriert. Auch durch diese enge Zusammenarbeit konnte das Projekt LandArt die gewünschten Wirkungen erzielen. Als Erweiterung des vorangegangenen Ansatzes von LandArt arbeiten jetzt vor allen Dingen die Kooperationsnetzwerke. Erlebnis-Landwirtschaft, regionale Produkte, Reiten und Fahren, kulturelles Erbe im ländlichen Raum, Brauchtum, Romantik, Aktivitäten in der Natur, Wandern und Angeln seien hier genannt.

Meine Damen und Herren, Projekte wie LandArt und die drei neuen Kooperationsnetzwerke im ländlichen Tourismus haben weiter dazu beigetragen, dass Professionalität und Wirtschaftlichkeit eingezogen sind. Das Mecklenburger ParkLand, der Riether Winkel, die Lewitz, Feldberg, die Ferieninsel Ummanz, der Vogelpark Recknitztal seien hier nur stichwortartig genannt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ivenacker Eichen.)

Meine Damen und Herren, es ist gelungen, mit diesen Beispielen auch touristische Initiativen zu vertiefen, sie bekannter zu machen und sie natürlich auch zu vermarkten. Was sie eint, sind die Initiative und das Engagement von Unternehmen, Vereinen, Einwohnern und anderen Interessenvertretern, die, wie wir alle wissen, zusammenarbeiten müssen. Die Innovationskraft der touristischen Anbieter, das hat die Verleihung des Tourismuspreises kürzlich wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt, ist im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern vorhanden. Von den vier deutschlandweit Ausgezeichneten kamen zwei aus Mecklenburg-Vorpommern. Das Postel in Rostock und Fitness-Schuppen in Karls Erdbeerhof seien hier genannt. Zusammenwachsen ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Fitness-Schuppen?)

Ja, der heißt Fietes Schuppen-Schuppen, falls Sie das nicht wissen.

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Zusammen Wachsen wird weiter ein Ziel für die touristische Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern sein. Damit das weiter nachhaltig geschieht, bedarf es neben der klugen Konzeption auch verträglicher Vorhaben, wirtschaftlich, sozial und ökologisch. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Erstes möchte ich mich beim Minister für Wirtschaft, Tourismus und Bau bedanken,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das stimmt.)

denn er hat in einer der letzten,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist auch mal fällig.)

in einer der letzten Landtagssitzungen, ...

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Alle Minister einmal gelobt heute.)

Nein, nein, nicht alle.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

... lieber Herr Ringguth, hatte er gesagt, er lädt mich zum grünen Tee ein.

(Minister Harry Glawe: Ja.)

Ja, und da will ich sagen, das hat er gemacht. Ich habe die Einladung angenommen und wir haben beim grünen Tee auch über Tourismus gesprochen. Deswegen gehört das zum Thema. Also herzlichen Dank für die Einladung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter!)

Ich lade Sie im Gegenzug zu einem Kaffee ein.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aber kommen wir mal zum Ernst der Angelegenheit zurück. Nach den Redebeiträgen sowohl von Herrn Gundlack als auch von Herrn Minister Glawe kann ich nur zusammenfassen: Gut zu hören, gut, erneut zu hören, dass Sie alles schon wissen. Wenn das jetzt ein Antrag von uns gewesen wäre, hätte die Koalition gesagt, brauchen wir nicht, alles schon erledigt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also das mit dem Schuppen war neu.)

So, und jetzt haben wir einen umfangreichen Antrag,

(Heiterkeit bei Regine Lück, DIE LINKE: Das sind die feinen Unterschiede zwischen Regierung und Opposition.)

der auch sehr verklausuliert ist, und auf diese Verklausulierung will ich noch mal zurückkommen.

(Minister Harry Glawe: Ja, ich habe acht Jahre aufgepasst.)

Herr Gundlack hat ihn eingebracht und nun haben wir keine Gäste hier, aber für die Öffentlichkeit möchte ich doch versuchen, etwas Licht in diese geheimnisvollen Texte zu bringen. Ich will den Sprech der Koalition in eine einfache, in eine leichte Sprache übersetzen:

(Jochen Schulte, SPD: Jetzt bin ich aber gespannt, ob ich das verstehe.)

Also der Landtag möge heute beschließen, der Tourismus ist für Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig, ganz klar, sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und ökologischer Hinsicht, allerdings meinen wir von der SPD, dass die Arbeit des CDU-Tourismusministers verbesserungswürdig ist. Wir von der SPD sind sehr verärgert darüber, dass der Tourismusminister es nicht geschafft hat, rechtzeitig eine neue Tourismuskonzeption zu erarbeiten, schließlich läuft die bestehende Ende dieses Jahres aus, also – das ist ja die Schlussfolgerung – geht Mecklenburg-Vorpommern konzeptionslos in die neue Tourismussaison. Dabei gibt es unzählige Themen, die angegangen werden müssen, wie beispielsweise:

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Kann die Arbeit der Tourismusverbände auf regionaler Ebene verbessert werden? Wie kann die Fördermittelvergabe noch besser gestaltet werden? Wie lösen wir das Fachkräfteproblem in der Tourismusbranche? Das sind die drängenden Fragen, die in der Tourismuskonzeption aufgerufen und dann auch beantwortet werden müssen.

(Zuruf von Minister Harry Glawe – Minister Dr. Till Backhaus: Harry, du sollst leise sein.)

Doch, wie gesagt, der Tourismusminister unseres Landes Harry Glawe lässt die Zeit ungenutzt verstreichen. So würde ich den Antrag interpretieren.

Ich hätte mir vielmehr gewünscht, dass die Koalition mal gefragt hätte, auch öffentlich gefragt hätte, was es denn nun mit der ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr Holter!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das allgemeine Gemurmel nimmt hier so zu, dass man dem Redner nur noch schwer folgen kann. Ich bitte doch jetzt, die Gespräche auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Wenn es entsprechende Abstimmungsprobleme gibt, erwarte ich, dass Sie dann nach draußen gehen und hier den Redner seine Rede in entsprechender Form auch vortragen lassen.

(allgemeine Unruhe)

Gibt es hier jetzt noch irgendwelchen Klärungsbedarf oder können wir in der Plenarsitzung fortfahren?

Ich denke, jetzt ist es leise genug, dass wir wieder mit der Rede fortfahren können.

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin.

Ich hatte eben gesagt, es wäre doch mal interessant zu wissen: Wie sieht es denn mit der Bäderverordnung, also der Neuregelung der Ladenöffnungszeiten, in Kur- und Erholungsorten beziehungsweise in den Welterbestädten in Mecklenburg-Vorpommern aus? Dort höre ich seit einigen Monaten, daran wird gearbeitet, aber so richtig, kommt nichts auf den Tisch.

Meine Damen und Herren, ich kann die Verärgerung der SPD gut verstehen. Herr Gundlack ist darauf eingegangen. Am 30. September fand im Lokschuppen Pomerania in Pasewalk die alljährliche Veranstaltung der Sparkassen, das Sparkassen-Tourismusbarometer, statt. Da haben Professor Dr. Feige und Dr. Zeiner die positiven, aber auch die negativen Entwicklungen des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt. Alle, die bei der ITB oder bei ähnlichen Veranstaltungen dabei waren, wissen, dass sie das in einer sehr beeindruckenden Art und Weise tun.

Ich möchte heute aus der Vielzahl der Themen zwei wichtige Themen herausgreifen, die sich – und ich bin auch der Meinung – zwangsläufig in einer neuen Tourismuskonzeption wiederfinden müssen. Da geht es zuerst um die Hotelklassifizierung, denn die Klassifizierung hat gewissermaßen einen erheblichen Einfluss auf die Zufriedenheit der Gäste. Ich glaube, schon bei der Auswahl eines Hotels schaut man, wie dieses Hotel eingestuft wurde, welche Klassifizierung, also welche Bewertung, Qualität das entsprechende Hotel hat.

In Deutschland beträgt der Anteil klassifizierter DEHOGA-Betriebe insgesamt 43 Prozent. Da geht es um Hotels als solche und die Hotels Garni im Besonderen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

In Ostdeutschland beträgt die Quote 44 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern liegen wir – hören Sie bitte zu – bei 38 Prozent, damit um 6 Prozent unter dem ostdeutschen Durchschnitt und 5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Auch innerhalb des Landes gibt es erhebliche Unterschiede. Während auf Rügen und Hiddensee der Anteil der klassifizierten Hotels bei 42 Prozent liegt, haben wir hier in Westmecklenburg lediglich ein Drittel zu verzeichnen, also ein Drittel der Hotels haben eine entsprechende Einstufung.

Wir brauchen, Herr Minister und meine Damen und Herren der Koalition, eine Klassifizierungsoffensive, eine wirksame Kampagne mit dem DEHOGA, um deutlich zu machen, wir wollen Qualitätssicherung, wir wollen Ausbau der Qualität und wir wollen damit den Gästen zeigen, dass wir an diesem Thema arbeiten.

Andererseits müssen wir, das hat der Minister angesprochen, etwas mehr für die Internationalität tun. Ja, da geht es um Marketing, es geht um Werbung außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern und außerhalb von Deutschland. Immerhin ist es notwendig, dass neben diesem zielgerichteten Marketing auch etwas im Land getan werden muss, und das beginnt oft bei einfachen Dingen.

Ich habe oft internationale Gäste und dann wird nach einer Speisekarte in einer Fremdsprache gefragt, zumindest in Englisch, vielleicht Französisch, vielleicht auch Spanisch. Versuchen Sie das mal in gängigen Restaurants hier in der Landeshauptstadt oder auch anderswo in Mecklenburg-Vorpommern! Da werden Sie schon Schiffbruch erleiden. Das heißt also, wir haben hier die Möglichkeiten, mit fremdsprachigen Speisekarten entsprechende Angebote zu machen.

Oder fragen Sie mal nach den Fremdsprachkenntnissen der Servicekräfte, sowohl in den Gaststätten als auch in den Hotels. Das, glaube ich, ist eine Herausforderung, vor der wir stehen. Wir haben mehrfach darüber gesprochen.

Jeder hat die Erfahrung auf Flughäfen im Ausland gemacht, dass dort Servicekräfte an ihrer Brust je einen entsprechenden Button haben mit einer Landesfahne und der Sprache, der sie mächtig sind neben der Sprache des Landes, in dem man sich gerade aufhält. Es ist doch auch schön für uns, wenn wir im Ausland sind, wenn man in Deutsch angesprochen wird.

Also wenn es um Speisekarten geht oder um die Ansprache von Gästen, egal welcher Sprache, sind Englisch, Französisch, Spanisch, glaube ich, gesetzt. Aber wie sieht es mit den Sprachen der Nachbarn aus? Schwedisch, Dänisch, Polnisch, auch Norwegisch, das sind, glaube ich, alles Herausforderungen, die man in einem neuen Tourismuskonzept darstellen muss, denen man aber auch Maßnahmen folgen lassen muss. Das ist meines Erachtens eine wichtige Herausforderung. Daran haben, wie wir wissen, auch die Touristiker selbst ein riesengroßes Interesse. Deswegen will ich Ihnen sagen – man kann das jetzt detailliert untersetzen –, es ist wichtig, dass die Landestourismuskonzeption aktualisiert wird, dass das schleunigst auf den Weg gebracht wird, um hier mehr Qualität zu erreichen.

Abschließend möchte ich auf ein spezielles Thema hinweisen. Herr Minister Glawe – und das geht auch Herrn Backhaus an im Übrigen –, Herr Minister Glawe hat über die touristischen Potenziale im Binnenland gesprochen. Da gibt es einen speziellen Konflikt, das gebe ich zu. Es geht darum, regionale touristische Angebote, Anziehungspunkte auszubauen. Aber gegenwärtig werden solche Anziehungspunkte regelrecht in Bedrängnis gebracht. Es geht, Herr Minister Backhaus, um die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Die bedeutet ja nichts anderes als ein Aus für historische und jahrhundertalte Stauwerke, denn die Richtlinie verfolgt das Ziel, die Durchgängigkeit der Fließgewässer sicherzustellen, und das ist mit dem Entfernen sämtlicher Querbauwerke verbunden.

Das spricht nicht gegen die Wasserrahmenrichtlinie. Ich spreche über die Konsequenzen dieser Richtlinie, und

das hat mit den alten Wassermühlen in Mecklenburg-Vorpommern ganz konkret zu tun, denn das, was zurzeit passiert im Lande, führt dazu, dass den alten Wassermühlen im sprichwörtlichen Sinne das Wasser abgegraben wird. Beispielhaft möchte ich hier nennen die Wassermühle in Kuchelmiß mit Museum und Café, die ein beliebtes Ausflugziel und auch ein Highlight einer Wanderung im Nebeltal darstellt, oder auch die Wassermühle Vellahn, die sich als Kulturmühle für Veranstaltungen und Seminare weit über die Region hinaus einen Namen gemacht hat. Auch bei der Wassermühle Warin herrschte am Tag des technischen Denkmals großer Besucherandrang. Jetzt fallen aber die Wasserrechte weg. Mit dem Ersatz der Stauwerke durch Fischtreppen sind auch die Zeiten der Schauvorführungen vorbei.

Deswegen: Mit diesem Verlust der Wasserrechte kann die Wassermühle nicht mehr betrieben werden und damit geht auch ein Stück Kulturgut verloren. Und das, Herr Minister Backhaus, Herr Minister Glawe und meine Damen und Herren der Koalition, ist, glaube ich, doch eine Herausforderung für uns. Wenn wir über Anziehungspunkte für den Tourismus im Binnenland sprechen, dann geht es auch um diese historischen Kulturgüter. Wir sind der Auffassung, dass wir darüber sprechen müssen. Wir sind der Auffassung, dass man darüber sprechen muss, wie man die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und den Erhalt von wertvollem Kulturgut in Form der Wassermühlen tatsächlich lösen kann. Das ist eine Herausforderung, der wir uns, der sich die Politik insgesamt stellen muss.

Es muss hinterfragt werden, ob beispielsweise mithilfe von Fischwanderhilfen aus denkmalpflegerischer Sicht besonders wertvolle Wassermühlen in ihrer Funktion erhalten bleiben können. Dafür müsste jedoch bekannt sein, welche Mühlen als besonders sensibel zu betrachten sind. Ich weiß nicht, ob Sie eine Übersicht über die Mühlen – in dem Falle die Wassermühlen – in Mecklenburg-Vorpommern haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Klar hat er die.)

Nach Auskunft des entsprechenden Vereins gibt es eine solche Liste nicht.

Es wäre gut und wichtig, dass wir uns, dass sich die Beteiligten zusammensetzen und darüber reden, wie die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen ist und wie kulturhistorisch und denkmalpflegerisch wichtige, wertvolle Wassermühlen tatsächlich zu erhalten sind. Ich will das hier mit auf den Weg geben, ich will das hier ansprechen, weil ich das im Sinne einer höheren Attraktivität des Tourismuslandes Mecklenburg-Vorpommern für wichtig halte.

Wir werden Ihrem Antrag, wir werden auch den Änderungsanträgen zustimmen. Der Antrag selbst wird an der Politik in Mecklenburg-Vorpommern wenig beziehungsweise gar nichts ändern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, man weiß es nicht.)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Die Koalition wird sich ja schon was dabei gedacht haben.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Holter, Sie haben ganz gut begonnen mit dem Lob an unserem Wirtschaftsminister Harry Glawe.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich hätte eigentlich gedacht, dass Sie in diesem Sinne weiter fortfahren,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das kann ich ja nun nicht zwölf Minuten lang machen!)

aber dem war leider nicht so. Im Gegenteil,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist doch ein Angebot! – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

im Gegenteil, Sie haben dann angefangen, unseren Antrag zu interpretieren,

(Regine Lück, DIE LINKE: Gute Vorschläge hat er gemacht.)

und haben reininterpretiert

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

eine mögliche Verärgerung der SPD – und das ist übrigens ganz geschickt gemacht, Herr Holter –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das zeichnet ihn aus, den Vorsitzenden!)

um Ihre eigentliche Kritik, die Sie schon am 8. Juli geäußert haben, wo Sie ein ausstehendes Landestourismuskonzept monierten ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, richtig.)

Also in diesem Sinne geschickt gemacht,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und glaubwürdig geblieben.)

nutzt nur nichts, Herr Holter, weil Kritik ist immer dann gerechtfertigt, wenn es in der Tourismusbranche schlechte Zahlen gibt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, man darf sich auf seinen Erfolgen nicht ausruhen, Herr Waldmüller.)

wenn ein Tourismuskonzept hier dringend Abhilfe schaffen müsste und aus irgendeinem Grund nicht gefertigt werden würde. Aber nun sind die Zahlen im Tourismus nicht schlecht, sondern außergewöhnlich gut.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch schön so.)

Ich will sie Ihnen noch mal nennen: Im Jahr 2014 verbuchten wir ein Rekordjahr. 28,7 Millionen Übernachtungen waren eine Steigerung von 1,1 Prozent zum bisherigen Rekordjahr von 2009.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, da habe ich meine ganze sächsische Verwandtschaft hier runtergeholt.)

Auf der ITB im März 2015 vermeldete das Wirtschaftsministerium, Herr Minister hat es heute auch angeführt, dass Mecklenburg-Vorpommern im Segment der Urlaubsreisen ab fünf Tagen und einem Marktanteil von 6 Prozent erstmals vor dem Freistaat Bayern lag. Im Zeitraum Januar bis August 2015 wurden in ganz Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 21,7 Millionen Übernachtungen und 5,3 Millionen Ankünfte registriert. Das entspricht einer Steigerung von 3,1 Prozent bei den Übernachtungen und von 2,4 Prozent bei den Ankünften gegenüber dem vorherigen Zeitraum. Deswegen können wir ganz gespannt sein, was die Gesamtbilanz im Jahr 2015 bringt.

Das Landestourismuskonzept, Herr Holter, aus dem Jahr 2010 sollte daher ein Konzept für einen Zeitraum bis 2015 aufstellen. Nach 2015 brauchen wir ein neues Landestourismuskonzept. Das war aber immer schon klar.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eben.)

und natürlich ist dieses Konzept in Arbeit.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach so?!)

Ja, das ist doch bekannt.

Die eigentliche Kritik, Herr Holter, geht also, denke ich, ins Leere. Ich möchte fast sagen, wenn die Opposition keine anderen Themen findet und dann auch noch erfolglos das Haar in der Suppe sucht, spricht das eher für die Arbeit der Landesregierung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben Sie schon alles aufgeschrieben, ja? Das haben Sie schon alles aufgeschrieben?)

Meine Damen und Herren, uns ist wichtig, dass die Punkte des Koalitionsantrages bei der Fortschreibung berücksichtigt werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich denke, das ist schon in Arbeit?)

Ja, deswegen kann es doch ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann brauchen Sie doch keinen Antrag zu stellen. Sie sind doch die Koalition.)

Das ist richtig und gut,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist aber nichts Neues, dass sie die Koalition sind.)

schon wegen saisonverlängernder und übergreifender Maßnahmen im Ganzjahrestourismus, wegen des Fachkräftemangels, wegen der regionalen Entwicklungen, der Vernetzung, der Förderung von Projekten für eine klimaangepasste Erschließung und Bauweise sowie klimaneutraler Hotelanlagen und Freizeiteinrichtungen beziehungsweise energie- und umweltrelevanter Investitionen. Dies wird schon sehr erfolgreich im alten Konzept berücksichtigt. Nicht umsonst ist im Antrag die Rede davon, an den bewährten Strategien festzuhalten. Bei einigen

Themen – ich denke zum Beispiel an die Förderung saisonverlängernder Maßnahmen – tun wir gut daran, am Bewährten festzuhalten. Hier wurde nämlich ein wichtiger Beitrag für die hervorragenden Bilanzen der vergangenen Jahre geleistet.

Wir dürfen uns nicht nur auf die Hauptsaison und auf das gute Wetter verlassen, das ist klar. Eine wichtige Herausforderung bleibt, und das haben wir im Landtag, im Plenum schon öfter diskutiert, der Fachkräftebedarf in den DEHOGA-Berufen. Wir haben hier in 2013 über einen Antrag unserer Fraktion gesprochen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, was ist denn daraus geworden, aus der Initiative?)

Das Wirtschaftsministerium koordiniert die von ...

Das sage ich Ihnen doch gerade. Außerdem haben wir da schon Nachfragen gehabt und auch Antworten gehabt, Herr Holter.

Das Wirtschaftsministerium koordiniert die von uns geforderten Fachgespräche mit den Verbänden und der Branche.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das sollte eine Kampagne werden und keine Fachgespräche.)

Ich befürworte ausdrücklich, dass dieser Aspekt in dem neuen Tourismuskonzept abermals berücksichtigt werden wird, denn trotz Fachgespräche oder des Tarifabschlusses von DEHOGA und NEG müssen die Branchen für junge Leute interessant werden. Das zeigen die Ausbildungsstatistiken der Regionaldirektion. Dabei ist nach meiner Einschätzung vor allem die Tourismusbranche selbst gefordert. Die Arbeit als Hotel-/Restaurantfachkraft muss attraktiver werden. Hier helfen entsprechende Löhne, die Verbundausbildung, Karriereperspektiven, Ganzjahresbeschäftigung und natürlich, nicht zu verachten, ein gutes Betriebsklima.

An anderen Stellen muss die Landesregierung nach meiner Einschätzung in Zukunft etwas mutiger werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aha?!)

Ich denke hier insbesondere an das Auslandsmarketing. Der Antrag greift das in dem Punkt 3 auf. Zwar deuten die Zahlen der jährlich veröffentlichten Tourismusbarometer auch an, dass es einen prozentual beachtlichen Aufschwung gibt, hier lohnt aber ein Blick ins Detail. Wenn wir uns dazu die absoluten Zahlen anschauen, müssen wir leider feststellen, dass sich dieser Aufschwung noch auf niedrigem Niveau bewegt. Wir müssen also schauen, wie wir uns mit unseren Instrumenten, zum Beispiel dem Landesmarketing, für die Zukunft noch erfolgreicher aufstellen.

Meine Damen und Herren, das Tourismuskonzept ist in Arbeit. Mit diesem Konzept wollen wir eine Richtschnur für die Entwicklung des Tourismus in unserem Bundesland für die Zukunft geben. Der vorliegende Antrag kann dazu einen Beitrag leisten, dem Tourismuskonzept den allerletzten Schliff zu geben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aha!)

und hierfür werbe ich um Zustimmung.

Einen Kommentar noch zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN: Uns ist wichtig, dass das Tourismuskonzept im Einklang mit der Natur steht. Das ist völlig klar. Es ist auch unsere Natur, unsere Landschaft, es ist auch unser Zugpferd der Vermarktung. Wer tötet schon das Pferd, auf dem man reitet? Es ist uns aber ebenso wichtig, dass wir die Akteure der Branche nicht ausgrenzen. Wenn Sie dann bitte in den Punkt 4 des Antrages reinsehen, ist Ihre Intention dort schon mit abgehandelt. Insofern lehnen wir Ihren Änderungsantrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Ursula Karlowski für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Vincent Kokert, CDU: Frau Karlowski, schnell ans Rednerpult, sonst wirds Mikro ausgeschaltet.)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Vincent Kokert, auch wenn hier die Gänge manchmal etwas breiter sind – manche sind etwas schmaler –, brauche ich doch einen gewissen Platz, um an dem Vorredner vorbeizukommen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Also bitte, haben Sie Nachsicht, dass ich diesmal nicht zum Podium gesprungen bin, wie es sonst oft meine Art ist.

> (Vincent Kokert, CDU: Ja, Sie schleichen sich an wie eine Raubkatze. – Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Waldmüller ist eine Spaßbremse.)

Kommen wir nun zum Antrag von SPD und CDU. Hätten wir GRÜNE einen solchen Antrag geschrieben, hätten Sie ihn vermutlich dahin gehend kritisiert, er ist zu allgemein formuliert, enthält zwar durchaus positiv allgemein formulierte Ziele, aber ist zu wenig untersetzt mit Konkretem.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das kann man jetzt nicht reininterpretieren.)

Ich erwähne das so ausdrücklich, weil vielfach mit Oppositionsanträgen hier so umgegangen wird, ob das nun jeweils inhaltlich gerechtfertigt ist oder nicht. Aber, und das wird durch unseren Änderungsantrag deutlich, wir suchen einen konstruktiven Umgang in der parlamentarischen Arbeit

(Tilo Gundlack, SPD: Und einen bezahlbaren.)

und auch beim Thema "nachhaltiger Tourismus" und wollen aus diesem Grunde die hier vorliegenden Vorschläge diskutieren und sinnvoll ergänzen.

Es ist Fakt, dass der Tourismus zugleich wie kaum ein anderer Wirtschaftssektor auf eine intakte Natur und Umwelt angewiesen ist. In diesem Zusammenhang sind die Reisenden zugleich Verursacher und Geschädigte. Die Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen, eingetragener Verein in Kiel, bezeichnet in ihrem Abschlussbericht 2014 nachhaltigen Tourismus "als Beispiel für "Grünes Wirtschaften". Sie weist jedoch auch darauf hin, dass eine Umsetzung von nachhaltigen touristischen Konzepten nur dann besonders gut funktioniert, "wenn der Konsument, in diesem Falle der Urlauber, die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit mitträgt und sie auch nachfragt".

Das Verhalten von Urlaubern zeigt erfreulicherweise ein zunehmend wachsendes Bewusstsein für umweltbewusstes Reisen. Aber bei Weitem nicht alle Reisenden verfolgen heute schon mit ihrer Urlaubsreise in erster Linie das Ziel, die Umwelt zu schützen oder soziale Verantwortung zu tragen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann müssen sie zu Hause bleiben.)

Nicht zuletzt deshalb begrüßen wir das Setzen von politischen Rahmenbedingungen, wie das in Ihrem Antrag formuliert ist, zukünftig verstärkt neben der wirtschaftlichen Entwicklung im Tourismus zugleich auf eine soziale und ökologische Entwicklung hinzuwirken.

Was heißt das nun aber? Beim nachhaltigen Tourismus geht es nicht darum, weniger oder gar nicht mehr zu reisen, sondern vielmehr darum, die Urlaubsreisen so zu gestalten, dass die negativen Auswirkungen minimiert und auch positive Effekte geschaffen werden. Das ist die hohe Kunst. Eine gute Grundlage dafür bieten die Bedingungen vor Ort an den Reisezielen, in diesem Fall die Bedingungen hier in unserem Urlaubsland. Wenn diese Bedingungen stimmen, dann resultieren daraus für Mecklenburg-Vorpommern auch Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Regionen wie zum Beispiel Schleswig-Holstein

Wir werben mit unserem Änderungsantrag für eine Anlehnung einer nachhaltigen touristischen Entwicklung an die globalen Kriterien für nachhaltigen Tourismus,

(Tilo Gundlack, SPD: Das wird aber zu teuer.)

die erst kürzlich in Barcelona verabschiedet worden sind. Wir denken, dass Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und CDU, eine Zustimmung zu unserem Vorschlag nicht so schwerfallen wird, greifen Sie doch in Ihrem Antrag bereits einige dieser Kriterien selbst auf. Herr Waldmüller hat es auch angedeutet. Mehr noch, vielen Anforderungen, die an den weltweiten Tourismus adressiert sind, wird das Land Mecklenburg-Vorpommern bereits gerecht. Es wäre also ein Leichtes, das hier mit diesem Änderungsantrag zu bestätigen.

So sprechen Sie unter Punkt 1 Ihres Antrages an, "naturund kulturräumliche Potenziale im touristischen Binnenland verstärkt zu erschließen". Die globalen Kriterien sprechen an dieser Stelle von einer Reduzierung der negativen Auswirkungen auf das kulturelle Erbe, indem unter anderem touristische Unternehmen Elemente der örtlichen Kunst, Architektur oder des kulturellen Erbes verwenden.

Unter Punkt 2 fordern Sie die Unterstützung der Landesregierung für die weitere "Entwicklung von Regionalmarken". Das entspricht nicht nur unserer grünen Politik von der Stärkung regionaler Märkte, sondern auch den globalen Kriterien unseres Änderungsantrages, die touristischen Unternehmen nahelegen, lokale Dienstleistungen und Produkte zu kaufen.

In Punkt 3 Ihres Antrages gehen Sie auf die Aktualisierung des Landestourismuskonzeptes ein. Dabei setzen Sie unter anderem verstärkt auf die ländlichen Räume und den barrierefreien Tourismus. Verraten Sie uns in diesem Zusammenhang aber auch, durch welche konkreten Maßnahmen Sie den Tourismus im ländlichen Raum stärken wollen?

In Ihrer Begründung sprechen Sie von vorhandenen Potenzialen und Ressourcen, die stärker genutzt werden sollen. Nur das ist recht allgemein formuliert. Welche genau meinen Sie denn? Die abbestellte Ressource Südbahn.

(Heinz Müller, SPD: Oooch!)

deren Barrierefreiheit den Anreisenden der Reha-Klinik am Plauer See und anderen touristischen Unternehmen in der Region jetzt fehlt, wie diese immer wieder beklagen? Die meinen Sie wahrscheinlich weniger.

Ihr Antrag lässt jedoch noch weitere Fragen unbeantwortet. Wie sieht es insgesamt mit dem ländlichen Raum und Ihren Vorstellungen über dessen touristische Gestaltung aus? Welche Prioritäten erhalten ländliche touristische Regionen gegenüber der touristisch stark geprägten Ostseeküste und der Waren-Müritz-Region? An dieser Stelle wären Konkretisierungen, die im Wirtschaftsausschuss besprochen werden sollten, notwendig. Es sollte zudem darüber nachgedacht werden, welche touristischen Bedarfe an Radwegen bestehen und welche Gewichtung diese gegenüber Radwegen in touristisch weniger frequentierten Regionen unseres Landes erhalten.

Erlauben Sie mir weitere Fragen, denn der Tourismus in unserem Land ist ein breit gefächertes Feld. Welche Rolle wird künftig der Kinder- und Jugendtourismus im Lande spielen? Ehemals hatte das Land hier eine Vorreiterrolle, der Sie aus unserer Sicht und der Sicht der Linksfraktion, die kürzlich dazu einen eigenen Antrag einbrachte, den Sie dann aber ablehnten, etwas zu wenig Aufmerksamkeit schenkten, wie wir meinen.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, steckt viel Inhalt in unserem Antrag. Wir beantragen deshalb eine Überweisung beider Anträge in den Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzausschuss und nicht zuletzt werben wir um Ihre Zustimmung zu unserem Änderungsantrag auf der Drucksache 6/4726. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Karlowski.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einige Wiederholungen gehört. Tatsache ist, dass Mecklenburg-Vorpommern eines der attraktivsten Urlaubsländer ganz besonders für

die Deutschen geworden ist und absolut gleichgezogen hat mit Bayern.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ihr Verdienst ist das aber nicht.)

Na ja, nun, was heißt "unser Verdienst"?

(Heinz Müller, SPD: Also ich würde sagen, es wäre noch attraktiver, wenn es Sie nicht gäbe.)

Es ist ganz bestimmt nicht das Verdienst der SPD-Fraktion,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

sondern ich glaube, das ist in erster Linie das Verdienst der Unternehmerinnen und Unternehmer und der Beschäftigten dieser Branche, und nicht das politische Umfeld, was zum Teil auch diesen Leuten nachweislich unglaubliche Probleme bereitet hat in den letzten 10/15 Jahren.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wer schafft denn die Rahmenbedingungen? Wer schafft denn die Investitionsbedingungen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gehört, es fehlt an klassifizierten Hotels. Es fehlt an sprachbegabtem oder mehrsprachigem Servicepersonal. Es wurde richtigerweise kritisiert, dass kulturhistorisch wertvolle Gebäude besser einbezogen werden müssen, um eine ganzjährige bessere Auslastung der Betriebe zu gewährleisten, und dann kam da natürlich der Fachkräftemangel.

Nur, das passt natürlich nicht zusammen. Wenn Sie, Herr Holter, fordern, dass zumindest das Servicepersonal zweisprachig, dreisprachig ist, wie Sie es ansprachen, dann ist das nicht zu haben für 8,50 Euro oder 9,20 Euro. Qualifiziertes Personal werden Sie auch nicht bekommen, wenn Sie es nur für sechs oder vier oder sieben Monate beschäftigen. Die werden natürlich aussortieren, und das wird jeder machen, nach dem Prinzip: Wo habe ich eine feste, ganzjährige, langfristige Beschäftigungsmöglichkeit? Dann wird der Rest schauen, der da nicht untergekommen ist: Wo kann ich möglichst vernünftig Geld verdienen? Wo kann ich mich in der zweiten Stufe bewerben und Arbeit finden? Und das wird zwangsläufig das Personal sein, was nicht so hoch qualifiziert ist, wie es zugegebenermaßen sein müsste.

Was müsste also auf dem Gebiet passieren? Es müsste erstens passieren, dass man vernünftige Löhne zahlt, etwa 14/15 Euro Stundenlohn für einen hochqualifizierten Mann oder eine hochqualifizierte Frau zwei-/dreisprachig mit einer guten gastronomischen Ausbildung. Auf der anderen Seite ist das nur möglich, wenn natürlich auch die Auslastung in den Wintermonaten und der Nachsaison zumindest bei 50/60 Prozent liegt.

Der zweite Punkt, den wir gerne ansprechen möchten, ist, dass es im Moment die Großobjekte in Mecklenburg-Vorpommern nicht überleben würden aufgrund ihrer Eigenkapitalstruktur, wenn mal zwei schlechte Jahre unter 40 Prozent Auslastung hier in diesem Land Realität würden. Das darf man auch nicht vergessen.

Der dritte Punkt ist: Schon vor Jahren, als wir noch Herrn Seidel als Wirtschaftsminister hatten, hatte er uns einmal mitgeteilt, dass nun Schluss sein müsse mit der Förderung von großen Hotels. Das ist eine ganz hervorragende Strategie, denn die Attraktivität von Mecklenburg-Vorpommern ist unter anderem auch deswegen so groß, weil man hier nicht diese gigantischen, überfrachteten, nach Gewinnmaximierung strebenden großen Hotels an der Küste eins neben dem anderen gebaut hat.

Insofern ist das, was wir im Moment an realistischer Wirtschaftskraft in diesem Bereich haben, beachtlich und sehr schön. Das begrüßen wir. Wir freuen uns, dass gerade das Gegenteil von dem eingetreten ist, was Sie 2006 hier in diesem sogenannten Hohen Haus immer wieder angeführt haben, und zwar dass der, der die NPD wiederwählt bei der nächsten Wahl, mit einem massiven Einbruch im Tourismus zu rechnen hätte. Das Gegenteil ist der Fall, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(David Petereit, NPD: Das steht bestimmt in Zusammenhang.)

Anscheinend finden unsere Touristen das gar nicht so schlecht, wenn eine nationale Opposition wie die NPD hier im Landtag nachhaltig vertreten ist.

(allgemeine Unruhe – Julian Barlen, SPD: Einbildung ist auch eine Bildung. – Heinz Müller, SPD: Vielleicht die, die abnehmen wollen, denn wenn man Sie sieht, vergeht einem ja der Appetit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

Es würde Ihnen nicht schaden, Herr Müller. Wenn ich Sie so anschaue, können Sie ruhig mal so eine längere Strecke durchhalten.

(Heinz Müller, SPD: Ja, aber so lange kann ich Sie nicht angucken.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil er die Komponente der vernünftigen Bezahlung und der Sozialleistungen für die Angestellten so gut wie gar nicht zum Gegenstand hat. Wir werden uns enthalten, sind dennoch der Meinung, dass dieser Bereich, dieser Wirtschaftszweig eine maßgebliche Ecksäule des Wohlstandes und der Versorgung in der Fläche besonders in den ländlichen Gebieten ist und als zukünftig entwickelbar zu sehen ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jürgen Seidel für die Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will einen Satz aus dem Antrag, der Ihnen vorliegt, herausnehmen. Ich erlaube mir, ihn zu zitieren, das ist der letzte Satz der Begründung: "Deshalb ist er" – gemeint ist der Tourismus – "in ländlichen Räumen ein zentrales Zukunftsthema mit großem Entwicklungspotenzial."

Ich will ausdrücklich darauf hinweisen: Der Wirtschaftsminister hat gesagt, dies gilt natürlich genauso für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt, wo ich ihm absolut zustimmen würde.

Warum sage ich das jetzt hier an dieser Stelle? Ich muss schlichtweg feststellen, dass ein bisschen was dran ist, dass wir in der Tat uns in den letzten Jahren – na, wie sagt man das – ein bisschen daran gewöhnt haben, dass wir im Tourismus dieses Landes immer wieder gute bis sehr gute Ergebnisse erreichen. Die Zahlen wurden genannt. Es ist auch menschlich, wenn man sich dann ein kleines bisschen zurücklehnt und – ja, wie soll man es besser formulieren – sich mit der Innovation etwas zurückhält. Das ist nachzuvollziehen. Aber, ich verrate Ihnen da wahrscheinlich keine Neuigkeit, das ist im Tourismus in der Tat gefährlich. Warum? Weil dieser Bereich wie kein anderer nicht nur durch besonders harte Rahmenbedingungen zu gestalten ist, sondern sehr viel mit Emotionen zu tun hat.

Ich will sagen, einziges Thema war das Thema mit der Windenergie an der Küste, wo diskutiert wurde, wie man das sehen muss mit Windrädern in sechs Kilometern Entfernung und was weiß ich. Da kommen natürlich Argumente, die kann ich auch von Technikern verstehen, darauf achtet man nicht so, das ist doch alles Quatsch, wenn man so darüber philosophiert. Nein, wir haben es hier mit Menschen zu tun, die sehr emotional angerührt sind, und das wollen wir auch besonders herausstellen, wenn wir vom Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern reden.

Ich will jetzt nicht weiter die einzelnen Zahlen bemühen. Ich will Ihnen zwei Argumente an die Hand geben, die ich für notwendig halte, wenn man, wie das der Antrag richtigerweise sagt, auch weiterhin den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern entsprechend unterstützen muss und da insbesondere das Thema Marketing sieht. Ich möchte noch mal feststellen: Es ist weniger die Landesregierung, die hier besondere Belehrungen bräuchte, aber wir stellen fest, dass wir speziell in den Regionen doch erhebliche Diskussionen haben, wie man zum Beispiel das Marketing zukünftig finanzieren kann. Wir brauchen die Regionen – jetzt spreche ich vom Tourismusverband –, weil es ohne die nicht geht.

Zwei wichtige Fakten:

Erstens. Der Tourismus wird manchmal in Deutschland ein bisschen belächelt. Das gilt nicht so sehr für Mecklenburg-Vorpommern, aber in Deutschland ist das so, weil man sagt, wir brauchen die produktiven Bereiche, die industriellen. Ja, wir brauchen – und das gilt für Mecklenburg-Vorpommern nun wieder ganz besonders – industrielle Entwicklung, keine Frage. Aber der Tourismus hat eine besondere Eigenart und die darf man nicht unterschätzen. Er trägt auch dazu bei, wie industrielle Bereiche, dass Kapital von außen in dieses Land hineinfließt,

(Udo Pastörs, NPD: Nur so gehts.)

denn nur so – jetzt möchte ich das zu Ende führen, und da richte ich mich an DIE LINKE – kann man etwas tun im Bereich von Kinderarmut und all diesen Dingen, wenn es zu mehr Kapital in diesem Lande führt. Die spannende Frage ist: Wie schaffen wir es, mehr Geld für dieses Land zur Verfügung zu haben? Das ist der wichtige Punkt. Das kann der Tourismus, denn die Gästezahlen, die aus dem Lande kommen, halten sich in Grenzen. Da gibt es auch Leute, die an die Küste fahren oder von der Küste an die Seenplatte, aber das ist nicht das Typische.

Eine zweite Seite möchte ich hervorheben, die für die Landesentwicklung von besonderer Bedeutung ist. Ich

sage das immer nur denen, die manchmal so ein bisschen über den Tourismus, na ja, diskutieren. Tourismus ist, glaube ich, wie kein anderer Bereich für das Image Mecklenburg-Vorpommerns maßgebend. Ich weiß selbst, dass wir uns sehr bemüht haben - und da schließe ich alle die ein, die hier in irgendeiner Weise Verantwortung getragen haben -, dass wir uns in bestimmten Bereichen nach vorne bewegen, ob das die Landwirtschaft ist oder die industrielle, die Forschungsentwicklung, die Wissenschaftsentwicklung, alles richtig. Nur durchgehend bekannt und auch beliebt sind wir in Deutschland als das Urlaubsland. Das ist so und das werden Sie auch immer wieder erleben, dass wir diesbezüglich sehr positiv angesprochen werden. Da, meine Damen und Herren, hat der Tourismus eine ganz besondere Katalysatorfunktion. Die Chemiker hier im Raum wissen, glaube ich, was ein Katalysator ist.

> (Heinz Müller, SPD: Nicht nur die Chemiker. – Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Gut, dann ist das in Ordnung. Ich traue mich trotzdem, das ein kleines bisschen zu übersetzen. Ein Katalysator ist ein Mittel, was einen Prozess beschleunigt und ihn maßgeblich unterstützt, ...

(Michael Andrejewski, NPD: Ohne aber selbst verändert zu werden.)

Ja, das würde es jetzt nicht ganz so beschreiben, aber ist

(Michael Andrejewski, NPD: Doch, ist so.)

... und das macht der Tourismus. Sie müssen sich einmal nur einen ganz kleinen Moment vorstellen, wie dieses Land Mecklenburg-Vorpommern aussehen würde, wenn wir nicht zwölf Millionen Touristen jedes Jahr bei uns im Lande hätten. Wie wäre es dann um die Dienstleistungsbereiche bestellt? Wie wäre es um kulturelle Aktivitäten bestellt? Wie wäre es um die Infrastruktur insgesamt bestellt?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das müssen Sie sich einmal einen Augenblick so vor Augen führen und dann, glaube ich, kann man ganz schnell erkennen, was tatsächlich Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet.

Nun will ich Sie gar nicht weiter belehren, aber ich erlaube mir doch noch, zwei Dinge kurz anzusprechen, die hier in der Diskussion eine Rolle spielten. Zunächst einmal, Frau Dr. Karlowski, Sie haben ein Beispiel herausgegriffen so nach dem Motto: "Wir, DIE GRÜNEN, bringen jetzt was Konkretes."

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Da haben Sie sich leider vergriffen.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Thema mit der Südbahn ist insofern nicht gut gewesen, weil die Südbahn erschließt leider Gottes die Reha-Klinik in Plau nicht,

> (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn die Südbahn wird jetzt durch das Busangebot erschlossen. Das ist so. Also das war jetzt das falsche Beispiel.

(Andreas Butzki, SPD: Alles kennen in der Ecke, ist schwierig. – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, weil die Bahn nicht mehr da ist, müssen die Busse jetzt greifen. Jetzt verdrehen Sie mal nicht die Tatsachen!)

Ansonsten lasse ich das mal schlicht im Raum stehen.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Jetzt komme ich gar nicht umhin, Herrn Pastörs auch noch mal anzusprechen. Sie haben mich so ein kleines bisschen durch die Blume gelobt.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seidel hat jetzt das Wort. Ich bitte Sie, doch etwas mehr Ruhe zu wahren. Man kann das hier vorne kaum noch verstehen.

Jürgen Seidel, CDU: Ja, aber wahrscheinlich sind alle so begeistert vom Tourismus.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Herr Pastörs, Sie haben mich – ich habe es so verstanden – so ein kleines bisschen gelobt. Sie sagen, das ist eine Feststellung gewesen. Das ist in Ordnung. Das will ich gar nicht weiter beleuchten. Aber, Herr Pastörs, wenn Sie sich mokieren über fehlende Mehrsprachigkeit bei Leuten im Tourismus und so weiter, damit implizieren, dass es mit dem internationalen Tourismus nicht so läuft, das ist richtig, wir sehen dort große Nachholbedarfe nach wie vor.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber wissen Sie, Ihre Haltung Menschen aus anderen Regionen und anderen Ländern gegenüber,

(Udo Pastörs, NPD: Die kennen Sie doch gar nicht!)

die hilft uns im Tourismus nun weiß Gott nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Die kennen Sie doch gar nicht!)

Wir haben diesbezüglich nach wie vor viele Anfragen nach dem Motto: "Was ist denn da bei euch bloß los?"

(Julian Barlen, SPD: So ist das.)

Insofern kann ich nur sagen, das ist etwas,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

was man hier nicht durchgehen lassen darf. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Seidel.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Gundlack für die Fraktion der SPD.

(Unruhe bei Julian Barlen, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Holter, dass Sie natürlich das Haar in der Suppe gesucht haben, war auch mir besonders klar.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nicht nur eins. Mehrere, mehrere!)

Nicht nur eins, Sie haben gleich einen ganzen Skalp gefunden wahrscheinlich. Deswegen war die Suppe auch weg, weil die im Skalp drin war, genau.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Häh?)

Aber Ihre Schlussfolgerung ist leider falsch,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was war das mit der Suppe?)

denn dieser Antrag, den die Koalitionsfraktionen eingebracht haben, hat eine breitere Basis als nur unsere beiden Fraktionen. Wir haben uns auch rückgekoppelt mit der kommunalen Ebene, sprich mit den Touristikern, mit der Bundestagsfraktion, mit Unternehmerinnen und Unternehmern vor Ort und auch mit Akteuren aus der Touristikund Freizeitbranche. Wenn Sie das nicht glauben, kann ich Ihnen die Namen geben, da können Sie gerne anrufen.

Aber was ich auch zurückweisen muss, ist, Sie haben gesagt, wir sind als SPD-Fraktion verärgert über den Wirtschaftsminister. Nö, sind wir nicht, überhaupt nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Nö!)

Das Problem: Wir haben ein sehr gutes Verhältnis zu dem Wirtschaftsminister und zu seinem Haus. Oder soll ich es anders sehen? Ich habe zumindest kein anderes Verhältnis dazu und kein anderes Verständnis dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann sind wir ja alle zufrieden. Sehr gut!)

Wir sind alle zufrieden. Wenn Sie das nicht sind, Herr Ritter, dann ist das Ihr Problem.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich habe zu Herrn Glawe auch ein sehr gutes Verhältnis.)

Sehen Sie, dann haben wir ja alle ein gutes Verhältnis zu Herrn Glawe, auch fachlich.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, dann sind wir alle zufrieden. – Heinz Müller, SPD: Das muss an Herrn Glawe liegen. – Zuruf und Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU) Aber noch mal zurück zur ganzen Geschichte.

(Zuruf und Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für die Branche sehen wir in den Bereichen gute Arbeits-, Lohn- und Ausbildungsbedingungen, Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit vielleicht nicht ganz im Sinne, wie es die GRÜNEN verstehen – und hohe Qualität in der Gastronomie und in der Hotellerie. Darüber hinaus sehen wir Handlungsbedarfe im gegenseitigen Miteinander von touristischen Strukturen im Land, städtischer und ländlicher Ebene. Hier gibt es viel zu viel Kleinklein. Hier müssen weiterhin Synergien gehoben werden.

Die touristische Infrastruktur in den Kommunen muss trotz knapper Kassen aufrechterhalten werden und teilweise zusätzlich erweitert werden. Hierzu zählen wir Rad-, Wander- und Reitwege, Wasserwanderrastplätze und die vor Ort bestehenden Touristeninformationszentren. Trotz jährlicher positiver Entwicklung der Übernachtungszahlen sehen wir Handlungsbedarf, um für eine nachhaltig gute Entwicklung des Tourismus in M-V zu sorgen und dies auch für die Zukunft zu erhalten.

Auffallend sind die unterschiedlichen Regionen in ihrem Wachstum. Haben wir ein starkes Wachstum in der Region Mecklenburgische Ostseeküste, Rügen, Hiddensee und Vorpommern, so bleiben die Regionen Westmecklenburg, die Mecklenburgische Schweiz und Seenplatte im Wachstum leicht zurück. Natürlich haben Küstenregionen ihren ganz besonderen Reiz, insbesondere für Familienurlaube mit kleineren Kindern im Strandbereich. Allerdings sind andere Regionen fern von Küsten mit ihren Angeboten auch reizvoll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Genannt sind hier Schlösser, Parks, Rad- und Wasserdestinationen, Reit- und Landurlaub.

(Heinz Müller, SPD: Und die Ivenacker Eichen.)

Die Eichen in Ivenack natürlich auch.

Hier bedarf es einer gezielten Förderung, um ein ähnliches Niveau im Wachstum, aber auch in den Bettenauslastungen zu erreichen. Zu beachten und zu verstärken sind hier auch Anstrengungen, um eine höhere Hotelklassifizierung zu erreichen, besonders im Bereich Westmecklenburg. Somit sollte ein Schwerpunkt darauf gesetzt werden: Urlaub für alle.

Barrierefreie Reiseziele in Mecklenburg-Vorpommern müssten wir uns ebenfalls auf die Fahnen schreiben. Wir müssen Rahmenbedingungen und eine Förderkulisse schaffen, die Reiseangebote für Menschen mit Einschränkungen und auch für ältere Menschen ermöglichen. Deren Teilnahme am Tourismus nimmt einen immer breiteren Raum ein, speziell im Städtetourismus.

Meine Damen und Herren, entlang der Küsten und in größeren Städten hat sich eine rege Tourismuswirtschaft entwickelt, das ist richtig. Nach vorliegenden Daten werden vier von fünf Übernachtungen in Mecklenburg-Vorpommern in küstennahen Regionen gebucht. Ziel muss

es aber sein, den Anteil der Übernachtungen des Landtourismus, der momentan bei acht Prozent liegt, weiter zu erhöhen, um so eine positive wirtschaftliche, soziale und strukturelle Entwicklung im ländlichen Raum zu fördern. Tourismus im ländlichen Raum bietet viel Potenzial für den Tourismus und für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen. Um dieses Potenzial zu nutzen, bedarf es einer kontinuierlichen Unterstützung der Akteure zur Produktentwicklung im Marketing, bei der Netzwerkbildung und einer Weiterentwicklung der Qualitätsstandards. Ohne gezielte Maßnahmen werden Sie dies nur marginal erreichen und weiterentwickeln.

Kommen wir nun zu dem Punkt, meine Damen und Herren, die Fachkräftesicherung geht einher mit einer gezielten Nachwuchsgewinnung, sei es in der Hotellerie, der Gastronomie oder bei den Anbietern der Freizeitbranche. Hierbei muss es grundsätzlich das Ziel sein, Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, denn Nachwuchsgewinnung muss einhergehen mit Aufzeigen von Entwicklungsperspektiven für junge Nachwuchskräfte in dieser Branche. Fundament einer guten Ausbildung sind aber auch gute Rahmenbedingungen im Unternehmen, seien es eine kostenlose Unterkunft, ein Fahrtkostenzuschuss bei weiter entfernten Wohnorten oder Zuschüsse für junge Familien, die alle in der Gastronomie arbeiten.

Unabdingbar bei einer Qualitätsoffensive sind allerdings geeignete und gut qualifizierte Ausbilder. Sie sind den Nachwuchskräften an die Seite zu stellen, inklusive ausreichender Ressourcen für die praktische Ausbildung. Dies ist mir besonders wichtig zu erwähnen, da ich bekanntermaßen als Koch aus dieser Branche komme und ich mir zunehmend Sorgen mache, was aus den Berufen Koch und Restaurant-/Hotelfachmann wird.

Ich mache mir aber insgesamt um die Qualität in der Gastronomie reichlich Sorgen. Wenn ich mir angucke, wie das Lohnniveau ist, dann möchte ich erwähnen – Herr Holter, auch mal für Sie, wenn Sie jetzt auch nicht zuhören –, ich habe 1991 2.000 DM netto bekommen. – Ich weiß, Herr Holter kann mehrere Sachen. – Wir haben gerade noch mal nachgeschaut, was ein Koch jetzt verdient. Das sind 1.072 Euro am Anfang. Ich habe damals auch angefangen. Dabei kann es natürlich nicht bleiben. Wir müssen da etwas tun.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, da bin ich mit Ihnen doch einverstanden.)

Na, sehen Sie!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir wollten doch gemeinsam was tun. Wir wollten doch eine Imageoffensive starten. Wo ist denn diese Imageoffensive?)

Das heißt doch nicht, das heißt doch lange nicht, dass ich dem Minister eine Ohrfeige gegeben habe, wie Sie unlängst in Ihrer Pressemitteilung rausgehauen haben. Ich glaube, das würde Herr Glawe mir auch nicht ungeschoren durchgehen lassen.

(Minister Harry Glawe: Wir sind doch eine Gewichtsklasse. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wir sind eine Gewichtsklasse, ja, genau!

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Ganz so weit ist er noch nicht.)

Dazu kam noch, das muss man auch mal betrachten, ich hatte damals freie Unterkunft und Verpflegung an den Arbeitstagen. Wer hat das denn heute schon in der Gastronomie? Daran muss man wirklich arbeiten. Ich finde das, was die NGG macht und auch die DEHOGA macht, nicht gerade bemerkenswert. Ich finde das, ich möchte nicht das Wort "armselig" in den Mund nehmen, aber schon bemerkenswert.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber wie lange, Herr Gundlack, aber wie lange reden wir schon darüber?)

Deshalb ist auch dieser Punkt, diese Ziffer 7 ganz wichtig. Aber da können wir noch so viele Konzepte machen, das müssen die Akteure vor Ort machen. Die müssen endlich aus den Puschen kommen und sagen, wenn ich vernünftige Arbeitskräfte haben will, die ich auch hier behalten will, muss ich mehr tun.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da sitzen alle da hinten und hören Ihre Rede jetzt.)

Ich sehe sie gerade nicht, aber gut.

Eins ist mir jetzt auch noch wichtig, das habe ich extra aufgeschrieben. Sie haben gesagt, man muss Hotels mehr mit Sternen versehen oder die Klassifizierung anheben. Das ist ja alles gut und schön, doch Sie können viele Hotels haben mit Klassifizierung und Sternen und allem Drumherum, aber wenn Sie kein Personal haben, das in der Gastronomie arbeitet, das Ihnen das Essen kocht und bringt, können Sie so viele Hotels bauen, wie Sie wollen. Das ist das Problem. Ich komme, wie gesagt, aus Wismar, habe mit mehreren Gastronomen gesprochen, die sagen, ich kriege kein Personal mehr, weil die Leute einfach, ich sage mal, nicht qualifiziert ausgebildet worden sind, und zweitens nicht für das Geld. Wenn die Leute in der Gastronomie ...

(Andreas Butzki, SPD: Und schlechte Arbeitszeiten.)

Die schlechten Arbeitszeiten sowieso.

... sich aber damit rühmen, dass sie jetzt Mindestlohn bezahlen, dann frage ich mich schon: Wie will man leben gerade in diesem Bereich? Da müssen wir wirklich zusammen was tun.

Um einen nachhaltigen Beitrag für den Erhalt und die Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit in der Tourismuswirtschaft des Landes leisten zu können, braucht es eine Strategie mit der Zielsetzung des Ausbaus und der Förderung des saisonal übergreifenden Tourismus. Ganzjährigkeit im Tourismus ist eng mit wirtschafts- und sozialpolitischen Vorteilen verbunden. Neben der Erschließung neuer kaufkräftiger Zielgruppen verringert eine Vierjahreszeitenauslastung die Mitarbeiterfluktuation durch Bindung von Saisonkräften und hilft auch beim Aufbau von Stammpersonal. Deshalb ist es besonders in den ländlichen Räumen ein zentrales Zukunftsthema mit großem Entwicklungspotenzial. Eine kontinuierliche Auslastung der Tourismusregionen und -zentren wird letztlich mit dazu beitragen können, den Fachkräftebedarf im Hotel- und Gaststättengewerbe zu

sichern. Das Lohnniveau ist hierbei zu steigern, um es auch strukturerhaltend wirken zu lassen.

Zusätzlich werden positive volkswirtschaftliche Effekte dabei erzielt, weil regionale Unternehmen in Gastronomie, Gewerbe und Handel insbesondere in ländlichen Räumen und grenznahen Regionen davon profitieren werden. So steht es auch im Tourismusbarometer, was wir schon angesprochen haben. Mit dem weiteren Ausbau eines nachhaltigen Tourismus werden wir die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in allen Regionen in Mecklenburg-Vorpommern vorantreiben. Damit uns dies gelingt, sollten wir alle Beteiligten vor Ort gleichberechtigt einbeziehen und eine möglichst breite und gerechte Teilhabe an dem Nutzen des Tourismus anstreben.

Ich komme nun noch mal zu dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Sie bitten darum, natürlich gehe ich darauf ein. Wie ich schon gesagt habe, wenn Sie sich das durchlesen, welche Bereiche Sie da aufgezählt haben – ich habe mir gestern extra die Homepage noch mal angeschaut –,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sehr schön.)

das ist ja alles gut und schön, was Sie da haben, aber man muss sich auch Urlaub und Tourismus als Verbraucher leisten können. Ich bin auch für Free Willy und Flipper und alles Drum und Dran.

(Stefanie Drese, SPD: Was?)

Aber wenn man da hinfahren will und das haben will, dann muss man auch das Geld dafür haben.

(Jochen Schulte, SPD: Lassie ist auch tot.)

Wir wollen für alle, für alle Bevölkerungsschichten, für alle Verbraucher, etwas leisten und nicht nur für die Besserverdienenden, die wahrscheinlich auch aus Ihren Reihen kommen.

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das funktioniert doch nicht.

Ja, Clarence ist leider erschossen worden.

(Jochen Schulte, SPD: Von Flipper, oder von wem? – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Die Bereiche, die da aufgezählt worden sind, haben so ein bisschen einen leicht radikalen Charakter, wenn Sie sich das durchlesen. Sie wollen immer alles reduzieren, alles reduzieren. Ja, aber Sie müssen auch erst mal was haben, bevor sie was reduzieren können. Tut mir leid!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Darum teilen die Koalitionsfraktionen auch nicht den Änderungsantrag

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und auch nicht die Begrifflichkeit der Nachhaltigkeit, denn wir haben eine andere Ausgangssituation.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Herr Gundlack, Sie wollen nicht das Weltniveau erreichen.)

Es ist ja alles gut und schön, wenn Sie hier meinen, Sie leben in einer grünen Welt. Das ist phantastisch.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das haben wir nicht erfunden.)

Natürlich.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Teilen, wie gesagt, in Teilen können wir Ihnen folgen, aber nicht in der Intuition, die Sie haben. Wir sehen Nachhaltigkeit auch als dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg an.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir das erst mal auf feste Füße stellen und dann können wir uns gerne noch mal darüber unterhalten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, das ist ja nicht überraschend.)

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem ursprünglichen Antrag und dem Änderungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für den Änderungsantrag?)

Der SPD- und CDU-Fraktion natürlich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Gundlack.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4651 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss sowie an den Energieausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4726 sowie den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4727 im Falle der Überweisung des

Antrages auch an die genannten Ausschüsse überweisen?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja. – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Alle.)

Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich lasse nun zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4726 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die SPD, die CDU und die NPD, keiner enthielt sich. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4726 abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4727 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktion der SPD, der CDU, dagegen stimmten ...

(Jochen Schulte, SPD: Die Fraktion DIE LINKE hat auch zugestimmt.)

Die Fraktion DIE LINKE hat auch zugestimmt, Entschuldigung. Dagegen stimmte die Fraktion der NPD, enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4727 angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4651 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4651 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU und DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der NPD und Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Freifunk in Mecklenburg-Vorpommern stärken – Störerhaftung abschaffen, auf Drucksache 6/4647.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Freifunk in Mecklenburg-Vorpommern stärken – Störerhaftung abschaffen – Drucksache 6/4647 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Herr Helmut Holter. Bitte schön.

Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kommunikation ist nicht alles, aber ohne Kommunikation ist alles nichts. Das ist zwar eine sehr

freie Auslegung des Originalzitates, macht es jedoch in Zeiten, in denen das Internet schon lange eine Dominante in unserer alltäglichen Kommunikation darstellt, nicht weniger wahr. Doch wie soll man im öffentlichen Raum online kommunizieren, wenn dazu die Möglichkeit, sprich, der Zugang zum Internet, fehlt?

Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt ausdrücklich nicht über den Ausbau des Breitbandes in Mecklenburg-Vorpommern, sondern ich spreche über den freien Zugang zu WLAN-Angeboten in Mecklenburg-Vorpommern. Die bittere Wahrheit in diesem Zusammenhang ist, dass die freien Zugangsmöglichkeiten zum Internet in Deutschland nicht bestehen wie in anderen Ländern. Deutschland ist ein Entwicklungsland, wir kommen aus der Stagnation nicht heraus. Manche sprechen auch von der deutschen WLAN-Wüste. Das kann man mit Zahlen unterlegen: Auf 10.000 Einwohner kommen in Deutschland gerade mal drei Hotspots, also öffentlich zugängliche WLAN-Netzwerke. Zum Vergleich: in Schweden sind es 10, in Großbritannien 30, in Südkorea sogar 37. Dazu kommt die teilweise erheblich eingeschränkte Versorgung mit mobilem Internet in unserem Land. Wer es nicht weiß - das soll jetzt keine Belehrung sein -, das sind zwei verschiedene Dinge, also WLAN ist etwas anderes als das mobile Internet.

Außerhalb der Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns und Deutschlands, insbesondere in den Ländern der Europäischen Union, sieht dieses alles ganz anders aus. Dort ist freies WLAN gang und gäbe. Geregelt wird das in den Mitgliedsländern zwar unterschiedlich, aber Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit dem Anbieten von Internet, das ist etwas, was wirklich nur in Deutschland existiert, und das bereitet auch ein echtes Problem – ein kleines deutsches Einzelproblem, das international gar nicht wahrgenommen wird, aber sofern Touristinnen und Touristen nach Mecklenburg-Vorpommern, nach Deutschland kommen, spüren sie es und auch wir selbst spüren dieses Problem

Der Wirtschaftsausschuss war im März in Brüssel, der Energieausschuss war erst vor Kurzem in Brüssel, andere Ausschüsse fahren auch nach Brüssel. Ich hatte die Gelegenheit, im Oktober in Belgien Urlaub zu machen. Also da ist es in Restaurants, in Supermärkten und anderswo in den Städten gar keine Frage, dass du dich mit deinem mobilen Endgerät in ein freies WLAN-Netz einloggen kannst: zwei Klicks und du bist online. Das ist in Deutschland nicht möglich und dazu will ich jetzt im Einzelnen noch etwas sagen.

Im Kommunikationszeitalter erwarten Bürgerinnen und Bürger einfach, dass sie schnell wichtige Dinge über das Netz abrufen können. Das kann der Fahrplan für Bus oder Bahn sein, das können die Öffnungszeiten von Ämtern oder Behörden sein und viele andere Dinge mehr. Wenn selbst solche Informationen nicht verfügbar sind, weil Daten weder über das Mobilfunknetz noch über das freie WLAN abgerufen werden können, dann ist das in Zeiten, in denen permanent von digitaler Gesellschaft und von digitaler Wirtschaft gesprochen wird, schlichtweg ein Armutszeugnis. Andere Bundesländer haben das erkannt und darauf reagiert. Sie unterstützen Freifunkinitiativen, die freie und nicht kommerzielle Bürgernetze aufbauen. Neben Nordrhein-Westfalen haben jüngst die Landtage von Sachsen-Anhalt und Thüringen den Weg frei gemacht, um landeseigene Immobilien für den Freifunk nutzbar zu machen. Ähnliches wurde den Kommunen in diesen Ländern empfohlen.

Nun ist es nicht so, dass Freifunk in Mecklenburg-Vorpommern komplett unbekannt wäre. In größeren Städten wie Schwerin und Rostock gibt es sowohl Freifunkinitiativen als auch öffentliches kommunales WLAN. In Greifswald ist der Freifunk im Aufbau. Die Stadt Rostock bietet zum Beispiel auf dem Neuen Markt der Hansestadt frei zugängliches WLAN an. Auch auf dem Schweriner Markt können Bürgerinnen und Bürger seit dem Mai 2013 kostenlos auf das kommunale Netzwerk zugreifen. Das Engagement in Sachen Freifunk in diesen Städten ist richtig und wichtig. Viel wichtiger und nötiger sind solche Angebote jedoch im ländlichen Raum, weil in diesen Städten, von denen ich gerade gesprochen habe, auch mobiles Internet in einer guten Qualität vorhanden ist. Aber vom ländlichen Raum wissen wir, dass die Mobilfunknetze dort nicht die entsprechende Qualität haben, wie sie hier in den großen Städten zu verzeichnen ist. Dort ist also die Internetnutzung im öffentlichen Raum oft nur schwer und eingeschränkt möglich. Die Stärkung von Freifunkinitiativen könnte hier Abhilfe schaffen.

Fahren Sie doch einmal mit der Bahn von Schwerin nach Rostock und zurück und versuchen Sie, auf diesem Weg lückenlos Zugang ins Netz zu bekommen! Das wird Ihnen einfach nicht gelingen. Oder stellen Sie sich in Demmin mal auf den "Platz der Besten"! Der Plan, hier öffentliches WLAN anzubieten, scheiterte im Januar dieses Jahres an den juristischen Bedenken der dortigen Stadtverwaltung. Warum das so ist, dazu komme ich später noch einmal. In Malchin sieht es nicht besser aus. Auch in Güstrow sind die vier in der Stadt vorhandenen WLAN-Hotspots in der Hand des Einzelhandels und damit bestenfalls teilöffentlich. Das sind nur einige Beispiele von vielen Freifunkinitiativen.

Einen Zugang zu Landes- und kommunalen Immobilien zu ermöglichen, sorgt sicherlich nicht für die Komplettabdeckung des Landes mit schnellem Internet. Aber man kann es, wie gesagt, zeitlich begrenzen, man kann es zeitlich öffnen, wenn eben abends oder auch an den Feiertagen diese Netze nicht genutzt werden beziehungsweise Kapazitäten nicht voll ausgenutzt werden. Aber die weißen Flecken auf der Karte von Mecklenburg-Vorpommern in Sachen Netzabdeckung würden dann auf jeden Fall weniger werden, wenn es zum Beispiel um den Zugang zu Immobilien geht, die als WLAN-Knotenpunkte nutzbar sind. Ich will Ihnen sagen, die Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern gehen mit gutem Beispiel voran. Sie arbeiten bereits mit Freifunkinitiativen zusammen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie wichtig eine bessere Netzabdeckung und -versorgung mit freiem WLAN ist, zeigt sich auch in der aktuellen Flüchtlingssituation. Kommunale Immobilien, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, könnten für die Geflüchteten eine wichtige Brücke in ihre Heimatländer darstellen, wenn Freifunkinitiativen die Möglichkeit bekämen, offene Netzwerke zu installieren. In Rostock gibt es diese Kooperation zwischen der Kommune, den ortsansässigen Freifunkern und der Universität. Die Linksfraktion in der Rostocker Bürgerschaft hat im Mai dieses Jahres einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht und für eine Unterstützung des städtischen Freifunks gesorgt. So können nun im Stadtgebiet gelegene Flüchtlingsunterkünfte mit Internet versorgt werden. Das ist beispielhaft und zeigt, wie wichtig das Ehrenamt auch in diesem Bereich für eine Kommune ist.

Mit Blick auf die Wirtschaft unseres Landes tritt ein anderer Aspekt hervor – ich hatte ihn schon angesprochen –,

der zeigt, wie wichtig freies WLAN ist. Der Tourismus, darüber haben wir gerade im vorangegangenen Tagesordnungspunkt gesprochen, ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor für unser Land. Wie aber informieren sich Menschen im Urlaub in einer ihnen fremden Gegend beispielsweise über kulturelle Angebote? In der Regel geschieht dies über das Web, und wenn keines vorhanden ist, dürfte dies mit Sicherheit bei einigen dazu führen, dass sie beim nächsten Mal den Urlaub woanders buchen. Auch hier könnte der Freifunk Lücken schließen.

Für den Einzelhandel wird die Möglichkeit, den Kunden alternative Bezahlmöglichkeiten anzubieten, immer wichtiger. Das gilt auch für die Möglichkeit, mit dem Smartphone zu bezahlen. Dafür ist ein schneller und unkomplizierter Zugang zum Netz nötig, dafür sind freies WLAN des Einzelhandels, des Einzelhändlers oder ein Freifunknetz nötig. Wie Sie sehen, sind die Argumente für freie Netzwerke vielfältig, sie liegen auf der Hand. Da stellt sich doch zwingend die Frage, warum es sie so selten bei uns gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt komme ich zu einem juristischen Problem, das ist die sogenannte Störerhaftung. Das ist eben das, was in Deutschland einzigartig ist und wo wir uns von allen anderen unterscheiden. Diese Störerhaftung besagt, dass Anbieter eines Internetzugangs für kriminelle Handlungen von Dritten, die im jeweiligen Netzwerk unterwegs sind, haften sollen. Bei gewerblichen Anbietern wie bei Telekommunikationsunternehmen ist das ziemlich simpel.

(Vincent Kokert, CDU: Das wurde aber gerade geändert vom Bund, ne?!)

Sie beanspruchen das sogenannte Providerprivileg und umgehen die Störerhaftung mittels Vorschaltseite, das heißt, wenn du dich da einloggen willst, musst du die entsprechenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen akzeptieren, indem du das anklickst.

(Vincent Kokert, CDU: Da wird im Bund gerade dran gearbeitet.)

Wie bitte?

(Vincent Kokert, CDU: Daran wird im Bund gerade gearbeitet.)

Das ist auch gut, dazu komme ich gleich.

Es müssen also die Allgemeinen Geschäftsbedingungen durch den jeweiligen Nutzer, User akzeptiert werden und dann kann er dieses Angebot entsprechend nutzen. Die darüber hergestellte Rechtssicherheit verhindert zwar keine Rechtsbrüche, ist mit zusätzlichem logistischem und finanziellem Aufwand verbunden, sichert den Betreiber aber juristisch ab.

Für die Privaten ist das Betreiben eines offenen Netzwerkes nur dann möglich, wenn der Betreiber zumutbare Anstrengungen unternommen hat, um eine missbräuchliche Nutzung seines Anschlusses zu verhindern. Das bedeutet aber Verschlüsselung und das hat ja nun wiederum nichts mit einem öffentlichen Netzwerk zu tun.

Freifunk als Alternative ist dagegen vielen noch unbekannt. Die Teilnahme an Initiativen wie Opennet gilt in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor als etwas für Technikexoten, also für diejenigen, die auch affin sind für diese Fragen. Auch rechtlich gesehen ist es für die Freifunkinitiativen sehr schwierig, ihr offenes Netzwerk zu betreiben, da die Anerkennung als Provider kompliziert und sehr langwierig ist. Also setzen die Ehrenamtler auf offenes WLAN und wenn es sein muss auf juristische Konfrontation, aber das kann doch nicht die Lösung sein!

Sehr geehrte Damen und Herren, stellen Sie sich bitte vor, ein Autofahrer wird auf einer kommunalen Straße in der 50er-Zone mit 60 erwischt, geblitzt. Jedem ist klar, dass er dafür geradestehen muss. Nach der Logik der Störerhaftung müsste aber diesen Bescheid, diesen blauen Brief die Kommune bekommen, weil sie die Straße zur Verfügung stellt. Ich hoffe, damit ist klar geworden, worum es hier geht. Deswegen ist es notwendig, dass auch auf Bundesebene daran gearbeitet wird und in Deutschland, also auch in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeiten geschaffen werden, in Gaststätten, in Kneipen, in Cafés einen freien WLAN-Anschluss anzubieten, wie das in anderen Ländern konkret der Fall ist.

Auch in Demmin war die Rechtsunsicherheit so groß und zu groß, dass man auf dieses Angebot eines kommunalen freien WLAN verzichtet hat. Also, Herr Kokert, wie Sie zwischengerufen haben – vollkommen richtig –, muss auf Bundesebene diese Störerhaftung beseitigt werden, sodass wir dann diesen freien Zugang haben. Mit unserem Antrag stoßen wir unter anderem genau in diese Richtung, nicht nur, aber auch in diese Richtung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da stimmt doch Herr Kokert zu. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir führen in Deutschland bei der Störerhaftung eine Debatte, die von Ängsten und Vorurteilen geprägt ist und nicht von Fakten. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hat seit knapp drei Jahren ein Pilotprojekt mit einem großen deutschen Betreiber aufgelegt. Im Ergebnis dieses Projektes ist klar herausgekommen, dass es über die Zurverfügungstellung freier WLAN-Zugänge nicht zu mehr Rechtsverstößen kommt. Das ist wichtig zu wissen. Merken Sie sich das bitte!

Umso erfreulicher ist es, dass sich der Bundesrat am 9. November dazu verhalten und dringende Änderungen im Telemediengesetz angemahnt hat. Man darf gespannt sein, wie sich gerade die Bundestagsfraktionen von SPD und CDU zu Themen wie "Abschaffung der Störerhaftung" verhalten werden, denn das Votum der Länder ist das eine, das Verhalten der Großen Koalition in Sachen Störerhaftung eine ganz andere Sache.

In Nordrhein-Westfalen hatte sich der Landtag im Juni dieses Jahres für eine dahin gehende Änderung des Telemediengesetzes ausgesprochen. Sachsen-Anhalt und Thüringen haben sich dem angeschlossen. Das erwähne ich unter anderem deswegen, weil in allen drei Ländern die SPD Antragseinbringerin war. In NRW hat die CDU sich enthalten, in Sachsen-Anhalt war sie Miteinbringerin, in Thüringen hat sie zugestimmt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Also wenn dort die Parteien schon zugestimmt haben, dann erwarte ich auch, dass Sie heute unserem Antrag zustimmen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Böse Zungen, meine Damen und Herren, behaupten, dass in unserem Land alles 50 Jahre später stattfindet. Ich meine, wir können das widerlegen, indem wir in Sachen Freifunk jetzt vorangehen und über diesen Antrag – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin – klarmachen, wir wollen den Freifunk, wir wollen den Zugang zum Freifunk unter anderem auch über Landesimmobilien. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Harry Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ein bedeutsames Ziel der Landesregierung ist es, die Chancen für die Digitalisierung für das Handwerk, den Handel, die Industrie, aber auch für die Bildungsangebote und die Gestaltung des privaten Lebensbereiches zu verbessern und dieses in Zukunft im großen Maße zu nutzen. Hierzu zählt, dass sich die Landesregierung eng mit dem Bund über die Breitbandförderprogramme abgestimmt und sich bei der Umsetzung der Breitbandstrategie beteiligt hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hast du nicht gesagt, es geht ausdrücklich nicht um Breitband?! – Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Bitte?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es sollte nicht ausdrücklich um Breitband gehen.)

Ja, nun lass mich doch erst mal ausholen! Dann kriegen Sie Ihren Teil auch noch.

Das Bundesförderprogramm beziehungsweise die entsprechenden Förderrichtlinien sind im Oktober vom Bundeskabinett beschlossen worden. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung, bis zum Jahr 2018 flächendeckend Anschlüsse bis zu 50 Megabit zu schaffen, wird auch von der Landesregierung als vorrangiges Ziel betrachtet. Die Landesregierung hat sich am Dienstag auch mit diesem Thema Breitband beschäftigt. Die Landesregierung wird bis zu 50 Millionen Euro für die schnelle Internetverbindung im ländlichen Raum zur Verfügung stellen. Damit wird die Förderung des Bundes unterstützt werden. Der Bund stellt bis zu 70 Prozent der Investitionssumme bereit.

Meine Damen und Herren, ehrenamtliches Engagement, wie es zum Beispiel von Freifunkinitiativen erbracht wird, schätzt die Landesregierung. Grundlegendes Prinzip des Freifunkes ist es, dass jeder Teilnehmer seinen WLAN-Router für den Datentransfer der anderen Teilnehmer zur Verfügung stellt. Die durch die Teilnehmer zur Verfügung gestellten WLAN-Einzelgeräte, sogenannte Router, bilden jeweils einen Knotenpunkt des Netzwerkes. Die Weitergabe der Informationen erfolgt dann per Funk von diesem Kontaktpunkt zum nächsten.

Dem Vorschlag, die Landesimmobilien auch für Freifunkinitiativen zugänglich zu machen, kann gleichwohl nicht grundsätzlich zugestimmt werden. Die Teilnahme und die Teilhabe der Gesellschaft am Internet mittels WLAN-Nutzung ist derzeit kein gesetzlicher Standard für den staatlichen Hochbau. Diese wird nur für öffentliche Einrichtungen mit sehr starkem öffentlichem Bezug, wie zum Beispiel für Hochschulen, realisiert. An Hochschulen ist die Teilhabe am Internet in der Regel aus Sicherheitsgründen nur nach vorheriger Registrierung möglich. Ein weiterer Ausbau gemäß des Antrages der Fraktion DIE LINKE sollte aus Sicht des staatlichen Hochbaus nur an Landeseinrichtungen geprüft werden, bei denen ein öffentlicher Bezug gegeben ist, zum Beispiel Finanzämter. Dabei müssen jedoch auch die Sicherheitsbelange geklärt werden, ob dieses beispielsweise nur nach vorheriger Registrierung möglich sein sollte.

Für den Ausbau von WLAN-Netzen oder WLAN-Hotspots zur freien öffentlichen Nutzung oder zu konkretem Gebäude- beziehungsweise Gebäudenutzerbezug bedarf es bei der Zurverfügungstellung von Landesimmobilien stets einer Einzelfallprüfung, ob möglicherweise Sicherheitsbelange in besonderer Weise zu prüfen oder andere Interessen des Nutzers oder des Landes berührt sind. Diese wären gegen die Interessen der Freifunkinitiativen abzuwägen. Die flächendeckende Durchführung einer solchen Prüfung für alle Landesimmobilien ist aufgrund der derzeit noch ungeklärten Entwicklung der bislang nur vereinzelt gegründeten Freifunkinitiativen nicht angemessen. Vielmehr wird sich die Landesregierung auf den schnellstmöglichen Breitbandausbau konzentrieren, um eine angemessene Internetabdeckung zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die im Bundesrat vorgelegten und vorbereiteten Initiativen auch zum WLAN. Dazu bekennt sich Mecklenburg-Vorpommern, denn ein Internetzugang hat nicht nur für die Einwohner, sondern auch für die Gäste unseres Urlaubslandes eine rasant steigende Bedeutung. Viele Gäste prüfen vor der Reservierung die Verfügbarkeit von schnellem WLAN, egal ob sie privat oder geschäftlich unterwegs sind. Auch wird der begueme, nahtlose Internetzugang inzwischen als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Da Gäste mit mehreren Geräten, wie Notebooks oder Smartphones, Spielkonsolen et cetera, im Urlaub unterwegs sind, wird die Frage nach der Verfügbarkeit von WLAN immer wieder gestellt. Es ist unbestritten ein Wettbewerbsfaktor, auch für den Tourismus und vor allen Dingen für die Zukunft.

Aktuell befasst sich der Bundesrat mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Telemediengesetzes. Der Regierungsentwurf soll entsprechende Rechtssicherheit für Betreiber von WLAN-Hotspots schaffen, um die Verbreitung öffentlicher Hotspots zu stärken. Das Potenzial öffentlicher WLAN-Hotspots wird in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten weniger ausgeschöpft. Grund dafür ist die Rechtsunsicherheit der Betreiber öffentlicher Hotspots, die befürchten, als sogenannte Störer auf Unterlassung oder Beseitigung in Anspruch genommen zu werden. Wenn Nutzer ihrer Hotspots diese Internetverbindungen beispielsweise für illegale Downloads von Musikdaten oder anderen urheberrechtlich geschützten Inhalten nutzen, können sie noch immer belangt werden.

Die Landesregierung unterstützt die geplante Gesetzesänderung der Bundesregierung. WLAN-Anbieter sollen

künftig wegen einer rechtswidrigen Handlung eines Nutzers nur auf Beseitigung oder Unterlassung in Anspruch genommen werden können, wenn sie zumutbare Maßnahmen ergriffen haben, um die Rechtsverletzung durch Nutzer zu verhindern.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Saalfeld?

Minister Harry Glawe: Bitte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Minister! Sie hatten vorhin gesagt, dass die Landesregierung die Bundesratspositionierung vom 6. November unterstützt. Kann ich auch davon ausgehen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat dieser Initiative zugestimmt hat oder sie sogar mitträgt?

Minister Harry Glawe: Es gibt ja eine Empfehlung des Wirtschaftsausschusses zu diesem Thema und die Regierung wird sich, wie es immer ist, kurz vorher festlegen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, nein, das war ja schon am 06.11.!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist kurz nachher. Er hat das jetzt vertauscht. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE, Ingulf Donig, SPD, und Heino Schütt, CDU)

Minister Harry Glawe: Ach ja, das habe ich jetzt ... Entschuldigung!

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Herr Saalfeld ist ein bisschen durcheinander heute.)

Jaja.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was wollen Sie denn? Also, Entschuldigung, vielleicht kann ich das noch mal konkretisieren?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Bundesratssitzung fand am 06.11. statt. Das heißt, vermutlich hat sich die Landesregierung schon positioniert, weil sie ja in der Vergangenheit liegt, die Bundesratssitzung. Dort gab es einen Beschluss des Bundesrates, und da wollte ich fragen, wie sich das Land Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Beschluss verhalten hat.

(Vincent Kokert, CDU: Aha! Jetzt kommen wir der Sache näher.)

Minister Harry Glawe: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

da frage ich nach.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Minister Harry Glawe: Er hat ja nach dem Stimmverhalten des Landes gefragt.

Weiterhin unterstützt das Land einen Änderungsantrag, der über die geplante Gesetzesänderung hinausgeht. Dieser beinhaltet, dass Betreiber von drahtlosen Netzwerken nur dann als Störer herangezogen werden können, wenn diese absichtlich mit dem Nutzer ihrer Dienste zusammenarbeiten, um rechtswidrige Handlungen zu begehen. Diese Formulierung hat der Bundesrat auf Vorschlag des Wirtschaftsausschusses in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf vorgenommen. Es gibt also Initiativen mit dem Ziel, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Rechtssicherheit im Bereich der Internethaftung zu verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir verbessern die wirtschaftlichen und touristischen Rahmenbedingungen im Land durch enge Zusammenarbeit mit dem Bund im Rahmen des Breitbandausbaus. Eine Unterstützung des Freifunkausbaus durch die Nutzung landeseigener Immobilien ist in der vorgeschlagenen Form aufgrund der derzeit noch ungeklärten Entwicklung der bislang nur vereinzelt gegründeten Freifunkinitiativen nicht angemessen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das gilt nur für M-V, nicht für Thüringen, nicht für NRW, nicht für Sachsen-Anhalt.)

Wir unterstützen auf Bundesebene im Bundesrat bereits den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Telemediengesetzes mit der Beschränkung der Störerhaftung. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wippermann für die Fraktion der SPD.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Überschrift und auch Ihr Anliegen, welches ich der Begründung entnehmen kann, haben mich zunächst mit großer Freude erfüllt. Auch Ihre Rede hat mich sehr erfreut, Herr Holter, denn Freifunknetze fördern, das wäre eine tolle Sache gewesen. Nur – und das frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE – warum haben Sie das nicht in Ihrem Antrag umgesetzt?

Freifunk verfolgt ein ehrenwertes Anliegen, kombiniert mit technischem Hintergrund. So ein bisschen fühle ich mich, wenn ich mir das Wirken der Community und deren Zielsetzung vor Augen führe, an alte Zeiten erinnert, als ich selbst noch mit Linux ein wenig herumgebastelt habe. Sie schreiben in der Begründung Ihres Antrages, warum diese aus meist altruistischen Gründen handelnden Freifunk-Community-Akteure der Unterstützung des Landes wert sind, denn sie bieten ihre überschüssigen, weil von ihnen nicht selbst genutzten Bandbreiten ihres Internetanschlusses allen an, die im Internet surfen wollen und sich in der Nähe des Netzwerkes befinden. Sie tun das völlig selbstlos und aus purer Freude an der Technik.

Jawohl, Sie haben recht, diese Leute haben unsere Unterstützung verdient. Nur die Umsetzung Ihres Vorha-

bens, Freifunk zu fördern, werte Kolleginnen und Kollegen, ist mangelhaft. So soll der Landtag zunächst feststellen, dass das Internet von zentraler Bedeutung für das Leben der Menschen ist. So steht es im Antrag.

(Beifall Patrick Dahlemann, SPD)

Gut, darüber sind wir heute längst schon hinaus.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war beim Tourismusantrag aber eben anders, ne, Frau Wippermann?!)

Auch wenn Sie zur Begründung dieser These ein Urteil des BGH von Anfang 2013 ins Feld führen, müssen wir hier in diesem Hause nicht mehr feststellen, was ohnehin weitläufig akzeptiert und täglich gelebter Alltag ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die Frage ist immer, wer bringt welche Anträge ein.)

Weiterhin soll der Landtag feststellen, dass öffentliche zentrale, ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Euer Tourismusantrag, der nichts bringt.)

Hören Sie doch mal!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und jetzt gehts mal um einen konkreten Antrag!)

Hören Sie doch einfach mal zu!

... dass öffentliche zentrale WLAN-Netzwerke fester Bestandteil einer digitalen Infrastruktur sind. Ja, lieber Kollege Herr Holter, das sind sie doch gerade nicht. Das haben Sie hinterher selbst in Ihrer Rede betont!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was sind sie nicht? – Udo Pastörs, NPD: Das weiß sie nicht mehr.)

Dass sie zentraler Bestandteil der digitalen Infrastruktur sind, das sind sie nicht, das sind sie nicht in Deutschland!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na eben, weil es die Störerhaftung gibt!)

Und genau das Problem ist es doch hier in Deutschland, dass aufgrund der sogenannten Störerhaftung, Sie haben es selbst gesagt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

nicht wie in anderen Ländern üblich, überall in den Cafés, in den Hotels und auf den Flughäfen Hotspots für den freien öffentlichen Internetzugang verfügbar sind. Dann gehen Sie sogar so weit, dass Sie diese zentralen öffentlichen WLAN-Netzwerke zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen wollen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, aus gutem Grund.)

Damit würden Sie einen rechtlichen Anspruch der Öffentlichkeit gegenüber privaten oder kommerziellen Hotspotanbietern festlegen. Oder hatten Sie etwa die Absicht, ein landesweites kommunales oder gar ein Landes-WLAN installieren zu wollen?

(Vincent Kokert, CDU: Keine schlechte Idee.)

Das hört sich komisch an, ist es auch, und es ist technisch nicht umsetzbar.

Soweit würde ich nicht gehen, öffentliche zentrale WLAN-Netzwerke – schauen Sie bitte in Ihren Antrag, da steht das so drin – zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu erklären. Dieses Angebot sollte weiterhin freiwillig durch kommerzielle oder kommunale Betreiber oder auch private Anbieter zur Verfügung gestellt werden, natürlich je mehr, desto besser.

Was mich nun noch mehr verwundert, ist, dass Sie sich in diesem Zusammenhang von der Überschrift und auch von der Begründung Ihres Antrages entfernen, denn Sie sprechen von zentralem öffentlichem WLAN. Worum es aber eigentlich gehen sollte, war doch Freifunk,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Netze, die Sie laut Antragsüberschrift zu fördern ersuchen. Kennen Sie den Unterschied? Ich meine, Sie haben ihn auch in der Rede betont. Ich möchte mich gern wiederholen: Zentrale WLAN-Netze sind die Hotspots, wie zum Beispiel in Hotels,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Koalition ist ein bisschen durcheinandergekommen bei dem Antrag.)

ein zentraler Anbieter, bei dem sich die User einloggen. Das kann ein privater oder ein kommerzieller sein, in manchen Städten sind es kommunale Anbieter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, und öffentlich damit.)

Freifunk aber, das sind viele Nutzer mit dementsprechend vielen Internetanschlüssen, vielen Routern,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

die mit einer schnellen Software ausgestattet sind, die sich zu einem Peer-to-Peer-Netzwerk zusammengeschlossen haben, um freie Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. Und warum soll die öffentliche Hand da jetzt nicht mitmachen?)

Wenn Sie jetzt meinen, das wäre Rosinenpickerei, nein, das sind zwei völlig unterschiedliche Technologien, die man nicht gleichsetzen sollte. Bei der Störerhaftung, die auch später in Ihrem Antrag aufgerufen wird, verfestigt sich genau dieser Unterschied und führt letztendlich zu unterschiedlichen rechtlichen Problemen.

In Punkt II Ihres Antrages sind wir wieder beim Freifunk und das ist auch gut so, denn darum soll es im Antrag ja gehen. Sie fordern, durch unterschiedliche Maßnahmen den Freifunkaktivisten zu ermöglichen, landeseigene oder kommunale Immobilien für die Installation ihrer Anlagen zu nutzen. Ich gehe davon aus, dass Sie die Richtfunkantennen meinen, weil ich mir nur sehr schwer vorstellen kann, dass Sie davon ausgehen wollen, dass Landesbehörden ihre eigenen internen Netze zur Verfügung stellen, um sich am Freifunk direkt als Peer zu beteiligen. Falls Sie genau dieses Ansinnen hatten, wür-

de ich hier sofort die rote IT-Sicherheitskarte hochheben und Nein sagen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das darfst du nicht.)

Das würde ich also für mich nicht befürworten wollen. Aber auch Richtfunkantennen würden zum Beispiel bauliche Maßnahmen oder Zutritt zu den Gebäuden erfordern, Minister Glawe hat es schon ausgeführt, und selbst für diesen Zweck hätte ich, genauso wie er, Bedenken, ob das von den Freifunkern denn auch so gewollt wäre.

Es beschleicht mich das Gefühl, dass Sie hier den zweiten Schritt vor dem ersten machen wollen. Gibt es überhaupt den Bedarf von Freifunkinitiativen im Land – haben Sie schon was gehört –,

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landes- oder kommunale Gebäude für ihre Zwecke nutzen zu wollen?

(Regine Lück, DIE LINKE: Besser als Stillstand.)

Ich hatte vor Kurzem ein Gespräch, also die Bedarfe sehen relativ mau aus.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, weil die technischen Möglichkeiten nicht da sind. – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann kommen Sie mal nach Greifswald!)

Ist es nicht übertrieben, nur um laut Ihres Antrages – da sind wir wieder beim Antrag – ein Signal zu senden, das "Pro Freifunk" lauten soll, die Landesverwaltung und die kommunalen Zweckverbände so frühzeitig mit Prüfaufträgen zu belasten?

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, bloß weil Sie das nicht kennen, heißt das nicht, dass es das nicht gibt. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben doch noch Redezeit, Frau Karlowski.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Freifunker zunächst auf die Kommunen, Zweckverbände oder Kurverwaltungen zugehen – wie es üblicherweise eigentlich deutschlandweit ist, ich kenne es so – und erst mal gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort ausloten, welche Möglichkeiten sich durch das Angebot der Initiativen ergeben könnten. Dann könnte nämlich bei Bedarf auf kurzem Wege auch der erforderliche Zugang zu den kommunalen Immobilien erfolgen. Diesen Weg halte ich für den vernünftigeren.

Noch ein Wort zur Störerhaftung. Ein für alle verständliches Beispiel für die Auswirkungen dieses leidlichen Gesetzgebildes – Sie haben es selbst schon ausgeführt – möchte ich anführen: Hier in diesem Hause, im Landtag steht ein fix und fertig installiertes WLAN-Netzwerk für die Öffentlichkeit bereit. Es bedarf nur noch eines Knopfdruckes und wir könnten unseren Besucherinnen und Besuchern frei zugängliches Internet anbieten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und warum drückt ihn keiner?)

Aber wie Sie schon gesagt haben, wenn über dieses Netzwerk ein anonymer Nutzer eine Urheberrechtsverletzung beginge, also zum Beispiel über eine Tauschplattform eine Musikdatei herunterladen würde, würde nicht der Nutzer, sondern der Landtag für diese Straftat belangt. Der Landtag wäre der sogenannte Störer.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: In jeder kleinen Stadt in Polen gibts das am Markt.)

Da diese rechtliche Unsicherheit besteht, ruht dieses Netz bis heute. Da solche Phänomene nicht nur bei uns, sondern deutschlandweit auftreten und so das Angebot für freies WLAN im Vergleich zum Rest der Welt eher dürftig ist, sollte eine Änderung des Telemediengesetzes technische Voraussetzungen vorgeben, um den Betrieb öffentlicher WLAN rechtssicher zu machen. – Kleiner Ausflug.

Zurück zu Ihrem Antrag: Sie verlangen, dass sich die Landesregierung für die Abschaffung der Störerhaftung im Bundesrat einsetzt. Sie hatten gesagt, dass am 06.11. die Beratung stattgefunden hat. Ihr Antrag ist vom 04.11. Ich gehe mal davon aus, dass sich das ein wenig überschnitten hat. Da – so wie auch die Netzpolitiker und Netzpolitikerinnen der SPD – die Verantwortlichen der Länder erkannt haben, dass die Novelle des Telemediengesetzes nicht hinreichend dazu geeignet ist, die Förderung öffentlicher WLAN zu gewährleisten, haben sich die Länder und auch M-V im Bundesrat mehrheitlich für die Annahme der Stellungnahme der Fachausschüsse, das heißt, zur Überprüfung der Abschaffung der Störerhaftung ausgesprochen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und das hat der Minister nicht gewusst?!)

Somit wurde dem letzten Punkt Ihres Antrages bereits entsprochen. Ich denke, da hat sich etwas überschnitten.

Alles in allem, selbst bei wohlwollender Betrachtung für Ihre Zielsetzung kann ich nur wiederholen: Die Überschrift ist gut, die Begründung ist super, Ihre Rede war ganz toll, aber der Antrag selbst, der Inhalt des Antrages ist abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Marc Reinhardt, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Wippermann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Wippermann, wenn das Anliegen der LINKEN gut ist, die Begründung gut ist und eigentlich alles gut ist,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Aber die Rede nicht.)

auch die Rede war gut, dann können wir doch irgendwas daraus machen, oder?

(Marc Reinhardt, CDU: Mach mal was draus! – Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Dann können wir das doch in den Ausschuss überweisen oder Sie können vielleicht auch eine eigene Initiative ergreifen.

(Jochen Schulte, SPD: Die Rede war gut, aber in den Ausschuss kann nicht die Rede überwiesen werden, sondern der Antrag. Und wenn der Antrag nicht gut ist, kann er nicht überwiesen werden. – Helmut Holter, DIE LINKE: Das meint Frau Wippermann.)

Ich finde das ganz schade und ich habe irgendwie das Gefühl, dass Sie eigentlich nur einen Grund gesucht haben, es abzulehnen. Und der Grund ist nicht wirklich einschlägig, denn wenn die Begründung gut ist, die Rede gut ist und die Überschrift gut ist, dann kann der Antrag nicht falsch sein.

(Zuruf aus dem Plenum: So ist es.)

weil das passt dann logischerweise nicht zusammen, wenn darauf die Rede, die Begründung und die Überschrift fußen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stärkung des Freifunks und die Abschaffung der Störerhaftung sind zwei ganz wichtige Anliegen. Darum ist es gut, dass uns heute dieser Antrag vorliegt. Ich kann Ihnen auch berichten, dass wir kürzlich, vor vier Wochen, auf dem GRÜNEN-Landesparteitag hier in Mecklenburg-Vorpommern einen ähnlichen Antrag beschlossen haben. Es dürfte Sie daher also nicht überraschen, dass wir diesem Anliegen offen gegenüberstehen und dieses natürlich auch unterstützen werden.

Die Bereitstellung von Immobilien des Landes und der Kommunen für Freifunkinitiativen ist eine gute und einfache Möglichkeit zur Verbreitung offener Netze. Hier zu handeln, dürfte eigentlich recht einfach sein, und das machen auch schon viele. Frau Berger hat zum Beispiel in ihrem Wahlkreisbüro selbst einen entsprechenden Freifunkrouter stehen beziehungsweise nutzt ihren Router, um dort Freifunk anzubieten, ein offenes WLAN. Am Rostocker Doberaner Platz können Sie sich auch einfach in ein offenes WLAN einlinken, weil in der Kreisgeschäftsstelle der GRÜNEN von der örtlichen Freifunkinitiative ein entsprechender Router installiert wurde. Wir sehen, diese Möglichkeit wird auch angenommen, denn sehr viele Flüchtlinge stehen am Doberaner Platz mit ihren Handys ziemlich in der Nähe der Kreisgeschäftsstelle der GRÜ-NEN und nutzen dieses Netz.

Allerdings gibt es eben auch einige rechtliche Bedenken. Sie haben schon die Störerhaftung angesprochen. Das geht momentan nur mit einem Kniff und einer Software, die eine rechtliche Lücke in Schweden ausnutzt und das dar- über routet. Dann ist nicht mehr richtig nachvollziehbar, wer eigentlich wie diesen Internetzugang genutzt hat.

(Susann Wippermann, SPD: Na, dann ist ja alles gut.)

Aber ich glaube, es kann in einem grenzenlosen Europa und in einer grenzenlosen Welt ja wohl nicht sinnvoll sein, dass man sich solcher Kniffe bedient.

(Udo Pastörs, NPD: Grenzenlose Welt!)

Solche Initiativen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben unsere vollste Unterstützung. Ich wüsste auch

nicht, warum das Land nicht Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann an hochfrequentierten Plätzen, wo es sich natürlich anbietet. Natürlich muss man nicht irgendwo in Hintertuttlingen ein WLAN-Netz nutzen oder installieren, wo niemand vorbeikommt. Es geht darum, Orte zu nutzen, und öffentliche Gebäude stehen meistens an zentralen Orten, und diese dann auch für offene Netze zur Verfügung zu stellen.

Ich werde meine Ausführungen allerdings jetzt stärker auf den Aspekt der sogenannten Störerhaftung legen, weil ich denke, dass das der eigentliche Bremsklotz für die Entwicklung von öffentlichen WLAN-Hotspots ist. Zunächst ist leider festzustellen, und da habe ich die absolut gleiche Auffassung wie Herr Holter, dass mich bei diesem Thema so eine Art Déjà-vu ereilt. Im internationalen Vergleich sieht es bei diesem Thema nämlich in Deutschland ähnlich düster aus wie beim Ausbau des schnellen Internets.

In Deutschland sind derzeit etwa eine Million Hotspots verfügbar. Davon sind allerdings lediglich 15.000 wirklich freie und offene WLAN-Zugänge, die ohne Registrierung oder Anmeldung benutzt werden können. Damit stehen nach unseren Berechnungen je 10.000 Einwohner statistisch gesehen etwa 1,87 offene Funknetze zur Verfügung. Herr Holter kam auf 3 – vielleicht haben wir da unterschiedliche Zeitpunkte und unterschiedliche Statistiken genommen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Auf alle Fälle sind es sehr wenig.)

Aber man merkt, zwischen 1,87 und 3 ist das jetzt nicht so weit auseinander. Das ist im internationalen Vergleich allerdings erschreckend wenig. In Südkorea sind es 37, in Großbritannien sind es 28 und in Schweden immerhin noch 10. Zur Erinnerung, bei uns sind es etwa 2 pro 10.000 Einwohner. Damit verschenken wir nach wie vor das enorme Potenzial, das in diesen offenen Zugängen steckt, und das meine ich hier ganz konkret. Gewerbetreibende etwa haben ein Interesse daran, diesen zusätzlichen Service für ihre Kunden bereitzustellen, damit diese überhaupt erst mal das Geschäft betreten oder ins Restaurant hereinkommen. Dass das gerade in einem Tourismusland von großer Bedeutung ist, muss ich sicherlich hier nicht noch einmal zusätzlich betonen.

Offene Netze können aber auch aus sozialen Motiven heraus durch Vereine und Privatpersonen angeboten werden, um den Zugang für Menschen zu ermöglichen, die sich diesen sonst vielleicht nicht an dieser Stelle oder überhaupt leisten könnten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig, da haben wir es. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich hatte gerade das Beispiel mit den Flüchtlingen angebracht.

Und schließlich sind bisher, so zumindest mein Eindruck, die Potenziale des Freifunks als Baustein gegen die Unterversorgung mit schnellem Internet kaum betrachtet worden, denn manchmal haben wir an öffentlichen Schulen sogar Glasfaser liegen, aber das Dorf drum herum ist relativ schlecht erschlossen, weil es nicht in den Verteilerkasten reingeht. Ich weiß es nicht genau, aber ich kenne diese Beispiele. Warum hier nicht mit Freifunk aushelfen?

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, der Ausbau öffentlicher Netze ist absolut sinnvoll, dennoch mangelt es an drahtlosen Netzwerken in Deutschland. Wir müssen uns also fragen, woran diese Unterversorgung liegt. Meine Vorredner, insbesondere Herr Holter, haben das Problem in den Reden schon angesprochen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Seit einem Urteil des Bundesgerichtshofs besteht eine völlig unklare Rechtslage. Die sogenannte Störerhaftung ist der Bremsklotz für die weitere Entwicklung von öffentlichen Funknetzwerken.

De facto bedeutet Störerhaftung, dass, wer einen offenen Zugang anbietet, derzeit in der Gefahr schwebt, haftbar gemacht zu werden für das, was Nutzer über diesen Hotspot machen, das auch, wenn sich der Anbieter nichts zuschulden kommen lassen hat, denn dann greift in Deutschland die bereits erwähnte Störerhaftung. Das ist übrigens international eine ziemliche Ausnahme und absolute Sonderregelung, die gibt es sonst nirgendwo. Es ist genau diese Rechtslage, die dazu führt, dass weniger öffentliche Netzwerke angeboten werden, und das, obwohl die Verbreitung von mobilen Geräten immer weiter zunimmt.

Die Lösung wäre ganz einfach: Wir brauchen eine gesetzliche Klarstellung, wer ein WLAN anbietet, ist ein Provider, genauso wie zum Beispiel die Telekom ein Provider für Telefonanschlüsse ist oder für Internetanschlüsse. Damit erhält er oder sie auch genau die gleichen Haftungsprivilegien, denn Provider wie etwa die Telekom sind laut Telemediengesetz nicht für die über ihre Netze verwendeten Informationen verantwortlich beziehungsweise haftbar. Es wäre ja noch schöner, dass, wenn jemand am Telefon einen anderen beleidigt, die Telekom dafür haftbar gemacht wird. Das kann man sich nicht vorstellen, es ist aber bei den offenen Netzen der Fall. Warum aber ein Gewerbetreibender oder eine Privatperson in der gleichen Situation haftbar gemacht werden soll, das erschließt sich mir nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fünf Jahre nach dem Urteil hat sich nun die Koalition in Berlin auf den Weg gemacht. Ich möchte Ihnen im Original die entsprechende Passage aus dem Koalitionsvertrag vorlesen, weil die so schön ist, die hört sich wirklich gut an.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Ich zitiere: "Die Potenziale von lokalen Funknetzen (WLAN) als Zugang zum Internet im öffentlichen Raum müssen ausgeschöpft werden. Wir wollen, dass in deutschen Städten mobiles Internet über WLAN für jeden verfügbar ist. Wir werden die gesetzlichen Grundlagen für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter schaffen. Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber ist dringend geboten, etwa durch Klarstellung der Haftungsregelungen", Zitatende.

Hört sich hammergut an,

(Patrick Dahlemann, SPD: Hört, hört!)

doch leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht die Realität dann doch anders aus. Der Gesetzentwurf der Großen Koalition ist keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der Situation. Im Gegensatz zur Ankündigung im Koalitionsvertrag wird näm-

lich keine Rechtssicherheit geschaffen, es soll kein analoger Haftungsausschluss wie bei den Providern festgeschrieben werden. Anstatt Rechtssicherheit zu schaffen, schafft der Gesetzentwurf neue Unsicherheiten. Ich gehe im Detail darauf ein. So ist geplant, dass Anbieter zumutbare Maßnahmen ergreifen müssen, um eine Rechtsverletzung durch Nutzer zu verhindern. Aber was bedeutet eigentlich "zumutbar"?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Verschlüsselung.)

Es wird nicht wirklich ausgeführt. Weiter heißt es, dass angemessene Sicherungsmaßnahmen gegen den unberechtigten Zugriff auf das drahtlose Netzwerk ergriffen werden sollen. Aber was bedeutet "angemessen"? Doch eigentlich nur, dass man sich vorher registrieren muss, und das ist wieder etwas völlig anderes als offen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

weil es ja um offene Netzwerke geht.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, solche unklaren Rechtsbegriffe provozieren ja geradezu eine erneute Auslegung durch die Gerichte und nicht durch die Politik. Das finde ich schade, dass die Politik hier nicht ihren Gestaltungsspielraum ausschöpft

(Susann Wippermann, SPD: Machen wir doch.)

und das einfach Gerichten überlassen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier sollten wir also schleunigst vorankommen. Ich danke der Fraktion DIE LINKE für die Vorlage dieses Antrags. Ich habe schon gesagt, wir stimmen zu. – Ich danke Ihnen an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Holter, es ist sehr wohl verständlich, das, was Sie hier vorgetragen hatten, geht ja auch deutlich ein Stück über den Antrag hinaus. Natürlich, in der heutigen medialen Welt, in der wir sind, spielen das Internet und der Zugang für uns eine ganz große Rolle in vielen Lebensbereichen. Es gibt also kaum einen Lebensbereich, der davon ausgenommen ist. Trotzdem und unabhängig davon muss es Regularien über die Nutzung eines solchen Netzes und die Zugänglichkeit dazu geben.

Erstaunlich ist natürlich schon, das ist mir gestern auch aufgefallen, dass seitens der Fraktion DIE LINKE Bundesratsinitiativen aufgegriffen werden, um Paralleldebatten hier im Landtag zu führen. Das ist schon ein bisschen eigenartig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das machen Sie nie, was? Das macht die Koalition nie! Nie! – Zuruf von Andreas Texter, CDU) Aber da will ich noch mal auf den 6. November 2015 eingehen. Das scheint nicht der optimale Tag für Sie gewesen zu sein, denn schon gestern stellten wir fest, dass das auch am Ziel vorbeiging, und hier der 06.11. scheinbar auch, denn am 06.11. in der Beratung dieser Gesetzesinitiative der Bundesregierung zu der Änderung des Telemedizingesetzes ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Telemedien!)

Entschuldigung, ja richtig. Danke, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie mal zum richtigen Gesetz! Da gehts doch schon los.)

Ja, ist genau richtig, Telemediengesetz

(Peter Ritter, DIE LINKE: Irgendwas hier vorlesen und nicht dahinterstehen.)

steht auch hier, ist richtig so.

(Vincent Kokert, CDU: Das tun 90 Prozent eurer Redner auch, Herr Ritter. Da gibts kein Unterscheidungsmerkmal. – Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Dazu empfiehlt der Ausschuss für Innere Angelegenheiten dem Bundesrat, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben, das heißt also, diese Initiative der Bundesregierung weiterzuverfolgen. Wie Minister Glawe schon deutlich gemacht hat, besteht auch gar kein Zweifel daran, dass die Landesregierung diese Initiative im Bundesrat unterstützen will.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, so genau wusste er das gar nicht.)

Die hat es vorher schon nicht gegeben, keine Zweifel daran, und der Minister hat auch keine daran gelassen.

Aber unabhängig davon will ich auch noch mal auf die Situation eingehen, weshalb die freien Netze und die Zugänglichkeit des Freifunks hier in unserem Land, in der Bundesrepublik, etwas eingeschränkt sind. Das ist ja nicht der Umstand, dass keine öffentlichen Immobilien zur Verfügung stehen, wo Antennen, wo Anlagen aufgebaut werden, um diese dann für den Freifunk und die mobilen Netze zu nutzen, sondern es ist genau die Störerhaftung, die da ist, und das ist mit der Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur Beratung in den Bundesrat gekommen, weil das sehr wohl eine rechtliche Frage ist, die es zu klären gilt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat doch Herr Holter gesagt.)

Es sind Urheberrechte zu beachten, es sind viele, viele Dinge zu klären, es gibt ungenehmigte Downloads, die durchgeführt werden, das gilt es zu verhindern. Es ist ein Rechtsschutz für alle, die diesen Freifunk nutzen wollen. Von daher kann man nicht in so einer Oberflächlichkeit sagen, ja gut, wir machen das, wir schalten das mal für alle frei und wie die Haftungsfrage aussieht, das interessiert uns einfach erst mal nicht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Schauen Sie nur mal auf die anderen Länder, die haben das ja auch hingekriegt, Herr Eifler!) Grundsätzlich halte ich nichts davon – ich bin am Anfang darauf eingegangen –, zu Initiativen, die im Bundesrat stattfinden, noch mal eine Paralleldebatte bei uns im Landtag durchzuführen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie aber den letzten Antrag der CDU voll vergessen!)

wo die Zuständigkeit beim Bund ist und nicht allein bei diesem Land,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber der Bundesrat ist die Länderkammer, das wissen Sie ja wohl schon!)

zumal die Landesregierung, Herr Minister Glawe, hier ganz deutlich zum Ausdruck gebracht hat, im Bundesrat die Initiative zu unterstützen. Meine Damen und Herren, aus diesem Grund werden wir, wird unsere Fraktion Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Eifler.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das war aber eine sehr gute inhaltliche Auseinandersetzung, Herr Abgeordneter, aber ehrlich! Und das als Wirtschaftsausschussvorsitzender! Herzlichen Glückwunsch!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Petereit für die Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da die Freifunkinitiativen in der letzten Zeit damit beschäftigt waren, Asylantenunterkünfte mit kostenlosem WLAN zu versorgen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oooh!)

erklärt sich auch, warum die LINKEN das Thema für sich entdeckt haben.

(Heinz Müller, SPD: Na ja!)

Der Antrag thematisiert dennoch richtige Ansätze, was aber auch nicht schwer ist, zitieren Sie doch einleitend die Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes, wonach der Zugang zum Internet für die Lebensführung, Lebenshaltung und die Lebensgestaltung von zentraler Bedeutung sei. Wir begrüßen freie Netze und auch die Abschaffung der Störerhaftung.

(Patrick Dahlemann, SPD: Einheitliches Weltnetz für alle!)

Genau.

Sie zeichnen zwar von den Freifunkinitiativen in dem Antrag einen bedeutenderes und größeres Bild, als es die Wirklichkeit abbilden würde, aber was nicht ist, das kann ja noch werden. Ich meine, auf der Freifunk-MV-Seite gelesen zu haben, dass man aktuell noch keine belastbare Router-Firmware zur Verfügung stellen kann. Aber darauf muss man ja nicht warten, um die notwendigen Rahmenbedingungen vorzulegen. Wenn das Projekt beziehungsweise die vielen kleinen Projekte gelingen würden, ergäbe

sich daraus ein beachtlicher Fortschritt für alle Menschen in Mecklenburg und Vorpommern. Wir werden den Antrag unterstützen und schließen uns damit den Aufforderungen gegenüber der Landesregierung an. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Welch ein Signal könnte von diesem Landtag ausgehen, an Freifunkinitiativen, an junge und alte Menschen, die an jedem Ort, zu jeder Zeit ins Netz wollten.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau.)

aber mit Ihren Redebeiträgen und Ihrem Verhalten, mit Ihrem kleingeistigen Verhalten verhindern Sie dieses Signal. So ist es! Selbstverständlich!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das Erste – ich weiß nicht, Frau Wippermann und Herr Eifler, wie es Ihnen geht –, wenn Sie mit jungen Leuten in Sprechstunden,

(Susann Wippermann, SPD: Ich bin jung.)

sagen wir mal, hier im Landtag oder auch bei Ihnen zu Hause sitzen, die ersten Fragen, die mir gestellt werden, sind: Wie komme ich wann ins Netz? Wie ist es mit der Netzneutralität? Dann kommt die Vorratsdatenspeicherung. Das sind immer die ersten Fragen. Ich vermute mal, das hat gar nichts mit einer Partei zu tun, das sind Fragen, die die jungen Leute insbesondere bewegen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das ist überall so.)

Selbstverständlich!

Das hat übrigens, Herr Petereit, überhaupt nichts damit zu tun, dass die Flüchtlinge inzwischen hier angekommen sind, im Netz surfen wollen und Kontakte zur Heimat aufnehmen wollen. Damit hat unser Antrag gar nichts zu tun. Das ist eine Unterstützung, damit diese Menschen ihre Kontakte herstellen können.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Aber was haben wir denn gehört? Was haben wir denn gehört von Herrn Glawe? Was haben wir von Frau Wippermann gehört?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nur eins: Bedenken. Und wenn Sie so dieses Land regieren wollen, mit Bedenken, dann kommen Sie nicht weiter mit dieser Frage.

(Minister Harry Glawe: Sie haben nicht richtig zugehört, Herr Holter.)

Doch, ich habe sehr aufmerksam zugehört.

Wenn wir uns, wenn wir uns hier alle,

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

wenn wir uns hier alle einig sind, dass die Störerhaftung beseitigt werden muss, dass diese rechtliche Hürde als Zugang zu dem freien Netz abgeschafft wird, können Sie doch nur eins sagen: Dann unterstützen wir den Antrag der LINKEN, weil genau das von uns gefordert wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Susann Wippermann, SPD: Sie sind zu spät, Sie sind zwei Tage zu spät.)

Zweitens. Frau Wippermann, natürlich muss man zwischen öffentlichem WLAN und Freifunk unterscheiden. Dem User, ...

(Susann Wippermann, SPD: Haben Sie aber nicht im Antrag genannt!)

Warten Sie doch mal bitte ab!

... dem User ist es doch vollkommen wurst, ob er ein öffentliches WLAN hat oder eine Freifunkinitiative ihm den Zugang zum Internet anbietet.

(Susann Wippermann, SPD: Nee, nee, nee, nee! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Doch! Wir reden hier über Politik, Frau Wippermann, wir sind hier bei Politik.

Das Signal unseres Antrages heißt doch, dass jede Frau und jeder Mann, auch jedes Kind und jeder Jugendliche zu jeder Zeit ins Netz kommen kann, und zwar öffentlich, in ein offenes Netz kommen kann. Darum geht es doch. Die technischen Details, wie das zu organisieren ist, das ist doch eine ganz andere Frage. Ich sage als Ingenieur immer, wenn die Politik eine Entscheidung trifft, sind dann die Ingenieure dran, um diese Entscheidung technisch umzusetzen.

Der Punkt ist doch - da haben Sie vollkommen recht, das weiß ich auch -, Freifunkinitiativen sammeln freie Kapazitäten, Bandbreiten, um für die Öffentlichkeit ein offenes Netz zur Verfügung zu stellen. Und wenn wir sagen, dass man bei Landesimmobilien entsprechende technische Voraussetzungen schaffen kann, damit Freifunkinitiativen ihre Angebote machen können, ist das eine Variante. Ich würde sogar noch weiter gehen - Sie haben es ja selbst gesagt -: Wenn hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern die technischen Voraussetzungen für öffentliches WLAN da sind und wenn beispielsweise in der Stadt Schwerin, in der Stadt Rostock oder anderswo zu bestimmten Zeiten die Netze nicht ausgenutzt werden, ganz einfach, weil die Leute nicht arbeiten, dann wollen Sie die Rechtskarte ziehen, die Rechtssicherheitskarte. Ich sage Ihnen, es gibt technische Möglichkeiten, um auch zwischen dem Intranet, dem, was geschützt werden muss, und dem offenen Netz zu unterscheiden. Da können Ingenieure, Techniker und entsprechende Tüftler auch Möglichkeiten schaffen. Aber das politische Signal auszusenden, wir wollen diese Möglichkeit, dass dann die Leute loslegen können, das halte ich für wichtig.

Sie sagen, der Freifunkbedarf hier in Mecklenburg-Vorpommern ist gering. Ja, mein Gott! Wenn keine Angebote da sind, wenn nicht die Möglichkeit besteht, diese Freifunkinitiativen praktisch, technisch umzusetzen, dann wird es auch keine Bedarfe geben. Ich behaupte, die Bedarfe sind viel größer, als wir alle zusammen annehmen. Ich weiß zumindest aus eigenem Erleben – und Sie können das genauso berichten –, dass der Bedarf an freiem Zugang zu einem Netz, egal an welchem Ort und zu welcher Zeit, tatsächlich immer gegeben ist. Und es wird, wenn die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, auch viel mehr Initiativen geben, um ein solches offenes Netz tatsächlich zu erreichen.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Ja, und in den anderen Ländern, meine Damen und Herren, gibt es aus Ihren Parteien ganz andere Auffassungen. Einige will ich Ihnen mal kurz hier vortragen, beispielsweise aus den Landtagen Thüringens und Sachsen-Anhalts. Da sagte ein gewisser Herr Dr. Voigt von der CDU, Zitat: "Ich glaube, das Thema "offene WLAN-Netze" und auch gleichzeitig Hotspots für Freifunk ist etwas, was Teil der modernen Welt ist", und "dass wir da auch in einer etwas antiquierten ... Weise unterwegs sind". Genau das hat er Ihnen heute hier ins Stammbuch geschrieben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Ulrich Thomas, auch von der CDU, sagt zu diesem Thema, Zitat: "Wir kennen freies WLAN von Dienst- und Urlaubsreisen und den gleichen Service müssen wir auch hier anbieten." Und Matthias Graner von der SPD sagt in diesem Zusammenhang zum Freifunk, Zitat: "Ein Bürgermeister im Dorf kann mit dem Begriff Freifunk vielleicht nichts anfangen. So ein Landtagsbeschluss öffnet den Engagierten vor Ort die Türen."

Nichts anderes habe ich gesagt, nichts anderes sagt unser Antrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Deswegen geht es um ein Signal, es geht um eine Aufforderung, es geht darum, sich als modernes Land Mecklenburg-Vorpommern zu präsentieren, für die Menschen, die hier leben, für die Menschen, die hier Urlaub machen wollen, für die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen. Stimmen Sie dem Antrag zu, da zeigen Sie Größe und da zeigen Sie auch, dass Sie ein modernes Mecklenburg-Vorpommern schaffen wollen! – Herzlichen Dank

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4647. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit haben die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der NPD zugestimmt, dagegen stimmten die SPD und die CDU, es gab keine Enthaltungen, und der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/4647 ist damit abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Asylbewerberbericht, auf Drucksache 6/4655.

Antrag der Fraktion der NPD Asylbewerberbericht – Drucksache 6/4655 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit dem Zweiten Weltkrieg ist Deutschland noch nie in diesem Ausmaß, was die finanzielle Belastung und die Gefahr durch Überfremdung angeht, vor solch eine Aufgabe gestellt worden wie in den letzten anderthalb Jahren. Wir haben eine Situation, die so unübersichtlich ist, dass aus Berlin keine objektiven harten Fakten mitgeteilt werden können. Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag hat sich daher entschlossen, Ihnen einen Antrag vorzulegen, in dem wir in neun Punkten die Landesregierung auffordern, genau das zu tun, was ja die Landesregierung auch immer verspricht, nämlich die Bevölkerung zeitnah und wahrheitsgemäß darüber zu informieren, was sie zu erwarten hat.

Aber die Begründungen, warum wir detailliert diese Fragen aufgeschrieben haben und turnusgemäß abgefragt werden soll, liegen in der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland mittelfristig durch diesen Zustrom von in erster Linie Wirtschaftsflüchtlingen und die damit einhergehende unübersichtliche Situation aufgrund der unkontrollierten Einreise von Hunderttausenden – neuerdings spricht man ja von zwei Millionen – aus den Krisengebieten des Nahen Ostens überhaupt gar keine Grundlage hat, finanzieller Natur, sozialpolitischer Natur, was die Arbeitsplatzversorgung angeht, was die Krankenversicherung angeht, was das finanziell bedeutet auf der einen Seite und was es an Sicherheitsrisiko auf der anderen Seite bedeutet.

Wer sich nur vor Ort mit den Problemen beschäftigt, dem fällt eine Einschätzung dessen, was die Hintergründe sind, so gut wie überhaupt gar nicht ein, er kann es nicht einschätzen. Ich habe mir daher einmal die Arbeit gemacht und habe mal nachgeschaut, gibt es denn eigentlich schon vor Jahren auf dem Gebiet von außenpolitischer Zielsetzung irgendwo Grundlagen, die uns schon vorher hätten davor warnen können, was jetzt mit Zentraleuropa geschieht. Und ich bin da auf einen ganz interessanten Herrn gestoßen, und zwar auf den Professor Thomas Barnett. Er war viele Jahre lang Professor am Naval War College in Rhode Island und betätigte sich ab 2001 als persönlicher Berater des Pentagons unter Federführung von Donald Rumsfeld.

Ich möchte Ihnen aus dieser Zeit mal eine globale Strategie zitieren, die er zu Papier brachte, die lautet – und bevor ich das tue, will ich noch sagen, was dieser Herr für einen Ruf hat, man bezeichnet ihn in Amerika auch als den "Clausewitz der Globalisierung" –, und ich zitiere hier einmal aus seinen Analysen und Empfehlungen für die Regierung in Amerika. Zitat: Europa kann es sich "nicht mehr leisten, auf Gastarbeiter zurückzugreifen, sondern muss dem Beispiel der USA folgen und seine Schleusen für den ungehinderten Einwanderungsstrom öffnen."

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

"Rechtsgerichtete und einwanderungsfeindliche Politiker müssen zum Schweigen gebracht werden …" Originalzitat von ihm, etwas später geäußert: Kill them – tötet sie.

Es ist vorgesehen, dass die NATO sämtliche Staaten der ehemaligen Sowjetunion umfassen muss.

(Jochen Schulte, SPD: Was soll der Schwachsinn?)

Pentagon, Geheimdienste und Wall Street sollten deshalb regelmäßige Gespräche über diese außenpolitischen amerikanischen Ziele führen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Nachzulesen ist das erstens in den Papieren, die er "The Pentagon's New Map" nannte, und zweitens in den Papieren "Blueprint for Action".

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Auf Deutsch! Auf Deutsch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Einströmen von Massen und das Damit-Hineinschleusen von Terroristen aus dem Nahen Osten ist kein Zufall, denn Dinge in der Dimension, wie Europa sie nun erlebt, mit fast täglichen Schießereien auf den Straßen, mit Hunderten von Toten in der Vergangenheit, das ist kein Zufall, sondern hat sehr wahrscheinlich System.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch hier zitieren, damit das klar ist, damit klar draußen unsere Menschen wissen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das sind nicht Ihre Menschen.)

dass das, was Sie hier verbreiten und was Fachleute zu diesen Sachen und zu diesen Sachverhalten sagen, nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Ich zitiere hier die Polizei, dort wird ausgeführt: "Die Polizei ist in der Regel nicht ausgerüstet zur Terrorbekämpfung. 420 potenzielle ausländische Terroristen müssen allein zurzeit 24 Stunden lang in Deutschland überwacht werden."

(Patrick Dahlemann, SPD: Oh, und dann noch Ihre ganzen Leute dazu! Ich sehe das schon.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Täter von Paris waren eben nicht jene, von denen Sie hier auch den Leuten in Mecklenburg und Vorpommern versprechen, dass sie sich integrieren, dass sie die Sitten und Gebräuche ihrer Gastgeber annehmen, jeden Morgen um 6.00 Uhr aufstehen, zur Arbeit gehen, das 40/45 Jahre lang tun,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Reden Sie doch nicht so einen Unsinn! – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um die Rente dann der Menschen in Deutschland zu finanzieren, sondern diese Menschen waren eben relativ gut integriert, unauffällig, sehr gut gebildet, jedenfalls zwei von den Tätern,

(Jochen Schulte, SPD: Das unterscheidet sie von der NPD)

und man firmierte auch bei der Bekanntgabe der terroristischen Täter zunächst einmal mit dem Attribut, es seien Franzosen gewesen.

Und so ähnlich läuft das ja hier auch ab. Wir haben heute einen Bericht lesen können in der Tagespresse, wo ein BKA-Mitarbeiter ganz deutlich gesagt hat,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ich denke, das ist jetzt Lügenpresse?! Was ist denn nun los?)

er würde angewiesen,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wie man's braucht!)

bei Verdacht und bei objektiven Straftaten von Ausländern diese zu verschleiern. Und das ist eben nicht die Lügenpresse, sondern das ist ein Beamter des Bundeskriminalamtes, dem ich mehr Glauben schenke als der "Schweriner Volkszeitung" und ganz gewiss Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Blockparteien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und wenn man in die Praxis schaut, dann empfehle ich Ihnen mal, etwas anzuschauen,

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

nämlich auf N24, sehr schlecht gemacht, aber dennoch einschlägig:

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD: Auch nicht Lügenpresse.)

Eine Schulklasse wird gezeigt, wo vorgeblich gezeigt wird, wie wunderbar das funktioniert. Da sitzen dann zusammen einer aus dem Kosovo, Syrier,

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Syrer.)

Libanesen, Iraker, Spanier, Letten, einige aus Korea, aus Albanien, aus Serbien und die Lehrerin war Deutsche. Und wenn dann ein deutsches Kind oder zwei oder drei in solch einer Klasse, in solch einer multikulturellen Klasse gezwungen wird, unterrichtet zu werden, dann können Sie doch Ihren Wählerinnen und Wählern nicht erzählen, dass da am Ende eine vernünftige, auch halbwegs vernünftige Bildung zu erwarten ist. Sie lügen und betrügen und wissen ganz genau, dass das, was Sie hier sagen, nicht der Wahrheit entspricht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, wir haben dieses Thema schon mehrfach erörtert. Ich mache Sie an dieser Stelle noch mal darauf aufmerksam, dass Sie hier am Rednerpult stehen, um Ihren Antrag zu begründen.

Udo Pastörs, NPD: Ich bin dabei.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Dazu haben wir bisher nichts gehört. Ich würde Sie bitten ...

Udo Pastörs, NPD: Das habe ich zum Anfang gesagt.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich würde Sie bitten, ...

Udo Pastörs, NPD: Wir werden ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... zur Sache zu sprechen. Und solange ich hier rede, reden Sie bitte nicht.

Udo Pastörs, NPD: Dann schalten Sie doch das Ding aus so lange.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Dafür bekommen Sie jetzt erst mal einen Ordnungsruf, Herr Pastörs.

So, und jetzt bitte ich Sie, zur Sache zu sprechen.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Sache. Es machen sich Fachleute Gedanken, wie in Deutschland mit einer Terrorsituation, ähnlich wie in Frankreich – die ist ja zu erwarten, wir haben die zweithöchste Gefährderzahl in ganz Europa, nach offiziellen Zahlen, nach Ihren Zahlen –,

(Jochen Schulte, SPD: So viele NPD-Mitglieder gibt es ja noch gar nicht.)

wie man dann mit solchen Leuten umgeht. Und dazu hat sich dann der Chef des Mossad zu Wort gemeldet, der, Zitat, empfiehlt, ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das sind ja Ihre besten Freunde.)

Mit Sicherheit nicht unsere Freunde.

(Patrick Dahlemann, SPD: Gute Bekannte.)

... der tatsächlich empfiehlt, Zitat, die EU müsste jeden IS-Verdächtigen einfach ausradieren. Der Bürgermeister von Rotterdam empfahl, 40 bis 50 IS-Terroristen sofort zu töten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ex-Geheimdienstchef von Österreich Dr. Gert Polli lässt uns wissen, es gibt Erkenntnisse, dass bereits Tausende IS-Kämpfer nach Europa eingeschleust wurden, und zwar in den Kontingenten von Flüchtlingen, wo Sie sagen, die kommen alle aus Kriegsgebieten, und jeder weiß, dass das nur die geringste Zahl der sich nach Europa bewegenden Männer, Frauen und Kinder ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen auch wissen – und das ist auch in unserem Fragenkatalog aufgelistet –, was kostet denn Ihre Multikultiparty in den nächsten Jahren. Dazu werde ich dann im zweiten Teil meiner Rede Ausführungen machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kaselitz für die Fraktion der SPD.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Titel von NPD-Anträgen zur Asyl- und Flüchtlingsthematik sind in der Regel von Schlagwörtern wie "Asylflut" oder "Asylmissbrauch" geprägt.

(Udo Pastörs, NPD: Man könnte ja auch sagen "Lawinen".)

Der vorliegende Antrag kann dagegen ganz nüchtern daherkommen mit dem Titel "Asylbewerberbericht". Dennoch wissen wir alle, was dahintersteht,

(Michael Andrejewski, NPD: Wir haben uns den Innenminister Schäuble als Vorbild genommen.)

ist er doch nur ein weiterer Baustein für die Antiasylkampagne der NPD.

(Heinz Müller, SPD: So ist es. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ihre heutigen ausführlichen Ausführungen, die wenig als Begründung Ihres Antrags taugen, sind ein eindeutiges Zeugnis dafür.

Sehen wir uns die sehr knappe uns vorliegende Antragsbegründung an! Dort heißt es, die Öffentlichkeit habe "ein Recht zu erfahren, was genau sich in ihrem Land abspielt".

(Tino Müller, NPD: Richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und genau dem wird bereits vielschichtig Rechnung getragen. Wer lesen kann, ist also klar im Vorteil.

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

Im Folgenden möchte ich den Herren der NPD in gleicher ausführlicher Weise, wie wir es von ihnen und ihren Kleinen Anfragen und auch aus dem vorliegenden Antrag gewöhnt sind, beim Auffinden von Informationsquellen behilflich sein.

(Michael Andrejewski, NPD: Von verlässlichen?)

So veröffentlicht zum Beispiel das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neben aktuellen Meldungen beziehungsweise Pressemitteilungen regelmäßig diverse Publikationen zu der Thematik.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Das Bundesamt veröffentlicht nicht nur quartalsweise,

(Zuruf von David Petereit, NPD)

sondern jeden Monat aktualisierte Daten zur Entwicklung der gestellten Asylanträge, den zugangsstärksten Herkunftsländern der Antragsteller, den vom Bundesamt getroffenen Entscheidungen über die Asylanträge sowie Daten zu Übernahmeersuchen im Dublin-Verfahren.

(Michael Andrejewski, NPD: Da ist der Gesamtpersonalrat aber anderer Meinung gewesen.)

So enthält die Publikation "Aktuelle Zahlen zu Asyl" monatlich aktualisierte Daten.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Neben der monatlichen und jährlichen Entwicklung der Asylanträge und der Entscheidungen des Bundesamtes über Asylanträge sind dort auch die im Rahmen des Dublin-Verfahrens gestellten Übernahmeersuchen enthalten.

Im Einzelnen werden darin dargestellt: Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen sowie der monatlichen Asylantragszahlen im laufenden Jahr, Entwicklung der monatlichen Asylantragszahlen im laufenden Jahr sowie Vorjahreswerte zum Vergleich, Entwicklung der Asylerstantragszahlen im 5-Jahres-Vergleich, Entwicklung der Asylfolgeantragszahlen im 5-Jahres-Vergleich, Asylerstantragszahlen nach Bundesländern im laufenden Jahr, Asylerstantragszahlen nach Altersgruppen und Geschlecht im laufenden Jahr, die zehn zugangsstärkten Herkunftsländer des aktuellen Monats, die zehn zugangsstärkten Herkunftsländer im laufenden Jahr,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Übernahmeersuchen von Deutschland an die Mitgliedsstaaten sowie von den Mitgliedsstaaten an Deutschland im Rahmen des Dublin-Verfahrens, Entscheidungen und Entscheidungsquoten der letzten zehn Jahre einschließlich des laufenden Jahres, Entwicklungen der einzelnen Entscheidungsarten der letzten zehn Jahre in Prozent sowie in absoluten Werten.

Des Weiteren erscheinen jeden Monat aktualisierte Publikationen "Asylgeschäftsstatistik", welche Informationen zu den gestellten Asylanträgen, den Entscheidungen sowie aktuellen Entwicklungen im Asylbereich enthält, unter anderem auch die Anzahl der Asylanträge, differenziert nach Erst- und Folgeanträgen, bezogen auf die einzelnen Bundesländer für das laufende Jahr. Enthalten ist auch die Darstellung der Entscheidung über Asylanträge der Gesamtschutzquote und der Ablehnungen im aktuellen Monat sowie im laufenden Jahr als auch im Vorjahresvergleichszeitraum, und zwar differenziert nach Status Flüchtling, Asylberechtigter, subsidiärer Schutz und Abschiebungsverbot. Eingegangen wird zudem auf die im Berichtszeitraum anhängigen Erst- und Folgeverfahren, Dublin-Verfahren, Widerrufsprüfverfahren und Wiederaufnahmeverfahren sowie Anhörungen im Asylverfahren.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch das Amt für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht regelmäßig jahresbezogene Daten und Zahlen.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber wie werden die erhoben?)

In dem Bericht werden unter anderem aufgeführt die Anzahl von Asylbewerbern in Erstaufnahmeeinrichtungen, dazu die Hauptherkunftsländer, die Anzahl von Ausländern in der Landesgemeinschaftsunterkunft,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die nicht mehr zur Wohnsitznahme in einer Erstaufnahmeeinrichtung verpflichtet sind, die Anzahl von Flüchtlingen, die im Rahmen von humanitären Aufnahmeprogrammen aufgenommen werden, die landesinterne Verteilung und Umverteilung auf die Landkreise und kreisfreien Städte, die Anzahl der organisierten sowie durchgeführten Rückführungen, aufgeschlüsselt nach Rückführungen in europäische Staaten auf Grundlage der Dublin-Verordnung, einschließlich der Herkunftsländer beziehungsweise zur Rücknahme verpflichteter sonstiger Staaten. Auch die Anzahl der Fälle freiwilliger Ausreisen werden dargestellt.

Zusätzlich veröffentlicht das Amt für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern unter anderem Zuwanderungsstatistiken über die Zuzüge von Asylbewerbern in Mecklenburg-Vorpommern, Asylbewerbern in Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern, ehemaligen Asylbewerbern mit Duldung in Mecklenburg-Vorpommern sowie Ausländern in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, an statistischem Material mangelt es nun wirklich nicht. Die in der Antragsbegründung vorgegebene Sorge einer "lückenhaften und fehlgeleiteten Informationsvorlage" ist also völlig unbegründet.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wenn Sie sich, meine Herren, dann auch noch die regelmäßigen Informationen der Ministerinnen und Minister in den Fachausschüssen und im Landtag aufmerksam anhören würden.

(Udo Pastörs, NPD: Das tun wir.)

sind Sie mehr als umfassend informiert.

Selbstverständlich ist es wichtig, dass die Menschen vor Ort über alle Angelegenheiten ihrer Gemeinde und ihres Landkreises konkret informiert sind. Transparenz, Offenheit und Ehrlichkeit bleiben dabei unverzichtbar. Zur Flüchtlingspolitik haben die meisten Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte regional geeignete Möglichkeiten gefunden, die Bürgerinnen und Bürger sachlich zu informieren. Sollte es da irgendwo Lücken im Land geben oder Probleme, wenden sich die Interessierten an ihre Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung.

Wir alle aber wissen, der NPD geht es nicht um Fakten oder sachliche Informationen. Motiviert durch ihr rassistisches Weltbild legt die NPD einen Schwerpunkt auf die Agitation gegen Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge. Sie will Futter für ihre Hetzpolitik. Dafür machen Abgeordnete der NPD vom Instrument der bereits erwähnten Kleinen Anfragen ausgiebig Gebrauch.

(Udo Pastörs, NPD: Unser Recht! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dabei verbrauchen sie die Energie, die NPD-Abgeordnete bei ihrer Teilnahme an oder besser gesagt Anwesenheit bei Ausschusssitzungen vermissen lassen.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Meine Damen und Herren, ungeachtet des Leids, der Lebensgefahr und der Not, die Flüchtlinge erlebt haben, ungeachtet der Probleme, die entstehen, wenn man seine Heimat hinter sich lassen muss, sind von der NPD nur ihre typischen Tiraden zu hören. Sie, meine Herren von der NPD, nutzen dieses Leid, um Ihre rassistische Politik weiter zu betreiben.

(David Petereit, NPD: Na!)

Vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse im Zusammenhang mit Flüchtlingen aus den Krisengebieten

und der damit verbundenen Debatte ist eine politische Instrumentalisierung dieses Themas,

(David Petereit, NPD: Das sagt der Wettstreit der Heulsusen.)

wie sie von Rechtsextremisten durchgeführt wird, menschlich widerwärtig.

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Das Schüren von Ressentiments gegen Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge bleibt nicht ohne Folgen. Wie die Zahl der Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund zeigt,

(Stefan Köster, NPD: Sie sind doch von Ihrer Fremdensucht total besoffen.)

bleibt es nicht nur bei verbalen Attacken aus der rechtsextremistischen Szene. In Zeiten, wo Deutschland Flüchtlingsunterkünfte zum Brennen bringt, fordert die NPD Quartalsberichte.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das zeigt Ihre menschenverachtende Haltung.

(Stefan Köster, NPD: Wir sind inländerfreundlich.)

Dass gerade die NPD nun Auskunft über die Anzahl der bei Unterbringungseinrichtungen eingesetzten Sicherheitskräfte und Polizeibeamten verlangt, ist an Unverfrorenheit nicht zu überbieten.

(Stefan Köster, NPD: Das ist unser gutes Recht.)

Warum fragen Sie, die Herren der NPD, nicht regelmäßig nach der Statistik zu rechtsradikal oder rassistisch motivierten Straftaten in unserem Bundesland?

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Jochen Schulte, SPD: Die kennen sie doch, die machen sie doch selber.)

Nach entsprechender Auswertung und Analyse

(Stefan Köster, NPD: Das macht Barbara Borchardt schon für uns.)

könnten Sie so vielleicht einen Beitrag zur Kriminalitätsprävention leisten. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind gemeingefährlich, schwerstkriminell.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Daher gibt es konsequent nur eine Möglichkeit, gegen die geistigen Brandstifter vorzugehen: Auch in dieser Hinsicht ist ein Verbot der NPD erforderlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Michael Andrejewski, NPD: Weiß das auch Herr Dr. Schäuble?)

Die demokratischen Parteien

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und Fraktionen lehnen den Antrag ab.

Und, Herr Pastörs, Ihre hier vorgetragene Sorge um unser Land nehmen wir Ihnen nicht ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beate Schlupp, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Pastörs von der NPD-Fraktion.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Udo Pastörs. NPD: Frau Präsidentin!

Meine sehr verehrte Frau Kaselitz!

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht Ihre verehrte Frau Kaselitz. – Heinz Müller, SPD: Oh!)

Wenn das, was Sie hier gerade gesagt haben, von irgendwelchen gehirngewaschenen Antifa-Trunkenbolden preisgegeben worden wäre, hätte ich gesagt, bitte schön. Aber weil Sie ganz genau wissen, dass Sie hier etwas vorgetragen haben, was die ganz natürlichen Gefühle der Menschen draußen, die helfen wollen, bedient, und Sie damit bewusst diese Gefühle ausnutzen und hintergehen, das zeigt die ganze perfide,

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD, Patrick Dahlemann, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Ihre ganze perfide Argumentationskette, die Gott sei Dank draußen immer deutlicher insofern erkannt wird,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

als dass Ihr idealtypisches Humangeschwafel sich mit der Realität in Berlin, Frankfurt am Main oder in München nicht mehr in Übereinstimmung bringen lässt. Merken Sie sich das!

(Patrick Dahlemann, SPD: Diese Menschen wollen doch mit Ihnen gar nichts zu tun haben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben wahrscheinlich dann auch übersehen, dass unser Antrag eben nicht lautete, dass wir als NPD-Fraktion informiert werden wollten. Das, was Sie vortrugen, haben wir selbst längst durchgearbeitet und haben darüber hinaus unsere eigenen Quellen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Durchgearbeitet!)

die uns insofern,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der war gut! Bearbeitet alles! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

die uns insofern informieren, als dass wir denen mehr Gehör und Glaubhaftigkeit schenken, als dem, was hier durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wird.

Ich will zurückkommen auf meinen Antrag, weil wir auch mit diesem Antrag natürlich Sie auffordern, der Öffentlichkeit zeitnah die sich ständig verschärfende Situation im Bereich des Terrorismus, des Asylmissbrauchs, des Schmarotzertums durch Wirtschaftsflüchtlinge,

(Thomas Krüger, SPD: Der Brandanschläge von Rechtsextremisten zum Beispiel, meinen Sie wahrscheinlich.)

dass Sie genau diese objektiven Sachverhalte selbst Ihren Wählerinnen und Wählern, den Menschen hier im Lande einmal servieren müssen,

> (Thomas Krüger, SPD: Die Menschen haben Angst vor den Rechtsextremisten, das ist die Hauptangst.)

und Sie uns damit auch etwas die Arbeit erleichtern, denn in diesen Tagen sind wir, muss ich ganz ehrlich sagen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sehr dankbar für jeden, der uns hilft, die Wahrheiten etwas breiter unters Volk zu bringen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ja, Ihre Wahrheit!)

Aber dann kommen wir doch mal zu den Fakten oder zu den geschätzten Kosten, was denn Ihre Multikultiparty den Steuerzahler – nicht Ihnen, Sie treten gar nicht in Konkurrenz mit diesen importierten Schmarotzern aus der ganzen Welt,

(Heinz Müller, SPD: He! Jetzt reichts aber! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie sind in einer Gehaltsklasse ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Sie kennen die Spielregeln hier

(Zuruf aus dem Plenum: Ordnungsruf!)

und Sie wissen, wie man in diesem Haus redet.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Er kennt die Spielregeln eben nicht.)

Sie provozieren die ganze Zeit. Reißen Sie sich jetzt am Riemen!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Reden Sie hier weiter und Sie wissen, welche Worte Sie nicht zu gebrauchen haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ansonsten unterbreche ich Sie noch einmal.

Udo Pastörs, NPD: Sie in Ihrer Gehaltsklasse treten nicht in Konkurrenz bei den zu erwartenden Mieterhöhungen der ganz normal arbeitenden Bevölkerung. Sie interessiert nicht die Situation der sozial Schwachen im Land, sondern Sie bürden gerade den Stadtteilen und den Vierteln noch zusätzlich Soziallasten auf, die eh schon – schon längst! – Ihrer Hilfe bedurft hätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne Ihnen ein paar Zahlen, Städte- und Gemeindetag: für Wohnungen Mecklenburg-Vorpommern 47,4 Millionen Euro, Kita-Betreuung 41,4 Millionen Euro, Unterrichtskosten 800.000 Euro,

(Thomas Krüger, SPD: Was wollen Sie damit beweisen? – Peter Ritter, DIE LINKE: So wenig? 800.000 bloß?)

Schullastenausgleich 7,3 Millionen Euro, Gesundheitsvorsorge 27 Millionen Euro,

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

das alles jedes Jahr, und das Geld ist da. Bis vor anderthalb Jahren, als wir hier unsere Hartz-IV-Anträge vortrugen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie hoch sind denn die Mittel, die Sie jeden Monat von der Landtagsverwaltung bekommen, Herr Pastörs?)

als wir hier mehr Solidarität für Deutsche anmahnten in unseren Anträgen, hieß es immer: Ablehnung!

(Thomas Krüger, SPD: Sie führen eine Neiddebatte. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und selbst wenn Sie untereinander diskutierten,

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

hieß es vonseiten der Finanzministerin, dass wir ja unbedingt keine neuen Schulden aufnehmen wollen. Mittlerweile ist das alles Makulatur. Im Moment fließen die Milliarden und die neuesten Zahlen sagen, bis zu 14 Milliarden jedes Jahr,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch mal den Leuten da draußen, mit wie viel Geld Sie hier jeden Monat subventioniert werden!)

14 Milliarden jedes Jahr für diese verfehlte,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Tino Müller, NPD)

wie ich meine, verbrecherische Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Michael Andrejewski, NPD – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Wir haben es zu tun mit einer gezielten Überfremdung Europas,

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

wir haben es zu tun mit einer gewollten Umvolkung des alten Kontinents, wir haben es zu tun mit einer teuflischen ...

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben doch nur Angst!)

Ja, Sie bekommen es noch mit der Angst zu tun,

(Thomas Krüger, SPD: Warum? Ist das eine Drohung?)

wenn Sie die Früchte Ihrer Politik auch ernten müssten.

(Thomas Krüger, SPD: Drohen Sie mir gerade? Kann das sein?)

Das wünsche ich Ihnen, dass Sie diese Früchte ernten müssen

Wir haben es zu tun mit einer politischen Kaste,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

die unter normalen Umständen sofort aus den Ämtern entfernt gehörte, und ganz spezielle,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

und ganz spezielle federführende Leute von Ihnen und ganz besonders in Berlin inhaftiert gehören

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Martina Tegtmeier, SPD: Ah!)

und nicht auf den Sessel eines Parlamentes in diesem Lande, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Krüger, SPD: Das hatten wir in Deutschland schon mal.)

Und angesichts des brutalen Vorgehens der Terroristen muss ich Ihnen sagen,

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

muss ich Ihnen sagen, Sie ignorieren das Risiko, was Sie auch langfristig Ihren Nachkommen zumuten, wenn Sie diese Politik nicht umgehend korrigieren, umkehren.

(Heinz Müller, SPD: Das sagt ein Nachkomme von Flüchtlingen, der hierher gewandert ist. Das ist doch wohl ein Scherz! – Stefanie Drese, SPD: Aber ein schlechter.)

Wir hatten eben gehört von der Vorrednerin,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

sie hat uns vorgeworfen, wir würden hier mit einer Argumentation arbeiten, die rechtsradikal und fremdenfeindlich sei.

(allgemeine Unruhe – Sylvia Bretschneider, SPD: Das sind Sie doch auch! Doch! – Heinz Müller, SPD: Was wahr ist, ist wahr.)

Ich will Ihnen mal ein paar Zitate

(Patrick Dahlemann, SPD: Dann haben Sie es endlich mal gehört.)

aus Ihrer Bagage zu Gemüte führen.

(Heinz Müller, SPD: Was heißt denn hier "Bagage"?)

"Wir können nicht mehr Ausländer aufnehmen, das gibt Mord und Totschlag",

(Patrick Dahlemann, SPD: Bei Ihren eigenen Leuten?)

Helmut Schmidt 1981.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Helmut Kohl 1972: "Jetzt Ausländerstopp." Stoiber, Zitat: "Ich will kein durchrasstes Deutschland."

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Und dann die "Lawine" von Schäuble, die brauche ich Ihnen von der CDU ja nicht näherzubringen,

(Michael Andrejewski, NPD: Die werden alle verboten, solange sie noch leben.)

die haben Sie ja wahrscheinlich ausreichend genießen können, jedenfalls die CDU-Mitglieder, die noch einen letzten Funken von Anstand und Patriotismus in ihrem Herzen tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit Sie es nicht vergessen, damit Sie es auch noch mal schriftlich kriegen: Gestern Paris, morgen Berlin ..."

> (Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Die Abgeordneten Tino Müller und Udo Pastörs entrollen ein Transparent. – Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Sylvia Bretschneider, SPD: Jetzt ist hier aber Schluss!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 19.18 Uhr

(Der Ältestenrat wird einberufen. – Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 19.36 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Und ich möchte das Ergebnis des Ältestenrates bekannt geben. Ich schließe die Abgeordneten Herrn Pastörs,

Herrn Müller, Herrn Petereit und Herrn Köster für drei Sitzungstage aus,

(Patrick Dahlemann, SPD: He!)

gemäß Paragraf 99, wegen gröblichster Verletzung der Ordnung des Hauses und der Würde des Hauses. Und ich denke, das kriegen die Herren zur Kenntnis.

Ich würde dann mit der Sitzung fortfahren. Den Antrag stimme ich jetzt noch ab. Ich schließe die Aussprache. Wir waren beim Tagesordnungspunkt 24.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4655. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Bei allen Gegenstimmen ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4655 abgelehnt. Es gab keine Zustimmung und keine Enthaltung.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Lehrbeauftragte an den Hochschulen des Landes endlich fair bezahlen, Drucksache 6/4660.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Lehrbeauftragte an den Hochschulen des Landes endlich fair bezahlen – Drucksache 6/4660 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Saalfeld

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lehrbeauftragte gehören zu den am höchsten qualifizierten Fachkräften dieses Landes. Sie haben in der Regel einen akademischen Abschluss, viele promovieren oder sind bereits promoviert, manche sind sogar habilitiert. Pro Jahr leisten sie über 5.000 Semesterwochenstunden Lehre. Eine Semesterwochenstunde meint dabei bekanntlich nicht eine Zeitstunde, sondern eine Semesterwochenstunde meint, ein Semester lang jede Woche eine Stunde Lehre. Insgesamt geben die Lehrbeauftragten dieses Landes an unseren Hochschulen also pro Jahr Lehrveranstaltungen in einem Umfang von 75.000 Stunden. Dazu gehören Seminare, Grundkurse, Übungen, Vorlesungen und, und, und. Unsere Lehrbeauftragten tragen damit erheblich zur wissenschaftlichen Ausbildung der Studierenden an unseren Hochschulen bei. An der Hochschule für Musik und Theater, wie Sie wissen, wird sogar der größte Teil der Lehrveranstaltungen durch Lehrbeauftragte erbracht.

Trotz dieser Bedeutung, die Lehrbeauftragte in unserem Land haben, ist ihre finanzielle und rechtliche Situation gelinde gesagt ein Skandal. Sie werden in unserem Land systematisch benachteiligt. Ich zähle auf:

Erstens zählt das Landeshochschulgesetz die Lehrbeauftragten zwar zum wissenschaftlichen Personal an der Hochschule, ein Lehrauftrag gilt aber nicht als Dienstverhältnis.

Deswegen erwerben Lehrbeauftragte – zweitens – keine Ansprüche aus der Sozialversicherung. Sie haben keinen Rechtsanspruch auf Krankengeld oder Urlaub.

Drittens. Sie können zu Prüfungen verpflichtet werden, ohne dass sie dafür bezahlt werden. Sie erhalten in der Regel keine Erstattung von Lehrmittelkosten.

Und viertens. Sie sind ausdrücklich vom Personalvertretungsgesetz ausgeschlossen. Das heißt, sie haben keine angemessene Interessenvertretung.

Eine zumindest finanzielle Kompensation für diese systematische Benachteiligung erhalten die Lehrbeauftragten nicht, ganz im Gegenteil. Zwar gibt es eine Richtlinie für die Vergütung von Lehraufträgen, doch hier werden nicht etwa Mindestsätze, sondern Maximalbeträge definiert. Ich wiederhole: Nicht Mindestsätze werden in der Richtlinie definiert, sondern Maximalbeträge. Diese Richtlinie schützt also nicht die Lehrbeauftragten vor Unterbezahlung, wie zum Beispiel das Gesetz zum Mindestlohn, sondern – ganz im Gegenteil – sie schützt allein die Hochschulen und damit das Land vor möglicherweise angemessenen Honorarforderungen der Lehrbeauftragten.

Nun könnte man vielleicht einwenden, in dieser Vergütungsrichtlinie sind doch mehrere Honorarstufen vorgesehen. Unsere Kleine Anfrage mit der Drucksachennummer 6/1015 hat aber damals offengelegt, dass die übergroße Mehrheit der Lehrbeauftragten an den Universitäten in die niedrigste Honorarstufe eingruppiert wird. Ein Großteil erhält also Honorare zwischen 0 und 23 Euro pro Stunde. Die Mehrheit der Lehrbeauftragten erhält einen Honorarsatz zwischen 21 und 23 Euro pro Lehrstunde. Deutlich mehr als der Mindestlohn, werden Sie vielleicht jetzt einwenden, doch mit diesem Honorarsatz ist auch die gesamte Vor- und Nachbereitungszeit der Lehrveranstaltung abgegolten. Die Betreuung einer Lehrveranstaltung ist aber mit erheblichem Zeitaufwand verbunden, nicht nur mit der tatsächlichen Präsenzzeit in der Lehrveranstaltung. Wir sind darum der Auffassung, dass für eine Stunde Lehre mindestens je eine Stunde Vor- und Nachbereitung zu vergüten sind. Für jede Lehrstunde fielen demnach insgesamt drei Stunden Arbeit an. Das ist absolut realistisch und bewegt sich sogar im unteren realen Zeitbedarf, denn meist liegt dieser höher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht kommt Ihnen das alles bekannt vor, was ich Ihnen gerade vorgetragen habe. Ja, genau das habe ich bereits im September 2012 hier in diesem Haus vorgetragen.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, daran können wir uns erinnern.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat noch mal vor einem Jahr, im November, nein, es war im Oktober 2014, einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht und heute – sozusagen jährlich grüßt das Murmeltier –, auch heute bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen entsprechenden Antrag ein, der die faire Bezahlung von Lehrbeauftragten an den Hochschulen in unserem Land fordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja nun nicht so, dass nur Zeit ins Land gegangen ist, sondern es hat sich tatsächlich auch etwas gewandelt. Ich möchte noch mal an den September 2012 erinnern, als ich hier zum ersten Mal mit dieser Thematik im Landtag stand. Damals, vielleicht erinnern Sie sich noch, war die Abgeordnete Frau Dr. Seemann die hochschulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der SPD. Frau Seemann hat mir damals entgegnet – ich kann es leider nicht in ihrer

Tonlage, sehen Sie es mir nach, aber denken Sie sich die vielleicht einfach dazu –:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Mit dem vorliegenden Antrag ... wollen Sie mal wieder einen Handlungsbedarf suggerieren, den es nach Meinung der SPD-Fraktion so schlicht nicht gibt." Zitat Frau Dr. Seemann.

Frau Schwesig hat damals den Bildungsminister vertreten und ist auf eine Studie aus dem Jahr 1996 von einem Dr. Gerhard Reinecke eingegangen. Sie sagte, "meines Erachtens" ist diese "noch heute, 15 Jahre später, aktuell". Ich zitiere: "An den rechtswissenschaftlichen Fakultäten sind Lehrbeauftragte überwiegend Richter, Rechtsanwälte, Notare oder auch Verwaltungsbeamte sowie gelegentlich wissenschaftliche Mitarbeiter." Und sie sagte weiter: "Lehrbeauftragte wissenschaftlicher Fakultäten sind oft als Freiberufler wie Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater oder in leitenden Positionen eines Unternehmens tätig. Vergleichbare Aussagen kann man für niedergelassene Ärzte oder Apotheker in medizinischen oder pharmazeutischen Disziplinen treffen." Sie sagte weiter: "Lehrbeauftragte geschichtlicher Fakultäten sind im Hauptberuf Lehrer oder Angestellte sonstiger Forschungs- und Bildungsanstalten."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schon damals war das realitätsfern, aber ich glaube, dass bei vielen auch eine gewisse Entwicklung stattgefunden hat. Beim letzten Mal, als ich hier im Landtag stand, im Oktober 2014, hat auch der Minister eingeräumt, ja, wir müssen etwas tun. Am 13. November 2014 erklärte er hier im Hause - es war doch im November, nicht im Oktober, entschuldigen Sie -, ich zitiere ihn: "Eine andere Frage ist es, ob der Lohn im Moment angemessen ist. Und da habe ich schon mehrfach in der Öffentlichkeit erklärt, dass es für mich eine Selbstverständlichkeit ist, dass man diese Honorarsätze anhebt, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Sie sind seit Jahren eingefroren und die allgemeine Lohnentwicklung geht weiter. Davon kann man die Lehrbeauftragten nicht abkoppeln." Zitatende. So Herr Brodkorb hier in diesem Hause zum Antrag meiner Fraktion auf Drucksache 6/3435 am 13. November 2014.

Ich finde übrigens diese Worte sehr schön, weil das auch eins zu eins auf die Situation der Theater passt, aber das sei mal dahingestellt. Deren Zuschüsse sind ja auch seit Jahren eingefroren und analog könnte man die Theater eigentlich ebenfalls nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abkoppeln.

(Egbert Liskow, CDU: Sie meinen, die Zuschüsse vom Land sind eingefroren.)

Aber hier wird bekannterweise mit zweierlei Maß gemessen. Doch es geht mir jetzt auch nicht um die Theater, sondern um die Lehrbeauftragten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich habe das nun, ein Jahr, nachdem Herr Brodkorb das gesagt hat, zum Anlass genommen, einmal nachzufragen: Wie ist denn nun der Stand? Was ist denn aus dieser Erklärung von Herrn Brodkorb geworden? Hierzu liegt uns jetzt auch die Antwort auf meine Kleine Anfrage vor und darauf möchte ich eingehen. Ich habe gefragt: "Welche Maßnahmen hat die Landesregierung seit 2013

getroffen, um die Vergütung der Lehraufträge zu verbessern?" Da steht als Antwort auf der Drucksache 6/4633, dass die Landesregierung beschlossen habe, "die Vergütungshöchstsätze anzuheben". Hört, hört! Das hört sich sehr gut an. Dann fragte ich weiter: "Welche zusätzlichen Kosten entstünden schätzungsweise in den Jahren 2016 und 2017, wenn die Höhe der Vergütung dem dreifachen Stundensatz TV-L E 13 gemäß Gebührenerlass des Finanzministeriums entsprechen würde?" Zur Erklärung: Das ist der Vorschlag der Kanzler und auch des Hauptpersonalrats beim Bildungsministerium und ich weiß, dass es vom Bildungsministerium eine Kanzlerarbeitsgruppe gab, die genau berechnet hat, und zwar ziemlich auf den Cent genau, was das kosten würde - vielleicht nicht für die Jahre 2016/17, deswegen steht da ja auch, können Sie uns das "schätzungsweise" für die nächsten Jahre sagen. Da kommt als Antwort: "Die Frage kann ... nicht beantwortet werden." Ich finde, das ist eine glatte Lüge, weil die Kanzler das sehr wohl schätzungsweise – so war es abgefragt – ausrechnen können. Das finde ich nicht ehrlich.

Meine nächste Frage an die Landesregierung: "Plant die Landesregierung, den Hochschulen zusätzliche Mittel für eine bessere Vergütung der Lehraufträge zur Verfügung zu stellen und, wenn ja, in welcher Höhe?" Da kommt als Antwort, und das finde ich mal wieder typisch für den Bildungsminister, er sagt: "Ja. Die mit der Erhöhung der Vergütungssätze verbundenen Mehrkosten werden durch die Hochschulen im Rahmen ihrer Budgets, die in den kommenden Haushaltsjahren deutlich aufgestockt werden sollen, aufgefangen." Also eigentlich meint er Nein und nicht Ja.

(Egbert Liskow, CDU: Nein, er sagt Ja. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er sagt Ja, aber der Inhalt sagt Nein, und genau das hatte ich gestern hier auch vorgetragen.

(Bernd Schubert, CDU: Wenn er Ja sagt, meint er Ja.)

Er friert die Theaterzuschüsse ein,

(Egbert Liskow, CDU: Wenn er Ja sagt, meint er auch Ja.)

er friert die Zuschüsse ein, führt die Theater sozusagen fast in die Insolvenz

(Egbert Liskow, CDU: Aber die kriegen doch mehr Geld!)

und sagt, das ist eine Rettung. Er senkt die Zuschüsse an die freien Schulen und sagt, das ist Planungssicherheit. Er schnürt die Studentenwerke ein, hält sie an der kurzen Leine und sagt, das wäre eine Stärkung der Autonomie. Und hier sagt er, ja, ich gebe ihnen mehr Geld – aber eigentlich kommt es aus dem Budget. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde das nicht ehrlich, diese Rhetorik, vor allem ist sie verschleiernd, sie will von Problemen ablenken, und das finde ich eigentlich keinen guten Politikstil.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erhöhung der Budgets in den kommenden Haushaltsjahren, so, wie ich Sie kenne, die sind ja alle schon verfrühstückt beziehungsweise klar festgelegt, für was sie denn kommen.

(Egbert Liskow, CDU: Die haben doch ein Globalbudget.)

Die Erhöhung der Lehraufträge beziehungsweise die bessere Vergütung der Lehraufträge war niemals Bestandteil dieser Erhöhung der Budgets, also wäre es ehrlich gewesen, hier Nein zu sagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie auf die letzte Frage in meiner Kleinen Anfrage hinweisen. Da fragte ich: "Plant die Landesregierung eine Änderung" dieser besagten ""Richtlinie über die Vergabe von Lehraufträgen' und eine Anhebung der darin aufgeführten Vergütungssätze?" Ich habe das noch mal unterschichtet: "Wenn ja, bis wann" plant die Landesregierung das, "und mit welchen inhaltlichen Änderungen?" Und: "Wenn nicht, warum nicht?" Sie kennen ja diese Spiele. Da kommt als Antwort: "Ja, jedoch ist die Meinungsbildung der Landesregierung, auch zu den erfragten Details, noch nicht abgeschlossen."

Also Entschuldigung, ich habe eine klare Frage gestellt – bis wann –, und nicht, dass dann irgendwas nicht abgeschlossen ist. Ich meine, das ist ja sozusagen jetzt absehbar, der zeitliche Horizont ist in Sicht: Im September 2016 endet die Legislatur und da hätte ich schon gern eine klare Aussage gehabt, wird es denn in dieser Legislatur noch etwas oder wird es nichts in dieser Legislatur, aber nicht so einen im Sande verlaufenden Satz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt, auch die Kultur, wie hier Kleine Anfragen beantwortet werden, ist sicherlich nicht die beste, und ich finde das gerade im 25. Jahr von Mecklenburg-Vorpommern schade, wo alle zu Feierstunden zusammenkommen und die Demokratie hochleben lassen. Das ist ja richtig, aber ich finde, da muss man sie auch wertschätzen und respektieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin zunächst am Ende meiner Redezeit. Ich will vom Minister heute wissen, wann er sein Versprechen einlösen will, hier die Vergütungssätze nach oben zu setzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Saalfeld.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb. Bitte.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Saalfeld, es ist ja allseits bekannt, dass wir zu ungefähr 80 Prozent dessen, was Sie ausgeführt haben, unterschiedlicher Meinung sind. Lehraufträge sind ein Dienstverhältnis besonderer Art und insofern nicht mit Tarifbeschäftigten oder verbeamteten Mitarbeitern und Beschäftigten zu vergleichen. Sie führen immer wieder entsprechende Parallelen herbei und begründen das auch, und ich begründe immer wieder, dass es nicht ohne Grund Lehraufträge sind.

Wenn es keine Lehraufträge wären, bräuchte man sie nämlich auch nicht auszubringen, sondern würde das entsprechend anders regulieren. Insofern gibt es zu den meisten Punkten keine Übereinstimmung. Das sieht man zum Beispiel auch schon daran, dass Sie auf der einen Seite sagen, dass die derzeitige Lehrauftragsrichtlinie gar keine Mindestsätze vorschreibt, wobei man natürlich immer bedenken muss, seit dem Mindestlohngesetz gibt es das selbstverständlich auch für Lehraufträge, soweit es sich um eine Beauftragung handelt und nicht darum, dass zum Beispiel ein Promovierender mit Stipendium darum bittet oder von sich aus einen unentgeltlichen Lehrauftrag anbietet, obwohl ihn niemand darum gebeten hat. Das gibt es ja auch. Also diese untere Grenze ist gesetzlich bereits definiert. Da würde ich sagen, die reicht nicht aus für akademisch qualifiziertes Personal.

> (Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da sind wir uns ja einig.)

Aber Sie verweisen ja darauf, dass das Problem ist, dass die bestehenden Höchstsätze unterschritten werden. Und dann sagen Sie: Was hat denn die Landesregierung getan? Also gegen das Unterschreiten der Höchstsätze kann die Landesregierung nichts tun, da können nur die Hochschulen etwas tun, indem sie andere Verträge schließen.

(Heiterkeit und Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir geben ja die Höchstsätze als Rahmen vor, aber wir geben nicht vor, ob diese Höchstsätze ausgeschöpft werden oder nicht, das tun die Hochschulen. Insofern, glaube ich, sind wir da der falsche Adressat.

Dann bedaure ich, wie Sie die Antworten und die Realitäten interpretieren, aber es steht Ihnen ja zu und mir am Ende nicht, das wirklich zu kritisieren. Aber wenn Sie fragen, beabsichtigen Sie, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, und ich antworte mit Ja, dann ist das im Rahmen des Haushaltes 2016/17 völlig korrekt. Ich darf daran erinnern, dass sich die Konsequenzen aus den BAföG-Millionen im Doppelhaushalt 2014/15 noch nicht wiederfinden. Wir haben keinen Nachtragshaushalt gemacht im Jahr 2015 – der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion nickt –,

(Egbert Liskow, CDU: Jawoll!)

sondern es sind den Hochschulen zunächst Teile dieser Mittel über Investitionen, über Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt worden, aber nicht die gesamte Summe. Insofern ist die Antwort, dass wir dieses Geld erst – oder vielmehr das Parlament, nicht wir, sondern Sie als Haushaltsgesetzgeber – ab dem 1. Januar 2016 zur Verfügung stellen werden, einfach sachlich korrekt. Ich würde Sie einladen, mehr möchte ich gar nicht tun, zu erwägen, ob Ihre Beurteilung meiner Antwort an der Stelle fair und korrekt war, weil haushaltsrechtlich gesehen ist es genau so, wie ich es gesagt habe. Ansonsten würden die Hochschulen nämlich schon das Geld haben, das sie noch nicht haben können, weil das Haushaltsgesetz es noch nicht vorsieht.

Ich konzentriere mich deshalb wirklich auf den letzten Punkt, nämlich die Frage – das haben Sie auch so zugespitzt –: Wird es in dieser Legislaturperiode noch eine Änderung der Lehrauftragsrichtlinie geben? Also davon

gehe ich schwer aus, und die wird sich auch so verändern, dass wir höhere Sätze haben. Ich gestatte mir, so zu tun, als hätten Sie mir die Frage gestellt, antizipierend, dass ich antworten werde, dass das noch passieren wird: Ja, warum dauert es denn so lange? Das ist ja komisch. – Also das ist auch nicht das, was ich mir gewünscht habe.

Da kann ich in der Tat sagen, dass sich meine Einschätzung gegenüber der letzten Debatte, die wir hatten, aus folgendem Grunde verändert hat. Dazu möchte ich kurz erläutern, was das Nadelöhr ist, vor dem wir gerade stehen. Es gibt im Übrigen schon einen Entwurf, den wir mit dem Finanzministerium verhandeln. Ich kann ja auch nicht eigenmächtig handeln, sondern es bedarf der Zustimmung verschiedener Stellen: Finanzministerium, Landesrechnungshof. Also ganz eigenmächtig geht das auch als Bildungsminister nicht, da bitte ich Sie um Verständnis. Das Nadelöhr ist Folgendes, ich mache das am Beispiel der Universität Rostock deutlich: Die Universität Rostock hat ein Gesamtbudget von 100 Millionen Euro und hat nur Lehraufträge im Volumen von 300.000 Euro. Da könnten sie im Zweifel auch die Lehrauftragssätze verdoppeln und diese Universität würde das mit diesem Budget gut vertragen können, es wäre möglich.

> (Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das glaube ich nicht.)

Oh ja! Wir werden mal sehen, wie hoch der Jahresüberschuss des Jahres 2015 sein wird und der des Jahres 2016. In den letzten Jahren waren es immer mehrere Millionen Euro.

Also das wäre möglich. Das Nadelöhr sind auch nicht die Fachhochschulen, da sind die Lehrauftragsvolumina etwa 100.000 Euro bei einem Gesamtetat von 12 oder 20 Millionen Euro, das ist kein Problem. Das Nadelöhr ist die Hochschule für Musik und Theater. Da hat sich insofern mein Sachstand deutlich verbessert und verändert, systemisch, weil wir natürlich nur Veränderungen von Lehrauftragsrichtlinienvergütungen im Hinblick auf Mindestsätze - sozusagen akademischer Mindestlohn - nur in dem Umfang machen können, in dem die HMT in der Lage ist, diese zu bedienen, denn, Sie haben völlig recht, im Unterschied zu den anderen Hochschulen sichert die HMT grundständige Lehre über Lehraufträge ab, so wie jede Musik- und Kunsthochschule in Deutschland. Deswegen können wir keine Entscheidungen treffen, die die HMT zur Handlungsunfähigkeit führen.

Worum geht es jetzt? Die Frage, in welchem Umfang die Vergütungssätze steigen können und in welchem Umfang und in welcher Höhe wir Mindestsätze einführen können, hängt von der Frage ab, was sich die HMT auf Basis dessen leisten kann, was wir mit der BAföG-Reform machen können. Da gibt es zwei Aspekte oder den Hauptaspekt: Wir haben alle gemeinsam das Ziel, den Anteil der Lehraufträge an der HMT zu reduzieren und dafür fest beschäftigtes Personal im Umfang nach oben zu fahren. Die Operation, vor der wir stehen, ist, dass wir die zusätzlichen BAföG-Mittel mitsamt der zusätzlichen Stellen, die ins System gehen, so nutzen, dass bisherige Bereiche, die durch Lehraufträge erfüllt wurden, überwechseln in das Stammpersonal. Dieses Stammpersonal wird mit den BAföG-Millionen bezahlt, mit dem Anteil, den die HMT bekommt. Und da sie diese Lehrvolumina auf Kernstellen überführt haben, kommt es zu einer finanziellen Entlastung der Hochschule für Musik und Theater im Bereich der Lehraufträge, und es kommt

nur dann zu dieser Entlastung. Diese Entlastung sowie weitere Mittel, die die HMT aus den BAföG-Millionen bereit hat, kann sie dann als Volumen dafür nutzen, die Lehraufträge in der Vergütung anzuheben.

Jetzt kommt das entscheidende Problem: Wir haben mit der HMT in den Zielvereinbarungen sehr einvernehmlich und sehr konstruktiv einen solchen Umbauplan für die HMT besprochen – der ist sehr weitreichend, da werden sich einige vielleicht noch umgucken –, immer mit dem Ziel, auch die Zahl der Lehraufträge zu reduzieren, um genau diesen Effekt zu erzielen. Wir sind uns einig, allerdings bedarf es der Zustimmung des Kabinetts und des Landtages zu diesen Zielvereinbarungen, um das wirklich exekutieren zu können, und des Haushaltsgesetzgebers auch, was die Stellen angeht im Stellenplan der HMT. Das alles muss zusammenpassen.

Das heißt, wir können – und das ist in der Tat mein Erkenntnisfortschritt der letzten Monate im Rahmen der Zielvereinbarungsverhandlungen –, wir können diese Lehrauftragsrichtlinie nicht in Kraft setzen, bevor nicht das Parlament sowohl den Stellenplan der Hochschule als auch die Zielvereinbarungen abgesegnet hat. Also, wie gesagt, zwischen Hochschule und uns besteht da Einvernehmen, weil dies die Voraussetzung dafür schafft, genau die Spielräume zu erwirtschaften, die wir uns, glaube ich, alle wünschen. Das ist der einzige Grund für die Verzögerung, dieses Nadelöhr im Bereich der HMT, das sozusagen eine personalstrukturelle Herausforderung ist. Das ist der einzige Grund.

Sobald das Parlament den Zielvereinbarungen zugestimmt hat und sie in Kraft getreten sind, wird auch möglichst zeitnah, hoffe ich, die Möglichkeit bestehen, die Lehrauftragsrichtlinie auf den Weg zu bringen. Wir jedenfalls arbeiten parallel weiter an diesem Text, also wir sind jetzt auch damit beschäftigt, daran weiterzuarbeiten.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Brodkorb, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Saalfeld zu?

Minister Mathias Brodkorb: Ich bin am Ende meiner Rede und bin sehr gerne bereit, noch Fragen zu beantworten.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, danke.

Herr Saalfeld, bitte.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Brodkorb! Die von Ihnen dargelegten Gründe sind ja sogar möglicherweise nachvollziehbar,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Frage!)

aber hier die Frage, auf die offensichtlich sehr viele gespannt sind:

(Andreas Butzki, SPD: Wieder keine Frage.)

Warum können Sie mir denn das nicht in meiner Kleinen Anfrage genau so schreiben? Warum schreiben Sie einfach einen Halbsatz, dass die Meinungsbildung der Landesregierung noch nicht abgeschlossen ist? Und jetzt tragen Sie hier vor,

(Beate Schlupp, CDU: Unterteilt, die Frage!)

dass die Meinungsbildung ja offensichtlich abgeschlossen ist.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Saalfeld, bitte keine Kommentierung.

Herr Brodkorb, bitte.

Minister Mathias Brodkorb: Ihre Frage, wenn ich mich recht entsinne, bezog sich darauf zu ermitteln, bis wann die Lehrauftragsrichtlinie in Kraft treten wird, und das kann ich Ihnen heute immer noch nicht sagen. Ich habe eben gesagt, ich hoffe, im Rahmen der Legislaturperiode, und davon gehe ich auch aus, aber wann genau das der Fall sein wird, kann ich Ihnen nicht sagen. Wir hätten in der Tat auch schreiben können, wir hoffen, dass wir es im Rahmen dieser Legislaturperiode noch schaffen. Aber dann, seien Sie mir nicht böse, würde ich vermuten, hätten Sie eine Pressemitteilung veröffentlicht: Flasche leer, Doppelpunkt, Brodkorb traut sich selber nicht, und so weiter und so fort, er kann nicht mal sagen, wann er die Lehrauftragsrichtlinie in Kraft setzen will. – Insofern ist die Aussage, die dort steht, nicht falsch.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Eine weitere Nachfrage? Herr Brodkorb,

(Andreas Butzki, SPD: Er hat dann noch Redezeit.)

lassen Sie noch eine weitere Nachfrage zu?

Minister Mathias Brodkorb: Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, das wollte ich bloß wissen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Brodkorb! Ist denn die Meinungsbildung der Landesregierung jetzt abgeschlossen?

Minister Mathias Brodkorb: Nein.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielleicht können Sie diese Problematik noch aufreißen?

Minister Mathias Brodkorb: Ja, es ist mir ein großes Vergnügen, noch mal zu wiederholen, was ich gesagt habe. Die Meinungsbildung der Landesregierung kann abgeschlossen werden, sobald das Landesparlament den Zielvereinbarungen zugestimmt hat und auch dem Haushaltsgesetz, weil dann die verbindlichen Grundlagen geschaffen worden sind, um eine abschließende Entscheidung herbeizuführen.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Noch eine weitere?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr gerne.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Minister! Es soll auch meine letzte Frage sein: Sind die Zielverein-

barungen denn im Kabinett schon verabschiedet worden?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Abgeordneter Saalfeld, nein, das ist nicht der Fall.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Wir haben gerade die Ressortbefassung, beabsichtigen aber natürlich, sie dem Parlament vor Ablauf des Jahres noch zuzuleiten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der CDU-Fraktion.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Erst mal möchte ich mich bei Minister Brodkorb bedanken, weil er sehr ausführlich und umfassend geantwortet und damit, glaube ich, auch fast alle Fragen, die Herr Saalfeld aufgeworfen hat, hier beantwortet hat.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Es ist richtig, Herr Saalfeld, dass die Lehrbeauftragten nicht ausreichend bezahlt werden. Das hatten wir schon öfter festgestellt. Sie haben ja gesagt, dass wir vor einem Jahr schon darüber gesprochen haben. Da hatten wir uns schon mal dazu verständigt, dass wir mehr Geld brauchen, oder ich habe es damals schon gesagt. Seitdem sind die BAföG-Millionen hier angekommen. Wir haben sie in die Haushaltsplanung für 2016/2017 übernommen. Damit kriegen die Universitäten und Hochschulen mehr Geld und damit auch die Möglichkeit, den Lehrbeauftragten mehr Geld zu geben. Die Zielvereinbarungen sind so gut wie fertig, und ich glaube, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen worden sind, wie es der Minister gesagt hat, werden wir auch diese Richtlinie hier im Parlament - oder nachher im Kabinett erst mal - beschließen, sodass die Lehrbeauftragten entsprechend vergütet werden können.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass meine Kollegen genauso schnell sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Martina Tegtmeier, SPD: Ja.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in unserem Land sind leider immer noch prekär beschäftigt. Herr Saalfeld hat heute auch das zu Gehör gebracht.

Die "Frankfurter Allgemeine" berichtete bereits 2014 von Hungerlöhnen im Bereich Lehraufträge als Normalfall an unseren Hochschulen in Deutschland. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Lehrbeauftragten sind hoch qualifiziert und haben großen Anteil an der Lehre, werden aber sehr schlecht bezahlt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Kleine Anfrage vom 20. Oktober 2015 – das heißt vor einem Monat –, die mir genauere Zahlen liefern sollte, konnte erstaunlicherweise bis heute nicht beantwortet werden.

(Egbert Liskow, CDU: Aber das hat er doch beantwortet!)

Ich werde mit zwei Fristverlängerungen hingehalten.

Aber ich erinnere mich ganz genau an meine Kleine Anfrage vom letzten Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo das Wort sich wiederholt: Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen. Das erinnert mich wirklich an meine Kleine Anfrage, und da steht – ich erinnere mich, also der Text ist jetzt nicht vor mir –, da steht: Die Landesregierung bemüht sich seit geraumen Zeiten um eine Lösung. Und diese geraumen Zeiten, die sind leider noch nicht abgeschlossen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meinungsbildung dauert manchmal ein bisschen länger.)

Wir werden mal schauen, wie lange es dauert.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit mindestens 2012 gelingt es der Landesregierung nicht, sich über die Rahmenbedingungen für Lehraufträge in unserem Land eine Meinung zu bilden. Der Minister hält es für selbstverständlich, die Lehrbeauftragten nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abzukoppeln, und dies hat er mehrfach öffentlich erklärt. Deshalb haben wir an den Hochschulen Ausbeutung im Sinne des Wortes und das darf nicht geduldet werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Untätigkeit der Landesregierung ist den Lehrbeauftragten wirklich nicht länger zuzumuten.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE)

Während ein angestellter Professor mehr als 133 Euro pro Stunde verdient, erhält ein Lehrbeauftragter weniger als ein Drittel, obwohl er oder sie genauso qualifiziert ist.

Sehr verehrte Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag kann meine Fraktion aus folgendem Grunde nicht zustimmen: In Ziffer 1 des vorliegenden Antrags wird erklärt, dass der Bildungsminister am 13. November 2014 ein Versprechen abgegeben hätte. Meiner Erinnerung, meiner Meinung nach hat er kein Versprechen abgegeben, sondern das war eine persönliche Position und er hat das erläutert. Ich möchte ihn aber nicht in Schutz nehmen.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

In Ziffer 2 des Antrags wird lediglich gefordert, dass auch Vor- und Nachbereitungszeiten vergütet werden. Meine Fraktion fordert, dass alle Tätigkeiten der Lehrbeauftragten in die Vergütung einbezogen werden müssen. Dazu gehört zum Beispiel die Betreuung der Studierenden, die Teilnahme an Sitzungen und an Konferenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion ist dafür, dass den Lehrbeauftragten die Reisekosten erstattet werden müssen, aber nicht nur bei der Mitwirkung an Prüfungen, wie das in Ziffer 3 des Antrags gefordert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich vermisse im Antrag die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Lehrbeauftragten. Die Lehrbeauftragten müssen das Recht haben, sich für die Arbeitnehmervertretung zur Wahl zu stellen. Das heißt, ein Lehrbeauftragter muss sowohl ein aktives als auch passives Wahlrecht haben, das ist, denke ich, wichtig im Sinne der Demokratie in Hochschulgremien.

Auch ist die in Ziffer 5 erwähnte Frist, 1. Januar 2016, zur Schaffung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu kurz bemessen.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Antrag muss aus den oben genannten Gründen überarbeitet werden.

(Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Deshalb beantragt meine Fraktion die Überweisung des Antrags in den Bildungsausschuss, denn der Antrag enthält gute Punkte, über die man im Ausschuss reden muss.

(Egbert Liskow, CDU: Hat sich alles erledigt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und SPD, lassen Sie uns einmal im Bildungsausschuss über diesen Antrag reden, diskutieren! So können Sie auch vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern helfen.

(Egbert Liskow, CDU: Sie haben nicht zugehört, lieber Kollege! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Wippermann.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Bündnisgrünen, ich kann verstehen, dass Sie ungeduldig sind, ich bin es auch. Und im Gegensatz zum Kollegen Herrn Al-Sabty bin ich auch der Meinung, dass der Minister Brodkorb hier ein Versprechen abgegeben hat. Er wird dieses Versprechen halten, da bin ich mir ganz sicher.

(Heiterkeit und Beifall bei Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Versprochen!)

Glauben Sie mir, wir müssen unseren Bildungsminister hier nicht zum Jagen tragen. Seit Monaten berichtet er mir und meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen über die Fortschritte bei der Überarbeitung der Richtlinie.

(Torsten Renz, CDU: Bei der CDU auch, ja.)

Zugegebenerweise haben natürlich meine Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition Ihnen gegenüber damit einen entscheidenden Vorteil: Wir haben einen direkten Draht zum Ministerium, sodass wir immer schnell über den aktuellen Sachstand informiert werden. Obwohl Ihnen der Minister jetzt schon mehrmals angeboten

hat, die neue Kommunikationsstrategie Telefon zu benutzen.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

rate ich, bei Fragen oder Problemen einfach mal zum Telefonhörer zu greifen ... Und wenn die Beantwortung Ihrer Anfragen nicht ganz schlüssig ist, würde ich Ihnen dann doch empfehlen, das eine oder andere Mal einfach zu telefonieren,

(Egbert Liskow, CDU: Er kann nur rufen. – Andreas Butzki, SPD: Genau.)

aber Sie kuscheln sich ja weiterhin lieber in Ihre Opferrolle und stellen Anträge.

Ja, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Bündnisgrünen, Sie nehmen Ihre Aufgabe als Opposition natürlich sehr ernst. Sie üben lieber Kritik und der Antrag dient, wie so oft, nur als Vorwand, quasi als erster Aufschlag, für eine entrüstet klingende Pressemitteilung, die wahrscheinlich schon im Vorfeld geschrieben

(Andreas Butzki, SPD: Die ist schon längst abgedrückt. Musst mal auf die Website gehen!)

und womöglich in diesem Moment längst abgeschickt wurde.

(Egbert Liskow, CDU: Die ist schon weg.)

Der Minister hat mit mir jetzt auch im Hause die Gründe benannt, warum wir die Vergütungssätze der Lehrbeauftragten per Richtlinie noch nicht weiter anheben konnten. Das waren und sind sachlich gerechtfertigte Gründe. Wenn ich mir nun die Gründe vor Augen führe, die alle im Ergebnis zu einer größtmöglichen Verbesserung der Situation unserer Lehrbeauftragten führen sollen, kann ich für mich und meine Fraktion nur sagen, wir sind auf einem guten Weg. Es wurde alles gesagt, und wir lehnen selbstverständlich Ihren Antrag damit ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

(Stefanie Drese, SPD: Na, da bleibt ja kein anderer übrig. – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Der letzte Mohikaner.)

Michael Andrejewski, NPD: Ja, derjenige, der jetzt redet, die nächsten zwei Sitzungen, glaube ich.

(allgemeine Heiterkeit)

Ja. Ich brauche mich gar nicht mehr namentlich anzukündigen. Es ist klar, wer die nächsten zwei Sitzungen redet, also.

> (Jochen Schulte, SPD: Herr Andrejewski, sind Sie da ganz sicher? – Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte dieser ganzen Problematik einen Gesichtspunkt hinzufü-

gen, der bisher noch nicht besprochen worden ist, und zwar: Warum geht das eigentlich so lange gut – in Anführungsstrichen –? Das heißt: Wie schaffen die Leute es überhaupt, sich über Wasser zu halten? Warum gibt es immer wieder hoch qualifizierte Akademiker, die solche Ausbeuterjobs annehmen und auch lange durchführen? Die Antwort ist, weil die sich mit Zweitjobs über Wasser halten. Als Student war ich in Hamburg bei einem Wachdienst beschäftigt

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD: Das ist ja auch ein Treppenwitz!)

und habe dort mehrere Leute getroffen, die als Lehrbeauftragte tätig waren bei der Uni Hamburg oder auch bei einem Konservatorium

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

und die sich den Hauptteil ihres Geldes am Wochenende beim Wachdienst verdienten. Die Woche über hatten die keine Zeit, weil die zwar unterbezahlt waren, aber nicht unterbeschäftigt. Die wurden eingespannt bis zum Gehtnichtmehr, besonders ein Musiker, der da am Konservatorium beschäftigt war. Die haben am Wochenende zusätzlich gearbeitet, haben sich da ihr Geld verdient, und das war viel mehr, als sie bei den Hochschulen bekamen. Deswegen geht das so lange gut und wahrscheinlich ist das heute auch noch so.

Man muss da auch ein paar Gesichtspunkte auseinanderhalten: einerseits die Frage, dass Leute, die karriereriskante Fächer studieren - Orchideenfächer, wie man sie nennt, Altamerikanistik oder sonst was -, natürlich keinen Anspruch auf eine entsprechende Karriere haben. Wer Altamerikanistik studiert und alles über Tolteken, Olmeken und Zapoteken weiß, der muss damit rechnen, dass es da wenige Jobs gibt und dass er dann sein Leben, wenn er Pech hat, als Taxifahrer beschließen muss oder meinetwegen beim Wachdienst. Das ist die eine Sache, aber die andere Sache ist, wenn der Betreffende angestellt wird, und dann auch noch beim Staat, hat er nicht ausgebeutet zu werden, sondern hat anständig bezahlt zu werden. Und das ist auch kein Thema, über das man sich lustig machen sollte. Wenn der Staat selber als Ausbeuter auftritt, wie kann er dann in der Wirtschaft dafür sorgen, dass es da keine Ausbeutung gibt? - Vielen Dank.

> (Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wo ist der Applaus?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal, lieber Hikmat Al-Sabty, es ist natürlich schon ein bisschen peinlich,

(Egbert Liskow, CDU: Sagen Sie mal was zu der Presseerklärung!)

wenn du oder wenn Sie das Versprechen, das der Minister in der letzten Beratung zu diesem Thema abgegeben

hat, nicht als Versprechen erkennst, aber offensichtlich sogar die SPD-Fraktion das als solches wahrgenommen hat. Da scheint mir jetzt die Fraktion der LINKEN offensichtlich mehr Verständnis für den Minister aufzubringen als die eigene SPD-Fraktion.

(Heinz Müller, SPD: Klar!)

Scheinbar wird da an anderen Zielen gewerkelt,

(Egbert Liskow, CDU: Was?!)

aber dann ist das so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann auch die Kritik der LINKEN nicht verstehen, dass die Forderungen der GRÜNEN nicht weit genug gehen. Also ich meine, wir müssen ja nun nicht päpstlicher als der Papst sein. Heute hat die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, die GEW Mecklenburg-Vorpommern, eine ganz erhellende Pressemitteilung aufgelegt und veröffentlicht. Ich möchte nur mal ein paar Sätze daraus zitieren, insbesondere für die Fraktion DIE LINKE. Vielleicht können Sie sich ja doch erwärmen, wenn die GEW den Segen gegeben hat. Hier steht, ich zitiere: "Die Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach angemessener Bezahlung und bedarfsgerechten Stellenplänen entsprechen den Forderungen der GEW. Denn die GEW fordert nicht zuletzt mit dem Positionspapier zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten Dauerstellen für Daueraufgaben."

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die GEW führt in ihrer Pressemitteilung weiter aus, ich zitiere: "Hier darf nicht länger weggeschaut werden. Die prekäre Situation der Lehrbeauftragten darf nicht länger verharmlost oder gar negiert werden. Hier muss jetzt gehandelt werden. Mit dem Antrag der Grünen besteht die Möglichkeit, faire Beschäftigungsbedingungen für alle Lehrbeauftragten an allen Hochschulen des Landes MV durchzusetzen." Zitatende.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Also offensichtlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat DIE LINKE ein Problem mit der GEW, denn Sie mäkeln an unserer Position rum, die offensichtlich von der Gewerkschaft durchaus getragen werden kann. Ich nehme Ihnen das einfach nicht ab. Ich glaube, Ihre Mäkelei ist anders motiviert: Sie wollen nicht zustimmen, weil Sie offensichtlich den Wahlkampf schon ein bisschen früher eröffnen wollen

(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oooh! – Stefanie Drese, SPD: Ich glaube es nicht! – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

oder als Erste den Wahlkampf eröffnen wollen. Aber ich finde es schade, dass darunter ganz wichtige Positionen leiden und dass darunter auch Lehrbeauftragte leiden. Ich fände es ein schönes Signal – ich glaube, Herr Holter hat es zuvor im Tagesordnungspunkt zum Freifunk so schön auf den Punkt gebracht –:

(Torsten Renz, CDU: Sie sind schon online.)

Man könnte hier aus dem Landtag ein Zeichen geben, dass die Lehrbeauftragten im Land eine schöne,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist ja schon drauf! Was kommt denn hier für eine Rede?!)

eine angemessene Erhöhung der Vergütungssätze erhalten. Das Zeichen, auf das Zeichen kommt es an. Das waren auch die Worte von Herrn Holter.

(Egbert Liskow, CDU: Dann macht doch das Zeichen!)

Aber das Zeichen wird offensichtlich von der Fraktion DIE LINKE lieber dem Wahlkampf geopfert. Ich finde es wirklich schade, ich finde das wirklich schade.

(Andreas Butzki, SPD: Nur von Herrn Saalfeld erkannt. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte allerdings, weil jetzt die Fraktion DIE LINKE hier nicht im Mittelpunkt der Problematik steht,

(Egbert Liskow, CDU: Ach so?)

noch mal auf den Minister zu sprechen kommen.

Also, Herr Minister, Respekt, so eine elegante Ausrede habe ich schon lange nicht mehr gehört. Da sei die HMT – also die Hochschule für Musik und Theater – daran schuld, dass alle anderen Lehrbeauftragten im Land nicht mehr Geld bekommen.

(Egbert Liskow, CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie machen Sie eigentlich Politik?

(Andreas Butzki, SPD: Wie man so die Tatsachen verdrehen kann, das ist schon spitze. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie machen Sie Politik?!

(Andreas Butzki, SPD: Ja, vor allem Sie!)

Sie müssen sich doch erst mal darüber verständigen, was wollen wir den Lehrbeauftragten im Land überhaupt bezahlen, dann müssen Sie sich darüber verständigen, welche Aufgaben wollen wir eigentlich alle bezahlen, und danach richte ich die Finanzausstattung aus.

(Andreas Butzki, SPD: Die einen machen Politik und die anderen machen Krach.)

Ich gehe nicht den Weg wie Herr Brodkorb und sage, na ja, wie viel Geld sind wir denn prinzipiell bereit, bei der HMT zu investieren,

(Egbert Liskow, CDU: Das stimmt doch gar nicht.)

damit sozusagen die Forderungen, die bei der HMT entstehen, eins zu eins bei den anderen Hochschulen umgesetzt werden können,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Torsten Renz, CDU)

allerdings dann auf Kosten der anderen Hochschulen. Also, ich finde, das ist keine Herangehensweise, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Susann Wippermann, SPD: Haben Sie überhaupt zugehört? Sie haben ja gar nicht zugehört!)

das ist höchstens eine Ausrede.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Darstellung des Ministers, es handle sich hier nur um ein Problem bei der HMT oder insbesondere bei der HMT,

(Egbert Liskow, CDU: Also haben Sie nicht zugehört.)

dass nämlich Daueraufgaben nicht mit Dauerstellen erledigt werden – nein, auch dazu können wir noch mal in die Pressemitteilung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft vom heutigen Tage reinschauen. Da sagt sie, und ich zitiere auch hier: "Die GEW MV begrüßt den Antrag der Landtags-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich und möchte dessen Dringlichkeit unterstreichen." Ich zitiere weiter: "Seit geraumer Zeit greifen die unterfinanzierten Hochschulen des Landes auf Billig-Lehrkräfte zurück und lassen so Daueraufgaben in der grundständigen Lehre durch sogenannte Lehrbeauftragte abdecken. Allein im Zeitraum von 2011 bis 2013 ist ihre Anzahl an den Hochschulen in MV um 50 % gestiegen", Zitatende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, also mitnichten muss das Problem nur an der HMT gelöst werden, dann löst es sich automatisch bei den anderen Hochschulen auch,

(Egbert Liskow, CDU: Waschen Sie sich doch mal die Ohren!)

sondern es ist ein hochschulweites Problem

(Susann Wippermann, SPD: Ihre Pressemitteilung ist doch schon längst da!)

und es handelt sich hier nur um eine Ausrede des Ministers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch den Verweis auf die Überschüsse der Universität Rostock finde ich ein bisschen unfair.

(Andreas Butzki, SPD: Wie viel Redezeit hat er denn noch? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Natürlich kann man sagen, die Uni könnte doch selbst die Erhöhung der Vergütungssätze erwirtschaften. Natürlich könnte sie das – zur Not durch Entlassungen oder durch Herunterdrehen der Heizung, das ist immer möglich. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das in einer Situation zu sagen, in der das Land schon das x-te Jahr in Folge enorme Überschüsse erwirtschaftet hat, das finde ich ein bisschen unfair.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Herr Brodkorb sagt, ach, die lächerlichen 300.000 Euro, die könnte die Universität Rostock selbst erwirtschaften, dann gilt doch alle Male auch, ja, dann kann es das Land aber erst recht für die Universität Rostock übernehmen, wenn man zum wiederholten Male Überschüsse im

dreistelligen Millionenbereich erwirtschaftet. Also ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, das passt alles nicht zusammen!

Um jetzt noch mal auf die BAföG-Million zu sprechen zu kommen – Herr Liskow hat es angesprochen, Herr Brodkorb hat es angesprochen –: Wie häufig wollen Sie die BAföG-Million eigentlich noch verrechnen, verkaufen und verausgaben?

(Egbert Liskow, CDU: Das müssen wir Ihnen noch mal erklären, weil Sie es ja nicht verstehen!)

Wissen Sie, Geld kann man nur einmal ausgeben. Und wir haben ja,

(Andreas Butzki, SPD: Das haben Sie noch nicht begriffen! – Heinz Müller, SPD: Gut, dass Sie das erkannt haben! – Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

wir haben die Tabellen des Ministers im Bildungs- und im Finanzausschuss gesehen. Da war klar aufgeteilt, wofür das Geld rausgehen soll. Das möchte ich jetzt hier nicht alles repetieren, aber Ihnen ist doch bekannt, dass das nicht die Erhöhung der Vergütungssätze für Lehrbeauftragte war.

(Egbert Liskow, CDU: Aber für die Pauschale.)

So, und jetzt machen Sie es noch mal, Sie verkaufen die BAföG-Millionen noch einmal. Ich meine, das passt auch in Ihren Regierungsstil, denn das 50-Millionen-Euro-Bildungspaket haben Sie ja ebenfalls dreimal verkauft, obwohl es nur einmal da war.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Frage habe ich vergessen. Es tut mir ein bisschen leid,

(Egbert Liskow, CDU: Sie brauchen ja gar nicht zu fragen, wenn Sie nicht zuhören!)

vielleicht bemüßigt sich der Minister, sie doch noch zu beantworten. Er hat ja immer die Möglichkeit, ans Pult zu treten – außer, wenn natürlich gerade einer spricht.

(Stefanie Drese, SPD: Oooh!)

Aber es wäre ja zumindest möglich, wenn er sich nach meinem Redebeitrag noch mal dazu einlassen möchte.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die Frage ist: Wird sich denn die Landesregierung am Vorschlag der Kanzlerarbeitsgruppe und am Vorschlag des Hauptpersonalrates im Bildungsministerium orientieren, die Vergütungssätze am TVL E 13 zu orientieren, also am Stundensatz, den wissenschaftliche Mitarbeiter bekommen, beziehungsweise – der Vorschlag der Kanzler und des Hauptpersonalrats geht ja weiter, sie sagen, für jede Lehrveranstaltungsstunde gemäß TVL E 13, aber bitte mal drei, weil da schließen sich die Kanzler wie auch der Hauptpersonalrat der von uns vorgetragenen Position an – dass jede Lehrveranstaltungsstunde auch mit einer Vorbereitungsstunde und einer Nachbereitungsstunde zusammen vergütet werden soll? Und da ist

die Frage, unabhängig von Zielvereinbarungen et cetera: Wollen Sie diesem relativ vernünftigen und verhältnismäßigen sowie gut argumentierten Vorschlag der Kanzlerarbeitsgruppe und des Hauptpersonalrats folgen oder wollen Sie diesem nicht folgen?

Das kann auch heute schon beantwortet werden, unabhängig von der Frage, wie das Parlament Zielvereinbarungen zum Schluss hier im Landtag noch einmal bestätigen wird und wie der Personalstellenplan aussehen wird.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Soll er doch selbst entscheiden!)

An den Personalstellen, sehr geehrter Herr Brodkorb, darf es ja zum Schluss eigentlich nicht liegen, denn die Lehrbeauftragten kommen sozusagen im Personalstellenplan gar nicht vor. Man kann also das Problem durchaus auch getrennt voneinander betrachten.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren: viele Fragen, viele Ausreden.

(Susann Wippermann, SPD: Viele Lügen! Viele Lügen!)

Ich sage mal so, ich hoffe ja auch, dass demnächst das Versprechen eingelöst wird, aber bleiben wir doch nah bei der Wahrheit.

(Susann Wippermann, SPD: Welche Wahrheit?)

Und vor allem vielleicht noch dieser Appell an die Linksfraktion:

(Egbert Liskow, CDU: Dann bleiben Sie mal bei der Wahrheit! – Heinz Müller, SPD: Das würde ich auch vorschlagen.)

Bleiben Sie nahe an den Interessen der Arbeitnehmer! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Heinz Müller, SPD: Sie sind Ihrem Ruf wieder richtig gut gerecht geworden. – Egbert Liskow, CDU: Dann bleiben Sie doch mal bei der Wahrheit!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Minister für Kultur und Bildung Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da ich vielfältigst von verschieden Kollegen hier im Hause ausdrücklich gebeten wurde, noch mal ans Mikrofon zu treten,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

möchte ich das kurz tun.

(Marc Reinhardt, CDU: Nee, ich bin dagegen.)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Saalfeld, ich glaubte die Frage schon beantwortet zu haben: Nein, die Landesregierung beabsichtigt nicht, die Lehrbeauftragten im Rahmen ihres besonderen Dienstverhältnisses rechtlich und besoldungsrechtlich den Arbeitnehmern und den Beamten gleichzustellen,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Analog, das ist vergleichbar.)

weil daraus die Zerstörung des Instruments des Lehrauftrags resultieren würde. Wenn sich das nicht mehr unterscheidet von den anderen, dann ergibt es keinen Sinn mehr.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht doch um äquivalente Bezahlung.)

Zweitens. Ich habe die Frage auch so verstanden, ob es wirklich so ist, dass ich beabsichtige, die Lehrauftragsrichtlinie zu überarbeiten und die Sätze deutlich anzuheben, ob das wirklich wahr sein kann. Ja, das ist wirklich wahr.

(Beifall Susann Wippermann, SPD: Toll! Hört, hört! – Egbert Liskow, CDU: Herr Saalfeld hat das nicht gehört. Das brauchen Sie gar nicht erst zu erklären.)

Und drittens. Sie haben, wie ich finde, im Namen der GEW hier schwere Vorwürfe erhoben, Herr Saalfeld, schwere Vorwürfe, allerdings nicht gegen mich, sondern gegen die Hochschulen, weil Sie gesagt haben, dass die Hochschulen im Moment Daueraufgaben – und ich rede jetzt vor allem von den Universitäten – durch Lehrbeauftragte wahrnehmen lassen. Das wäre aus meiner Sicht arbeitsrechtlich nicht zulässig. Allerdings muss ich darauf hinweisen, wer diese Arbeitsverträge denn geschlossen hat. Ich werde Ihren Hinweis gerne aufnehmen und prüfen lassen, ob die Hochschulen tatsächlich so, wie Sie es hier gesagt haben, rechtswidrig handeln,

(Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Oh, oh!)

und das ist nicht zulässig.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Viertens.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Saalfeld?

Minister Mathias Brodkorb: Bedaure nein, sonst komme ich durcheinander.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich will niemanden durcheinanderbringen. – Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Viertens. Ist es möglich, einen Euro zweimal auszugeben? Ja, in der Wissenschaft geht das,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Herr Saalfeld, Sie wissen ja wahrscheinlich – und deswegen sind die Personalkostenberechnungen von Hasenwinkel völlig korrekt –, dass bisweilen Lehrbeauftragte Vertretungspositionen übernehmen. Wenn bei-

spielsweise ein neuer Lehrstuhl besetzt wird oder sich eine Stellenbesetzung verzögert,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Im seltensten Fall!)

dann schalten Hochschulen bisweilen auch Lehrbeauftragte als Überbrückung dazwischen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Im seltensten Fall!)

Und in diesem Fall – nun muss ich mich korrigieren, es ist wohl doch nicht so, dass in der Wissenschaft ein Euro zweimal ausgegeben werden kann –, in diesem Fall, wo die Stelle noch nicht abschließend besetzt ist und auch die Personalkosten nicht entstehen, kann man natürlich die Einnahmen für Personalkosten nehmen und damit den Lehrbeauftragten bezahlen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die haben Sie ja wieder eingestrichen, weil sie müssen die ja zu 97 Prozent ausfinanzieren!)

Und deswegen ist es nicht korrekt, sehr geehrter Herr Abgeordneter Saalfeld, was Sie hier behauptet haben, zumal ich ja mit den Rektoren und Kanzlern in Hasenwinkel war, Sie aber nicht.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Wir haben als Vertreter der Landesregierung den Universitätsrektoren und den Kanzlern angeboten, dass wir den Ausfinanzierungsgrad noch um ein Prozent höher ausfallen lassen, als der Rechnungshof angeboten hat, und wir haben die Frage gestellt, ob damit aus ihrer Sicht grosso modo Mehrbedarfe an anderer Stelle aber global abgegolten sind. Das haben die Kanzler und Rektoren in dieser Runde bejaht und ich darf vermelden, ich habe bis heute keinen Antrag der Betroffenen, diese Vereinbarung wieder infrage zu stellen.

(Torsten Renz, CDU: Dann brauchen wir den Antrag ja gar nicht.)

Letzte Frage oder letzter Punkt: Ich habe mich wirklich bemüht, Herr Saalfeld, Ihnen eine ganz sachliche Begründung dafür zu geben, warum es zu einer Verzögerung kommt. Wenn man ein bisschen guten Willen hat, kann man verstehen, dass der Umbauprozess der HMT aufgrund des hohen Lehrauftragsanteils das Nadelöhr ist, durch das wir schlüpfen müssen. Da können Sie sagen: Herr Brodkorb, das ist ja mies, mies, mies! Sie nehmen quasi die HMT in Geiselhaft für alle anderen. Sie hätten auch sagen können: Mensch, das ist ja gut, dass wir das noch rechtzeitig bemerkt haben zusammen mit der Rektorin,

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass man die Prozesse so miteinander kombinieren kann, die Umbauprozesse, dass ein möglichst hoher Spielraum für die Lehrauftragsvergütung entsteht.

(Torsten Renz, CDU: Ich hoffe, dass Herr Saalfeld noch mal ans Mikrofon geht.)

Jetzt darf ich Ihnen mal sagen, was mir die Rektorin und der Kanzler – mal gucken, ob Ihr Lachen dann noch ein

bisschen gesteigert wird, weil Sie es gar nicht fassen können, wie Sie sich verrannt haben –, nun sage ich Ihnen mal, womit der Kanzler der Hochschule für Musik und Theater, die Rektorin und wir im Moment rechnen, mit welchem durchschnittlichen Vergütungssatz an der HMT.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, jetzt lacht er wieder.)

Sie können ja mal raten! Sie haben doch hier bestimmte Zahlen genannt.

Das Modell, das wir uns ausgedacht haben - und insofern bin ich froh, dass wir uns die Zeit dafür genommen haben -, führt dazu, dass die HMT sich in der Lage sieht, durchschnittlich pro Lehrauftragsstunde, die übrigens 45 Minuten ausmacht und dann normalerweise mit zwei multipliziert wird, um die Vor- und Nachbereitungen abzugelten, einen Honorarsatz von 40 Euro zu zahlen mit dem, was wir zusammen auf den Weg gebracht haben. Insofern glaube ich, dass das genau das Gegenteil von dem ist, was Sie gesagt oder mir unterstellt haben, dass da der Versuch gemacht wird, irgendwas zu drücken, sondern diese gemeinsame Arbeit hat - darüber sind wir alle froh dazu geführt, dass wir diese Spielräume geschaffen haben, dass die HMT entsprechend handeln kann. Ich glaube, die Lehrbeauftragten der Hochschule für Musik und Theater und alle anderen haben es verdient.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und beende hiermit meine Rede.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU: Und Herr Saalfeld zieht jetzt seine Pressemitteilung zurück.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Danke, Herr Minister.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4660 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4660. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4660 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und einer Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtags für Freitag, den 20. November 2015, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.29 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jutta Gerkan und Detlef Lindner.